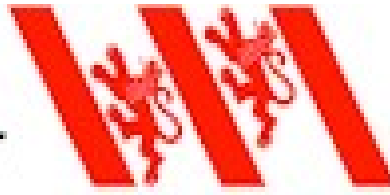


Stadt Winterthur



Voranschlag 2009 , Teil B

Globalbudgets
IAFP

Inhaltsverzeichnis

Departement Kulturelles und Dienste

Personalamt	5
Stadtentwicklung	14
Theater Winterthur	23
Bibliotheken	29
Subventionsverträge und Beiträge an Dritte	36
Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten	44
Rechtspflege	53

Departement Finanzen

Finanzkontrolle	59
Finanzamt	64
Informatikdienste (IDW)	70
Steuerbezug	80
Immobilien	87
Städtische Allgemeynkosten/Erlöse	98
Steuern und Finanzausgleich	103

Departement Bau

Tiefbau	108
Entsorgung	117
Vermessung	124
Baupolizei	134
Städtebau	142

Departement Sicherheit und Umwelt

Polizeirichteramt	153
Stadtpolizei	158
Betrieb Parkhäuser und Parkplätze	168
Feuerwehr	176
Zivilschutz	184
Melde- und Zivilstandswesen	191
Umwelt- und Gesundheitsschutz	197

Departement Schule und Sport

Materialverwaltung	207
Familienergänzende Kinderbetreuung	215
Schuldienste	224
Berufsbildung	233
Sportamt	242

Departement Soziales

Vormundschaftsamt	253
Jugend- und Familienhilfe	259
Sozial- und Erwachsenenhilfe	266
Asylwesen	276
Prävention und Suchthilfe	283
Alterszentren	293
Spitex	302
Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich	309
Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)	314

Departement Technische Betriebe

Stadtwerk Winterthur	322
Stadtbus Winterthur	328
FinöV Stadt	339
Forstbetrieb	346
Stadtgärtnerei	353

Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei	364
Ombuds- und Datenaufsichtsstelle	372

Personalamt

Auftrag

Das Personalamt der Stadt Winterthur bearbeitet die personalrechtlichen Fragen für den Stadtrat und bereitet die personalrechtlichen Erlasse vor. Es erfüllt die personalpolitischen, personalrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Querschnittsaufgaben der Personalführung und der Personalentwicklung der Stadtverwaltung. Es ist zuständig für deren rechtsgleichen und einheitlichen Vollzug des Personalrechts. Es unterstützt die Departemente und Bereiche in der Personalarbeit mit geeigneten Instrumenten, Massnahmen und Beratungsleistungen.

Produkte

1 Personalpolitik / Personalrecht

Erstellung bzw. Anpassung der personalpolitischen und personalrechtlichen Grundlagen, Bearbeiten personalpolitischer Projekte, Koordination des Vollzugs des Personalrechts und der Umsetzung der stadträtlichen Personalpolitik, Beratung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen, Bearbeitung von personalrechtlichen Fragen und Rechtsmittelverfahren

2 Zentrales Personalmanagement

Zentrale Personaladministration, Bereitstellung und Bewirtschaftung geeigneter HR-Instrumente, Personalcontrolling, Stellenplanbewirtschaftung und Funktionsbewertung, beratende und unterstützende Dienstleistungen zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter. Kaufmännische Lehrlingsausbildung für die ganze Stadtverwaltung. Führen des Lohnbüros für das Departement Kulturelles und Dienste, Stadtkanzlei und Behörden (SR, GGR).

3 Personal- und Organisationsentwicklung

Bereitstellung eines zentralen Weiterbildungsangebots, beratende und unterstützende Dienstleistungen im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter

4 Gleichstellung

Beratung und Unterstützung der Departemente, Bereiche und Ämter in der Umsetzung der Gleichstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Bearbeitung von gleichstellungspolitischen Fragen, Erarbeitung von gleichstellungspolitischen Erlassen, Projekten und Massnahmen, Mitwirkung und Unterstützung in den Produkten "1 Personalpolitik / Personalrecht" und "2 Zentrales Personalmanagement"

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Personalgesetz vom 27. September 1998 (LS 177.10) sowie Ausführungserlasse dazu (subsidiäre Geltung)
- Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 (LS 131.1)
- BG über die Gleichstellung von Mann und Frau vom 24. März 1995 (SR 151), kantonales Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz vom 29. Oktober 2001 (LS 151)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Personalstatut vom 12. April 1999
- Vollzugsverordnung zum Personalstatut vom 9. Juni 1999
- Weitere GGRB und Ausführungserlasse des Stadtrats

Stufe Verwaltungseinheit

- Wartungsverträge, Versicherungen, Mandate für Personalschulung

Verantwortliche Leitung

Fritz Lang

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Das Personalamt erbringt seine Dienstleistungen kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte) <i>Messgrösse:</i> Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) in CHF Bei Beratungsanfragen erfolgt der Erstkontakt in der Regel innert sieben Tagen. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Personalamtes <i>Messgrösse:</i> Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme in Tagen	642	685	698
2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	> 85	85	85
3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität des Angebots, Qualität der administrativen Abwicklung. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	> 85	85	85
4 KV-Ausbildungsplätze Die Stadt bietet eine möglichst hohe Zahl an KV-Ausbildungsplätzen an. <i>Messung / Bewertung:</i> Vorgegebene Mindestzahl an KV-Ausbildungsplätzen <i>Messgrösse:</i> Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze	51	53	54
5 Leistungserbringung Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen des Büros für Gleichstellung hinsichtlich der faktischen Umsetzung der Gleichstellung zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Das Büro für Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten in den Bereichen Gleichstellung von Frau und Mann, Frauenförderung oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf.	> 85	85	85

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Messung / Bewertung: Statistik Gleichstellung Messgrösse: Anzahl Projekte pro Jahr	4	4	4

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	2'303'845	2'858'000	3'159'160

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Personalkosten: Höhere Lohnkosten (zusätzliche 2.8 Stellen)

Sachkosten: tiefere Softwarelizenzen, tiefere Dienstleistungen Dritter (Wegfall Personalbefragung)

Externe Erlöse: Höhere Elternbeiträge (1 zusätzlicher Krippenplatz)

Interne Erlöse: tiefere Residualkostenbeiträge (nicht beeinflussbar)

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Personalkosten: Höhere Lohnkosten (Lohnrunde 2008, zusätzliche 2.8 Stellen, zusätzliche Lehrstellen), höhere Kosten bei der Aus- und Weiterbildung (Führungsgruppenbeitrag von Fr. 3'000.- auf Fr. 10'000.- erhöht)

Sachkosten: höhere Dienstleistungen Dritter (Erhöhung Kredit Casemanagement, 3 zusätzliche Krippenplätze im 2007 und 1 im 2009, Tarifierhöhung), höhere Sachkosten beim Lehrlingswesen aufgrund zusätzlicher Lehrstellen, zusätzliche Informatikdienstleistungen (Unterstützung PIAS durch Externe)

Externe Erlöse: Höhere Verwaltungsentschädigung Versicherungen, Höhere Elternbeiträge (4 neue Krippenplätze, Tarifierhöhung)

Interne Erlöse: tiefere Residualkostenbeiträge (nicht beeinflussbar)

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	2'591'305	2'909'879	3'086'044
Sachkosten	664'373	856'500	766'500
Beiträge an Dritte	24'286	25'000	25'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	113'616	116'500	344'426
Übrige interne Kosten	290'294	314'557	308'613
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'683'874</i>	<i>4'222'436</i>	<i>4'530'584</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'683'874	4'222'436	4'530'584
Externe Erlöse	355'998	338'600	417'100
Interne Erlöse	1'024'032	1'025'836	954'324
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'380'029</i>	<i>1'364'436</i>	<i>1'371'424</i>
Verrechnungen in PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'380'029	1'364'436	1'371'424
Total Nettokosten / Globalkredit	2'303'845	2'858'000	3'159'160
Interne Kosten	403'910	431'057	653'039
Interne Erlöse	1'024'032	1'025'836	954'324
Total primäre Nettokosten *	2'923'966	3'452'779	3'460'444
Kostendeckungsgrad in % **	37	32	30
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			32

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	113'616	116'500	116'700
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	10.5	10.7	13.5
▪ Lehrverhältnisse	51.0	53.0	54.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	14 (8)	14 (8)	17 (9)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Produkt 1: Ausrichtung des Personalamtes auf die Resultate der vom Stadtrat beschlossenen Studie zur strategischen Ausrichtung, Organisation und den personellen Ressourcen im städtischen HRM, Implementierung des 2008 zu entwickelnden Absenzenmanagements, Umsetzung der betrieblichen Gesundheitsförderung, Weiterentwicklung der Personalpolitik und des Personalrechts, unter Berücksichtigung der Personalbefragung 2008

Produkt 2: Weiterausbau HR-Instrumente und Personalcontrolling

Produkt 3: Neues Mitarbeiter/innen-Qualifikationssystem, Ausbau der Kaderschulung im Bereich der städtischen Systeme und Verfahren sowie Systematisierung der allgemeinen Kaderschulung im Sinne obligatorischer Kurse bezogen auf bestimmte Führungsfunktionen, Weiterentwicklung des persönlichen Entwicklungsplanes

Produkt 4: Weiterführung Gleichstellungscontrolling bis Ende 2009, Genderstatistik, Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Produkt 1 Personalpolitik / Personalrecht**Leistungen**

- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalpolitischen Grundsätze
- Vorbereitung von personalpolitischen Entscheiden des Stadtrates
- Bearbeitung von personalpolitischen Projekten
- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalrechtlichen Erlasse
- Überwachung des rechtsgleichen und einheitlichen Vollzugs des Personalrechts und Koordination der personalrechtlichen Praxis
- Bearbeitung personalrechtlicher Geschäfte und Mitwirkung in Rechtsmittelverfahren
- Beratung des Stadtrats, der Departemente und Bereiche in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	531'783	613'800	567'762
Erlös	182'302	181'655	168'081
Nettokosten	349'481	432'145	399'681
Kostendeckungsgrad in %	34	30	30

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl von Mitberichten zu Personalgeschäften des Stadtrats	53	70	100*
Anzahl von Personalverfügungen mit Zustimmung des Personalamts	45	70	45
Anzahl von Rechtsmittelverfahren, in denen das Personalamt mitwirkt	4	2	2
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	8	5	5

* Alle Mitberichte des Personalamtes

Produkt 2 Zentrales Personalmanagement

Leistungen

- Führung der zentralen Personaladministration
- Bereitstellung und Bewirtschaftung des HR-Systems PIAS (Lohn, Budget, Stellenplan, Helpdesk usw.)
- Koordination und Bereitstellung des Instrumentariums für das dezentrale Personalmanagement
- Koordination und Unterstützung der dezentralen Personalrekrutierung
- Durchführung des verwaltungsweiten Personalcontrolling
- Leitung der Funktionsbewertung
- Beratung der Linienvorgesetzten und Personalverantwortlichen in Fragen des Personalmanagements, Bereitstellung und Bewirtschaftung der Informationen
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden
- Kaufmännische Lehrlingsausbildung und Koordination des Lehrlingswesens für die ganze Stadtverwaltung
- Führen des Lohnbüros für das Departement Kulturelles und Dienste, Stadtkanzlei und Behörden (SR, GGR)

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'936'450	2'235'457	2'459'812
Erlös	618'552	630'893	610'427
Nettokosten	1'317'898	1'604'565	1'849'385
Kostendeckungsgrad in %	32	28	25

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Zufriedenheit mit den Dienstleistungen im Bereich zentrales Personalmanagement in %	> 85	85	85
Kundenzufriedenheit im Bereich PIAS in %	> 85	85	85
Zufriedenheit mit der Qualität der KV-Ausbildung in %	> 85	85	85

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl begleitete Kaderselektionen	7	6	15*
Anzahl Beratungsgespräche der Mitarbeitendenberatung	404	350	400
Anzahl Beratungsgespräche der Beauftragten für Gleichstellung	229	100	150
Anzahl Lohnauszahlungen	72'607	70'000	73'000

* inkl. BfG

Produkt 3 Personal- und Organisationsentwicklung

Leistungen

- Konzeption und Bereitstellung des zentralen Weiterbildungsangebots (jährliches Weiterbildungsprogramm)
- Konzeption und Durchführung der obligatorischen Führungsschulung
- Konzeption und Durchführung von verwaltungsinternen Kursen, Seminaren und Workshops
- Kursadministration und Bereitstellung der Kursinfrastruktur
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der strategischen und operativen Personalentwicklungsmassnahmen
- Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung
- Beurteilung aller beantragten Stellenschaffungen zuhanden des Stadtrates

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	469'140	543'314	588'719
Erlös	212'066	238'256	205'599
Nettokosten	257'074	305'058	383'120
Kostendeckungsgrad in %	45	44	35

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Kurse zentrales Weiterbildungsangebot *	40	40	40
Anzahl Teilnehmertage zentrales Weiterbildungsangebot *	1'084	1'150	1'100

* exkl. BfG und IDW

Produkt 4 Gleichstellung

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Departemente und Bereiche in der Umsetzung der Gleichstellung von Mitarbeitenden
- Bearbeitung von gleichstellungspolitischen und -rechtlichen Fragen und Vorstössen (zu Gunsten Produkt 1)
- Erarbeitung von gleichstellungspolitischen Erlassen
- Koordination und Bereitstellung eines frauen- und gleichstellungsspezifischen Weiterbildungsangebots (zu Gunsten Produkt 3)
- Koordination und Bereitstellung der Vorgesetztenschulung zu Gleichstellungsthemen
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden und Vorgesetzten (zu Gunsten Produkt 2)
- Erarbeitung und Durchführung von gleichstellungsrelevanten Projekten wie Kinderkrippe, Stipendien für Wiedereinsteigende
- Mitwirkung und Unterstützung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen (zu Gunsten Produkt 1)
- Mitwirkung und Unterstützung bei Personalrekrutierungen (zu Gunsten Produkt 2)
- Leitung der städtischen Arbeitsgruppe Gleichstellung

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	705'396	829'865	914'290
Erlös	367'109	313'633	387'317
Nettokosten	338'287	516'232	526'974
Kostendeckungsgrad in %	52	38	42

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Beratungen Departemente, Bereiche, Mitarbeitende und Vorgesetzte	65	150	100
Anzahl frauen- und gleichstellungsspezifische Kurse	30	25	25
Anzahl Teilnehmertage an frauen- und gleichstellungsspezifischen Kursen	420	240	240
Anzahl bearbeitete Stipendiengesuche	25	25	20
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	1	3	2
Anzahl Mutationen städtische Plätze Kinderkrippe 'Chäferfäscht'	85	70	100

IAFP Personalamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	3'683	4'222	4'530	4'678	4'752	4'577
Erlös	1'380	1'364	1'371	1'377	1'380	1'386
Nettokosten/Globalkredit	2'304	2'858	3'159	3'300	3'372	3'191
Kostendeckungsgrad in %	37	32	30	29	29	30

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	2'800	1'289	250	225	150	125	0	761
Gesamt	2'800	1'289	250	225	150	125	0	761

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte). Messgrösse: Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) in CHF	642	685	698	698	698	698
Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme bei Beratungsanfragen in tagen	2	4	4	4	4	4
2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	> 85	85	85	85	85	85
3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	> 85	85	85	85	85	85
4 KV-Ausbildungsplätze Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze	51	53	54	54	55	55
5 Leistungserbringung Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen des Büros für Gleichstellung hinsichtlich der faktischen	> 85	85	85	85	85	85

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Umsetzung der Gleichstellung zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden						
Das Büro für Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten in den Bereichen Gleichstellung von Frau und Mann, Frauenförderung oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Messgrösse: Anzahl Projekte pro Jahr	4	4	4	4	4	4

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- 2010/2011 Fortsetzung und Abschluss der Ausrichtung des Personalamtes auf die Resultate der Studie zur strategischen Ausrichtung, Organisation und den Ressourcen im städtischen HRM
- Weiterentwicklung von Personalpolitik und Personalrecht
- 2011 Personalbefragung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Stadtentwicklung

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtentwicklung pflegt und entwickelt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Winterthur und ihrer Quartiere. Sie fördert das Zusammenleben, unterstützt die Vernetzung der verschiedensten Institutionen und begünstigt die Quartier- und Stadtentwicklung. Dadurch erhöht sie die Lebensqualität der Stadt Winterthur.

Produkte

1 Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung hat die Aufgabe, die Steuerkraft der Stadt Winterthur nachhaltig zu verbessern. Sie setzt sich für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und einen attraktiven Wirtschaftsstandort ein. Mit einer gezielten Wohnungspolitik soll sich auch die Steuerkraft bei den natürlichen Personen erhöhen. Gleichzeitig soll die Lebensqualität in den Quartieren erhalten und wo möglich verbessert werden.

Als Mittel dazu dienen eine fachlich fundierte Politikberatung des Stadtrates und des Stadtpräsidenten, die zielgerichtete Koordination/Vernetzung aller Akteure in Stadtentwicklungsfragen, die Konzipierung und Durchführung von Stadtentwicklungsprojekten in allen standortrelevanten Bereichen. Dies sind namentlich die Bereiche Wirtschaftsstandort, Wohnen, Bildungsstandort, Entwicklungsgebiete und Stadtquartiere. Begleitet wird dies von einer aktiven Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in Fragen der Stadtentwicklung.

2 Integration

Die Integration von Ausländern soll in der Stadt Winterthur gefördert werden. Als Basis dient das städtische Integrationsleitbild. Darin wird Integration als gegenseitiger Prozess von Fördern und Fordern verstanden. Die Ausländer sollen befähigt werden, ihre Rechte und Pflichten gleichermassen wahrzunehmen. Gleichzeitig soll die Chancengleichheit sichergestellt werden. Die Integrationsdelegierte übernimmt in der Integration strategische Aufgaben. So sind die Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes die zentralen Aufgaben. Dazu gehören namentlich die fachliche Beratung von kooperativen Verfahren und Projekten sowie Vernetzungsaufgaben. Die Fachstelle für Integration ihrerseits ist für operative Aufgaben zuständig. Sie bietet niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen, Projektberatungen sowie die Vermittlung von Interkulturellen Übersetzern an.

3 Quartierentwicklung

Förderung und Unterstützung des soziokulturellen Austausches der Quartierbevölkerung, der öffentlichen Freizeit- und Raumgestaltung sowie der partizipativen Quartierentwicklung mit fachlichen und finanziellen Ressourcen und öffentlichen Infrastrukturen:

- Beratung, Unterstützung und Anerkennung der freiwillig tätigen Quartierträgerschaften
- Vermittlung, Vernetzung und Begleitung der Trägerschaften im Quartier und zur Stadtverwaltung bei Aufbau- und Entwicklungsaufgaben
- Angebote für die öffentliche Freizeitgestaltung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Integrationsartikel 25a (ANAG, 1.10.1999)
- Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer Artikel 53 und Artikel 56 (AuG 1.1.2008)
- Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Migration (BFM)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 10.07.2006
- Integrationsleitbild der Stadt Winterthur (2000)
- GGR-Beschluss v. 19.10.70: Schaffung der Geschäftsstelle Quartierkultur und Freizeitaktionen

Stufe Verwaltungseinheit

- Bericht „Auftrag, Führung und Organisation der Koordinationsstelle für Integration“ zuhanden des SR vom 3.3.2003

Verantwortliche Leitung

Mark Würth

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Stadtentwicklung			
Arbeitsschwerpunkte			
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung)	1'127	1'100	1'100
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.)	1'144	1'100	1'100
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	3'889	4'000	4'000
eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen			
▪ Wirtschafts- und Bildungsstandort	843	800	900
▪ Wohnen, Wohnstandort	940	700	800
▪ Stadtteilentwicklung	2'106	2'350	2'050
▪ Aussenbeziehungen		150	250
2 Integration			
Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes			
▪ Anzahl unterstützte Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	25	25-30	25-30
▪ Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte	41	30-35	30-35
▪ Anzahl Teilnehmer am Deutschintegrationskurs 'Leben in Winterthur'	18	0*)	0*)
▪ Anteil der Teilnehmenden, welche den Kurs erfolgreich abschliessen in %	100	0*)	0*)
Vernetzungsaufgaben			
▪ Anzahl Kontakte (lokal, regional, kantonale, nationale)	72	60-70	60-70
Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer			
▪ Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes	1'628*)	1'700	1'700
▪ Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	98	95	95
3 Quartierentwicklung			
Quartierförderung			
▪ Information, Beratung und Unterstützung der Quartierträgerschaften			
▪ Die Arbeit der freiwillig tätigen Quartierträgerschaften wird gefördert und unterstützt.			
▪ Begleitung von Aufbau- und Entwicklungsaufgaben mit Quartierträgerschaften			
Messgrössen:			
▪ Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften	362	200-250	300-350
▪ Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung	6	6	6
▪ Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	12	6-8	10-12
Öffentliche Freizeitgestaltung			
▪ Kostendeckungsgrad Ferienprogramm %	27	27	27
▪ Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume in %	88	86	86
▪ Kostendeckungsgrad Spielbus, Freizeitmaterialverleih und Holzwerkstatt in %	22	21	21

*) ab 01.01.2008 wird der Kurs an ECAP per Leistungsbeitrag vergeben

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	3'602'164	4'188'900	4'309'502

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Personalkosten: Die leichte Aufstockung bei der Integration wird durch den Wegfall der Rententeuerung beinahe wieder ausgeglichen.

Beiträge an Dritte: Aufgrund neuer Quartiertreffe fallen leicht höhere Beiträge an.

Interne Erlöse: Die Integration verrechnet neu ihre Leistungen für andere Departemente

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Personalkosten: Die Erhöhung ist auf die Lohnrunde 2008 sowie die im VO08 bewilligte Stellenaufstockung zurückzuführen.

Sachkosten: Die Projektkosten für Studien und Analysen werden seit dem VO2008 wieder über die laufende Rechnung geführt.

Im 2007 liefen diese Kosten über die Investitionsrechnung.

Beiträge an Dritte: Aufgrund neuer Quartiertreffe mussten die Beiträge erhöht werden.

Interne Kosten: Seit dem Jahre 2008 laufen die Energiekosten über die internen Verrechnungen.

Externe Erlöse: Im Jahre 2007 verbuchte die Quartierentwicklung Rückerstattungen aus einem Schadenfall.

Interne Erlöse: Die Integration verrechnet neu ihre Leistungen für andere Departemente

Beiträge von Dritten: Die Höhe der Bundesbeiträge fällt im 2009 voraussichtlich tiefer aus als im 2007.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	1'709'327	1'837'257	1'897'342
Sachkosten	873'076	1'188'031	1'211'090
Beiträge an Dritte	505'990	527'000	532'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	520'276	546'200	577'531
Übrige interne Kosten	288'573	352'398	374'138
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'897'242</i>	<i>4'450'886</i>	<i>4'592'102</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'897'242	4'450'886	4'592'102
Externe Erlöse	205'072	183'000	183'000
Interne Erlöse	0	4'387	25'000
Beiträge von Dritten	90'007	74'600	74'600
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>295'079</i>	<i>261'987</i>	<i>282'600</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	295'079	261'987	282'600
Total Nettokosten / Globalkredit	3'602'164	4'188'900	4'309'502
Interne Kosten	808'849	898'598	951'669
Interne Erlöse	0	4'387	25'000
Total primäre Nettokosten*	2'793'315	3'294'688	3'382'833
Kostendeckungsgrad in % **	8	6	6
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			7

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	529'651	558'075	605'484
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	12.4	13.0	13.2
▪ Lehrverhältnisse	-	-	-
▪ Bestand (davon Teilzeit)	19 (17)	20 (18)	22 (19)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Stadtentwicklung

- Entwicklungsgebiet Oberwinterthur: Schrittweise Umsetzung der Entwicklungsstrategie, namentlich Ausbau der Halle 710 in zwei Etappen als Begegnungszentrum, Stützpunkt der Stadtgärtnerei und zur flexiblen Nutzung, Umsetzung der planerischen/rechtlichen Massnahmen im Umfeld des Bahnhofs Hegi
- Wohnungspolitik: Schwerpunkte im Bereich Bestandeserneuerung, Alterswohnen, Abklären der Zusammenhänge zwischen Siedlungsstrukturen und Steuereinnahmen
- Entwicklungsimpuls Töss: Gesamtleitung Aufwertung Stadtteil Töss, Projekte Zürcherstrasse (Synthesebericht und Umsetzungsempfehlungen) und Bahnhof Töss: (Umnutzung Lagergebäude zu Quartiertreffpunkt)
- Sulzerareal Stadtmitte: Planungsverfahren im Bereich Werk1 (ehemaliges Lokiareal)
- Stadtlicht Winterthur: Umsetzung des Konzepts mittels Pilotprojekten, der laufenden Erneuerung und durch private Projekte; Vorbereitung Lichttage 2010
- Umsetzung Leitbild Zeughaus-Teuchelweiher: Arealentwicklung Zeughausareal (Nutzungskonzept Zeughäuser, Umzonung, Investorenwettbewerb für Wohnüberbauung), Oberflächengestaltung Teuchelweiherplatz;
- Standortpolitik: Umsetzung der Stadt-Marke im Rahmen verschiedener Teilprojekte, Gewerbelandportfolio, Vermarktung Areal Frauenfelderstrasse, Abklärungen im Zusammenhang mit allfälligem Stadionneubau
- Modellvorhaben Zusammenarbeit Wirtschaftsraum Zürich: Mitarbeit im Rahmen des Projekts Metropolitankonferenz und allfällig neu gebildeten Arbeitsgruppen, Aufgaben der Städte im Rahmen der Agglomerationspolitik
- Thema Grossstadt Winterthur: Öffentliche Diskussion möglicher Wachstumsstrategien

Quartierentwicklung

- Projekt Töss: Weiterführung der neu aufgebauten Aussenstelle Quartierentwicklung Töss im Bahnhof Töss mit der auf zwei Jahre befristeten 50% Stelle bei der Quartierentwicklung sowie laufende Auswertung des Pilotprojektes.
- Projekt Töss: Unterstützung des Betrieb des Gemeinschaftszentrums Bahnhof Töss, Führung der Zwischennutzung des Güterschuppens sowie Projektierung des Güterschuppens.
- Integrationsprojekte gemäss Integrationsleitbild: Weiterführung und Entwicklung von Integrationsprojekten auf Quartierebene mit dem Ortsverein Hegi und mit dem Verein Gemeinschaftsanlage Steig in Töss.
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung: Dienstleistungen wie Ferienprogramm, Spielverleih, Beratung, Vermittlung, etc. für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich machen.
- Aufbau Quartiertreffs: Wildbach-Langgasse-Quartier und Iberg. Unterstützung und Beratung Quartierträgerschaften.
- Heizungssanierungen in Freizeitanlagen und Neugestaltung Spielplätze Nägelsee.
- Projektierung Küchensanierung und Ausbau Freizeitanlage Holzlegi.
- Projektierung Quartiertreff Ruchwiesen im Schützenstand.

Integration

- Umsetzung Frühförderungskonzept in Zusammenarbeit mit anderen Departementen und Jugendsekretariat Winterthur: Bildung von Arbeitsgruppen, Projektberatung und –begleitung, Lancierung von Pilotprojekten für Migrantenfamilien, Schaffung von niederschweligen Elternbildungsangeboten für Migrantenfamilien, interkulturelle Weiterbildungsangebote für Krippen- und Hortmitarbeitende
- Projekt Töss: Fachliche Unterstützung der Quartierarbeit in interkulturellen Fragen
- Projekt zum Thema Migration & Gesundheit
- Deutschkurse: Koordination und Ausbau des lokalen Angebots gemäss neuer Programmvereinbarung mit Kanton (basierend auf Schwerpunkteprogramm 2009-2011 des Bundesamtes für Migration)
- Kantonales Pilotprojekt "Integrationsvereinbarung" (in Zusammenarbeit mit Einwohnerkontrolle und Kanton)

Produkt 1 Stadtentwicklung

Leistungen

Koordination und Politikberatung:

- Organisation Stadtentwicklungskommission
- Bevölkerungsbefragung
- Treffen mit Zürcher BundesparlamentarierInnen

Gebietsentwicklung:

- Koordination Sulzer Stadtmitte
- Koordination Entwicklungsgebiet Oberwinterthur
- Koordination Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher

Projekte:

- Vgl. Liste Wesentliche Massnahmen und Projekte

Leistungen

Aussenbeziehungen:

- Teilnahme an gemeindeübergreifenden Projekten und Einbringen der Interessen der Stadt Winterthur

Grundlagen und Statistik:

- Erhebung bzw. Nachführung von Statistischen Daten
- Beschaffung von Grundlagen in diversen Geschäftsfeldern
- Vertretung der Stadt in gesamtschweiz. Gremien
- Auskünfte an Drittpersonen

Anlaufstelle:

- Gesamtkoordination innerhalb der Stadt bei Anfragen aus Wirtschaftskreisen
- Schnittstelle zur Standortförderung

Öffentlichkeitsarbeit:

- Information der Öffentlichkeit über stadtentwicklungsrelevante Themen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'348'460	1'747'457	1'784'346
Erlös	912	4'166	0
Nettokosten	1'347'548	1'743'292	1'784'346
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Steuerkraftentwicklung absolut (exkl. juristische Personen) 1)	1'599	*	1'660
Steuerkraftentwicklung relativ in % (inkl. juristische Personen) 2)	74	76	76
Anzahl erstellte Wohnungen	574	950	700
Anteil erstellte Wohnungen in %	100	100	100
- davon Wohnungen im höheren Preissegment	8	15	10
- davon Wohnungen im mittleren Preissegment	67	55	70
- davon Wohnungen im tieferen Preissegment	26	30	20

1) Steuerkraftentwicklung absolut: Grundlage Steueramt Winterthur (*Soll 2008 nicht geschätzt)

2) Steuerkraftentwicklung relativ: Grundlage Statistisches Amt Kanton Zürich

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl laufende Projekte per 31.12.	18	18	17
Anzahl abgeschlossene Projekte pro Periode	6	6	6
Anzahl geplante Projekte pro Periode	4	4	4

Produkt 2 Integration

Leistungen

- Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes
- Niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen
- Fachliche Beratung für kooperative Verfahren und Projekte
- Vernetzungsaufgaben Bund, Kanton, Institutionen und Verwaltung (teilweise bundesfinanziert)
- Information und Beratung von Migranten und Institutionen (teilweise bundesfinanziert)
- Vermittlung von interkulturellen Übersetzern und schriftlichen Übersetzern
- Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (teilweise bundesfinanziert)
- Grundlagen- und Öffentlichkeitsarbeit (teilweise bundesfinanziert)

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	740'919	727'611	772'877
Erlös	93'384	70'090	95'000
Nettokosten	647'535	657'521	677'877
Kostendeckungsgrad in %	13	10	12

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl fachliche Beratungen für Kooperative Verfahren/Projekte	41	30-35	30-35
Altersstruktur der beratenen Migranten (bis 20 / 21-50 / 51 und älter)	3/47/50	3/47/50	3/47/50
Geschlecht der beratenen Migranten (männlich / weiblich)	47/53	50/50	50/50
Anzahl Beratungen und Begleitungen von Integrationsprojekten (Projektförderung)	46	40-45	40-45
Anzahl durch die Integration berücksichtigter Projektgesuche	25	25-30	25-30
Anzahl Projekte mit Bundes- und/oder Kantonsbeiträgen	*)	10*)	*)
Anzahl vermittelte Übersetzungsdienste	543	400	700

*) Rolle und Kompetenzen der Stadt Winterthur bei der Vergabe von Bundes- und Kantonsbeiträgen noch unklar; eine Vereinbarung mit dem Kanton wird für 2009 ausgearbeitet

Produkt 3 Quartierentwicklung

Leistungen

Quartierförderung und Freiwilligenarbeit

- Anlaufstelle für Information, Beratung und Unterstützung der freiwilligen Quartierträgerschaften
- Vermittlung, Vernetzung und Begleitung der Trägerschaften im Quartier und zur Stadtverwaltung bei Aufbau- und Entwicklungsaufgaben
- Unterstützung und Beratung der Trägerschaften beim Betrieb der Freizeitanlagen und Quartierlokale, bei der Herstellung der Quartierzeitungen, bei der Führung der Ludotheken und der Pflege der Spielplätze sowie bei neuen Projekten.
- Anerkennung und Förderung der subventionierten Quartierträgerschaften, welche mit dem Büro einen Leistungsauftrag abgeschlossen haben. Die Massnahmen sind Weiterbildung, Freiwilligenfest, Vernetzungsanlässe, Informationsschreiben, Einsatz des Sozialzeitausweises.
- Vernetzung und Information aller Quartier-, Orts- und Bewohnervereine in Winterthur mit Informationsschreiben und Anlässen

Öffentliche Freizeitgestaltung

- Ferienprogramm Winterthur: Ferienaktivitäten für Kinder während den Frühlings-, Sommer- und Herbstferien; sowie einzelne Freizeitangebote in den Quartieren wie Abenteuer Hüttenbau und Spielnachmittage.
- Informationsstelle: Führung einer Informationsstelle für Quartierkultur- und Freizeitbelange
- Musikübungsräume, Spielverleih, Holzwerkstatt, Werkstatt und Töpferei: Vermietung von Musikübungsräumen, Ausleihe von Spielmaterial und Spielbus und Führung der öffentlichen Holzwerkstatt; Unterstützung der Trägerschaften beim Betrieb der Werkstatt und Töpferei.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'794'182	1'975'818	2'034'879
Erlös	200'782	187'731	187'600
Nettokosten	1'593'400	1'788'088	1'847'279
Kostendeckungsgrad in %	11	10	9

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl unterstützte Quartierzeitungen	8	8-10	8-10
Anzahl Quartierlokale	21	23	23
Anzahl Ludotheken	3	3	3
Anzahl Verleihungen des Spielbuses	29	30	30
Anzahl Musikübungsräume	43	42	43
Anzahl Teilnehmende an Ferienprogrammen	1'004	1'000	1'000

IAFP Stadtentwicklung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	3'897	4'450	4'592	4'722	4'592	4'592
Erlös	295	261	282	283	283	283
Nettokosten/Globalkredit	3'602	4'189	4'310	4'440	4'310	4'310
Kostendeckungsgrad in %	8	6	6	6	6	6

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	2'258	0	400	1'550	300	0	0	8
Bewilligt	1'328	142	310	210	0	0	0	666
Gesamt	3'586	142	710	1'760	300	0	0	674

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Stadtentwicklung						
Arbeitsschwerpunkte						
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung	1'127	1'100	1'100	1'100	1'100	1'100
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.)	1'144	1'100	1'100	1'100	1'100	1'100
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	3'889	4'000	4'000	4'000	4'000	4'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen						
▪ Wirtschafts- und Bildungsstandort	843	800	900	900	900	900
▪ Wohnen, Wohnstandort	940	700	800	800	800	800
▪ Stadtteilentwicklung	2'106	2'350	2'050	2'050	2'050	2'050
▪ Aussenbeziehungen	0	150	250	250	250	250
Integration						
Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes						
▪ Anzahl unterstützte Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	25	25-30	25-30	25-30	25-30	25-30
▪ Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte	41	30-35	30-35	30-35	30-35	30-35
▪ Anzahl Teilnehmer am Deutschintegrationskurs 'Leben in Winterthur'	18	0*)	0*)	0*)	0*)	0*)
▪ Anteil der Teilnehmenden, welche den Kurs erfolgreich abschliessen in %	100	0*)	0*)	0*)	0*)	0*)
Vernetzungsaufgaben						
▪ Anzahl Kontakte (lokal, regional, kantonal, national)	72	60-70	60-70	60-70	60-70	60-70
Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer						
▪ Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes	1'628*)	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
▪ Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	98	95	95	95	95	95
Quartierentwicklung						
Messgrössen für Quartierförderung:						
▪ Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften	362	200-250	300-350	300-350	300-350	300-350
▪ Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung	6	6	6	6	6	6
▪ Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	12	6-8	10-12	10-12	10-12	10-12
Messgrösse Öffentliche Freizeitgestaltung:						
▪ Kostendeckungsgrad Ferienprogramm in %	27	27	27	27	27	27
▪ Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume in %	88	86	86	86	86	86
▪ Kostendeckungsgrad Spielbus, Freizeitmaterialverleih und Holzwerkstatt in %	22	21	21	21	21	21

*) ab 01.01.2008 wird der der Kurs an ECAP per Leistungsbeitrag vergeben

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Für die Durchführung der Volkszählung 2010 sind verteilt auf die Jahre 2009 und 2010 netto je Fr. 250'000 budgetiert. Da noch unklar ist, wo die Hauptarbeit anfällt (Vermessungsamt, Stadtentwicklung, Einwohnerkontrolle oder IDW), wurden diese Gelder bei der Stadtkanzlei budgetiert. Die Fachstelle Statistik wurde mit der Gesamtkoordination betraut.

Das Projekt Töss wird im Jahre 2010 abgeschlossen. Einzelne Umsetzungsprojekte werden jedoch weiterlaufen. Noch offen ist, ob der Kanton die Aufgaben der Ausländerintegration der Bezirke Andelfingen und Winterthur Land der Fachstelle Integration überträgt, was sowohl höhere Ausgaben wie auch Einnahmen verursachen würde.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Theater Winterthur

Auftrag

Das Theater Winterthur am Stadtgarten ist ein internationales Gastspieltheater. Es bietet der Bevölkerung der Stadt, der Agglomeration und der Grossregion Nord-Ost-Schweiz Theater in allen Sparten und in mehreren Sprachen. Mehr- und Minderheiten berücksichtigend ist es Teil des Gesamtangebotes der Kulturstadt Winterthur. Das Theater ist zudem ein technisch ausgestattetes und betriebsbereites Zentrum für die Bedürfnisse einer möglichst breiten und kommunikativen Kulturgesellschaft.

Produkte

1 Theateraufführungen

Angebot von hoher kultureller Qualität, bezüglich Bildungs- und Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovationskraft, Ausstrahlung und innerer Stimmigkeit des Spielplans.

2 Vermietungen: Kongresse und Tagungen

In spielfreien Zeiten wird das Haus für Kongresse, Tagungen, weitere Theaterangebote, Konzerte und gastronomische sowie feierliche Ereignisse vermietet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kanton: Subventionierung aufgrund des Kulturförderungsgesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 24.09.1972 - Entscheidung für ein Gastspieltheaterbetrieb

Stufe Verwaltungseinheit

Positionierungspapier "Positionierung 21"

Verantwortliche Leitung

Ernst Jäggli

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Kostendeckungsgrad			
- Theateraufführungen in %	63	62	62
- Vermietungen in %	87	82	86
Winterthurer Non Profit Organisationen erhalten Rabatte			
2 Nutzung und Belegung			
Anzahl der eigenen Aufführungen	118	118	118
Auslastung der Sitzplätze in %	57	60	65
Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Vorstellung	391	424	440
Anzahl Besuchende	46'154	50'000	52'000
Anzahl verkaufte Abonnemente	4'257	4'300	4'300
Anzahl der Vermietungstage	85	75	75
▪ davon für Winterthurer Non Profit Organisationen	56	50	50
3 Kundenorientierung			
Das Theaterpublikum und die Mieter/innen sind zufrieden			
Messung / Bewertung:			
1) Publikumsbefragung alle 2 bis 4 Jahre, mit welcher die allgemeine Zufriedenheit mit dem Angebot, der Betreuung und der Infrastruktur gemessen wird.			
Messgrösse:			
Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	81	80	80
2) Kundenbefragung zu den Vermietungen, nach jeder einzelnen Vermietung mittels Fragebogen zu Infrastruktur, Organisation und Servicequalität (Auswertung 1x jährlich).			
Messgrösse:			
Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	92	90	90
4 Theaterangebot			
Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans.			
Messung / Bewertung:			
Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch die Theaterkommissionsmitglieder (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen)			
Messgrösse:			
Beurteilung auf der Skala:			
sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen	gut-sehr gut	gut	gut

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	2'982'898	3'091'204	3'081'609

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Der VO09 liegt Fr. 35'000 unter dem VO08 (-1.1%).

Sachkosten: Höhere Kosten aufgrund Möblierung Foyerbar (gleiche Stühle wie in Restaurant, Lounge-Ecke) sowie gestiegenen Honorarkosten (höherer Eurokurs, Gastspielhonorare wurden generell teurer).

Beiträge von Dritten: Im 2009 werden höhere Staatsbeiträge erwartet.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Der um 73'000 höhere Globalkredit setzt sich aus folgenden Hauptfaktoren zusammen:

- Personalkosten: Lohnrunde 2008
- Sachkosten: Höhere Honorare und Nebenkosten Vorstellungen (gestiegener Eurokurs, höhere Gagen), neues Ticketingsystem, Möblierung Foyerbar/Restaurant, Portokosten Aboversand
- Interne Kosten: Energiekosten werden ab 2008 intern verrechnet, höhere Umlagen
- Beiträge von Dritten: Höherer Staatsbeitrag

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	2'361'966	2'380'031	2'438'164
Sachkosten	4'990'115	4'903'154	5'033'533
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	1'557'688	1'578'300	1'490'735
Übrige interne Kosten	327'105	522'364	517'677
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'236'874</i>	<i>9'383'849</i>	<i>9'480'109</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'236'874	9'383'849	9'480'109
Externe Erlöse	1'902'707	1'887'000	1'907'500
Interne Erlöse	26'400	30'645	30'000
Beiträge von Dritten	4'324'869	4'375'000	4'461'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'253'975</i>	<i>6'292'645</i>	<i>6'398'500</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'253'975	6'292'645	6'398'500
Total Nettokosten / Globalkredit	2'982'898	3'091'204	3'081'609
Interne Kosten	1'884'792	2'100'664	2'008'412
Interne Erlöse	26'400	30'645	30'000
Total primäre Nettokosten*	1'124'506	1'021'185	1'103'197
Kostendeckungsgrad in % **	68	67	67
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			80

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	1'557'688	1'578'300	1'533'655
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	21.0	21.1	21.1
▪ Lehrverhältnisse	1.0	1.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	69 (59)	71 (61)	71 (61)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Je nach Fortschreiten der Bauplanung sollte im Sommer der Kassenumbau und die Erstellung des Materiallagers im Foyer erfolgen.
- Durchführung der Themenwochen "Fealan-Winterthur schreibt eine Oper" und "Tanz der Generationen" im Mai 2009.
- Planmässig vermehrt westeuropäische Produktionen in der Sparte leichtes Musiktheater (Operette, Musical, Revue) einladen mit dem Ziel in diesen Untersparten eine höhere Qualität zu erreichen.
- Im grossen Schauspiel das Gastspiel "König Lear" des Burgtheaters Wien (Regie: Luc Bondy)
- Wagners "Parsifal" im Januar 2009 in der Sparte Oper.

Zusätzliche Mittel aus Finanzausgleich des Kantons

Rückstellungskonto	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009
Anfangsbestand Rückstellungskonto	99'797	99'797	99'797
Mittelverwendung	0	0	
Zahlungen Kanton	0 *)	0 *)	
Saldo Rückstellungskonto per 31.12.	99'797	99'797	

*) ab VA 2005 budgetiert in: Beiträge von Dritten.

Produkt 1 Theateraufführungen**Leistungen**

- Anbieten eines breiten Angebotes an Musik-, Sprech- und Tanztheater

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	7'088'408	7'235'991	7'319'351
Erlös	4'433'231	4'503'154	4'534'841
Nettokosten	2'655'178	2'732'837	2'784'510
Kostendeckungsgrad in %	63	62	62

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Aufwandüberschuss pro Besucher/in in CHF	62.00	54.00	54.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

Produkt 2 Vermietungen: Kongresse und Tagungen**Leistungen**

- Anbieten eines technisch hochstehenden Hauses für Kongresse und Tagungen
- Besondere Berücksichtigung der Winterthurer Vereine und Institutionen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'088'689	2'181'358	2'160'758
Erlös	1'820'745	1'789'481	1'863'659
Nettokosten	267'944	391'877	297'099
Kostendeckungsgrad in %	87	82	86

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die operativen Ziele sind durch die parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

IAFP Theater Winterthur

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	9'236	9'383	9'480	10'101	9'904	9'956
Erlös	6'253	6'292	6'398	6'629	6'629	6'629
Nettokosten/Globalkredit	2'983	3'091	3'082	3'473	3'276	3'328
Kostendeckungsgrad in %	68	67	67	66	67	67

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	770	0	0	450	500	0	0	-180
Bewilligt	1'640	688	30	280	0	0	0	642
Gesamt	2'410	688	300	730	500	0	0	192

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Kostendeckungsgrad						
- Theateraufführungen in %	63	62	62	62	62	62
- Vermietungen Winterthurer Non Profit Organisationen erhalten Rabatte auf Mieten in %	87	82	86	87	87	87
2 Nutzung und Belegung						
Anzahl der eigenen Aufführungen	118	118	118	118	118	118
Auslastung der Sitzplätze in %	57	60	65	65	65	65
Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Vorstellung	391	424	440	440	440	440
Anzahl Besuchende	46'154	50'000	52'000	52'000	52'000	52'000
Anzahl verkaufte Abonnemente	4'257	4'300	4'300	4'300	4'300	4'300
Anzahl der Vermietungstage	85	75	75	75	75	75
▪ davon für Winterthurer Non Profit Organisationen	56	50	50	50	50	50

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
3 Kundenorientierung Das Theaterpublikum und die Mieter/innen sind zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Publikumsbefragung alle 2 bis 4 Jahre, mit welcher die allgemeine Zufriedenheit mit dem Angebot, der Betreuung und der Infrastruktur gemessen wird. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Kundenbefragung zu den Vermietungen, nach jeder einzelnen Vermietung mittels Fragebogen zu Infrastruktur, Organisation und Servicequalität (Auswertung 1x jährlich). <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	81	80	80	80	80	80
4 Theaterangebot Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans. <i>Messung / Bewertung:</i> Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch die Theaterkommissionsmitglieder (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen) <i>Messgrösse:</i> Beurteilung auf der Skala: sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen	gut-sehr gut	gut	gut	gut	gut	gut

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- von 2010 bis 2012 stehen viele Pensionierungen von Mitarbeitern an, welche eine wichtige Rolle im Theater Winterthur innehaben. Dies sind der technische Leiter (geplant 2010), der künstlerische Leiter (2012), der Beleuchtungsmeister (2012) und beide Mitarbeiter der Haustechnik (2009/2010). Zusätzliche Personalkosten durch Einarbeitszeiten und AHV-Ausgleichsbeiträge werden auf das Theater zukommen und sind bereits als grobe Schätzung im IAFP enthalten.
- Neue Verkaufsstrukturen und -abläufe im Zusammenhang mit der Fertigstellung der erweiterten Kasseninfrastruktur im Theatergebäude (Ticketverkauf, Abo-Verkauf, Info-Desk, Kundenberatung). Geplant ist auch eine vermehrte Einbindung des Abendpersonals (Garderobe/Einlasskontrolle) in die neuen Verkaufsstrukturen (aktuelle Tages-Information, Briefing, usw.).

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die langfristige Planung der Indikatoren betreffend Besucherzahlen und Auslastung ist auf Schätzungen ausgelegt. Je nach Anzahl Vorstellungen (Abhängig von den finanziellen Möglichkeiten), Entwicklung des gesellschaftlichen Freizeitverhaltens können sich Besucherzahlen anders entwickeln. Weiterhin ist ein höherer Kantonsbeitrag anzustreben.

Bibliotheken

Auftrag

Führung eines Bibliotheksnetzes, das die Funktion einer Studien- und Bildungsbibliothek sowie von allgemeinen öffentlichen Bibliotheken abdeckt. Das Zielpublikum findet zu allen Themenkreisen und kulturellen Gattungen geeignete Medien und für die Arbeit eine geeignete Bibliotheksinfrastruktur.

Produkte

1 Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Unterstützen der Allgemeinbildung sowie der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung; Förderung der Lesekultur, der Medienkompetenz und des Kulturbewusstseins in allen Bevölkerungsschichten; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

2 Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Unterstützen der Allgemeinbildung und der Freizeitgestaltung; Förderung der Lesekultur in allen Gruppen und Schichten, vor allem unter den Kindern und Jugendlichen; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

3 Winterthurer Sondersammlung und Nebenprodukte

Beschaffen und vermitteln von historischen und aktuellen Informationen über die Region Winterthur; Pflege und Erhalt des Winterthurer Kulturgutes in Wort und Bild; Anregung und Unterstützung von Publikationen über die Region Winterthur

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Jährliche Regierungsratsbeschlüsse über kantonale Beiträge an die Stadtbibliothek als überregionale Studien- und Bildungsbibliothek

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über das Öffentliche Bibliothekswesen vom 29. Januar 1996

Reglement über die Öffentlichen Bibliotheken vom 10. April 1996

Benutzungsordnung für die Öffentlichen Bibliotheken vom 1. Januar 2007

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild der Winterthurer Bibliotheken vom Frühjahr 2001

Zusammenstellung der Gebühren und Tarife vom 1. Januar 2007

Finanzkompetenzordnung für das Kader und das Personal der Winterthurer Bibliotheken vom 1. Januar 2007

Verantwortliche Leitung

Hermann Romer

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Kosten Der Betrieb des Winterthurer Bibliotheksnetzes ist kostengünstig <i>Messung/Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen der Produkte 1 und 2 <i>Messgrößen:</i> Bruttokosten pro Ausleihe in CHF Kostendeckungsgrad für Produkt 3 in %	6.33 5	6.71 3	6.75 2
2 Bibliotheksnutzung Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken in % <i>Messung/Bewertung:</i> Anzahl Nutzer mit Postanschrift in Winterthur (ermittelt anhand der Betriebszahlen) im Verhältnis zur Einwohnerzahl	18.80	>18	>18
3 Kundenorientierung Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fluktuationsrate: Aktive Nutzer des Vorjahres minus Differenz der aktiven Nutzer und der Neuanmeldungen des Berichtsjahres geteilt durch die aktiven Nutzer des Vorjahres, mal 100. <i>Messgrösse:</i> Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer in %	13.00	<20	<20
4 Qualitätssicherung Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. <i>Messung / Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen: Zusammenstellung aus dem SISIS-System (Bibliotheksoftware) <i>Messgrösse:</i> Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien in %	81.64	>81	>81

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	7'228'440	7'779'572	7'882'829

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Die Abweichung des Globalkredits 2009 zum Vorjahr beträgt lediglich 0,2%. Dass sich der Globalkredit praktisch nicht verändert, hängt vor allem mit der im Novemberbrief bewilligten Stellenerhöhung für die Stadtbibliothek und den tieferen Kostenanteilen der Studienbibliothek während des Umbaus des Bibliotheks- und Museumsgebäudes zusammen.

Personalkosten: Sie sind etwa gleich hoch budgetiert wie im Vorjahr. Lohnmassnahmen und tiefere Neuanstellungen heben sich gegenseitig weitgehend auf.

Sachkosten: Diese liegen 2009 leicht über dem Vorjahr. Dies ist begründet durch höhere IT-Wartungs- und Betriebskosten für das Bibliothekssystem. Im 2009 müssen Hard- und Software erneuert werden.

Kalkulatorische Kosten: Hier kann die Verminderung mit tieferen Abschreibungen für die Stadtbibliothek und das RFID-Buchsicherungssystem begründet werden.

Interne Kosten: Die leicht gestiegenen internen Kosten sind auf höhere interne IT- Kosten zurückzuführen.

Beiträge von Dritten: Im 2009 rechnet man mit tieferen Staatsbeiträgen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Im Vergleich des Voranschlags 2009 mit der Rechnung für das Jahr 2007 müssen die grundsätzlichen Veränderungen der jüngeren Entwicklung bei den städtischen Bibliotheken berücksichtigt werden. Das Budget von 2007 ist in diesem Jahr um ca. 100'000.-- nicht ausgeschöpft worden. Der Hausdienst der Stadtbibliothek wurde erst im Verlauf des Jahres 2007 in die Bibliotheken integriert. Die Einnahmen fielen wegen eines guten Sponsorings für verschiedene Aktionen höher aus als budgetiert und beim Bibliothekssystem sind im Schlussjahr des Vertrags die Wartungskosten tiefer als erwartet ausgefallen.

Mit dem Voranschlag 2008 sind die Personalkosten auf den aktuellen Stand mit den vom Grossen Gemeinderat bewilligten zusätzlichen Stellen angepasst worden und bei den Sachkosten und den internen Aufwendungen sind die Veränderungen eingetreten, die bei den Begründungen zum Vergleich der Voranschläge 2008/2009 erwähnt sind.

Personalkosten: Mit der Stellenerhöhung durch den GGR und die Verschiebung des Hausdienstes von den Kulturellen Bauten zu den Bibliotheken kann der grosse Unterschied bei den Personalkosten begründet werden.

Kalkulatorischen Kosten: Diese fallen dank der niedrigeren Abschreibungen für 2009 bedeutend tiefer aus.

Übrige internen Kosten: Ab 2008 laufen die Energiekosten über die interne Verrechnung. Weiter sind die Kosten für Informatikdienstleistungen stark angestiegen.

Die höheren Erlöse in der Rechnung 2007 haben mit verschiedenen einmaligen Aktivitäten der Bibliotheken im Jahr 2007 zu tun. Der Lesesommer, die Ausstellung Lesekunst-Leselust, ein Visionenworkshop und andere Veranstaltungen bewirkten sowohl Erhöhungen von Beiträgen Dritter sowie von Staatsbeiträgen. Da sie aktionsgebunden und einmalig sind, müssen sie als einmalige Erlöse betrachtet werden.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	4'509'712	4'924'072	5'070'119
Sachkosten	1'764'559	1'720'726	1'736'387
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	1'159'633	1'135'050	1'060'001
Übrige interne Kosten	1'020'418	1'112'437	1'134'822
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'454'322</i>	<i>8'892'285</i>	<i>9'001'329</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	8'454'322	8'892'285	9'001'329
Externe Erlöse	844'232	785'800	804'000
Interne Erlöse	9'500	10'913	9'500
Beiträge von Dritten	372'149	316'000	305'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'225'881</i>	<i>1'112'713</i>	<i>1'118'500</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'225'881	1'112'713	1'118'500
Total Nettokosten/Globalkredit	7'228'440	7'779'572	7'882'829
Interne Kosten	2'180'051	2'247'487	2'194'823
Interne Erlöse	9'500	10'913	9'500
Total primäre Nettokosten*	5'057'889	5'542'998	5'697'505
Kostendeckungsgrad in % **	15	13	12
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			14

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	1'454'284	1'411'518	1'323'166
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	43.8	46.8	46.8
▪ Lehrverhältnisse	6.6	7.0	6.4
▪ Bestand (davon Teilzeit)	79(69)	80(69)	81 (71)

Die Gebäudekosten für 2009 liegen deutlich tiefer als in der Rechnung 2007 und im Voranschlag 2008. Der Grund besteht in der Reduktion der Unterhaltskosten für das Gebäude Museumstrasse 52, da sich die Studienbibliothek 2009 im Provisorium befindet und die Provisoriumskosten in der Investitionsrechnung belastet werden.

In der Abweichung zwischen "Ist 2007" und "Soll 2008/2009" bei den Stelleneinheiten ist die Stellenerhöhung um drei Stellen durch den GGR abgebildet.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Erneuerung des elektronischen Bibliothekssystems OCLC
- Virtuelle Bibliothek entwickeln und implementieren (online Datenbanken, digitale online Dokumente)
- Release der Website www.winbib.ch
- Erweiterung der Integrationsbibliothek ib
- Erweiterung der Bibliothek Seen am heutigen Standort
- Planung der neuen Studienbibliothek unter Leitung des Bereichs Kultur

Produkt 1 Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Leistungen

- Ausleihe von Sachbüchern, Nachschlagewerken und Zeitschriften aus allen Fachgebieten sowie von literarischen Werken verschiedener Sprachen und Epochen.
- Angebot von online Datenbanken und externen Bibliothekskatalogen.
- Ausleihe von elektronischen Medien zu allen Fachgebieten und Genres

Leistungen

- Bereitstellen der notwendigen elektronischen Infrastruktur für die Wissensvermittlung
- aufbereitete Angebote an Schulen, schulnahe Institutionen und Organisationen, die sich der Vermittlung von Informationskompetenz widmen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	5'625'193	5'986'035	6'068'264
Erlös	929'565	855'811	874'373
Nettokosten	4'695'628	5'130'224	5'193'891
Kostendeckungsgrad in %	17	14	14

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	80.51	80.00	80.00
Bruttokosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	6.19	6.30	6.35

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Zahl der Besucherinnen und Besucher	368'267	362'000	365'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	3'107	3'000	3'000
Zahl der ausgeliehenen Medien	908'522	890'000	900'000
- davon Bücher	490'663	480'000	490'000
- davon CDs	175'018	175'000	175'000
- davon DVDs / Videos	205'551	215'000	200'000
- davon übrige	37'290	20'000	35'000

Produkt 2 Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken**Leistungen**

- Ausleihe von Büchern, Zeitschriften, audiovisuellen und elektronischen Medien sowie Spielen aus dem Segment der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken
- Angebot literarischer Werke vor allem aus dem Unterhaltungsbereich sowie der Kinder- und Jugendliteratur.
- Betrieb von Quartierbibliotheken mit der Infrastruktur als Quartiertreffpunkt

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'134'305	2'177'114	2'273'213
Erlös	257'403	238'619	229'021
Nettokosten	1'876'902	1'938'495	2'044'192
Kostendeckungsgrad in %	12	11	10

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	83.54	82.00	83.00
Kosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	5.07	5.00	5.10

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Zahl der Besucherinnen und Besucher	202'479	200'000	200'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	1'179	1'400	1'200
Zahl der ausgeliehenen Medien	420'682	420'000	420'000
- davon Bücher	240'001	260'000	240'000
- davon CDs	32'771	50'000	35'000
- davon DVDs / Videos	71'273	70'000	70'000
- davon übrige	76'637	40'000	75'000

Produkt 3 Winterthurer Sondersammlungen und Nebenprodukte

Leistungen

- Sammeln, erschliessen und vermitteln von Bildmaterial, handschriftlichen Quellen und Familienwappen der Region Winterthur.
- Aufbewahren von kulturell und wissenschaftlich bedeutenden Nachlässen und Archiven von Persönlichkeiten, Familien und kulturellen Vereinigungen der Region Winterthur.
- Mikroverfilmung von wichtigen Winterthurer Handschriften und Druckerzeugnissen.
- Herausgabe des seit 1663 erscheinenden Neujahrsblatts der Stadtbibliothek Winterthur.
- Veröffentlichung der Bibliografie der Region Winterthur im Internet und im Winterthurer Jahrbuch.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	672'778	729'136	659'852
Erlös	36'027	18'283	15'106
Nettokosten	636'751	710'853	644'746
Kostendeckungsgrad in %	5	3	2

Im Vergleich der Voranschläge 2008 und 2009 zeigt sich, dass die geringeren Gebäudekosten für den Unterhalt des Bibliotheks- und Museumsgebäudes Museumstrasse 52 sich direkt auf die Kosten des Produkts auswirken.

Durch die Verschiebung der Sondersammlungen in das Provisorium an der Industriestrasse und die Verringerung der Öffnungszeiten ist mit einer Einbusse bei den Einnahmen aus Dienstleistungen der Sondersammlungen (Bilder- und Fotoverkauf, Fotokopien, Wappenrecherchen etc.) zu rechnen.

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten pro benutztes Dokument in CHF	104.00	124.00	150.00

Da aufgrund des Provisoriumsbetriebs mit eingeschränkten Öffnungszeiten und beschränkt verfügbarem Material die Nutzung schwächer ausfallen wird, erhöhen sich bei gleichbleibenden Fixkosten die Kosten pro Benutzung.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Zahl der benutzten Dokumente	5'042	4'000	3'000
Zahl der unterstützten Publikationen	1	1	2
Anzahl verkaufter Neujahrsblätter (inkl. alter Jahrgänge)	895	700	1'000

Der Indikator "benutzte Dokumente" ist von der Verfügbarkeit des Materials abhängig. Da das Material 2008 teilweise und 2009 vollständig im Provisorium benutzt werden muss, ist mit einer tieferen Nutzung zu rechnen.

IAFP Bibliotheken

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	8'454	8'892	9'001	9'493	9'727	9'644
Erlös	1'225	1'112	1'118	1'101	1'051	1'051
Nettokosten/Globalkredit	7'228	7'780	7'883	8'392	8'677	8'594
Kostendeckungsgrad in %	15	13	12	12	11	11

Bei der Kostenentwicklung werden sich in den nächsten Jahren folgende Projekte und Massnahmen auf die Rechnung auswirken: Für 2010 ist die Erweiterung der Bibliothek Seen am jetzigen Standort geplant, dies führt zu höheren Mietkosten, Personalaufwand, zu Abschreibungen und Energiekosten. Ab 2011 wird sich der Umbau der Museumstrasse 52, höhere Hauswartungskosten, das zentrale Immobilienmanagement und auch die virtuelle Bibliothek auswirken. Generell ist mit höheren Energie- und IT-Kosten zu rechnen. Die Belastung für die Neubauten wird ab 2012 dann eher wieder abnehmen.

Bei den Erlösen dürften die Reorganisationsbestrebungen beim Kanton dazu führen, dass die Staatsbeiträge abnehmen werden.

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	1'850	0	0	200	150	0	0	1'500
Bewilligt	295	54	0	50	0	0	0	191
Gesamt	2'145	54	0	250	150	0	0	1'691

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Kosten						
Bruttokosten pro Ausleihe in CHF	6.3	6.7	6.7	7.3	7.5	7.5
Kostendeckungsgrad für Produkt 3 in %	5.0	3.0	2.0	3.0	3.0	2.0
2 Bibliotheksnutzung						
Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken in %	18.8	>18	>18	>18	>19	>19
3 Kundenorientierung						
Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. Messgrösse: Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer in %	13.0	<20	<20	<20	<20	<20
4 Qualitätssicherung						
Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. Messgrösse: Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien in %	81.6	>81	>81	>81	>81	>81

Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Realisierung der Erweiterung der Bibliothek Seen
- Überprüfen eines neuen Standorts und einer Erweiterung der Bibliothek Hegi
- Erneuerung der Studienbibliothek gemäss Vorgaben des Departements
- Betrieb einer virtuellen Bibliothek in Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Bibliotheken
- Planung eines digitalen Archivs für Bild- und Tondaten

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Auftrag

Stärkung der kulturellen Attraktivität der Stadt Winterthur und subsidiäre Förderung und Unterstützung des zeitgenössischen Kulturschaffens mit dem Ziel das vielseitige und qualitativ hoch stehende Kulturangebot zu erhalten und im Rahmen der genehmigten Mittel auszubauen.

Produkte

1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Unterstützung privater Initiativen und Institutionen für ein vielfältiges und umfassendes Kulturangebot. Die Unterstützung erfolgt subsidiär. Die Subventionsbeiträge und (teilw.) Infrastrukturleistungen an private Institutionen sind auf der Basis von Leistungsvereinbarungen in den Subventionsverträgen geregelt.

2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur. Förderung im Bereich der bildenden Kunst mit Kunstkäufen. Ausrichtung von Kulturpreisen (Förderpreise und Kulturpreis der Stadt Winterthur).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Kulturleitbild der Stadt Winterthur
- Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Volksabstimmung vom 03.12.1939
- Sammlungen Briner und Kern, SR-Beschluss
- Kunstmuseum, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Villa Flora, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kunsthalle Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Museum Lindengut, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Technorama, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Fotomuseum, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Stiftung für Photographie, GGR-Beschluss vom 13.02.2002
- Orchester Musikkollegium, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Musikfestwochen, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Musikverband der Stadt Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Jazz in Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Verein LMK - Live Musik Kultur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Sommertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Marionettentheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kellertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater am Gleis, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater für den Kanton Zürich, GGR-Beschluss vom 08.11.1971
- Verein tanzinwinterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmfoyer Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmbulletin, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Internationale Kurzfilmtage, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Astronomische Gesellschaft Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004

Stufe Verwaltungseinheit

- div. Subventionsbeiträge und Infrastrukturleistungen

Verantwortliche Leitung

Nicole Kurmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	80	79	81 95
2 Kundenorientierung Sparte Museen Die unterstützten Museen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Summe der üblichen Öffnungszeiten in Stunden pro Woche (2) Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender) (3)	302 > 790	297 680	257 700
3 Kundenorientierung Sparte Musik Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	> 1'200	1'100	1'200
4 Kundenorientierung Sparte Theater / Tanz Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Aufführungen (gemäss Veranstaltungskalender)	> 780	400	780
5 Einhaltung der Subventionsverträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Subventionsverträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Leistungsvorgaben der Subventionsverträge einhalten	100	100	100

(1) Einwohner: 99'307 Stand per 31.12.2007

(2) Kundenorientierung Sparte Museen: Summe Öffnungszeiten im 2009 exkl. Kunstmuseum (das Kunstmuseum ist wegen Sanierung geschlossen)

(3) Kundenorientierung Sparte Museen: Anzahl Veranstaltungen im 2009 exkl. Kunstmuseum

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	7'885'475	7'844'568	9'467'469

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Personalkosten: Die Personalkosten wurden um die Lohnrunde 2008 erhöht.

Sachkosten: Im 2008 waren die Sachkosten tiefer budgetiert, weil kein Betrag für das Projekt "Neupositionierung Kunstmuseen Winterthur" eingestellt werden musste. Im 2007 und im VO09 fallen jedoch für dieses Projekt Kosten an (bzw. sind im 2007 angefallen).

Beiträge an Dritte: Die Beiträge mussten um die Teuerung erhöht werden.

Übrige interne Kosten: Aufgrund des geplanten Museumsumbaus und die in diesem Zusammenhang stehende Schliessung des Kunstmuseums, fallen bei dieser Produktgruppe tiefere interne Kosten an.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Personalkosten: Die Personalkosten wurden um die Lohnrunde 2008 erhöht.

Sachkosten/interne Verrechnungen: Die Sachkosten liegen im Vergleich mit der Rechnung 2007 tiefer, weil die Energiekosten (Stadtwerke) seit 2008 als interne Kosten gelten. Dementsprechend haben sich die internen Kosten erhöht.

Beiträge an Dritte: Die Beiträge mussten um die Teuerung von zwei Jahren erhöht werden (2008 und 2009).

Externe Erlöse: Für die Villa Flora müssen jeweils Lohnrückerstattungen in den Voranschlag aufgenommen werden, welche später nicht immer anfallen.

Beiträgen von Dritten: Die Staatsbeiträge wurden analog dem VO08 budgetiert.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	797'301	868'350	909'418
Sachkosten	749'694	493'010	654'877
Beiträge an Dritte	8'845'215	9'018'000	9'182'857
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	578'161	568'600	1'853'663
Übrige interne Kosten	748'514	847'896	817'955
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>11'718'884</i>	<i>11'795'857</i>	<i>13'418'769</i>
Verrechnungen innerhalb PG	6'400	0	0
Total effektive Kosten	11'712'484	11'795'857	13'418'769
Externe Erlöse	36'410	74'900	75'300
Interne Erlöse	70'000	70'389	70'000
Beiträge von Dritten	3'727'000	3'806'000	3'806'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'833'410</i>	<i>3'951'289</i>	<i>3'951'300</i>
Verrechnungen innerhalb PG	6'400	0	0
Total effektive Erlöse	3'827'010	3'951'289	3'951'300
Total Nettokosten/Globalkredit	7'885'475	7'844'568	9'467'469
Interne Kosten	1'320'275	1'416'496	2'671'618
Interne Erlöse	63'600	70'389	70'000
Total primäre Nettokosten*	6'628'800	6'498'461	6'865'851
Kostendeckungsgrad in % **	33	33	29
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			33

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	588'772	579'600	576'900
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	10.5	11.9	11.9
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	49 (48)	55 (54)	51 (49)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Bei den Subventionsbeiträgen beschränken sich die Massnahmen im Wesentlichen auf die Kontrolle der Einhaltung der Subventionsverträge (Leistungsvereinbarungen und individuelle Vertragsbestimmungen). Mit den projektbezogenen Beiträgen werden kulturelle Projekte gefördert und das Kulturangebot in allen Sparten substanziell ergänzt. Für das Museum Lindengut muss ein neues Konzept erarbeitet werden. Die Umsetzung des Museumskonzepts für die Kunstmuseen wird (vorbehaltlich der Verabschiedung durch den Stadtrat) in Zusammenarbeit mit der Stadt in die Wege geleitet.

Die Anstrengungen, durch Vernetzungen der Institutionen Synergien und eine grössere Ausstrahlung zu erreichen, werden fortgeführt.

Produkt 1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Leistungen

Subsidiäre Unterstützung von privaten Institutionen für kulturelle Leistungen. Beiträge und Leistungsaufträge sind für jede Institutionen individuell in Subventionsverträgen geregelt.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	10'975'875	10'905'557	12'530'669
Erlös	3'833'410	3'951'289	3'951'300
Nettokosten	7'142'466	6'954'268	8'579'369
Kostendeckungsgrad in %	35	36	32

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Museen			
Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten	860'730	871'047	940'068
- davon Beitrag in CHF	-	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	879'815	885'862	954'768
- davon Ertrag in CHF	-19'085	- 14'815	-14'700
Sammlungen Briner und Kern	342'663	323'500	321'400
- davon Beitrag in CHF	-	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	348'457	326'800	325'500
- davon Ertrag in CHF	-5'794	- 3'300	- 4'100
Kunstmuseum	527'011	530'800	452'581
- davon Beitrag in CHF	852'861	853'000	861'481
- davon Nebenleistungen in CHF	492'150	515'800	429'100
- davon Ertrag in CHF	-818'000	-838'000	-838'000
Villa Flora	283'375	290'489	304'742
- davon Beitrag in CHF	100'000	100'000	103'429
- davon Nebenleistungen in CHF	183'375	235'489	246'313
- davon Ertrag in CHF	-35	- 45'000	-45'000

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kunsthalle Winterthur	99'726	79'900	91'357
- davon Beitrag in CHF	60'000	60'000	62'057
- davon Nebenleistungen in CHF	39'726	19'900	29'300
Museum Lindengut	303'615	282'188	294'158
- davon Beitrag in CHF	30'000	30'000	31'029
- davon Nebenleistungen in CHF	355'111	334'254	344'629
- davon Ertrag in CHF	-81'496	- 82'066	-81'500
Technorama	550'000	550'000	568'857
- davon Beitrag in CHF	550'000	550'000	568'857
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0
Fotomuseum	300'000	300'000	310'286
- davon Beitrag in CHF	300'000	300'000	310'286
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0
Stiftung für Photographie	50'000	50'000	50'000
- davon Beitrag in CHF	50'000	50'000	50'000
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0
Musik			
Orchester Musikkollegium	1'807'936	1'746'000	1'832'449
- davon Beitrag in CHF	4'494'516	4'495'000	4'583'549
- davon Nebenleistungen in CHF	222'420	219'000	216'900
- davon Ertrag in CHF	-2'909'000	-2'968'000	-2'968'000
Musikfestwochen	190'000	190'000	196'514
- davon Beitrag in CHF	190'000	190'000	196'514
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0
Musikverband der Stadt Winterthur	200'000	200'000	206'852
- davon Beitrag in CHF	200'000	200'000	206'852
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0
Jazz in Winterthur	75'000	75'000	77'572
- davon Beitrag in CHF	75'000	75'000	77'572
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0
Verein LMK - Live Musik Kultur	240'000	240'000	246'852
- davon Beitrag in CHF	200'000	200'000	206'852
- davon Nebenleistungen in CHF	40'000	40'000	40'000
Theater / Tanz			
Sommertheater	274'760	274'800	283'471
- davon Beitrag in CHF	250'000	250'000	258'571
- davon Nebenleistungen in CHF	24'760	24'800	24'900
Marionettentheater	108'618	86'800	122'700
- davon Beitrag in CHF	70'000	70'000	72'400
- davon Nebenleistungen in CHF	38'618	16'800	50'300
Kellertheater	195'954	195'900	200'629
- davon Beitrag in CHF	170'000	170'000	175'829
- davon Nebenleistungen in CHF	25'954	25'900	24'800
Theater am Gleis	310'000	310'000	320'629
- davon Beitrag in CHF	310'000	310'000	320'629
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0
Theater für den Kanton Zürich	75'212	77'000	80'000
- davon Beitrag in CHF	75'212	77'000	80'000
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0
Verein tanzinwinterthur	65'000	65'000	67'229
- davon Beitrag in CHF	65'000	65'000	67'229
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0
Film			
Filmfoyer Winterthur	60'000	60'000	62'057
- davon Beitrag in CHF	60'000	60'000	62'057
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0
Filmbulletin	20'000	20'000	20'686
- davon Beitrag in CHF	20'000	20'000	20'686
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Internationale Kurzfilmtage	90'000	90'000	93'086
- davon Beitrag in CHF	90'000	90'000	93'086
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0
Übrige Beiträge			
Astronomische Gesellschaft Winterthur	26'000	26'000	26'892
- davon Beitrag in CHF	26'000	26'000	26'892
- davon Nebenleistungen in CHF	-	0	0

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Institutionen für kulturelle Leistungen wird durch Subventionsverträge geregelt.			

Produkt 2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Leistungen

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur. Ausrichtung von Kulturpreisen. Ankauf von Kunstwerken. Führung des Kunstinventars der Kunstwerke im Besitz der Stadt Winterthur.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	730'868	890'300	888'100
Erlös	0	0	0
Nettokosten	730'868	890'300	888'100
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Diverse Beiträge an Kunstschaaffende in CHF	33'036	75'000	40'000
Kulturpreis der Stadt Winterthur in CHF	14'436	20'000	15'000
Kunstankäufe in CHF	77'866	80'800	89'600
Kulturkommissionen (Kunstkommission, Literaturkommission) in CHF	2'700	2'500	2'500
Projektbezogene Beiträge in CHF	602'829	712'000	726'000

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl eingegangener Gesuche	169	180	175
Anzahl bearbeiteter Gesuche	149	150	150
Anzahl unterstützter Gesuche	109	115	115

IAFP Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	11'712	11'795	13'418	13'831	14'436	14'436
Erlös	3'827	3'951	3'951	3'951	3'951	3'951
Nettokosten/Globalkredit	7'885	7'845	9'467	9'880	10'485	10'485

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	4'278	0	0	635	2'060	2'060	0	-477
Bewilligt	670	186	270	100	0	0	0	114
Gesamt	4'748	186	270	735	2'060	2'060	0	-563

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	80	79	81	81	82	82
			95	95	96	96
2 Kundenorientierung Sparte Museen Die unterstützten Museen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Summe der üblichen Öffnungszeiten in Stunden pro Woche (2) Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender) (3)	302 > 790	297 680	257 700	302 750	302 800	302 800
3 Kundenorientierung Sparte Musik Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	> 1'200	1'100	1'200	1'200	1'200	1'200
4 Kundenorientierung Sparte Theater / Tanz Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Aufführungen (gemäss Veranstaltungskalender)	> 780	400	780	800	800	800
5 Einhaltung der Subventionsverträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Subventionsverträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Leistungsvorgaben der Subventionsverträge einhalten	100	100	100	100	100	100

(1) Einwohner: 99'307 Stand per 31.12.2007

(2) Kundenorientierung Sparte Museen: Summe Öffnungszeiten im 2009 exkl. Kunstmuseum (das Kunstmuseum ist wegen Sanierung geschlossen)

(3) Kundenorientierung Sparte Museen: Anzahl Veranstaltungen im 2009 exkl. Kunstmuseum

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Bei den Subventionsbeiträgen beschränken sich die Massnahmen im Wesentlichen auf die Kontrolle der Einhaltung der Subventionsverträge (Leistungsvereinbarungen und individuelle Vertragsbestimmungen). Die projektbezogene Kulturförderung erfolgt nach den im Kulturleitbild formulierten Rahmenbedingungen und Kriterien. Diese Projekte bereichern und ergänzen das Kulturangebot in Winterthur substantiell.

Das Museumskonzept für die Kunstmuseen soll in die Umsetzungsphase kommen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Subventionsverträge haben alle eine analoge Laufzeit. Im Jahre 2009 wird wieder eine Neubeurteilung und Bestandesaufnahme vorgenommen. Für die projektbezogene Kulturförderung gelten die im Kulturleitbild formulierten Rahmenbedingungen und Beurteilungskriterien. Die Kulturförderung der Stadt Winterthur reagiert flexibel auf die Initiative von Privaten. Kulturelle Projekte werden primär von Kulturschaffenden definiert. Die Stadt Winterthur unterstützt dieses Schaffen mit Beiträgen, Beratungen und Infrastrukturleistungen.

Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Auftrag

1. Die städtischen Museen und Sammlungen erfüllen einen Bildungsauftrag und stärken die kulturelle Attraktivität von Winterthur. Sie erschliessen und vermitteln durch besucherfreundliche Ausstellungen und durch Veranstaltungen einer regionalen und überregionalen Öffentlichkeit die materielle Kultur und Umwelt- sowie Naturwissenschaftsthemen. Sie sammeln, konservieren und erforschen Kulturgüter fach- und sachgerecht und erhalten sie für die Zukunft.
2. Das Kulturzentrum Alte Kaserne ist ein bedeutender Ort in der Stadt für Soziokultur und für den kulturellen Austausch.
3. Die Kulturvermittlung und das Veranstaltungsmarketing führen diversen Massnahmen durch, welche dazu dienen, das Kulturangebot der Stadt Winterthur bekannt zu machen und den Zugang und das Verständnis für alle Bevölkerungsgruppen zu erleichtern.
4. Im Aufgabengebiet der Bauten und Ateliers liegt die Substanzerhaltung der städtischen Liegenschaften und Bauten mit kultureller Nutzung. Betreiben der Infrastruktur, ausgerichtet nach den Bedürfnissen der Benutzer.

Produkte

1 Städtische Museen

Betrieb von städtischen Museen:

- Naturmuseum
- Münzkabinett und Antikensammlung
- Gewerbemuseum und Uhrensammlung
- Schlösser Hegi und Mörsburg

2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Dienstleistungsangebot für externe Veranstalter, eigene Veranstaltungsprogrammierung, soziokulturelle Animation.

3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Bekanntmachung des kulturellen Angebotes mit der Führung eines städtischen Veranstaltungskalenders im Internet, Prospekten und Plakaten. Koordination des übergeordneten Kulturmarketings mit der Herausgabe von Drucksachen und der Koordination und Organisation von Events. Bereitstellung eines umfassenden Angebotes im Bereich der Museumspädagogik für Schulklassen.

4 Bauten

Unterhalt und Wartung der Liegenschaften Bauten mit kulturellen Nutzungen im Hinblick auf eine Substanzerhaltung. Diverse Dienstleistungen und Infrastrukturleistungen für die Benutzer und Betreiber der kulturellen Institutionen. Unterstützung von Künstler-Ateliers in Zusammenarbeit mit privaten Förderungsstellen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes.
- Gemäss der UNESCO-Deklaration kommen die Museen der Verpflichtung „Recht auf Bildung“ nach

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 26.10.87, mit Nachtrag v. 01.12.93.
- Verpflichtung zur konservatorischen Betreuung der Uhrensammlung Kellenberger (GGR-Beschluss vom 31.07.1969)
- Volksabstimmung betr. Kultur- und Freizeitzentrum Alte Kaserne vom 02.12.84 und 06.09.87
- Betriebskonzept Alte Kaserne gem. Stadtratsbeschluss vom 13.11.91.
- Vereinheitlichung der Öffnungszeiten bei den Museen vom 19.10.88 sknr 88-1873

Stufe Verwaltungseinheit

- Mietvertrag Waaghaus

Verantwortliche Leitung

Nicole Kurmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

[illegible]

(1) Einwohner: 99'307 Stand per 31.12.2007

(2) Kulturvermittlung - durchgeführte Führungen: Ab Dezember 2008 wird das Kunstmuseum bis im April 2010 wegen Umbau und Sanierung geschlossen.

(3) Kulturvermittlung - abgelehnte Führungen: In den Jahren 2007 und 2008 wurden auch Führungen mitgezählt, welche aus exogenen Gründen abgesagt werden mussten (z.B. Museumspädagogin war krank etc.). Ab dem Jahre 2009 werden nur noch Führungen als abgelehnt gezählt, welche aus Kapazitätsgründen nicht durchgeführt werden können.

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	5'922'403	6'099'721	8'169'717

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Personalkosten: Die höheren Personalkosten bei den Museen sind einerseits durch die Lohnrunde 2008 bedingt und andererseits durch die budgetierte Stellenaufstockung beim Naturmuseum. Damit ist die seit Jahren hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden an den Wochenenden zu senken. Zusätzlich ist die bisher nur ungenügend wahrgenommene Aufarbeitung der Sammlung zu gewährleisten, die als Grundlage für die Ausstellungen dient. Weiter muss der Wegfall des Sponsoringbeitrages Erdgas Ostschweiz kompensiert werden. Die höheren Personalkosten können grösstenteils durch Minderkosten bei den Bauten (Umbau 2009) wieder kompensiert werden.

Externen Erlöse: Diese werden etwas tiefer ausgewiesen als im VO08, weil neu die stadinternen Entschädigungen für die Museumspädagogik über die internen Erlöse abgegolten werden.

Interne Erlöse: Diese sind gesamthaft tiefer, weil infolge der Sanierung des Museums- und Bibliotheksgebäudes im Jahre 2009 weniger interne Erlöse weiterverrechnet werden können.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Personalkosten: Die höheren Personalkosten bei den Museen sind wie folgt begründbar: Lohnrunde 2008, Stellenaufstockung beim Naturmuseum (siehe Begründung Abweichung VO08/09) sowie Aufstockung bei der Museumspädagogik (Postulat E. Schlegel). Die höheren Personalkosten können grösstenteils durch Minderkosten bei den Bauten (Umbau 2009) wieder kompensiert werden.

Sachkosten: Im Vergleich mit der Rechnung 2007 fallen tiefere Sachkosten an. Ein Hauptgrund ist die Verschiebung der Energiekosten (Stadtwerke) zu den internen Kosten. Ein weiterer Grund sind tiefere Anschaffungskosten für Mobiliar und Betriebseinrichtungen.

Interne Kosten: Neben der Verschiebung der Energiekosten zu den internen Kosten (siehe unter Sachkosten) fallen beim Naturmuseum höhere Umlagekosten an. Der Grund ist die höhere Kostenbeteiligung des Naturmuseums aufgrund der bevorstehenden Sanierung des Museums- und Bibliotheksgebäudes und der damit zusammenhängenden Schliessung des Kunstmuseums.

Externe Erlöse: Diese werden tiefer ausgewiesen als in der Rechnung 2007, weil neu die stadinternen Entschädigungen für die Museumspädagogik über die internen Erlöse abgegolten werden. Im Münzkabinett fällt ein Sponsor weg, welcher in der Vergangenheit über die externen Erlöse verbucht werden konnte. Fr. 32'000 der Erlöse betreffen in der Rechnung 2007 die Entnahme aus den WOV-Reserven.

Interne Erlöse: Diese sind gesamthaft tiefer, weil infolge der Sanierung des Museums- und Bibliotheksgebäudes im Jahre 2009 weniger interne Erlöse weiterverrechnet werden können.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	4'314'076	4'344'452	4'498'623
Sachkosten	2'932'089	2'573'490	2'622'066
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	644'157	634'920	2'411'151
Übrige interne Kosten	958'392	1'285'646	1'283'517
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'848'713</i>	<i>8'838'507</i>	<i>10'815'357</i>
Verrechnungen innerhalb PG	478'392	545'200	562'300
Total effektive Kosten	8'370'322	8'293'307	10'253'057
Externe Erlöse	1'643'381	1'452'200	1'404'540
Interne Erlöse	1'269'241	1'273'586	1'228'100
Beiträge von Dritten	13'689	13'000	13'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'926'311</i>	<i>2'738'786</i>	<i>2'645'640</i>
Verrechnungen innerhalb PG	478'392	545'200	562'300
Total effektive Erlöse	2'447'919	2'193'586	2'083'340
Total Nettokosten/Globalkredit	5'922'403	6'099'721	8'169'717
Interne Kosten	1'124'158	1'375'366	3'132'368
Interne Erlöse	790'849	728'386	665'800
Total primäre Nettokosten*	5'589'094	5'452'741	5'703'149
Kostendeckungsgrad in % **	29	26	20
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			26

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	741'424	737'220	736'146
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	41.7	42.5	43.6
▪ Lehrverhältnisse	2.0	2.0	2.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	106 (97)	112 (101)	127 (114)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Diverse spartenspezifische Museumsausstellungen mit Rahmenprogramm wie Workshops, Führungen, Vorträgen
 Naturmuseum: Wechelausstellung Neandertaler (Mitte Februar - April), Tropen (Mai bis Mitte Oktober), Stadtfüchse (ab November 09)
 Gewerbemuseum: Materialarchiv Wiedereröffnung (Anfang April), LED - Licht und Farbe inszenieren (ab Mitte April), Modeszene.ch (Juni bis Oktober)
 Münzkabinett: Neuerwerbsausstellung (Februar 09), Alexanders Erben - griechische Münzprägung des Hellenismus (ab Februar 09 - 2010), Publikation 3. Band "Griechische Münzen in Winterthur", Event. kleine Sonderausstellung passend zum Thema "Alexanders Erben" per Mitte Jahr
 Bauten: Umbau und Sanierung des Museums- und Bibliotheksgebäudes, Einbau einer Sicherheitsanlage sowie Wärmedämmung
 Schloss Hegi: ein neues Nutzungskonzept für das Schloss Hegi wird erarbeitet
 Kulturvermittlung: Permanente Aktualisierung und Ausbau der Internetadresse www.kultur.winterthur.ch sowie allgemeine übergeordnete Marketingmassnahmen

Produkt 1 Städtische Museen

Leistungen

Die Museen gestalten in ihren Bereichen Wechselausstellungen, organisieren Führungen und Veranstaltungen, pflegen und erweitern ihre Sammlungen und das historische Kulturgut. Die Museen sind Bildungsinstitutionen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	4'329'436	4'344'488	5'922'711
Erlös	456'577	326'502	368'040
Nettokosten	3'872'859	4'017'987	5'554'671
Kostendeckungsgrad in %	11	8	6

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Ausstellungen	17	18	17
Anzahl Veranstaltungen	71	60	65
Anzahl Führungen	221	210	215
Verhältnis der inventarisierten Objekte zur Gesamtzahl der Objekte in %	75	75	75

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Besuchende Naturmuseum	24'741	27'300	24'700
Anzahl Besuchende Münzkabinett und Antikensammlung	2'254	2'500	2'250
Anzahl Besuchende Gewerbemuseum und Uhrensammlung	26'497	17'700	25'000
Anzahl Besuchende Schlösser Hegi und Mörsburg	5'417	5'300	5'300

Produkt 2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Leistungen

- Dienstleistung Raumbenützungen (regelmässige und einmalige) inkl. Veranstaltungs- und Projektberatungen sowie Projektbegleitungen.
- Eigene Veranstaltungen und Koproduktionen zur Bereicherung und Ergänzung der Kulturvielfalt in der Stadt.
- Gastrobereich mit Bistrobetrieb und –Veranstaltungen sowie Catering und Spezialdienstleistungen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'586'393	2'549'680	2'491'392
Erlös	1'008'400	994'738	997'900
Nettokosten	1'577'993	1'554'942	1'493'492
Kostendeckungsgrad in %	39	39	40

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Mindestanzahl belegte Raum/Zeiteinheiten (2,5 Std./Raum) pro Jahr (42 Wochen) durch regelmässige Benutzende	2'700	2'700	2'700

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Mindestanzahl Einzelveranstaltungen pro Jahr	ca. 1'400	1'300	1'400
Anteil Eigenveranstaltungen bzw. Koproduktionen an den Einzelveranstaltungen Alte Kaserne in %	5	5	5

Produkt 3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Leistungen

Dienstleistungen und Vermittlung:

Museumspädagogisches Angebot in den Winterthurer Museen für Schul- sowie Kindergartenklassen

Führungen für Lehrkräfte und Ausarbeitung von Lehr-Dokumentationen

Veranstaltungsmarketing:

Der Bereich umfasst Inserate, Publikationen und Werbung im Rahmen des allg. Kulturmarketings. Dazu gehören

Veranstaltungskalender (Prospekt, Plakat), Internetauftritt Kulturelles mit Veranstaltungskalender, Inserate für Förderpreise,

MuseumsTagNacht usw., sowie Werbemassnahmen wie Museumsprospekt und Inserate. Koordination und Durchführung von Sonderevents.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	558'536	613'759	733'826
Erlös	91'926	87'546	87'500
Nettokosten	466'610	526'212	646'326
Kostendeckungsgrad in %	16	14	12

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Anfragen im Verhältnis zur Anzahl durchgeführten Führungen (in %)	91	95	95

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Internetzugriffe auf den Veranstaltungskalender	30'247	28'000	30'000
Anzahl Winterthurer Schulklassen in % von allen Schulklassen, die das Angebot Museumspädagogik nutzen			90

Produkt 4 Bauten

Leistungen

Unterhalt, Wartung sowie Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für den Betrieb von städtischen Liegenschaften mit kultureller Nutzung:

- Museums- und Bibliotheksgebäude, Museumstrasse 52
- Waaghaus, Marktgasse 25
- Stadtbibliothek, Obere Kirchgasse 6
- Barockhäuschen, im Stadtgarten
- Kapelle Rossberg, Rossberg
- Musikpavillon, im Stadtgarten
- Ateliers

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'374'348	1'330'580	1'667'428
Erlös	1'337'286	1'330'000	1'192'200
Nettokosten	37'062	580	475'228
Kostendeckungsgrad in %	97	100	71

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Öffnungszeit Kunstmuseum für Besuchende in Std./Woche	45	45	45
Öffnungszeit Münzkabinett für Besuchende in Std./Woche	12	12	12
Öffnungszeit Naturmuseum für Besuchende in Std./Woche	42	42	42
Öffnungszeit Schlösser Hegi und Mörsburg in Std./Woche	17 bzw. 32	17 bzw. 32	17 bzw. 32
Öffnungszeit Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten in Std./Woche	45	45	45

Das Schloss Hegi ist vom November bis Februar geschlossen. Die Mörsburg hat im gleichen Zeitraum reduzierte Öffnungszeiten.

IAFP Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	8'370	8'293	10'253	11'023	11'173	11'023
Erlös	2'447	2'193	2'083	2'553	2'553	2'553
Nettokosten/Globalkredit	5'922	6'100	8'170	8'469	8'619	8'469
Kostendeckungsgrad in %	29	26	20	23	23	23

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	680	0	930	1'640	350	0	0	-2'240
Bewilligt	22'719	7'392	4'210	7'200	5'098	0	0	-1'181
Gesamt	23'399	7'392	5'140	8'840	5'448	0	0	-3'421

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	60	61	63	65	65	59
Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF			81	83	83	82

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
2 Kundenorientierung Die Besuchenden der städtischen Museen sind mit dem Angebot zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Besuchern <i>Messgrößen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen des Kulturzentrums Alte Kaserne zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die einzelnen Mieter (der Rechnung beigelegt) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen der Kulturvermittlung zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die Führungsteilnehmer <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	0	-	-	-	-	-
3 Zugänglichkeit Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Die städtischen Kultureinrichtungen stehen der gesamten Bevölkerung offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche <i>Messgrößen:</i> Naturmuseum Münzkabinett und Antikensammlung Gewerbemuseum und Uhrensammlung Schlösser Hegi und Mörsburg Kulturzentrum Alte Kaserne	42 12 45 17 bzw. 33 > 95	42 12 45 17 bzw. 33 101	42 12 45 17 bzw. 33 95	42 12 45 17 bzw. 33 95	42 12 45 17 bzw. 33 95	42 12 45 17 bzw. 33 95
4 Substanzerhaltung Die historischen Gebäude der Stadt Winterthur (vgl. Auflistung unter Produkt 4) werden werterhaltend betreut. <i>Messgrösse:</i> Kosten für den Unterhalt in Prozent des Gebäudewertes	0.39	0.25	0.33	0.33	0.33	0.33
5 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing / Leistungsmengen Anzahl durchgeführter Führungen für Klassen mindestens (2) Anzahl abgelehnter Führungen für Klassen höchstens (3)	909 84	880 50	650 10	700 10	880 10	880 10

(1) Einwohner: 99'307 Stand per 31.12.2007

(2) Kulturvermittlung - durchgeführte Führungen: Ab Dezember 2008 wird das Kunstmuseum bis im April 2010 wegen Umbau und Sanierung geschlossen. Die Schätzungen für das Jahr 2011 und 2012 gehen davon aus, dass die Villa Flora nach wie vor für Besucher offen ist.

(3) Kulturvermittlung - abgelehnte Führungen: In den Jahren 2007 und 2008 wurden auch Führungen mitgezählt, welche aus exogenen Gründen abgesagt werden mussten (z.B. Museumspädagogin war krank etc.). Ab dem Jahre 2009 werden nur noch Führungen als abgelehnt gezählt, welche aus Kapazitätsgründen nicht durchgeführt werden können.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Die Sanierungs- und Umbauarbeiten im Museums- und Bibliotheksgebäudes werden sich bis ins Jahr 2010 hinziehen. Damit einher geht die Verbesserung der Infrastruktur für den Betrieb des Hauses und die Besucher/innen. Erfüllt werden müssen auch gesetzliche Auflagen der Feuerpolizei.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Rechtspflege

Auftrag

In der Produktgruppe Rechtspflege werden die Dienstleistungen der Stadtammann- und Betreibungsämter sowie des Friedensrichteramtes zusammengefasst. Beide Bereiche erfüllen ausschliesslich gesetzliche Aufgaben.

Produkte

1 Stadtammann- und Betreibungsämter

Vollzug sämtlicher vollstreckungsrechtlicher (betreibungsrechtlicher) Aufgaben im Sinne des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG).

Vollzug der gestützt auf die Zivilprozessordnung, das Gerichtsverfassungsgesetz sowie die Strafprozessordnung zugewiesenen gerichtsvollzieherischen (stadtammannamtlichen) Aufgaben.

2 Friedensrichteramt

Die Friedensrichterinnen sind Organe der kantonalen Rechtspflege. Sie suchen als Sühnbeamtinnen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten sowie im Ehrverletzungsprozess nach einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Parteien und entscheiden als Richterinnen endgültig zivilrechtliche Streitigkeiten, deren Streitwert 500 Franken nicht übersteigt.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Stadtammann- und Betreibungsämter

SchKG, OR, StGB, VZG, ZPO, GVG, StPO, EGzZGB

Friedensrichteramt

ZGB, OR, SchKG, StGB, EGzZGB, ZPO, GVG, StPO u.w.m.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stadtammann- und Betreibungsämter

Die Winterthurer Stadtammann- und Betreibungsämter sind gemäss Gemeindeverordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt. Materiell-rechtlich sind die Stadtammann- und Betreibungsämter der Gerichtsbarkeit (Bezirksgericht / Obergericht / Bundesgericht) unterstellt.

Friedensrichteramt

Das Friedensrichteramt ist gemäss Gemeindeordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt. Aufsichtsrechtlich sind die Friedensrichterinnen dem Bezirksgericht unterstellt. Friedensrichterinnen werden für eine Amtsdauer von sechs Jahren vom Volk gewählt und sind unabhängig.

Stufe Verwaltungseinheit

Die Stadtammann- und Betreibungsämter sowie das Friedensrichteramt der Stadt Winterthur sind organisatorisch dem Departement Kulturelles und Dienste zugeteilt.

Verantwortliche Leitung

Roland Isler / Yvonne Beutler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Kundenorientierung Bei der Dienstleistungserbringung achten die Mitarbeitenden der Ämter auf eine korrekte und adäquate Behandlung der Klienten <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Stadtmann- und Betreibungsämter: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden ▪ Friedensrichteramt: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0 0	0 0	0 0
2 Erreichbarkeit Die Ämter sind während den üblichen Geschäftszeiten telefonisch erreichbar. <i>Messung / Bewertung:</i> telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i> ▪ Stadtmann- und Betreibungsämter ▪ Friedensrichteramt	39.50 37.50	39.50 37.50	39.50 37.50

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	3'592	217'405	514'679

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Personalkosten: Neben der Lohnrunde 2008 führte insbesondere die Erhöhung der Sozialleistungen (Anstieg Kinder- u. Ausbildungszulagen um 1.3%) zu den erhöhten Kosten.

Sachkosten: Die Auswirkungen bezüglich Aufhebung des Betreibungsamtes Winterthur-Seen waren bei der Budgetierung für den VO 08 noch nicht genau vorhersehbar, weshalb der VO 08 höher ausfiel als der VO 09.

Interne Kosten: Der Anstieg ist mit höheren Informatikkosten begründbar.

Externer Erlös: Im 2009 wird mit einem weiteren Rückgang der Fallzahlen gerechnet.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Personalkosten: Mit dem VO08 wurde eine Stellenaufstockung von 1.5 Stellen bewilligt. Gegenüber dem Jahre 2007 fallen weiter Mehrkosten für die fachliche Aus- und Weiterbildung an.

Sachkosten: Unter "Diverse Dienstleistungen Dritter" rechnet man mit Mehrkosten für Spezialzustellungen der Post (unter anderem für den Kreis Seen).

Übrige interne Kosten: Ab dem Jahre 2008 werden die Energiekosten über interne Verrechnungen abgegolten. Weiter fallen höhere Informatikkosten sowie Umlagen ins Gewicht.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	3'606'621	3'796'606	3'993'092
Sachkosten	727'672	778'312	747'840
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	46'279	49'500	101'126
Übrige interne Kosten	340'124	365'132	387'371
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'720'696</i>	<i>4'989'550</i>	<i>5'229'429</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'720'696	4'989'550	5'229'429
Externe Erlöse	4'717'104	4'771'200	4'714'750
Interne Erlöse	0	944	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'717'104</i>	<i>4'772'144</i>	<i>4'714'750</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'717'104	4'772'144	4'714'750
Total Nettokosten/Globalkredit	3'592	217'405	514'679
Interne Kosten	386'403	414'632	488'497
Interne Erlöse	0	944	0
Total primäre Nettokosten*	-382'811	-196'282	26'182
Kostendeckungsgrad in % **	100	96	90
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			91

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	46'279	49'500	45'700
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	30.5	31.1	31.1
▪ Lehrverhältnisse	2.0	2.0	2.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	38 (14)	38 (14)	38 (14)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Keine

Produkt 1 Stadtmann- und Betreibungsämter**Leistungen**

Betreibungsamt

- Betreibungsverfahren einleiten
- Pfändungen vollziehen
- Rechtshilfeverfahren bearbeiten
- Konkursandrohungen ausstellen
- Arrest- und Retentionsverfahren durchführen
- Verwertungen von beweglichen Sachen durchführen
- Grundpfandverwertungsverfahren durchführen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Stadtmannamt

- Beglaubigungen vollziehen
- Privatrechtliche Anzeigen tätigen
- freiwillige Steigerungen (Auktionen) durchführen
- Befundaufnahmen (Sachverhalte, Hausdurchsuchungen) vornehmen
- Gerichtliche Ausweisungen vollziehen
- Allgemeine Verbote erlassen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	4'205'607	4'511'769	4'739'278
Erlös	4'586'395	4'648'873	4'588'500
Nettokosten	-380'788	-137'104	150'778
Kostendeckungsgrad in %	109	103	97

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Fälle pro Mitarbeitende	1'092	1'170	1'046
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles werden die jährlichen Revisionsberichte des Bezirksgerichtes Winterthur, des Betreibungsinspektorates des Obergerichts des Kantons Zürich und der Finanzkontrolle der Stadt Winterthur herbeigezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit der Stadtmann- und Betreibungsämter	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene schriftliche Beschwerden im Verhältnis zur Anzahl der Zahlungsbefehle der Betreibungsämter (in %)	0.0	0.1	0.1

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl eingeleiteter Betreibungsverfahren	29'929	32'000	29'000
Anzahl Pfändungsvollzüge	14'771	15'700	14'000
Anzahl Konkursandrohungen	696	780	600
Anzahl ausgestellter Verlustscheine	12'150	13'000	12'150
Anzahl stadtmannamtlicher Geschäfte	629	700	630
- davon Beglaubigungen	395	430	410
- davon amtliche Befundaufnahmen (Befunde, Sachverhalte und Hausdurchsuchungen)	85	100	85
- davon Ausweisungen (Exmissionen)	74	70	65

Produkt 2 Friedensrichteramt

Leistungen

- Fall-Administration
- Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten und Ehrverletzungsklagen führen
- Hauptverfahren in Zivilprozessen bis 500 Fr. Streitwert führen
- Audienzgespräche (formale Auskünfte erteilen)
- Amts-Buchhaltung
- Inkasso Gerichtsgebühren

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	483'935	477'781	490'151
Erlös	130'709	123'271	126'250
Nettokosten	353'226	354'510	363'901
Kostendeckungsgrad in %	27	26	26

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Fälle pro Friedensrichterin	169	165	165
Anzahl der Fälle, welche durch Verfügung/Urteil erledigt werden konnten, im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (in %)	50	55	55
Anzahl der Fälle, welche nach einer Sühnverhandlung in Anwesenheit beider Parteien durch Verfügung erledigt werden konnten im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (ohne Hauptverfahren) in %	64.0	70.0	65.0
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles wird der Visitationsbericht des Bezirksgerichts herangezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit des Friedensrichteramtes	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene Rekurse und Nichtigkeitsbeschwerden im Verhältnis zur Anzahl Fälle des Friedensrichteramtes (in %)	0.2	0.4	0.4

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl behandelter Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten	459	450	450
Anzahl Zivilprozesse bis und mit CHF 500.-- Streitwert	32	35	35
Anzahl Sühnverfahren in Ehrverletzungsprozessen	16	10	10
Anzahl Audienzgespräche	521	500	500

IAFP Rechtspflege

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	4'720	4'989	5'229	5'229	5'229	5'229
Erlös	4'717	4'772	4'714	4'715	4'715	4'715
Nettokosten/Globalkredit	4	217	515	515	515	515
Kostendeckungsgrad in %	100	96	90	90	90	90

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Kundenorientierung						
▪ Stadtmann- und Betreibungsämter: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0.0	0.0	0.0	0	0	0
▪ Friedensrichteramt: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0.0	0.0	0.0	0	0	0
2 Erreichbarkeit während den üblichen Geschäftszeiten						
telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche						
▪ Stadtmann- und Betreibungsämter	39.5	39.5	39.5	39.5	39.5	39.5
▪ Friedensrichteramt	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Entwicklung der Fallzahlen sowie die Komplexität des Einzelfalles sind sehr schwierig voraussehbar und lediglich aufgrund von Erfahrungswerten zu prognostizieren.

Finanzkontrolle

Auftrag

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht der Stadt Winterthur. Sie unterstützt den Grossen Gemeinderat bei der Aufsicht über die Verwaltung und den Stadtrat bei seiner Dienstaufsicht. Sie ist fachlich selbständig und unabhängig.

Die Kernaufgaben der Finanzkontrolle sind:

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons

Zu den Sonderaufgaben der Finanzkontrolle gehören:

- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Produkte

1 Städtische Finanzaufsicht

Wahrnehmung der Finanzaufsicht im Rahmen des obigen Auftrages.

2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Ausübung von externen Revisionsmandaten und Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht als Sonderaufgaben der Finanzkontrolle.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesezt und Verordnung über den Gemeindehaushalt vom 23.9.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt vom 10.10.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über die Haushaltkontrolle der Gemeinden vom 12.9.85

ZGB Art. 84 (Stiftungsaufsicht)

Stufe Stadt (GGR)

Verordnung über die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur vom 18. April 2005

Verantwortliche Leitung

Walter Hubmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit			
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	97	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6
Kostendeckungsgrad Produkt 2:			
Externe Revisionsmandate in %	106	100	100
Gesetzliche Stiftungsaufsicht in %	105	>95	>95

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	609'447	693'804	742'956

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Personalkosten: 1,7 % Teuerungsausgleich, Leistungsanteil und Stufenerhöhung sowie neu 1,3 Lohnprozentabgabe an Familienausgleichskasse (FAK) betr. Kinderzulagen
- Externe Erlöse: Abgabe Revisionsmandat (GAIWO)

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Personalkosten: Stellenvakanz im 2007 (5 Monate), 2008/09: Teuerungsausgleich, Stufenerhöhung, Leistungsanteil
- Externe Erlöse: Abgabe von drei Revisionsmandaten

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	789'579	848'511	889'579
Sachkosten	20'771	26'500	20'000
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	46'825	48'000	48'100
Übrige interne Kosten	48'704	44'593	41'147
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>905'879</i>	<i>967'604</i>	<i>998'826</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	905'879	967'604	998'826
Externe Erlöse	49'209	26'500	17'800
Interne Erlöse	247'223	247'300	238'070
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>296'432</i>	<i>273'800</i>	<i>255'870</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	296'432	273'800	255'870
Total Nettokosten/Globalkredit	609'447	693'804	742'956
Interne Kosten	95'529	92'593	89'247
Interne Erlöse	247'223	247'300	238'070
Total primäre Nettokosten*	761'141	848'511	891'779
Kostendeckungsgrad in % **	33	28	26
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			26

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	46'825	48'000	48'100
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	4.8	4.8	4.8
▪ Lehrverhältnisse	-	-	-
▪ Bestand (davon Teilzeit)	5 (1)	5 (1)	5 (1)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

keine

Produkt 1 Städtische Finanzaufsicht

Leistungen

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons.
- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	855'077	941'285	981'346
Erlös	248'087	248'000	238'770
Nettokosten	606'990	693'285	742'576
Kostendeckungsgrad in %	29	26	24

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	97	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Volumen des zu beaufsichtigenden Finanzhaushaltes in CHF:			
Laufende Rechnung	1.191 Mia.		
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	97 Mio.		
Investitionsrechnung Finanzvermögen	17 Mio.		
Bilanzsumme	1.116 Mia.		

Produkt 2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Leistungen

- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	45'004	26'319	17'479
Erlös	47'800	25'800	17'100
Nettokosten	-2'796	519	379
Kostendeckungsgrad in %	106	98	98

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kostendeckungsgrad externe Revisionsmandate in %	106	100	100
Kostendeckungsgrad gesetzliche Aufsichtsmandate in %	105	>95	>95

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Revisionsmandate	9	7	6
Anzahl Aufsichtsmandate	14	14	13

IAFP Finanzkontrolle

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	905	967	998	1'006	1'006	1'006
Erlös	296	273	255	257	258	260
Nettokosten/Globalkredit	609	694	743	748	748	746
Kostendeckungsgrad in %	33	28	26	26	26	26

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit						
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	97	90	90	90	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6	6	6	6
Kostendeckungsgrad Produkt 2:						
Externe Revisionsmandate in %	106	100	100	100	100	100
Gesetzliche Stiftungsaufsicht in %	105	>95	>95	>95	>95	>95

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

ab 2010 AHV-Überbrückungszuschuss wegen Pensionierung

Finanzamt

Auftrag

- Organisation des städtischen Rechnungswesens.
- Führung der Buchhaltung.
- Organisation des Controllings für den Stadtrat und die Verwaltung.
- Erstellung des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses.
- Einsitz in der Pensionskassenverwaltung.
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen.

Produkte

1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens

Das Finanzamt ist einerseits für die Bereitstellung und Betreuung der Software (CS/2) für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlich. Andererseits ist das Finanzamt für die Koordination und die Erstellung des Voranschlags, der Rechnung und der Finanzplanung zuständig.

2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate

Das Finanzamt übernimmt im Auftrag von der Stadt nahe stehenden Organisationen die Führung der Buchhaltung oder auch Beratungsmandate in finanziellen Angelegenheiten.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz

Verordnung über den Gemeindehaushalt

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons

Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden

Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung

Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Qualitätssicherung Zufriedenheit des Stadtrats und des Gemeinderats bezüglich der zeit- und sachgerechten Buchführung und Zahlungsverkehr. <i>Messgrössen:</i> Die Finanzkontrolle empfiehlt dem GGR die Vorjahresrechnung zur Abnahme. Die Vorjahresrechnung wird vom Bezirksamt genehmigt. Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung	- - keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine
2 Liquiditätsplanung Bereitstellung einer optimalen Liquidität <i>Messgrössen</i> Höhe der durchschnittlichen Liquidität in Mio. CHF	60	60	60
3 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. <i>Messgrössen</i> Kostendeckungsgrad für Produkt 2 in %	101	100	100

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	2'475'651	2'366'503	2'553'847

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Die Projektleitung von WoV wurde vom Finanzamt in das Departementssekretariat verschoben. Dafür wurde dort eine befristete Stelle geschaffen. Die Kosten für diese Stelle werden aber dem Finanzamt zu 100 % via interne Umlagen belastet. Somit sind die Mehraufwendungen der Personalkosten auf die Lohnmassnahmen zurückzuführen. Zusätzlich sind die Sachkosten etwas gestiegen. Die Publikationskosten für Rechnung- und Budgetbücher sind höher geworden und die Informatikkosten sind wegen des Ausbaus des CS/2 gestiegen. Diese Mehraufwendungen konnten teilweise durch die Erhöhung der Kostenanteile der städtischen Betriebe an die Residualkosten abgedeckt werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Grundsätzlich hat sich das Globalbudget gegenüber der Rechnung 2007 nur unwesentlich verändert. Der Mehraufwand durch die Verschiebung der Projektleitung WoV wird bereits in der Abweichungsbegründung Voranschlag 2008/2009 erläutert. Die höheren Beiträge an die Residualkosten durch die gebührenfinanzierten Produktgruppen kompensieren diese Mehraufwendungen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	2'269'255	2'305'106	2'353'135
Sachkosten	681'731	617'374	684'254
Beiträge an Dritte	22'506	30'000	22'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	109'207	93'300	103'263
Übrige interne Kosten	571'983	472'623	649'564
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'654'683</i>	<i>3'518'403</i>	<i>3'812'216</i>
Verrechnungen innerhalb PG	45'000	46'000	46'000
Total effektive Kosten	3'609'683	3'472'403	3'766'216
Externe Erlöse	284'131	256'000	288'200
Interne Erlöse	894'900	895'900	970'169
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'179'031</i>	<i>1'151'900</i>	<i>1'258'369</i>
Verrechnungen innerhalb PG	45'000	46'000	46'000
Total effektive Erlöse	1'134'031	1'105'900	1'212'369
Total Nettokosten/Globalkredit	2'475'651	2'366'503	2'553'847
Interne Kosten	636'191	519'923	706'827
Interne Erlöse	849'900	849'900	924'169
Total primäre Nettokosten*	2'689'361	2'696'480	2'771'189
Kostendeckungsgrad in % **	31	32	32
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			32

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	147'777	133'300	126'800
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	16.28	15.78	15.78
▪ Lehrverhältnisse	1.0	1.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	19(7)	18(7)	18(7)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009**Vom Jahr 2008 zur Weiterführung zu übernehmende Projekte**

- Vorbereitung von IPSAS/HRM2
- Neuverhandlung kantonaler Finanzausgleich
- EDV-Applikation zur richtigen Darstellung aller internen Erträge im CS/2.
- Projekt für die Verbesserung der gesamtschädtischen Liquiditätsplanung
- Einführung der Anlagebuchhaltung in den Produktgruppen
- Einführung eines neuen Reportingsystems im CS/2, welches den Zugriff auf andere Datenbanken erlaubt.
- Weiterentwicklung und Schulung von WoV

Neue Projekte

- Weiterentwicklung der Investitionsrechnung (Erfassung der Daten und Reporting)
- Mitarbeit im Projekt ZIM
- Online-Verrechnung der internen Fakturen

Produkt 1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens**Leistungen**

- Organisieren des städtischen Rechnungswesens
- Führen der Buchhaltung
- Organisieren des Controllings
- Erstellen des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'574'149	3'472'403	3'766'216
Erlös	1'131'975	1'105'900	1'212'369
Nettokosten	2'442'174	2'366'503	2'553'847
Kostendeckungsgrad in %	32	32	32

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 1 und 2			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Projekte	11	8	10
Anzahl Mitberichte	325	300	300

Produkt 2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate**Leistungen**

- Führen von externen Buchhaltungen
- Beratung der Pensionskassenverwaltung in finanziellen Angelegenheiten

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	45'000	46'000	46'000
Erlös	45'284	46'000	46'000
Nettokosten	-284	0	0
Kostendeckungsgrad in %	101	100	100

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 3			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl verrechneter Stunden	*	*	*

* Die Buchhaltungskosten werden pauschal verrechnet.

IAFP Finanzamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	3'654	3'472	3'812	3'816	3'786	3'766
Erlös	1'179	1'105	1'258	1'218	1'221	1'227
Nettokosten/Globalkredit	2'475	2'366	2'553	2'598	2'565	2'539
Kostendeckungsgrad in %	31	32	32	32	32	33

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	-301	-301	-301	-301	-301	1'505
Bewilligt	120	-4'088	0	100	20	0	0	4'088
Gesamt	120	-4'088	-301	-201	-281	-301	-301	5'593

* Investitionsreserve = Volumen ./ . Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Qualitätssicherung Die Finanzkontrolle empfiehlt dem GGR die Vorjahresrechnung zur Abnahme. Die Vorjahresrechnung wird vom Bezirksrat genehmigt. Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung	- - keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine
2 Liquiditätsplanung Höhe der durchschnittlichen Liquidität in Mio. CHF	60	60	60	60	60	60
3 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. Messgrösse: Kostendeckungsgrad für Produkt 2 in %	101	100	100	100	100	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Weiterentwicklung von WoV bis Ende der Legislaturperiode.
- Evaluation der Möglichkeit zur Übernahme von Buchungsmandaten von kleinen Gemeinden.
- Bei Annahme des Projekts Fokus durch das Volk und den Gemeinderat muss die Organisation des städtischen Rechnungswesens überdacht werden.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Einführung von IPSAS beziehungsweise HRM2 ist von den kantonalen Vorgaben abhängig. Das kantonale Gemeindeamt hat nun in Zusammenarbeit mit den Gemeinden gewisse Vorstellungen entwickelt. Der Prozess muss aber noch durch die politischen Instanzen. Daher ist es sehr schwierig abzuschätzen, wann diese Standards eingeführt werden. Zudem sind bei der Definition dieser Standards die Spielräume gross.

Informatikdienste (IDW)

Auftrag

Die Informatikdienste (IDW) sind die ersten und hauptsächlichen Informatik-Dienstleister der Stadtverwaltung. Sie beraten in allen Gebieten der Informatik, der Kommunikation und der Telefonie. Sie koordinieren und planen für die Stadtverwaltung. Sie realisieren Informatik- und Telefonieprojekte und betreiben Anwendungen. Damit sorgen sie für eine optimale Unterstützung der Geschäftsprozesse mit Informatikmitteln.

Produkte

1 Software & Consulting

Beschaffung, Entwicklung, Wartung und Unterhalt von Software, Optimierung von Geschäftsprozessen

2 PC-Benutzerservice

Information und Beratung; Beschaffung und Installation der Arbeitsplatzinfrastruktur, Support, Schulung

3 Kommunikation

Ausbau und Betrieb des städtischen Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

4 Rechenzentrum

Betrieb des Rechenzentrums, Vor- und Nachbearbeitung von Daten und Datenträger, Pflege der Datenbank- und Betriebssysteme, Webmastering für Intranet und Internet

5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Umsetzung und Überprüfung der Informatikstrategie, Informatik-Controlling, Flottenpolitik und Standards, departementsübergreifende Dienstleistungen auf dem Gebiet der IT (Informationstechnologie)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Kantonales Datenschutzgesetz vom 6.6.93 (Inkraftsetzung am 1.1.95)
- Verordnung zum kantonalen Datenschutzgesetz vom 7.12.94
- Kantonale Informatiksicherheitsverordnung vom 17.12.97

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Informatikstrategie 2005 (SRB Nr. 2006-0080 vom 18.01.2006)
- Rechenzentrumsleistungen für Gemeinden (SRB Nr. 2001-1931 vom 14.11.2001)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Informatikdienste vom Dezember 2000

Verantwortliche Leitung

Walter Ruprecht

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Kostendeckungsgrad - der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung in % - Die Dienstleistungen für externe Auftraggeber werden gewinnbringend erbracht - der Gesamtheit der Dienstleistungen in % Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezügern kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet.	95.40 erfüllt 99.00	> 95 erfüllt > 99	> 95 erfüllt > 99
2 Kundenorientierung Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen statistisch repräsentativen Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrößen:</i> - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)	93.20 95.20	mind. 85 mind. 90	mind. 85 mind. 90
3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der BenutzerInnen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> Datenverlust im Rechenzentrum	keine	keine	keine
4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> Attest	OK	OK	OK
5 Ausbildung Die IDW stellen jährlich einen Lernenden / eine Lernende an. <i>Messung / Bewertung</i> pro Jahr einen Lernenden / eine Lernende (ab 2005)	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	170'222	130'456	176'177

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Wegen der zunehmenden Belastung in der Datenkommunikation und Telefonie (neue externe Kunden, neue Aufgaben wie VoIP usw.) und der komplexer werdenden Vernetzung mit der Aussenwelt muss der Personalbestand um eine Stelle erhöht werden.
- Im Rahmen der Ablösung der alten Telefonzentralen und der Umstellung auf VoIP müssen durch die IDW neue Telefonendgeräte beschafft werden. Diese werden den Organisationseinheiten über die internen Verrechnungen weiterbelastet.
- Eine zusätzliche Person (System-Engineer) wird im Rechenzentrum zur Bewältigung der Mehraufgaben wegen zusätzlichen internen (Stadtwerk usw.) und externen Kunden (Gemeinden, Werke) eingestellt.
- Mehrausgaben im Rechenzentrum für Hard- und Software (Aufwand für zusätzliche Lizenzen und Ersatz von Servern nach abgelaufener Garantie).
- Mehrertrag im Rechenzentrum durch grössere Mengen (Mailboxen, User, Anwendungen) und neue Gemeinden/Werke.
- Übernahme einer Stelle aus Stadtwerk für die technische Applikationsbetreuung SAP. Wird über entsprechende Mehreinnahmen abgegolten.
- Übernahme von 2 Stellen aus Stadtwerk für den Helpdesk/Hotline und den Field-Service. Wird über entsprechende Mehreinnahmen abgegolten.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Übernahme 1 Stelle Stadtwerk für den Applikationssupport SAP. Wird über entsprechende Mehreinnahmen abgegolten.
- Mehrertrag im Rechenzentrum wegen höheren internen Verrechnungen dank grösseren Mengen, SAP der Stadtwerke sowie höhere externe Verrechnungen dank neuen Kunden.
- Übernahme von 2 Stellen Stadtwerk für den Helpdesk und den Field-Service. Wird über entsprechende Mehreinnahmen abgegolten.
- Gesamtübernahme der Betreuung und Verrechnung von Multifunktionsgeräten von der Materialverwaltung (Mehraufwand und -ertrag).

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	5'904'371	6'337'394	7'367'891
Sachkosten	6'134'355	6'043'983	5'929'783
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	1'555'191	1'350'600	1'347'844
Übrige interne Kosten	685'979	724'404	801'043
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'279'895</i>	<i>14'456'381</i>	<i>15'446'560</i>
Verrechnungen innerhalb PG	470'329	511'540	603'057
Total effektive Kosten	13'809'566	13'944'841	14'843'503
Externe Erlöse	1'520'148	1'527'489	1'658'000
Interne Erlöse	12'589'524	12'798'436	13'612'383
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'109'672</i>	<i>14'325'925</i>	<i>15'270'383</i>
Verrechnungen innerhalb PG	470'329	511'540	603'057
Total effektive Erlöse	13'639'344	13'814'385	14'667'326
Total Nettokosten/Globalkredit	170'222	130'456	176'177
Interne Kosten	1'770'841	1'563'464	1'545'830
Interne Erlöse	12'119'196	12'286'896	13'009'326
Total primäre Nettokosten*	10'518'577	10'853'888	11'639'673
Kostendeckungsgrad in % **	99	99	99
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			104

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	550'740	542'100	571'200
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	40.5	43.3	48.45**
▪ Lehrverhältnisse	4*(1)	4*(1)	4*(1)
▪ Bestand (davon Teilzeit)	43(3)	44(4)	49(3)

* zusätzlich 1 Praktikant Informatikmittelschule 4. Lehrjahr

** zusätzlich Aushilfen (0.15%) für Drucken und Verpacken (Finanzierung durch Melde- und Zivilstandswesen und Gemeinden)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Zentralisierung und Integration Helpdesk/Hotline und technische SAP-Betreuung von Stadtwerk.
- Einführung der neuen Softwareverteilung für die städtischen PC's.
- Umsetzung des Konzepts "Output-Optimierung" in der Stadtverwaltung
- Erarbeiten von Entscheidungsgrundlagen für neues Client-Betriebssystem inkl. Office-Plattform sowie festlegen der Lizenzierungspolitik.
- Überarbeiten der IP-Adressverwaltung und der Firewallinfrastruktur.
- Realisierung Konzept sowie Roll-out der VoIP-Telefonie.
- Verkabelungen und Vernetzungen (Datenkommunikation) gemäss Projekt ICT-Sek des DSS.
- Erarbeiten eines Konzepts für den Aufbau eines Backup-Rechenzentrums.
- Vorbereitung der eidgenössischen Registerharmonisierung mit Einführung neuer AHV-Nr., Eidg. Gebäudeidentifikator EGID sowie Wohnungsidentifikator EWID.
- Unterstützung der Sozialen Dienste bei der Konzipierung und Beschaffung einer neuen Fallführungssoftware inkl. Systemkonsolidierung.
- Zusammen mit Stadtarchiv erarbeiten der Strategie für Records-Management und Langzeitarchivierung.
- Umstellung aller städtischen Internet-Auftritte auf ein neues Content-Management-System (CMS; Open Source-Produkt).
- Weitere Projekte gemäss separater Projektplanung.

Produkt 1 Software & Consulting

Leistungen

- Beschaffungsprojekte (Projektcoaching, -leitung und -abwicklung von Informatikvorhaben, Evaluation von Standard-Software)
- Entwicklungsprojekte (Entwickeln von Individual-Software)
- Wartung und Unterhalt von produktiven Applikationen
- Unterstützung der Verwaltungseinheiten bei der Optimierung von Geschäftsprozessen
- Konzeption und Umsetzung von Internetauftritten mit Integration in das Portal von Winterthur
- Koordination von eGov-Aktivitäten sowie Aufzeigen von Möglichkeiten und Einsatzgebieten von e-Government

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'562'417	2'541'195	2'749'533
Erlös	2'534'312	2'505'283	2'767'271
Nettokosten	28'105	35'911	-17'738
Kostendeckungsgrad in %	99	99	101

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Verrechenbarer Umsatz pro Mitarbeitende in CHF	191'860	200'000	200'000
Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	95.30	mind. 85	mind. 85

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl betreute Anwendungen	177	170	170
Stundensätze für interne Dienstleistungen			
▪ Beratung in CHF	150	150	150
▪ Realisierung in CHF	120	120	120
Stundensätze für externe Dienstleistungen (excl. MWST)			
▪ Beratung in CHF	170	170	170
▪ Realisierung in CHF	150	150	150

Produkt 2 PC-Benutzerservice

Leistungen

- Consulting (Information, Beratung und Unterstützung der Benutzenden in IT-Fragen. Konzipieren, beschaffen, installieren und integrieren der Arbeitsplatzinfrastruktur)
- Help-Desk und Support (Entgegennahme und Triage von Störungsmeldungen, Störungsbehebung, Eskalation)
- Betrieb, Überwachung, Wartung, Reparatur der Arbeitsplatzinfrastruktur
- Informatikkurse
- Standards und Richtlinien, Evaluationen und Vertragsverhandlungen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'864'174	4'263'887	4'237'295
Erlös	3'956'420	4'471'543	4'579'582
Nettokosten	-92'246	-207'657	-342'287
Kostendeckungsgrad in %	102	105	108

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Während den Betriebszeiten eingehende Anrufe auf die Hotline werden bedient (in %)	71.20	> 80	> 80
Maximale Anzahl auf Voice Mail gesprochener Anrufe (in %)	6.06	5.00	5.00
Maximal aufgelegte Anrufe während den Betriebszeiten (in %)	22.21	10.00	10.00
Abgearbeitete Probleme innerhalb von 4 Arbeitstagen (in %)	> 80	> 80	> 80
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	94.60	mind. 85	mind. 85
Grad der Kundenzufriedenheit mit den besuchten Kursen (aufgrund Kursbeurteilung) in %	97.30	mind. 85	mind. 85

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl stadtweit installierte PC *	2'172	2'200	2'500
Anzahl installierte Schul-PC (Primarschulen)	1'115	1'100	1'200
Informatikschulung für Benutzende			
▪ Anzahl gestarteter E-Learningkurse **	338	500	500
▪ Anzahl Personen in E-Learningkursen	1'115	2'000	-
▪ Anzahl Person mit besuchten Kursen im E-Learn-Portal			120

*) Bis 2008 direkt durch die IDW betreute PC-Clients. Ab 2009 inkl. Stadtwerke, Verkehrsbetriebe.

**) Bis 2008 wurde die Anzahl der gestarteten E-Learningkurse ausgewiesen, ab 2009 die Anzahl der im Berichtsjahr abgeschlossene E-Learningkurse.

Produkt 3 Kommunikation

Leistungen

- Ausbauen und Betreiben des verwaltungsweiten Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes
- Betreuen der Kundinnen und Kunden des Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'535'016	3'402'884	3'523'023
Erlös	3'615'418	3'400'075	3'758'071
Nettokosten	-80'402	2'809	-235'048
Kostendeckungsgrad in %	102	100	107

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Verfügbarkeit Stadtnetz in %	100.00	> 99	> 99
Verfügbarkeit der 14 Knoten des zentralen Teilnehmervermittlungssystems in %	99.56	> 99	> 99
Störungsbehebung im Telefonnetz innerhalb 24 Stunden nach Meldung	96.24	> 90	> 90
Betriebsbereitschaft wieder hergestellt in %			
Abwicklung von Telefonmutationen innerhalb von 14 Tagen bzw. auf Termin (ohne externe Firmen) in %	> 99	> 98	> 98

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Überwachter Betrieb	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30
Aufwand pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)	51	51	51
Aufwand pro Telefonanschluss (CHF/Monat)	40	34	34
Preis pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)	40	40	40
Preis pro Telefonanschluss (CHF/Monat)	40	30*	30*
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	92	mind. 85	mind. 85

* Seit Budget 2008 ohne VoiceMail-Service

Produkt 4 Rechenzentrum

Leistungen

- Betreiben eines sicheren Rechenzentrums
- Betreiben der im RZ installierten Server und Informatikapplikationen
- Betreiben der Gemeindesoftware NEST / ABACUS und weiterer Anwendungen für Gemeinden im Kanton Zürich
- Betreiben der Software IS-E und ABACUS für Technische Werke
- Evaluieren und beschaffen der zentralen Hardware und Betriebssysteme
- Webmastering für Intranet und Internet
- Pflegen der Datenbanksysteme
- Durchführen der Datensicherungen und Restores

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'863'267	3'742'620	3'845'136
Erlös	3'989'118	3'913'228	4'165'459
Nettokosten	-125'851	-170'608	-320'323
Kostendeckungsgrad in %	103	105	108

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Systemverfügbarkeit			
▪ Anwendungen (365 Tage x 24h) in %	99.50	mind. 98	mind. 98
▪ Server (Unix, Linux, Windows) (365 Tage x 24h) in %	99.50	mind. 98	mind. 98
Interne Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	96.10	mind. 85	mind. 85
Externe Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	95.20	mind. 90	mind. 90

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl zentral und dezentral betreute Rechner			
▪ UNIX (AIX)	4	4	4
▪ Virtuelle Unix-Server	6	6	6
▪ Windows 2000 / 2003	120	120	80
▪ Virtuelle Server Windows 2000 / 2003	83	60	140
▪ Linux	20	15	25
Anzahl registrierter Benutzende	3'830	3'500	4'500

Produkt 5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Leistungen

- Umsetzen und laufende Überprüfung der Informatikstrategie
- Informatikcontrolling (Machbarkeits-, Projekt- und Nutzencontrolling), Reporting
- Definieren der verwaltungsweiten Flottenpolitik
- Übrige departementsübergreifende Dienstleistungen
 - Einsitz in verschiedenen Fachgremien
 - Behandlung von politischen Vorstössen
 - Evaluation und Adaption von neuen Technologien
 - Standards für Informatiksicherheit
 - Stufengerechtes Informationswesen
 - Internet (E-Government)
 - Intranet
- Submissionsunterstützung, Rahmenverträge mit den Lieferanten
- Leiten / Mitarbeiten in departementsübergreifenden Projekten
- Ausserordentliche Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	455'020	505'796	1'091'574
Erlös	0	35'796	0
Nettokosten	455'020	470'000	1'091'574
Kostendeckungsgrad in %	0	7	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die IDW erbringen Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung. Davon wird ein Grossteil der Kundschaft, d.h. den Ämtern, Bereichen und Betrieben, verrechnet. Es ist jedoch notwendig, eine Basis zu schaffen und zu pflegen, von der die ganze Stadtverwaltung profitieren kann. Diese Grundlagenarbeit kann nicht direkt einem bestimmten 'Owner' belastet werden. Es geht vor allem um strategische und departementsübergreifende Dienstleistungen sowie um 'Konzernregelungen'. Sie sind im Produkt 5 'Zentrale städtische Informatikdienstleistungen' zusammengefasst. Die Definition von Leistungsindikatoren ist hier äusserst schwierig. Deshalb wird darauf verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- geschätzter Zeitaufwand umgerechnet in Stelleneinheiten - Lehrverhältnisse	3 4*(1)	3 4*(1)	3 4*(1)
Kostenaufteilung in CHF:			
- Vorstudien und Konzepte - Intranet für die Stadtverwaltung - Gesamtstädtische Informatikstrategie und Weiterführung Umsetzung - Departementsübergreifende Dienstleistungen (siehe Beschreibung Produkt 5) - Datenschutz und Datensicherheit - Ausbildung von Lernenden (Basislehrjahr) - Stadtweite Archivlösung (Langzeitarchivierung und Aufbewahrung) - Datenlogistik, zentrale Datenhaltung - ERV Grundlagen und Konzept elektronische Rechnungsverarbeitung - Registerharmonisierung und neue Sozialversicherungs-Nr. - Aufbau einer Plattform für Microsoft Office Sharepoint (MOSS) - Business-Intelligence	 140'000 30'000 165'000 20'000 20'020 40'000 20'000 10'000 10'000	 140'000 30'000 100'000 20'000 20'000 100'000 30'000 20'000 10'000	 60'000 185'000 20'000 100'000 20'000 20'000 20'000 80'000 - - 20'000 20'000

*) zusätzlich 1 Praktikumsstelle Informatikmittelschule 4. Lehrjahr

IAFP Informatikdienste (IDW)

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	13'809	13'944	14'843	14'844	15'144	15'144
Erlös	13'639	13'814	14'667	14'747	15'047	15'047
Nettokosten/Globalkredit	170	130	176	96	96	96
Kostendeckungsgrad in %	99	99	99	99	99	99

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	10'650	0	510	390	5'000	0	3'000	1'750
Bewilligt	2'790	921	175	1'025	0	0	0	669
Gesamt	13'440	921	685	1'415	5'000	0	3'000	2'419

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Kostendeckungsgrad - der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung in % - Die Dienstleistungen für externe Auftraggeber werden gewinnbringend erbracht - der Gesamtheit der Dienstleistungen in % Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezügern kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet.	95.4	> 95	> 95	> 95	> 95	> 95
2 Kundenorientierung Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen statistisch repräsentativen Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrößen:</i> - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)	93.2	mind. 85	mind. 85	mind. 85	mind. 85	mind. 85
3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der BenutzerInnen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> Datenverlust im Rechenzentrum	keine	keine	keine	keine	keine	keine
4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> Attest	OK	OK	OK	OK	OK	OK
5 Ausbildung Die IDW stellen jährlich einen Lernenden / eine Lernende an. <i>Messung / Bewertung</i> pro Jahr einen Lernenden / eine Lernende (ab 2005)	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Überarbeitung der städtischen Informatikstrategie.
- Identity Management / SSO (Single Sign On)
- Ablösung PC-Betriebssystem Windows XP inkl. Office.
- Realisierung eines Backup-Rechenzentrums gemäss erarbeitetem Konzept.
- Neue Versionen der Server-Betriebssysteme und Microsoft-Anwendungen wie Exchange, SQL-Server usw. (abhängig von der Wahl des neuen Client-Betriebssystems).
- Realisierung der Langzeitarchivierung.
- Einführung einer neuen Fallführungssoftware bei den Sozialen Diensten.
- Realisieren der eidg. Registerharmonisierung als Basis für die elektronische Volkszählung.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Informationssicherheit und Datenschutz werden bedeutender.
- Die Ablösung des heutigen Client-Betriebssystem inkl. Office wird notwendig.
- Elektronische Langzeitarchivierung - heute noch ungelöst - gewinnt an Bedeutung.
- E-Government entwickelt sich weiter.

Steuerbezug

Auftrag

Im Rahmen der Steuergesetzgebung sind die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug der Stadt Winterthur zuverlässig und kundenfreundlich sicherzustellen.

Produkte

1 Steuern natürliche Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

2 Steuern juristische Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

3 Grundsteuern

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) und andere Gemeinden (Grundstückgewinnsteuerveranlagungen) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden (Verkehrswert- und Liegenschaftenbewertungsschätzungen).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Verordnung vom 13.11.1985 über Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3)
- Kantonales Datenschutzgesetz vom 06.06.1993 (Inkraftsetzung am 01.01.1995)
- Verordnung zum kantonalen Datenschutzgesetz vom 07.12.1994
- Gesetz über die direkten Steuern vom 08.07.1951 bzw. Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Staats- und Gemeindesteuern vom 29.04.1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild des Steueramtes vom August 1991 / September 2000 / August 2005

Verantwortliche Leitung

Pius Kuhn

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug werden wirtschaftlich erbracht <i>Messung / Bewertung:</i> - Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in CHF - Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in CHF - Durchschnittl. Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in CHF <i>Messgrösse</i> Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden	8.98 74.85 1'363.52	15.75 96.67 1'258.23	16.04 90.24 1'229.77
2 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlich: Kundenumfrage bei den im Steueramt persönlich Erschienenen, mit welcher die Verständlichkeit der Unterlagen, die Bedienungsqualität, die Erreichbarkeit, die Wartezeit sowie die Öffnungszeiten der Dienststellen nachgefragt werden. <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	88	90	85
3 Steuergerechtigkeit Im Rahmen der Gesetzgebung werden alle Kundinnen und Kunden gleich behandelt <i>Messung / Bewertung:</i> - Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen - Anzahl von Einspracheabweisungen - Anzahl Nachsteuer- und Bussenfälle - Anzahl neu gefundener Steuerfälle - Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle - Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen	1'054 450 66 83 577'130 31	1'000 250 60 70 300'000 45	1'100 450 60 75 300'000 35

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	2'345'526	2'876'676	3'017'907

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Der Globalkredit erfährt eine leichte Steigerung aufgrund der bewilligten Personalmassnahmen per 1.1.2009 gegenüber dem Vorjahr. Ansonsten hätte ein kleiner Rückgang resultiert. Die geringer ausfallenden Erlöse können dank Kostenreduktionen wettgemacht werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Zur Erhöhung des Globalkredites tragen einerseits die Personalkosten mit dem nun abgeschlossenen Ausbau des Scanzentrums und den allgemeinen Lohnmassnahmen sowie andererseits die Kosten der Weiterentwicklungen im Bereich der Informatik bei.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	5'862'766	6'153'746	6'338'090
Sachkosten	1'663'944	1'881'615	1'810'605
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	516'308	514'500	488'183
Übrige interne Kosten	1'023'117	1'088'855	1'070'360
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'066'135</i>	<i>9'638'716</i>	<i>9'707'237</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'066'135	9'638'716	9'707'237
Externe Erlöse	6'588'853	6'648'200	6'570'500
Interne Erlöse	131'756	113'840	118'830
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'720'609</i>	<i>6'762'040</i>	<i>6'689'330</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'720'609	6'762'040	6'689'330
Total Nettokosten/Globalkredit	2'345'526	2'876'676	3'017'907
Interne Kosten	1'539'425	1'603'355	1'558'543
Interne Erlöse	131'756	113'840	118'830
Total primäre Nettokosten*	937'858	1'387'161	1'578'195
Kostendeckungsgrad in % **	74	70	69
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			69

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	411'857	413'700	422'300
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	57.70	58.17	58.92
▪ Lehrverhältnisse	5	5	5
▪ Bestand (davon Teilzeit)	104 (76)	97 (70)	105 (78)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Produktive Einführung EBPP (papierlose Rechnung und Zahlung).
- E-Government mit interaktiven Möglichkeiten vorantreiben.
- Projekt e-Taxes des Kantons unterstützend fördern.
- Elektronischer Austausch der Steuerdaten mit dem Kanton konsolidieren.
- Die Zahl der Einschätzungen mit guter Qualität halten und weiter fördern.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Erkenntnisse aus dem Controlling der Kundenorientierung umsetzen.
- Die bestehenden und neuen kantonalen Projekte weiterhin aktiv mitgestalten.
- Den internen Ausbildungsstand der Mitarbeitenden weiter fördern und fordern.

Produkt 1 Steuern natürliche Personen**Leistungen**

- Prüfen und einschätzen von Steuererklärungen und Verrechnungsanträgen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren
- Inventarisierung im Todesfall

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	7'068'567	7'492'689	7'559'811
Erlös	6'455'476	6'532'063	6'449'424
Nettokosten	613'091	960'627	1'110'388
Kostendeckungsgrad in %	91	87	85

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzung, Steuerbezug und Inventarisierung, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	8.98	15.75	16.04
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug. Beanstandung der Steuerkontrolle in %	*	0.3	0.3

* Im Jahr 2007 wurde keine Revision durch die Steuerkontrolle durchgeführt.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen	60'308	61'000	61'300
Anzahl Pflichtige gemäss Quellensteuerverordnung I	8'193	7'000	8'000
Anzahl Fälle gemäss Quellensteuerverordnung II	887	850	880
Anzahl Inventarisierungen	836	900	860
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	27'839	29'000	28'500
Anzahl Steuererklärungsfristerstreckungen (Anzahl Bewegungen)	17'321	16'000	17'000
Anzahl Betreibungen	3'015	2'400	3'000
Anzahl Einsprachen	1'287	1'200	1'300
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	7	10	9
Anzahl aktive Steuerauscheidungen	531	580	550
Anzahl passive Steuerauscheidungen	226	270	250
Anzahl Steuerausweise	2'204	2'000	2'100
Anzahl Bescheinigungen Einbürgerungen	447	350	400

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 2 Steuern juristische Personen

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	433'125	463'368	465'035
Erlös	206'451	183'015	188'490
Nettokosten	226'675	280'352	276'545
Kostendeckungsgrad in %	48	39	41

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzungen und Steuerbezug, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	74.85	96.67	90.24
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug, Beanstandungen der Steuerkontrolle in %	*	0.3	0.3

* Im Jahr 2007 wurde keine Revision durch die Steuerkontrolle durchgeführt.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl steuerpflichtige juristische Personen	2'964	2'900	2'970
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	804	750	800
Anzahl Betreibungen	27	30	30
Anzahl Einsprachen	59	40	50
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	1	3	2
Anzahl aktive Steuerauscheidungen	121	140	130
Anzahl passive Steuerauscheidungen	31	50	40

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 3 Grundsteuern

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Handänderungssteuern
- Registerführung
- Steuerbezug
- Erstellen von Bestätigungen (Ausstehende Grundstücksgewinn-/Handänderungssteuern)
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'564'443	1'682'659	1'682'391
Erlös	58'680	46'962	51'416
Nettokosten	1'505'763	1'635'698	1'630'975
Kostendeckungsgrad in %	4	3	3

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen (ohne Gesamtüberbauungen und Teilverkäufe von Stockwerkeigentum) sind innert 7 Monaten nach dem ordentlichen Abgabetermin der Steuererklärung beschlussfertig vorbereitet und fakturiert. in %	86	90	90
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen werden innert 10 Tagen nach Beschlussfassung fakturiert. in %	100	100	100
Die verbleibenden Einschätzungen der Grundstückgewinnsteuern und die Handänderungssteuern sind vor Ablauf der Verjährungsfrist zu fakturieren. in %	100	100	100
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Einschätzung und Bezug der Grundstückgewinnsteuerfälle. Nettokosten pro steuerpflichtigem Fall. in CHF	1'363.52	1'258.23	1'229.77

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Grundstückgewinnsteuerfälle	1'091	1'300	1'300
Anzahl Handänderungen	1'296	1'300	1'300
Anzahl Mahnungen	341	300	300
Anzahl Fristerstreckungen von Steuererklärungen (Anzahl Kunden)	156	180	150
Anzahl Betreibungen	0	1	1
Anzahl Einsprachen / Grundstückgewinnsteuern / Handänderungssteuern	3	5	3
Anzahl Rekurse / Grundstückgewinnsteuern / Handänderungssteuern	1	1	1
Anzahl Beanstandungen	43	40	45
Anzahl Restanzen	1'134	900	900
Anzahl Pfandrechtseintragungen	0	2	1

IAFP Steuerbezug

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	9'066	9'638	9'707	10'127	10'317	10'397
Erlös	6'720	6'762	6'689	6'703	6'717	6'731
Nettokosten/Globalkredit	2'346	2'877	3'018	3'424	3'600	3'666
Kostendeckungsgrad in %	74	70	69	66	65	65

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions-reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Steuereinschätzungen und des Steuerbezugs						
▪ Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in CHF	8.98	15.75	16.04	21.00	23.00	23.50
▪ Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in CHF	74.85	96.67	90.24	95.50	97.50	98.00
▪ Durchschnittl. Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in CHF	1'363.52	1'258.23	1'229.77	1'292.00	1'320.00	1'332.00
▪ Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden	95	90	90	90	90	90
2 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	88	90	85	85	86	87
3 Steuergerechtigkeit						
▪ Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen	1'054	1'000	1'100	1'125	1'145	1'165
▪ Anzahl von Einspracheabweisungen	450	250	450	450	470	480
▪ Anzahl Nachsteuer- und Bussenfälle	66	60	60	60	60	60
▪ Anzahl neu gefundener Steuerfälle	83	70	75	75	75	75
▪ Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle	577'130	300'000	300'000	300'000	300'000	300'000
▪ Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren	31	45	35	35	35	35
▪ Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen	57	75	59	60	59	59

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Implementierung der neuen Versichertennummer (AHV-Nr.) in alle Applikationen.
- Die Standardisierung der Steuersoftware der Nestgemeinden Kanton Zürich mit der Stadt Zürich sowie der Ersatz der Scanner für das Scanzentrum werden weitere Mittel benötigen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Der Planungshorizont für die kantonalen Projekte Züri Primo (IT-Ausbau Kanton) ist immer noch bis ins 2015 ausgerichtet.
- Im Aufbau des kantonalen Steuerregisters sind die Auswirkungen weiterhin nicht erkennbar. Schnittstellenanpassungen zwischen Züri Primo und NEST werden gegebenenfalls Einfluss auf die Ablauforganisation und die Kosten haben.
- Das Scanzentrum Winterthur muss die laufenden Entwicklungen im e-Tax Bereich kritisch beobachten und allenfalls rechtzeitig Massnahmen einleiten.
- Die Mitwirkung in den kantonalen Projekten ist weiter anzustreben. Mögliche Entwicklungen sind so frühzeitig erkenn- und beeinflussbar.
- Die Vorstösse und Entwicklungen auf politischer Ebene sind soweit erkennbar, berücksichtigt.
- Die steigende Einwohnerzahl und die Entwicklung bei den juristischen Personen sind realistisch berücksichtigt.

Immobilien

Auftrag

Die Aufgaben der Liegenschaftenverwaltung lassen sich in Planungs- und Steuerungsaufgaben, interne Dienstleistungen und Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung unterteilen.

- Sicherstellung des städtischen Liegenschaftenverkehrs und der strategisch nachhaltigen Bewirtschaftung
- Beschaffung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Beschaffung von Räumen für die Bevölkerung
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Produkte

1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen

2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

3 Zentrale Dienste

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projektarbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)
- Schweizerisches Obligationenrecht (OR)
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Landwirtschaftsgesetz vom 02.09.1979 (Ackerbaustelle/agrarpolitische Massnahmen)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung vom 26.11.1989
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 10.07.2006
- SRB-Nr. 98-0170 vom 28.01.1998 (Verrechnung von kalkulatorischen Mietzinsen und Nebenkosten)
- SRB-Nr. 2004-0354 vom 18.02.2004 (Konzept für das Liegenschaftenportefeuille im Finanzvermögen)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild Departement Finanzen
- Leitbild Liegenschaftenverwaltung
- Arbeitshandbuch und Prozessabläufe der Liegenschaftenverwaltung

Verantwortliche Leitung

Erich Dürig / Beat Fehr

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Finanzvermögen': - Die Messgrößen beinhalten auch die Werte der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe, der unbebauten Grundstücke sowie der Baurechte. Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen': - Die Messgrößen beinhalten auch die Werte der Pünkten sowie des Betriebes MZA.			
1 Wirkung / Effektivität ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	36	38	39
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	79	80	83
2 Leistung / Volumen ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Inventarwert der Liegenschaften des Finanzvermögens <i>Messgröße:</i> Buchwert Total per Stichtag in Mio. CHF Buchwert Wohn- und Geschäftshäuser in Mio. CHF Buchwert subventionierter Wohnungsbau in Mio. CHF Buchwert Restaurantbetriebe in Mio. CHF Buchwert Landwirtschaftliche Pachtbetriebe in Mio. CHF Buchwert Baurechtsgrundstücke in Mio. CHF Buchwert Unbebaute Grundstücke in Mio. CHF Buchwert unvollendete Bauten in Mio. CHF Buchwert überbewertetes Grundeigentum in Mio. CHF	322.9 157.8 6.6 21.0 6.3 29.3 90.6 7.4 3.9	323.0 157.0 6.0 19.0 6.0 30.0 97.0 5.0 3.0	332.0 154.3 6.6 23.0 9.3 29.3 88.5 8.0 13.0
3 Wirtschaftlichkeit ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	6.10	6.00	6.00
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	8.20	9.60	9.70
4 Kundenzufriedenheit ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der mehrfach schriftlich eingegangenen Reklamationen Anzahl der Schlichtungsfälle <i>Messgröße:</i> Anzahl der grundlosen Reklamationen und Schlichtungsfälle	0 7 7	1 5 6	0 5 5

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	5'028'901	646'316	-571'957

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Der Voranschlag 2009 ist nach Bereinigung der einmaligen Buchgewinne (Ergebnisverbesserung um 6.4 Mio.) und der neuen zusätzlichen werterhaltenden Investitionen für Gesamtsanierungen (4 Mio.) leicht über dem Vorjahresniveau.

Der Personalaufwand schliesst leicht über dem Vorjahresniveau aufgrund des neu eingeführten Verteilschlüssels zur Umlage der Kinderzulagen sowie der gesamtstädtischen Lohnmassnahmen.

Die Sachkosten, welche sich in Sach- und Abschreibungsaufwand gliedern, sind gestiegen. Der ordentliche bauliche Unterhalt (1 Mio.) und die zusätzlich erstmals eingestellten werterhaltenden Investitionen aus Gesamtsanierungen (4 Mio.) führten zu einem entsprechend höheren Sachaufwand. Der Abschreibungsaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht (800'). Dies ist grösstenteils auf die Sanierung des Restaurants Schloss Wülflingen zurückzuführen.

Die kalkulatorischen sowie die bisherigen übrigen internen Kosten sind auf Vorjahresniveau.

Die neu eingeführte interne Verrechnungsmethodik der Siedlungsentwässerungskosten führte zu einer leichten Zunahme.

Die Ertragszunahme bei den externen Erlösen ist mehrheitlich auf zusätzliche Buchgewinne zurückzuführen, welche jährlich einmalig in unterschiedlicher Höhe anfallen (Buchgewinne VO 2008 von 6,5 Mio. und Buchgewinne VO 2009 von 12,9 Mio.). Ebenso führen die generellen und die individuellen Mietzinsanpassungen zu höheren Einnahmen im Wohn- und Gewerbebereich (0,5 Mio.). Die teilweise gute Umsatzentwicklung im Restaurantbereich wird zudem im Vergleich zum VO 2008 zu erhöhten Pachtzinseinnahmen führen (0,6 Mio.).

Die internen Erlöse sind auf Vorjahresniveau.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Die ab 2004 umgesetzten WIN03-Massnahmen 18-21 schlagen sich im Voranschlag 2009 erneut, nach Bereinigung der einmaligen Buchgewinn-Faktoren und der neuen zusätzlichen werterhaltenden Investitionen für Gesamtsanierungen, durch eine Verbesserung des Aufwandüberschusses nieder.

Die zusätzlich erstmals eingestellten werterhaltenden Investitionen aus Gesamtsanierungen (4 Mio.), führen zu einem entsprechend höheren Sachaufwand.

Die im Produkt 1 "Bewirtschaftung Finanzvermögen" angegliederte Übersichtstabelle "Grundeigentum im Finanzvermögen" zeigt die Zahlen pro Institution auf.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	4'078'441	4'297'316	4'488'935
Sachkosten	11'972'535	8'137'179	13'830'857
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	14'939'084	14'921'100	15'477'683
Übrige interne Kosten	742'642	2'002'162	2'067'625
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>31'732'701</i>	<i>29'357'757</i>	<i>35'865'100</i>
Verrechnungen innerhalb PG	212'036	203'200	210'300
Total effektive Kosten	31'520'665	29'154'557	35'654'800
Externe Erlöse	18'548'646	20'560'471	28'309'687
Interne Erlöse	8'155'154	8'150'970	8'127'370
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>26'703'800</i>	<i>28'711'441</i>	<i>36'437'057</i>
Verrechnungen innerhalb PG	212'036	203'200	210'300
Total effektive Erlöse	26'491'764	28'508'241	36'226'757
Total Nettokosten/Globalkredit	5'028'901	646'316	-571'957
Interne Kosten	15'469'690	16'720'062	17'335'008
Interne Erlöse	7'943'118	7'947'770	7'917'070
Total primäre Nettokosten*	-2'497'671	-8'125'976	-9'989'895
Kostendeckungsgrad in % **	84	98	102
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			112

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	145'236	137'000	144'100
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	44.4	44.0	44.0
▪ Lehrverhältnisse	1.0	1.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	120 (100)	124 (103)	124 (104)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Laufende Überprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- Laufende Betriebsoptimierung MZA+
- WIN03-Massnahmen 18-21, Bereinigung des Liegenschaftenportefeuille durch Zu- und Verkäufe
- Projekt ZIM (Zentrales Immobilienmanagement)
- Unterstützung Projekt HS07, insbesondere Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einem Standort
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Restaurants
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Landwirtschaftsbetriebe

Produkt 1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	19'748'949	18'136'702	23'547'713
Erlös	16'975'181	18'990'941	26'477'997
Nettokosten	2'773'768	-854'239	-2'930'284
Kostendeckungsgrad in %	86	105	112

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	1.4	2.1	0.6

(Soll 2008) Anstieg infolge umbaubedingter, temporärer Schliessung Restaurant Schloss Wülflingen.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarischen Zielvorgaben' 1 - 3			
Liegenschaftenbestand Die Liegenschaftenverwaltung verwaltet folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			
Wohn- und Geschäftshäuser			
- Wohnungsverträge	368	380	380
- Einfamilienhäuser	61	46	40
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	160	166	160
- Garagenverträge	91	112	112
- Parkplatzverträge	136	137	137
Subventionierter Wohnungsbau			
- Einfamilienhausverträge	23	23	23
- Garagenverträge	2	2	2
- Parkplatzverträge	21	21	21
Restaurants			
- Restaurants	11	9	11
- Wohnungsverträge	24	23	24
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	8	6	8
- Garagenverträge	0	0	0
- Parkplatzverträge	0	0	0
Landwirtschaftliche Pachtbetriebe			
- Bauernhöfe	10	10	10
- davon nach Bewirtschaftungsform "BIO"	1	1	1
- davon nach Bewirtschaftungsform "ÖLN"	9	9	9
Unbebaute Grundstücke			
- Land in ha	354	358	358
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	519	520	520
Baurechte			
- Baurechte für Wohnbauten	37	36	37
- Baurechte für Industriebauten	44	43	45
Verwaltungsmandate			
Liegenschaften der Pensionskasse			
- Wohnungsverträge	189	189	189
- Einfamilienhausverträge	8	8	8
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	3	3	3
- Garagenverträge	89	89	89
- Parkplatzverträge	44	44	44

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Diverse städtische Objekte			
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	55	55	55
- Restaurants	4	4	4
- Baurechte	7	7	7
- Parkplatzverträge	73	73	73
Inkassomandat für diverse städtische Objekte			
- Wohnungsverträge	145	141	145
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	19	19	19
- Garagenverträge	29	29	29
- Parkplatzverträge	94	94	94

Übersicht "Grundeigentum im Finanzvermögen"

Institution	Buchwert 01.01.2009	Überbewertetes Grundeigentum 01.01.2009	Unvollendete Bauten 01.01.2009	Total aktiviertes Grundeigentum 01.01.2009	Ertrag 2009	* in %	Int. Kapitalzins 3.75	Übriger Aufwand (Unterhalt, Verwaltung)	Soll 2009 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)	Ist 2007 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)
Wohn- / Gesch. Häuser	157'000'000	5'000'000	4'000'000	166'000'000	8'743'447	5.27	6'105'853	6'784'989	-4'147'395	-1'992'578
Sub. Wohnungsbau	6'600'000			6'600'000	422'800	6.41	247'524	114'350	60'926	-28'860
Restaurants	21'000'000	8'000'000	2'000'000	31'000'000	1'615'500	5.21	858'773	3'034'434	-2'277'707	-462'597
Landw. Pachtbetriebe	6'300'000		1'000'000	7'300'000	191'300	2.62	253'040	198'370	-260'110	-200'203
Baurechte	29'300'000			29'300'000	2'048'250	6.99	1'108'978	259'827	679'445	613'969
Unbebaute Grundstücke	90'000'000			90'000'000	551'100	0.61	3'536'619	312'939	-3'298'458	-3'505'881
Total	310'200'000	13'000'000	7'000'000	330'200'000	13'572'397	4.11	12'110'787	10'704'909	-9'243'299	-5'576'150
Buchgewinne aus Verkauf FV									12'900'000	
Buchverluste aus Verkauf FV									-500'000	
Grundbuchgeschäfte									-226'417	
Total Nettokosten Bewirtschaftung FV									2'930'284	

* Bruttorendite (Ertrag x 100 / Anlagewert)

Produkt 2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	10'358'955	10'383'655	11'496'968
Erlös	9'483'348	9'441'700	9'701'360
Nettokosten	875'607	941'955	1'795'608
Kostendeckungsgrad in %	92	91	84

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	0.3	0.2	0.1

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarische Zielvorgaben' 1 -3			
▪ Liegenschaftenbestand Die Liegenschaftenverwaltung verwaltet folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			
Verwaltungsliegenschaften			
- Wohnungsverträge	9	9	9
- Benützungsverträge Stadtverwaltung	99	99	99
- Garagenverträge	24	24	24
- Parkplatzverträge	75	75	75
Betrieb Mehrzweckanlage			
- MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)	1	1	1
- Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker	1	1	1
- Schiessanlagen (Ohrbühl, Wieshof)	1	2	1
- Objekte (Plätze, Parkplätze etc.)	13	12	13
Uebriege Liegenschaften			
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	25	26	25
- Garagenverträge	5	5	5
- Parkplatzverträge	24	24	24
Püntenverwaltung			
- Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)	720	772	720

Produkt 3 Zentrale Dienste

Leistungen

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'474'180	837'400	820'419
Erlös	245'271	278'800	257'700
Nettokosten	1'228'909	558'600	562'719
Kostendeckungsgrad in %	17	33	31

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die Liegenschaftenverwaltung erbringt als Kompetenzzentrum diverse Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung:			
- Behandlung von politischen Anfragen - Leitung oder Einsitz in Projektorganisationen - Einsitz in verschiedenen Fachgremien - Dienstleistungen als Fachkompetenzzentrum			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte in CHF	473'416	558'600	514'959

IAFP Liegenschaftenverwaltung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	31'520	29'154	35'654	37'705	37'555	37'405
Erlös	26'491	28'508	36'226	25'207	25'087	24'967
Nettokosten/Globalkredit	5'029	646	-572	12'498	12'468	12'438
Kostendeckungsgrad in %	84	98	102	67	67	67

WIN03-Massnahmen 18-21: Reduktion Aufwandüberschuss um jährlich 30'

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	28'234	0	19'775	6'335	5'578	3'985	960	-8'400
Bewilligt	39'988	15'693	1'555	2'060	20	0	0	20'660
Gesamt	68'222	15'693	21'330	8'395	5'598	3'985	960	12'260

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Finanzvermögen': - Die Messgrössen beinhalten auch die Werte der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe, der unbebauten Grundstücke sowie der Baurechte.						
Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen': - Die Messgrössen beinhalten auch die Werte der Pünken sowie des Betriebes MZA.						

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirkung / Effektivität						
▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen						
Messung / Bewertung: Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag						
Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	36	38	39	39	39	39
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen						
Messung / Bewertung: Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag						
Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	79	80	83	83	83	83
2 Leistung / Volumen						
▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen						
Messung / Bewertung: Inventarwert der Liegenschaften des Finanzvermögens						
Messgrösse: Buchwert Total per Stichtag in Mio. CHF	322.9	323.0	332.0	336.0	337.0	337.0
Buchwert Wohn- und Geschäftshäuser in Mio. CHF	157.8	157.0	154.3	155.0	155.0	155.0
Buchwert subventionierter Wohnungsbau in Mio. CHF	6.6	6.0	6.6	7.0	7.0	7.0
Buchwert Restaurantbetriebe in Mio. CHF	21.0	19.0	23.0	23.0	23.0	23.0
Buchwert Landwirtschaftliche Pachtbetriebe in Mio. CHF	6.3	6.0	9.3	10.0	10.0	10.0
Buchwert Baurechtsgrundstücke in Mio. CHF	29.3	30.0	29.3	30.0	30.0	30.0
Buchwert Unbebaute Grundstücke in Mio. CHF	90.6	97.0	88.5	88.0	88.0	88.0
Buchwert unvollendete Bauten in Mio. CHF	7.4	5.0	8.0	8.0	8.0	8.0
Buchwert überbewertetes Grundeigentum in Mio. CHF	3.9	3.0	13.0	15.0	16.0	16.0
3 Wirtschaftlichkeit						
▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen						
Messung / Bewertung: Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag						
Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	6.1	6.0	6.0	6	6	6
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen						
Messung / Bewertung: Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag						
Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	8.2	9.6	9.7	9	9	9
4 Kundenzufriedenheit						
▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen						
Messung / Bewertung: Anzahl der mehrfach schriftlich eingegangenen Reklamationen	0	1	0	0	0	0
Anzahl der Schlichtungsfälle	7	5	5	5	5	5
Messgrösse: Anzahl der grundlosen Reklamationen und Schlichtungsfälle	7	6	5	5	5	5

2 Leistung/Volumen:

Die geplante Buchwertabnahme von ca. 5 Mio./Jahr durch die WIN03-Massnahme 18-21 kompensiert sich durch neue Investitionen und Gesamtanierungen im Finanzvermögen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Laufende Überprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- Laufende Betriebsoptimierung MZA+
- Laufende Personalentwicklung durch situatives Anbieten von Weiterbildungsmöglichkeiten
- WIN03-Massnahmen 18-21, Bereinigung des Liegenschaftenportefeuille durch Zu- und Verkäufe
- Projekt ZIM (Zentrales Immobilienmanagement)
- Unterstützung Projekt HS07, insbesondere Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einen Standort
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Restaurants
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Landwirtschaftsbetriebe

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- WIN03-Massnahmen 18-21

Die Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles im Finanzvermögen durch Zu- und Verkäufe wird fortgesetzt.

- Buchgewinne aus Immobilienverkäufen

Im Mehrjahresvergleich der Produktgruppe-Nettokosten sind auch die einmaligen Erträge (Buchgewinne aus Arealverkäufen) aus den Immobilienverkäufen aufgeführt, welche im Produkt 1 separat ausgewiesen werden, was jeweils zu grösseren jährlichen Abweichungen führen kann.

Städtische Allgemeynkosten/Erlöse

Auftrag

Die Städtischen Allgemeynkosten bestehen aus den Sammelkonten für sämtliche städtischen Kosten, welche nicht eindeutig mittels Verrechnungen oder Umlagen an die Bereiche weitergegeben werden können. Es sind dies typischerweise Kosten wie z.B. Versicherungen, Pauschalkorrekturen oder Dividenden, Beiträge von eigenen Anstalten und Betrieben (Erlöse).

Da die städtischen Allgemeynkosten vollständig abhängig sind von den gesamten internen Verrechnungen und Umlagen, können sie nicht aktiv gesteuert werden. Aus diesem Grund sind keine Indikatoren für diesen Bereich definiert.

Die städtischen Allgemeynkosten sind zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, aber sie sind kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die städtischen Allgemeynkosten liegt beim Vorsteher des Finanzamts.

Produkte

Die städtischen Allgemeynkosten weisen nur ein einziges Produkt "Städtische Allgemeynkosten" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz

Verordnung über den Gemeindehaushalt

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons

Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden

Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung

Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Total Investitionen für die Berechnung der Abschreibungen im allgemeinen Verwaltungsvermögen in Mio. CHF	44	48	54
Höhe des Konzernzinssatzes (in %)	3.75	3.75	3.25
Dividendenausschüttung der Zürcher Kantonalbank in Mio. CHF	7.0	4.5	6.8

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	20'091'883	23'319'689	-1'919'880

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Die Abweichung des Globalkredits beträgt rund CHF 25 Mio. Dieser Saldo setzt sich wie folgt zusammen:

- + CHF 1,5 Mio. Personalkosten: Die Pauschalkorrekturen wurden bis auf den Sozialstellenplan von CHF 1,0 Mio. auf die Produktgruppen verteilt.
- CHF 4,2 Mio. Sachkosten: Davon entfallen CHF 3,1 Mio. auf zusätzliche Passivzinsen und CHF 1,1 Mio. auf die steigenden Abschreibungen des allgemeinen Verwaltungsvermögens.
- CHF 0,2 Mio. Beiträge an Dritte: Zunahme der Kosten der öffentlichen Beleuchtung
- + CHF 1,8 Mio. Kalkulatorische Kosten: Tiefere interne Zinsen aufgrund der Anpassung des vom Kanton vorgeschriebenen Zinssatzes von 3,75 auf 3,25.
- CHF 2,9 Mio. Externe Erlöse: Die Pauschalkorrekturen für Personalmassnahmen von CHF 2,0 wurden im Voranschlag 2009 erstmals vollständig verteilt. Die restliche Abweichung setzt sich aus verschiedenen gegenläufigen Faktoren zusammen. Siehe Tabelle 'Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen'.
- + CHF 29,2 Mio. Interne Erlöse: Die Veränderung ist im Wesentlichen auf die Einführung der Anlagenbuchhaltung zurückzuführen. Neu werden allen Produktgruppen betriebswirtschaftliche kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen verrechnet.
- CHF 0,3 Mio. Beiträge von Dritten: Zunahme der Ablieferung des Stadtwerks um CHF 0,65 Mio. Im Voranschlag 2009 wird der Ertrag aus den Parkhäusern und Parkplätzen in deren Betriebsreserve eingelegt -CHF 1,0 Mio.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Die gesamte Abweichung zum Globalkredit beträgt rund CHF 22 Mio. Der Saldo setzt sich wie folgt zusammen:

- CHF 0,5 Mio. Personalkosten: Erhöhung des Sozialstellenplans auf CHF 1 Mio.
- CHF 8,2 Mio. Sachkosten: Die Passivzinsen nehmen um CHF 6,1 Mio. und die Abschreibungen um CHF 2,4 Mio. zu.
- CHF 0,4 Mio. Beiträge an Dritte: Die Zunahme ist durch die öffentliche Beleuchtung begründet.
- CHF 19,8 Mio. Kalkulatorische Kosten: Durch die Aufwertung der Anlagen und die daraus entstehende Aufwertungsreserve bei Stadtwerk haben sich die kalkulatorischen Kosten und Erlöse im gleichen Ausmass erhöht.
- CHF 1,1 Mio. Externe Erlöse: Dieser Saldo setzt sich aus verschiedenen Positionen zusammen, die zum Teil auch gegenläufig sind. Siehe Tabelle Detailinformationen.
- + CHF 51,5 Mio. Interne Erlöse: Einerseits ist die Veränderung auf die Aufwertung der Anlagen des Stadtwerks (s. Kalkulatorische Kosten), andererseits auf die Einführung der Anlagenbuchhaltung zurückzuführen.
- + CHF 0,7 Mio. Beiträge von Dritten: Die Ablieferung von Stadtwerk hat sich um CHF 0,7 erhöht.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	451'189	2'489'560	1'026'545
Sachkosten	60'928'201	64'991'200	69'138'308
Beiträge an Dritte	3'420'248	3'612'000	3'835'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	7'100'255	28'706'600	26'914'538
Übrige interne Kosten	240	395'796	112'800
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>71'900'134</i>	<i>100'195'156</i>	<i>101'027'191</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	71'900'134	100'195'156	101'027'191
Externe Erlöse	8'539'308	10'371'135	7'483'620
Interne Erlöse	35'038'943	57'246'300	86'523'451
Beiträge von Dritten	8'230'000	9'258'032	8'940'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>51'808'251</i>	<i>76'875'467</i>	<i>102'947'071</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	51'808'251	76'875'467	102'947'071
Total Nettokosten/Globalkredit	20'091'883	23'319'689	-1'919'880
Interne Kosten	7'100'495	29'102'396	27'027'338
Interne Erlöse	35'038'943	57'246'300	86'523'451
Total primäre Nettokosten*	48'030'330	51'463'593	57'576'233
Kostendeckungsgrad in % **	72.0	77.0	102.0

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Sachaufwand	965'165	841'300	754'000
Passivzinsen	22'129'551	25'149'900	28'284'308
Abschreibungen	37'693'485	39'000'000	40'100'000
Einlagen in Versicherungsfonds	140'000		
Total Sachkosten	60'928'201	64'991'200	69'138'308
Vermögenserträge	1'323'892	415'000	740'000
Pauschalkorrektur der stadtweiten Entgelte	0	0	0
Entgelte	43'919	2'045'000	45'000
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	7'008'425	5'200'000	6'700'000
Pauschalkorrektur Personalmassnahmen der gebührenfinanzierten Betriebe	0	2'711'135	-1'380
Entnahmen aus Versicherungsfonds	163'072		
Total externe Erlöse	8'539'308	10'371'135	7'483'620

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Siehe Produktgruppe Finanzamt!

IAFP Städtische Allgemekosten/Erlöse

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	71'900	100'195	101'027	107'115	110'642	115'379
Erlös	51'808	76'875	102'947	105'170	106'257	108'073
Nettokosten/Globalkredit	20'092	23'320	-1'920	1'945	4'385	7'306
Kostendeckungsgrad in %	72	77	102	98	96	94

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Total Investitionen für die Berechnung der Abschreibungen im allgemeinen Verwaltungsvermögen in Mio. CHF	44	48	54	54	54	54
Höhe des Konzernzinssatzes (in %)	3.75	3.75	3.25	3.25	3.25	3.25
Dividendenausschüttung der Zürcher Kantonalbank in Mio. CHF	7.0	4.5	6.8	6.8	6.8	6.8

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Siehe Produktgruppe Finanzamt!

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Es wird in den nächsten Jahren mit einem moderaten Wirtschaftswachstum gerechnet. Dies führt zur Annahme, dass der Zinssatz leicht steigen wird und die Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank auf hohem Niveau bleibt.
- Es ist eine Investitionstätigkeit geplant, welche die Abschreibungen in Zukunft erhöhen werden.
- Für die Lohnsteigerung ist in den Jahren 2010-12 jeweils mit einem 1 % gerechnet. Das belastet den IAFP jährlich mit jeweils CHF 3 Mio. zusätzlichen Aufwendungen.

Steuern und Finanzausgleich

Auftrag

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" stellt die Einnahmen der Stadt in ihrer Gesamtheit und mit ihren Untergruppen dar.

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" wird zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, sie ist aber kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" liegt beim Vorsteher der Steueramts (Einnahmen aus Steuern) und beim Vorsteher des Finanzamts (Einnahmen aus dem Finanzausgleich).

Produkte

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" weist nur ein einziges Produkt "Steuern und Finanzausgleich" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Finanzausgleichsgesetz vom 11.09.1966
- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Gemeindeordnung

Stufe Verwaltungseinheit

- Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Pius Kuhn, Leiter Steueramt
Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Steuern Steuerfuss in %	123	123	123

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	-407'955'204	-417'451'000	-441'838'000

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Steuern

- Die Voraussage 'Steuern laufendes Jahr' geht von einer einfachen Staatssteuer von 100% von 212'683 Millionen Franken aus. Dies entspricht einer Zunahme um 7.25% zum Vorjahresbudget. Die Gemeindesteuern zum kantonalen Maximalsatz betragen 123%.
- Bei den Steuern der Vorjahre für natürliche wie auch juristische Personen dürfte tendenziell aufgrund der konjunkturellen Entwicklung wiederum mit einer Zunahme gerechnet werden. Weiter wirkt sich einmalig die Verschiebung des Abrechnungsmodus vom 31.10. auf den 31.12. auf die Steuererträge aus.
- Ob eine generelle neue Liegenschaftenbewertung im 2009 umgesetzt wird, wird erst im Herbst 2009 entschieden. Die aktuellen Informationen weisen aber eher darauf hin, dass auch bei einer Neubewertung nur bescheidene Wertberichtigungen zum Tragen kommen.
- Bei den Grundstückgewinnsteuern dürfte erneut mit einer leichten Zunahme gerechnet werden, obwohl die Prognosen für geringere Gewinnabschöpfungen und die Zunahme von Ersatzbeschaffungen kritisch zu beobachten sind.

Finanzausgleich

- Der Beitrag des Steuerkraftausgleichs von CHF 60 Mio. bleibt gegenüber dem Voranschlag 2008 unverändert. Der Steuerfussausgleichsbeitrag beträgt CHF 48,7 Mio.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Steuern

- Die wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklungen wirken sich speziell im Bereich der juristischen Personen positiv auf den Steuerertrag aus.

Finanzausgleich

- Der Steuerfussausgleichsbeitrag wurde von CHF 33,6 Mio. (Rechnung 2007) auf CHF 48,7 Mio. erhöht. Die Abnahme des Steuerkraftausgleichsbeitrags gegenüber der Rechnung 2007 beträgt rund CHF 10 Mio. Im Voranschlag 2009 ist der Finanzausgleich mit CHF 108,7 Mio. budgetiert. Diese Entwicklung widerspiegelt auch die unterschiedliche Steuerentwicklung der Kantonsgemeinden.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	0	0	0
Sachkosten	5'315'740	5'187'000	5'620'000
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	0	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'315'740</i>	<i>5'187'000</i>	<i>5'620'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'315'740	5'187'000	5'620'000
Externe Erlöse	413'270'944	422'638'000	447'458'000
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>413'270'944</i>	<i>422'638'000</i>	<i>447'458'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	413'270'944	422'638'000	447'458'000
Total Nettokosten / Globalkredit	-407'955'204	-417'451'000	-441'838'000
Interne Kosten	0	0	0
Interne Erlöse	0	0	0
Total primäre Nettokosten*	-407'955'204	-417'451'000	-441'838'000
Kostendeckungsgrad in % **	7'774	8'148	7'962
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			7'962

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Passivzinsen	2'309'043	1'800'000	2'120'000
Abschreibungen	2'313'797	2'800'000	2'800'000
Entschädigung für Dienstleistungen anderer Gemeinden	692'900	587'000	700'000
Total Sachkosten	5'315'740	5'187'000	5'620'000
Steuern	307'111'979	310'338'000	335'870'000
Vermögenserträge	2'641'703	2'300'000	2'850'000
Finanzausgleich	103'517'262	110'000'000	108'738'000
Total externe Erlöse	413'270'944	422'638'000	447'458'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Finanzausgleich

- Im Rahmen des Teilprojekts A, Zentrumslasten der Stadt Winterthur, der Haushaltssanierung HS07 wird eine Darstellung der heute erbrachten Zentrumsleistungen erarbeitet. Das Ziel soll eine vom Finanzausgleich unabhängige Abgeltung seitens des Kantons und der Gemeinden sein, um den Winterthurer Haushalt finanziell von diesen Aufgaben zu entlasten, damit die Stadt nicht von den sehr hohen Schwankungen des Finanzausgleichs abhängig bleibt.

IAFP Steuern und Finanzausgleich

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	5'315	5'187	5'620	5'620	5'620	5'620
Erlös	413'270	422'638	447'458	459'538	472'272	483'808
Nettokosten/Globalkredit	-407'955	-417'451	-441'838	-453'918	-466'652	-478'188
Kostendeckungsgrad in %	7'774	8'148	7'962	8'177	8'403	8'609

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Steuerfuss in %	123	123	123	123	123	123

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Steuern

- Beim Bund wird die Familienbesteuerung weiterhin kontrovers diskutiert. Der Kanton wird noch im Jahre 2009 eine allfällige Steuergesetzrevision 2010 einleiten. Mögliche Auswirkungen lassen aber eine realistische Prognose noch nicht zu.
- Generell bleibt ein starker Druck auf den Steuererträgen.

Finanzausgleich

- Das Teilprojekt A, Zentrumslasten der Stadt Winterthur, der Haushaltsanierung HS07 (siehe Bemerkung "Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009") wird weitergeführt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Finanzausgleich

- Die Zentrumslasten haben vor allem im Bereich Sozial- und Wirtschaftshilfe eine enorme Steigerung in den letzten Jahren erfahren. Daher ist es für die Stadt Winterthur unabdingbar, dass die zentralörtlichen Leistungen in Zukunft abgegolten werden. Mit der neuen Kantonsverfassung ist eine Rechtsgrundlage entstanden, welche diesen Gegebenheiten Rechnung trägt. Im Artikel 128 'Lastenausgleich' der neuen Kantonsverfassung unter Absatz 1 ist folgendes vermerkt:

"Erbringt eine Gemeinde besondere Leistungen für ein grösseres Gebiet oder trägt sie besondere Lasten, so kann das Gesetz dafür unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit eine angemessene Abgeltung vom Kanton oder von anderen Gemeinden vorsehen."

Dies muss in klarer Abgrenzung vom Artikel 127 'Finanzausgleich' gesehen werden. Dieser ist nämlich wie folgt definiert:

"Der Finanzausgleich: a. ermöglicht den Gemeinden die Erfüllung ihrer notwendigen Aufgaben; b. sorgt dafür, dass die Gemeindesteuerfüsse nicht erheblich voneinander abweichen."

Tiefbau

Auftrag

Die Verkehrswege, die Gewässer und die öffentlichen WC-Anlagen sind nach technischen, wirtschaftlichen, kundenorientierten und ökologischen Gesichtspunkten so zu bauen und zu betreiben, dass sie ihrem Zweck entsprechend sicher und für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können und deren Wert langfristig erhalten bleibt.

Produkte

1 Ingenieur Dienstleistungen

Kompetenzzentrum für Tiefbauten. Planung, Projektierung und Realisierung von Tiefbauvorhaben.

2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Baulicher Unterhalt von Strassen/Werterhaltung. Dienstleistungen für die Städtischen Werke und Dritte.

3 Strassenreinigung

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

4 Winterdienst

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

5 Strassensignalisation

Produktion, Stellen und Aufbringen im Auftrag der Polizei und Unterhalt.

6 Gewässerunterhalt

Bau und Unterhalt

7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Betrieb und Unterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Binnenmarkt vom 6.10.95
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15.09.03
- Submissionsverordnung
- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über die Fischerei (BGF)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Strassenverkehrsgesetz (SVG)
- Strassenverkehrsordnung (VRO)
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Zugangsnormen Kanton Zürich
- Kantonale Signalisationsverordnung
- Kantonales Wasserwirtschaftsgesetz

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Richtlinien für die Ausführung von Unter- und Oberbau von Strassen, Wegen und Trottoirs.
- Verordnung über die Privatstrassen

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro m2 (relative Werte)	3.94	3.94	4.10
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft. Mind. in % Die direkten Ingenieurdienstleistungen für Verkehrs- und Kanalbauten sind den verursachenden Objekten zu belasten <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten <i>Messgrössen:</i> Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten	100 76.9	100 75.0	100 76.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft (Bevölkerung) ist mit den Dienstleistungen der Produktegruppe Tiefbau zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Repräsentative Kundenumfrage 2004/2005 (letzte Umfrage Mai 2001) 2) Statistik Messung der Beschwerdehäufigkeit <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf die Frage 'Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?' mit Ja Antwortenden. 2001 Umfrage Resultat 77% Ja 2) Anzahl der berechtigten Beschwerden - Baulicher Unterhalt - Strassenreinigung - Ingenieur Dienstleistungen	79.00 4 2 4	Standard halten 10 10 10	Standard halten 10 10 10
4 Sicherheit Die Sicherheit der Benützer und Benutzerinnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen 2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58 <i>Messgrössen:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten beim Winterdienst und bei der Behebung von gefährlichen Belagsschäden. Zielerreichungsgrad mind. in %: 2) Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt	95 0	95 0	95 0
5 Umweltschutz (Ökologie) Die Verkehrswege, die Gewässer und öffentlichen WC-Anlagen werden so erstellt, betrieben und unterhalten, dass sie für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: Audit erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	10'905'554	10'612'639	12'123'248

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Der Globalkredit erhöht sich in Jahr 2009 um rund Fr. 1'510'000.-- auf 12.1 Mio. Franken. Ein wesentlicher Anteil dieser Ergebnisverschlechterung ist auf die periodengerechte Einstellung des Staatsbeitrages für den kommunalen Strassenunterhalt (Beiträge von Dritten) im Jahr 2008 zurückzuführen. Folglich ist der Staatsbeitrag im Voranschlag 2008 doppelt enthalten und bewirkt einen a.o. Mehrertrag von Fr. 892'000.--.
- Der Personalaufwand erhöht sich nach erfolgter Umlage der zentral budgetierten Lohnmassnahmen auf die Produktgruppe Tiefbau um insgesamt Fr. 240'000.-- (SRB 08.303-9). Die Zunahme des Personalaufwandes resultiert aus den Lohnmassnahmen 2009 und Wiederbesetzungen für den betrieblichen Strassenunterhalt gemäss Sollstellenplan. Demgegenüber wird der Lohnanstieg durch den Übertrag von 5 Stellen in die Entsorgungsbetriebe zwecks Verbesserung der Kostentransparenz teilweise kompensiert. Bis Ende 2008 wurden diese Aufwendungen mittels Umlagen den Betrieben belastet.
- Im Voranschlag 2009 werden die internen Kosten und Erträge konsequent auf den stadtinternen Konti abgewickelt (bisher externe Konti). Dadurch erhöhen sich die interne Kosten um 1.4 Mio. Franken und der interne Erlös um 1.2 Mio. Franken.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Die Personalkosten erhöhen sich aufgrund der Lohnentwicklung 2008 / 09, den Wiederbesetzungen aus dem Stellenplan abzüglich der Stellenverlagerungen in die Entsorgungsbetriebe um rund Fr. 700'000.--.
- Die Erhöhung vom Sachaufwand ist zum grossen Teil auf die Verschiebung der Rechnungslegung zurück zu führen. So werden diverse Geschäftsfälle neu auf stadtinternen Konti verbucht (bisher extern). Effektiv höhere Sachaufwendungen fallen beim Strassenunterhalt und der -signalisation durch Dritte sowie beim Einkauf von Verbrauchsmaterial und Treibstoff an.
- Die wesentlich höheren internen Erlöse von rund 1.15 Mio. Franken stehen im Zusammenhang mit der angepassten Rechnungslegung. So werden ab dem Voranschlag 2009 die Erlöse konsequent über die stadtinternen Konti abgewickelt (bisher extern).

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	11'948'704	12'415'227	12'656'437
Sachkosten	7'061'578	8'344'360	8'149'465
Beiträge an Dritte	25'374	20'000	25'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	390'013	510'599	441'677
Übrige interne Kosten	2'560'851	1'538'495	2'958'845
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>21'986'520</i>	<i>22'828'680</i>	<i>24'231'424</i>
Verrechnungen innerhalb PG	351	0	0
Total effektive Kosten	21'986'170	22'828'680	24'231'424
Externe Erlöse	5'710'852	6'013'758	5'588'841
Interne Erlöse	4'207'808	4'175'284	5'358'335
Beiträge von Dritten	1'162'306	2'027'000	1'161'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>11'080'967</i>	<i>12'216'041</i>	<i>12'108'176</i>
Verrechnungen innerhalb PG	351	0	0
Total effektive Erlöse	11'080'616	12'216'041	12'108'176
Total Nettokosten/Globalkredit	10'905'554	10'612'639	12'123'248
Interne Kosten	2'950'514	2'049'094	3'400'522
Interne Erlöse	4'207'458	4'175'284	5'358'335
Total primäre Nettokosten*	12'162'497	12'738'829	14'081'061
Kostendeckungsgrad in % **	50	54	50
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			50

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	981'191	1'144'139	1'093'834
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	134.1	138.1	133.1
▪ Lehrverhältnisse	5.0	5.0	6.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	140 (6)	140 (6)	135 (6)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Masterplan Stadtraum Bahnhof
- Gleisquerung Stadtmitte, 1. Etappe vor Kesselhaus
- Radweg Turmhalden- bis Frobergstrasse

Produkt 1 Ingenieur-Dienstleistungen

Leistungen

- Planung und Projektierung von Tiefbauobjekten
- Fachliche Führung / Realisierung von Bauvorhaben
- Planung, Projektierung und Realisierung von überkommunalen Projekte vom Kanton gem. Strassengesetz (722.1 / 722.18)
- Beratung und Information von Bauherren und Bevölkerung
- Kompetenzzentrum Tiefbauten

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'015'907	2'363'016	2'370'178
Erlös	1'583'976	1'740'298	1'741'753
Nettokosten	431'931	622'719	628'425
Kostendeckungsgrad in %	79	74	73

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kostendeckungsgrad der Ingenieur Dienstleistungen der beeinflussbaren Projekte in %	76.9	75.0	76.0
Zustandsbericht der Strassen MSE, Anteil stark beschädigter Strassen mit notwendigen Massnahmen. Geringer oder gleich in %	5.1	5.0	5.0
Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten	4	10	10

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl ausgeführte Projekte im Strassenbau	15	15	15
Anzahl ausgeführte Projekte im Kanalbau	19	20	20
Anzahl abgerechnete Projekte, Verfügung Dept. Vorsteher	12	20	20
Anzahl abgerechnete Projekte, Bauausschuss	8	15	15

Produkt 2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Leistungen

- Das gesamte öffentliche Strassennetz und Kunstbauten kontrollieren und entsprechende Massnahmen veranlassen.
- Den Wert der Objekte durch entsprechende Bauarbeiten erhalten.
- Vorbeugende Instandhaltungsarbeiten ausführen.
- Kleinbauliche Aufträge von Privaten ausführen.
- Bauvorhaben submittieren, an Unternehmer vergeben und deren Ausführung kontrollieren.
- Grabenaufbrüche kontrollieren und instandstellen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	7'009'917	7'207'423	7'609'488
Erlös	4'855'086	5'798'888	5'346'206
Nettokosten	2'154'831	1'408'534	2'263'282
Kostendeckungsgrad in %	69	80	70

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Durch einen gezielten baulichen Unterhalt die Werterhaltung des öffentlichen Grundes sicherstellen.			
Keine Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58	0	0	0
Bei Grabenaufbrüchen einen Kostendeckungsgrad von 100% erreichen	103.5	100.0	100.0
Die Anzahl der berechtigten Reklamationen tief halten (max.)	4	10	10
Gefährliche Belagsschäden innerhalb 36 Std. beheben. Mindestens in %	95.0	95.0	95.0
Die Kosten für den baulichen Unterhalt tief halten (Kosten pro m2 unterhaltene Fläche) in CHF.	1.22	1.15	1.20
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für den Belagsunterhalt. Max. in %	16.5	20.0	20.0

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Strassenlänge in m	363'462	370'000	370'000
Gesamte zu unterhaltende öffentliche Strassenfläche in m2	3'039'974	3'046'000	3'046'000

Produkt 3 Strassenreinigung

Leistungen

- Manuelles und maschinelles Reinigen des öffentlichen Grundes.
- Öffentliche Papierkörbe leeren.
- Strassenentwässerung kontrollieren und instandhalten.
- Plätze und Strassen nach öffentlichen Veranstaltungen reinigen.
- Private Reinigungsaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	7'986'078	8'237'561	8'943'750
Erlös	2'884'722	2'893'223	3'277'853
Nettokosten	5'101'357	5'344'338	5'665'897
Kostendeckungsgrad in %	36	35	37

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Sauberkeit und Hygiene auf öffentlichem Grund sicherstellen. Bedürfniskonforme Reinigung der gesamten Strassenfläche Die Kundschaft (Bevölkerung) ist der Meinung, die Stadt Winterthur macht genug, um die Stadt sauber zu halten. Zustimmung: 77% Ja Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten Die Kosten der Reinigung auf tiefem Niveau halten in CHF. - Kosten pro m2 unterhaltene Fläche	79.00 2 2.16	Standard halten 10 2.20	Standard halten 10 2.20

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Alle Strassensammler innert 2 Jahren einmal leeren (Anzahl pro Jahr) Zu reinigende öffentliche Strassenfläche in m2	4'360 3'039'974	4'300 3'046'000	4'300 3'046'000

Produkt 4 Winterdienst

Leistungen

- Strassen, Rad- und Gehwege, Plätze und Treppen geh- und fahrsicher halten.
- Den öffentlichen Grund von grösseren Schneemengen freipflügen.
- Private Winterdienstaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'845'661	1'936'084	2'075'564
Erlös	702'686	666'493	739'897
Nettokosten	1'142'975	1'269'592	1'335'667
Kostendeckungsgrad in %	38	34	36

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Hauptstrassen und Strassen mit öffentlichem Verkehr innert 4 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	100.0	95.0	95.0
Das übrige Strassennetz innerhalb 12 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	100.0	95.0	95.0
Die Kosten des Winterdienstes auf tiefem Niveau halten Kosten pro m2 unterhaltene Fläche in CHF	0.56	0.59	0.65

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gesamte öffentliche Strassenfläche in m2	3'039'974	3'046'000	3'046'000

Produkt 5 Strassensignalisation

Leistungen

- Bodenmarkierungen erneuern oder neu erstellen.
- Signalisationstafeln instandhalten und im Auftrag der Stadtpolizei neu erstellen.
- Signalisationen reinigen.
- Umsetzen von Tempo 30 Zonen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'764'172	1'746'992	1'787'927
Erlös	981'143	1'028'391	913'456
Nettokosten	783'029	718'601	874'471
Kostendeckungsgrad in %	56	59	51

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Strassensignalisation und Strassenmarkierung intakt halten und durch regelmässige Reinigungen stets sichtbar halten.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für die Strassenmarkierung. Max. in %	0.0	10.0	10.0

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Schlecht sichtbare Wegweiser und Tafeln instandsetzen in Stk.	1'452	1'100	1'600
Schlecht sichtbare Bodenmarkierungen erneuern in m	48'000	40'000	42'000

Produkt 6 Gewässerunterhalt

Leistungen

- Kies, Sandfänge und Rückhaltebecken leeren.
- Bachbetten reinigen, Gras mähen, Gebüsche zurückschneiden.
- Bauliche Massnahmen für den Hochwasserschutz treffen und realisieren.
- Periodisch Gewässerkontrollen durchführen und geeignete Massnahmen planen und ausführen.
- Sofortmassnahmen bei Überschwemmungen veranlassen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	746'614	652'901	817'748
Erlös	24'535	22'491	36'522
Nettokosten	722'079	630'410	781'226
Kostendeckungsgrad in %	3	3	4

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Hochwasserschutz an den öffentlichen Gewässern sicherstellen	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kontrolle der 154 öffentlichen Gewässer, zweimal jährlich Gewässerböschungen einmal pro Jahr mähen	308 erfüllt	308 erfüllt	308 erfüllt

Produkt 7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Leistungen

- WC-Anlagen und Wartehallen kontrollieren, reinigen und instandhalten.
- Reparaturen ausführen oder veranlassen
- Durch geeignete Massnahmen die Anlagen möglichst sicher und invalidengerecht machen.
- Wartungsarbeiten für Dritte ausführen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	588'389	684'704	626'771
Erlös	45'616	66'258	52'489
Nettokosten	542'772	618'445	574'282
Kostendeckungsgrad in %	8	10	8

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Betrieb von sauberen und sicheren WC-Anlagen	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Realisierung von WC-Anlagen nach neuem Konzept	2	1	2
Umsetzung WC Konzept 2. Phase, Stilllegung, Rückbau, Umnutzung	2	1	0

Die Stilllegungen sind weitgehend erfolgt. Rückbau, wo vorgesehen noch unklar oder Liegenschaften / -teile nicht in unserem Eigentum.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die WC-Anlagen werden pro Jahr desinfiziert	4	4	6

IAFP Tiefbau

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	21'986	22'828	24'231	24'353	24'403	24'403
Erlös	11'080	12'216	12'108	12'108	12'108	12'108
Nettokosten/Globalkredit	10'906	10'613	12'123	12'245	12'295	12'295
Kostendeckungsgrad in %	50	54	50	50	50	50

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	44'258	0	10'330	8'679	16'935	16'320	15'500	-23'506
Bewilligt	85'114	26'825	6'217	7'320	2'790	1'200	0	40'761
Gesamt	129'372	26'825	16'547	15'999	19'725	17'520	15'500	17'255

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. Messung: Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten CHF pro m2 (relative Werte)	3.94	3.94	4.10	4.10	4.10	4.10
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft. Mind. in % Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten. Messgrösse: Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten	100 76.9	100 75.0	100 76.0	100 77.0	100 77.0	100 77.0
3 Kundenorientierung 1) Prozentsatz der auf die Frage "Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?" mit Ja Antwortenden. 2001 Umfrage Resultat 77% Ja 2) Anzahl der berechtigten Beschwerden - Baulicher Unterhalt - Strassenreinigung - Ingenieur Dienstleistungen	79.0 4 2 4	Standard halten 10 10 10	Standard halten 10 10 10	Standard halten 10 10 10	Standard halten 10 10 10	Standard halten 10 10 10
4 Sicherheit Die Sicherheit der BenutzerInnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet. 1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen. Messgrösse: Einhaltung der Zeitlimiten. Zielerreichungsgrad mind. in %: 2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58. Messgrössen: Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt	95 0	95 0	95 0	95 0	95 0	95 0
5 Umweltschutz (Ökologie) Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle. Zielerreichung: Audit erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Planen und realisieren Einzelprojekte Masterplan Stadtraum Bahnhof Winterthur
- Planung und Bau Revierstützpunkt im Zusammenhang mit Werkhof Scheidegg (KVA)
- Planung neuer Werkhof Obermühlestrasse in Abhängigkeit Entscheid Stadtpolizei

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Entsorgung

Auftrag

Umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von festen und flüssigen Wertstoffen und Abfällen unter Beachtung des Kostendeckungs- und Verursacherprinzips.

Produkte

1 Stadtentwässerung

Ableitung des Abwassers aus dem Stadtgebiet zur ARA

Planung, Erstellung, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen (exkl. ARA), sowie Aufsicht über die privaten Abwasseranlagen und die industriellen/gewerblichen Abwassereinleitungen.

2 Abfallentsorgung

Sammlung und Entsorgung der Siedlungsabfälle.

Abfallbewirtschaftung, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle, Kehrachtsammeldienst, Separatsammlungen

3 Deponie

Deponieren von Bauabfällen

Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen

Annahme von Kleinmengen brennbarer Abfälle aus Haushalten und Gewerbebetrieben

Deponieunterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Kantonales Abfallgesetz
- Eidgenössische Verordnung über Abwassereinleitungen
- Kantonales Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (EGSchG)
- Kantonale Verordnung über den Gewässerschutz
- Kantonales Wasserwirtschaftsgesetz
- RRB Nr. 161/1991 Rechte und Pflichten zu Abwasser- und Abfallverhältnissen
- RRB Nr. 854/2004 Umsetzung vom generellen Entwässerungsplan (GEP)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VSE)
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Siedlungsentwässerung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Abfallentsorgung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements
- Abfall-Leitfaden

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro 35 Liter Sack Grundgebühr Wohnung in CHF pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus in CHF pro Jahr			
	1.80	1.80	1.80
	80.00	80.00	80.00
	140.00	140.00	140.00
2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreneinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend in %.	100.0	100.0	100.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Regelmässige Kundenumfrage; alle 2 Jahre ein Betrieb <i>Messgrösse:</i> Zufriedenheitsgrad in %	-	-	75
4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben EKAS Audit Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen	nicht erfüllt 0	erfüllt 0	erfüllt 0
5 Umweltschutz (Ökologie) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des GEP eingehalten werden können, insbesondere wird der Werthaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. <i>Messung / Bewertung:</i> 2-Jährlicher GEP-Check mit AWEL <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: GEP-Check erfüllt Abfallentsorgung Fördern des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, trennen, verwerten, umweltgerecht entsorgen) <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der wieder verwendbaren Stoffe halten oder steigern <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge. Mind. in % Deponie Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahrsberichts die Einhaltung der Gesetze <i>Messgrösse:</i> Audit erfüllt	erfüllt 50.2 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	0	-1	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Die Produktgruppe Entsorgung setzt sich aus den Betrieben Stadtentwässerung, Abfallentsorgung und Deponie Riet zusammen. Alle diese Betriebe führen eine Betriebsreserve. Jährliche Schwankungen im Betriebsergebnis werden letztlich über die Reserven ausgeglichen. Der Globalkredit weist aus diesem Grunde immer einen Saldo von Fr. 0.- aus.
- Die Personalkosten fallen im VO 2009 um 697'000 Franken höher aus. Die Kostenzunahme steht im Zusammenhang mit der Verlagerung von 5 Stellen aus der PG Tiefbau zur Verbesserung der Kostentransparenz sowie mit der Einführung der Kartonsammlung welches ein Team von 2 Beladern und eines Chauffeurs bedarf. Zusätzlich erhöht sich der Personalaufwand aufgrund der genehmigten Lohnmassnahmen 2009 durch den GGR und deren Umlage auf die Produktgruppe Entsorgung (SRB 08.303-9).
- Im Voranschlag 2009 werden die Kosten und Erlöse konsequent auf den stadtinternen Konti abgewickelt. Daraus resultieren wesentliche Verschiebungen zwischen den internen und externen Kostenarten.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Die höheren Personalkosten von rund 1 Mio. Franken sind auf die oben erwähnte Stellenverlagerung und auf die neuen Stellen im Zusammenhang mit der Einführung Kartonsammeldienst begründet. Zusätzlich erhöht sich der Personalaufwand durch Wiederbesetzungen von Vakanzen sowie der Lohnmassnahmen 2008 und 2009.
- Die Abschreibungen im Voranschlag 2009 (Sachkosten) fallen infolge geringerer Nettoinvestitionen aufgrund eines Bundesbeitrages von 3.5 Mio. Franken für die Sanierung der Deponie Riet wesentlich tiefer aus.
- Gegenüber der Rechnung 2007 werden im VO 2009 die innerstädtischen Leistungen konsequent über die internen Aufwand- und Ertragskonti verbucht. Dies führt zu einer deutlichen Zunahme dieser Positionen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	8'156'329	8'493'005	9'189'810
Sachkosten	19'749'963	16'055'133	15'836'210
Beiträge an Dritte	0	10'000	0
Residualkosten	324'717	324'500	359'290
Kalkulatorische Kosten	2'040'735	2'197'101	2'352'691
Übrige interne Kosten	8'618'838	9'148'164	9'616'068
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>38'890'583</i>	<i>36'227'904</i>	<i>37'354'070</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'228'404	4'235'200	4'247'000
Total effektive Kosten	34'662'179	31'992'704	33'107'070
Externe Erlöse	30'637'064	29'102'088	28'795'040
Interne Erlöse	8'253'518	7'125'816	8'559'029
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>38'890'583</i>	<i>36'227'905</i>	<i>37'354'069</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'228'404	4'235'200	4'247'000
Total effektive Erlöse	34'662'179	31'992'705	33'107'069
Total Nettokosten/Globalkredit	0	-1	0
Interne Kosten	6'755'886	7'434'566	8'081'049
Interne Erlöse	4'025'114	2'890'616	4'312'029
Total primäre Nettokosten*	-2'730'772	-4'543'950	-3'769'019
Kostendeckungsgrad in % **	100	100	100
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			100

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	304'455	302'327	248'288
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	57.1	59.0	67.0
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	62 (2)	60 (2)	68 (2)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Planung des Werkhofs Scheidegg (Stützpunkt Kehrtraktfahrzeuge)
- Bewilligungsverfahren und Projektierung Etappe 7 Deponie Riet
- Anpassen und Umsetzen des Generellen Entwässerungsplans (GEP)
- Einführung der Kartonsammlung
- Abklärungen und Projektierung von Regenbecken
- Umrüstung von 5 Separatsammelstellen auf Unterflurbetrieb

Produkt 1 Stadtentwässerung

Leistungen

- Dokumentation Kanalnetz
- Planung Werterhaltung und Funktionsverbesserungen öffentliches Kanalnetz und öffentliche Gewässer auf Grundlage GEP
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle privater Abwasseranlagen
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle Industrieabwasser (Abwasservorbehandlung), Führung Industriekataster
- Betrieb des Kanalnetzes gewährleisten durch Kontrolle, Unterhalt, Reinigung und vorbeugende Massnahmen
- Spezialbauwerke/Pumpwerke (inkl. APW Sennhof) unterhalten und betreiben
- Dienstleistungen für Strassenentwässerung, öffentliche Gewässer und Grundstücksentwässerungen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	10'744'625	11'469'102	13'879'734
Erlös	10'744'625	11'469'102	13'879'734
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Dokumentation			
- Ersterfassung Liegenschaftsentwässerung in GIS bis Jahr 2011 abgeschlossen. Jährliche Erfassung in %	10.0	15.0	15.0
Funktionsverbesserung Kanalnetz:			
- Anzahl Eliminationen von grösseren, messbaren Fremdwasserquellen			1
Liegenschaftsentwässerung:			
- Anzahl Kanal-TV-Aufnahmen bei Hausanschlüssen	300	250	350
- Kundenzufriedenheit halten	erreicht	erreicht	erreicht
Industrieabwasser:			
Max. Anzahl Betriebsstörungen bei Spezialbauwerken	94.00	80.00	80.00
Anzahl Entlastungen und Rückstaus infolge Betriebsstörungen im Kanalnetz	4	0	0
Öffentliches Kanalnetz mit Kanal-TV aufnehmen und auswerten in %	2.0	5.0	5.0
Alle 5 Jahre öffentliches Kanalnetz reinigen in %	18.0	20.0	20.0

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Länge öffentliches Kanalnetz in km	365	330	330
Anzahl Spezialbauwerke/Pumpwerke	40	40	40

Produkt 2 Abfallentsorgung

Leistungen

- Öffentlichkeitsarbeit, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle
- Kehrachtsammeldienst, Separatsammlungen, Annahme von Sonderabfällen
- Betrieb der dezentralen Sammelstellen, Häckseldienst
- Abfallbewirtschaftung, Gebührenadministration (inkl. Verwaltung Sackgebührenverbund)
- Sammeldienst Gemeinden

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	18'808'202	19'162'368	19'745'174
Erlös	18'808'202	19'162'369	19'745'174
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Förderung des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, Verwerten, umweltgerecht entsorgen)			
Prozentsatz der Wertstoffe an der Gesamtabfallmenge. Mind. in %	50.1	50.0	50.0
Der Abfall-Tourenplan wird zu 100% eingehalten, keine Tour fällt aus	100.00	erfüllt	100.00
Effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung			
Verursacherorientierte Finanzierung			
Gebühren Benchmark mit CH-Städten			
Ziel:			
Sackgebühr günstiger als Mittelwert CH-Städte in CHF	1.80	1.80	1.80
Grundgebühr Wohnung pro Jahr in CHF	80.00	80.00	80.00
Grundgebühr Einfamilienhaus pro Jahr in CHF	140.00	140.00	140.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Total gesammelte Abfallmengen in Tonnen	36'356	36'000	36'500
Abfallmenge pro EinwohnerIn in kg	366	368	365

Produkt 3 Deponie

Leistungen

- Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen
- Annahme von brennbaren Abfällen
- Deponieunterhalt
- Dienstleistungen für Dritte

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	9'337'756	5'592'434	3'729'161
Erlös	9'337'756	5'592'434	3'729'161
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kostendeckende Bewirtschaftung (Betrieb/Nachsorge) in %	100 erfüllt	100 erfüllt	100 erfüllt
Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen Kontrolle durch AWEL			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Deponiertes Material in Tonnen	24'949	25'000	20'000
Annahme von brennbaren Abfällen in Tonnen	6'371	7'000	8'000

IAFP Entsorgung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	34'662	31'992	33'107	40'114	43'461	43'229
Erlös	34'662	31'992	33'107	40'114	43'461	43'229
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	38'790	0	10'770	12'300	19'150	18'950	25'450	-47'830
Bewilligt	22'570	27'519	850	-3'280	0	0	0	-2'519
Gesamt	61'360	27'519	11'620	9'020	19'150	18'950	25'450	-50'349

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Soll 2009: Erwartete Subvention 3.5 Mio. Franken

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. Messung: Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten. CHF pro 35 Liter Sack Grundgebühr Wohnung in CHF pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus in CHF pro Jahr	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00
2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreneinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend in %.	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden. Messgrösse: Zufriedenheitsgrad in %	-	-	75.0	Standard halten	Standard halten	Standard halten
4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben EKAS Audit Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen	nicht erfüllt 0.0	erfüllt 0.0	erfüllt 0.0	erfüllt 0	erfüllt 0	erfüllt 0
5 Umweltschutz (Ökologie) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des GEP eingehalten werden können, insbesondere wird der Werthaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. Zielerreichung: GEP-Check erfüllt Abfallentsorgung: Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge. Mind. in % Deponie: Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahrsberichts die Einhaltung der Gesetze. Messgrösse: Audit erfüllt.	erfüllt 50.2 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Projektierung und Bau des Werkhofs Scheidegg (Stützpunkt Kehrlichfahrzeuge)
- Projektierung und Bau der Etappe 7 Deponie Riet
- Laufende Erneuerung des Abwassernetzes
- Planung und Bau von Regenbecken nach Vorgabe des Generellen Entwässerungsplanes (GEP)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Vermessung

Auftrag

- Nachführung und Unterhalt des amtlichen Vermessungswerkes der Stadt Winterthur
- Bauvermessung, Umsetzung der gesetzlichen geometrischen Vorgaben im Hoch- und Tiefbau
- Betrieb der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW)
- Geoinformationsdienstleistungen für städtische und private Stellen
- Plan- und Datenausgabe für städtische und private Bedürfnisse
- Strassenbenennung
- Gebäudeadressierung

Produkte

1 Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge

Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung, Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und der Grundeigentümer, abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen, baupolizeiliche Vermessung, Spezialvermessungen und Terrainaufnahmen

2 Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Erneuerung des Fixpunktnetzes, Neuvermessungen, Neustrukturierung und Ergänzung der Grundstücksregister, Revision des Inhaltes der amtlichen Vermessung (AV93), Nachführung des Übersichtsplanes

3 Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS-Winterthur), Datenausgabe und Dienstleistungen

Geschäftsführende Stelle des GIS-Winterthur, Betrieb der zentralen Infrastruktur des GIS-Winterthur, Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der GIS-Daten, Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen, Betrieb einer Auskunftsstelle, Plan- und Datenausgabe, Strassenbenennung, Gebäudeadressierung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

- Bundesgesetz über Geoinformation vom 5. Oktober 2007 (Geoinformationsgesetz, GeoIG); SR 510.62
- Verordnung vom 21.05.2008 über Geoinformation (Geoinformationsverordnung, GeoIV); SR 510.620
- Verordnung vom 21.05.2008 über die geografischen Namen (GeoNV); SR 510.625
- Verordnung vom 09.09.1998 über die Reproduktion von Daten der amtlichen Vermessung (RDAV); SR 510.622
- Verord. des EJPD vom 09.09.1998 über die Repr. von Daten der amtlichen Vermessung (RDAV-EJPD); SR 510.622.2
- Art. 950 Abs. 2 des Zivilgesetzbuches (ZGB); SR 210
- Verord. der Bundesversammlung vom 06.10.2006 über die Finanzierung der amtlichen Vermessung (FVAV); SR 211.432.27
- Verordnung vom 18. November 1992 über die amtliche Vermessung (VAV); SR 211.432.2
- Technische Verordnung des VBS vom 10. Juni 1994 über die amtliche Vermessung (TVAV); SR 211.432.21
- Verordnung vom 21.05.2008 über die Ingenieur-Geometerinnen und Ingenieur-Geometer (GeomV); SR 211.432.261

Stufe Kanton

- Verordnung über die amtliche Vermessung vom 17. Dezember 1997; LS 255
- Gebührenverordnung über Vermessungsdaten vom 18. Juli 2001; LS 255.1
- Technische Weisungen des Amtes für Raumordnung und Vermessung (ARV)
- PBG, Bauverfahrensverordnung (Anforderungen an die Grundlagen für Baubewilligungen und die Bauvermessung)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Gewinnung von Geoinformation (Geoinformationsverordnung) vom 11. Juli 2007; SRB-Nr. 2007-1236
- Geoinformationsstrategie vom 11. Juli 2007; SRB-Nr. 2007-1236
- Verordnung über die Strassenbenennung und die Gebäudenummerierung vom 9. Dezember 1983
- Verträge zwischen Geodateneigentümern resp. -nutzern und dem Vermessungsamt

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgabe des Departements

Verantwortliche Leitung

Herr Daniel Kofmel

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Kostendeckungsgrad Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt in %. <i>Messung / Bewertung:</i> Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag (betriebliches Rechnungswesen)	107.0	100.0	100.0
2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt in der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) vollständige, verlässliche und verbindliche Grundlagendaten für Bau-, Planungs- sowie Verwaltungszwecke. Erstellt diese der öffentlichen Hand und Privaten in geeigneter Form zur Verfügung. <i>a) Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung (zweijähriger Turnus) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der zufriedenen oder sehr zufriedenen Kundschaft <i>b) Messung/Bewertung:</i> Aktualität der Daten der amtlichen Vermessung <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	-	75 100.0	- 100.0
3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. <i>Messung / Bewertung:</i> Nennung wichtiger Meilensteine <i>Messgrösse:</i> - Die GIS-Strategie resp. ein GIS-Leitbild liegt vor. - Die Gebäudedaten des GWR-ZH, der amtlichen Vermessung und der Applikation GemDat des Baupolizeiamtes sind gegenseitig abgeglichen. - Die elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ist eingeführt. - Die Nachführung der harmonisierten Gebäudedaten der amtlichen Vermessung und des GWR-ZH erfolgt zeitnah und synchronisiert in einem vernetzten Umfeld über eine elektronische Schnittstelle. - Der Internetstadtplan ist überarbeitet. Die Bedienung wird benutzerfreundlicher und das Datenangebot verbessert. - Ein Konzept zur Inbetriebnahme des von der Firma Autodesk vollständig erneuerten und auf künftige Technologiestandards ausgerichteten Geografischen Informationssystems "Topobase" liegt vor. - Im Intranet ist ein Liegenschaftsblatt abrufbar, das grundstückbezogen alle wesentlichen Geoinformationen (Karten und Sachdaten) "auf einen Blick" darstellt. - Elektronisierung der Leitungskatasterzirkulation (Beglaubigung der Werkleitungseinträge) mit dem Ziel einer rascheren Plan- und Datenabgabe.	erfüllt erfüllt nicht erfüllbar*	- - erfüllt erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt erfüllt

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	204'732	695'402	859'633

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Personalkosten: Die höheren Personalkosten im Voranschlag 09 setzen sich zusammen aus: höheren Beiträgen an die Rententeuerung, neuer Praktikumsstelle, Wiederbesetzung von freien Teilzeitpensen durch einen Geomatiker sowie der Wiederbesetzung der Stelle "Sekretariat/Rechnungsführung". Zudem erhöht sich der Personalaufwand aufgrund der genehmigten Lohnmassnahmen 2009 durch den GGR und deren Umlage auf die Produktgruppe Vermessung (SRB 08.303-9).
- Sachkosten: Infolge des neuen Verrechnungsmodells für die Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW), werden alle zur Nutzung des Geografischen Informationssystems benötigten Lizenzen zentral über das Vermessungsamt eingekauft und weiterverrechnet. Insbesondere die Umsetzung diverser Vorhaben (Ablösung Internetstadtplan, Ersatz Grossformatplotter, Ersatz diverser GIS-Arbeitsstationen, Ersatz Präzisionsnivelliergerät, Ersatz der grossformatigen City-Stadtpläne, GIS-Töss, etc.) hat eine Erhöhung des Sachaufwands zur Folge.
- Kalkulatorische Kosten: Neu werden alle Abschreibungen und Zinsen aus der im Jahr 1998 beschlossenen "Gesamterneuerung Geografisches Informationssystem" dem Vermessungsamt belastet. Dies hat Mehraufwendungen in der Höhe von rd. Fr. 70'000.-- zur Folge, welche aber im Rahmen des Kostenverteilers-GDIW den nutzniessenden Fachstellen weiterverrechnet werden.
- Übrige interne Kosten: Die tieferen Kosten entstehen bei den IDW.
- Erlöse inkl. Verrechnungen: Die höheren Erträge resultieren aus höherem Auftragsvolumen bei den Vermessungs-Geoinformationsdienstleistungen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Personalkosten: Die höheren Personalkosten im Voranschlag 09 setzten sich zusammen aus: Teuerung, Lohnerhöhung, höheren Beiträgen an die Rententeuerung, neuer Praktikumsstelle, Wiederbesetzung von freien Teilzeitpensen durch einen Geomatiker und einen Geografen sowie Wiederbesetzung und Aufstockung der Stelle "Sekretariat/Rechnungsführung" auf 100%.
- Sachkosten: Infolge des neuen Verrechnungsmodells für die Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW), werden alle zur Nutzung des Geografischen Informationssystems benötigten Lizenzen zentral über das Vermessungsamt eingekauft und weiterverrechnet. Insbesondere die Umsetzung diverser Vorhaben (Ablösung Internetstadtplan, Ersatz Grossformatplotter, Ersatz diverser GIS-Arbeitsstationen, Ersatz Präzisionsnivelliergerät, Ersatz der grossformatigen City-Stadtpläne, GIS-Töss, etc.) hat eine Erhöhung des Sachaufwands zur Folge.
- Kalkulatorische Kosten: siehe Begründung Voranschlag 2008/2009.
- Interne Erlöse: Dass auch die internen Erlöse - trotz deutlicher Reduktion der im Rahmen der GDIW-Betriebsführung verrechenbaren Aufwendungen (SRB-Nr. 2007-1236) - höher ausfallen, ist auf steigendes Auftragsvolumen bei den Geoinformationsdienstleistungen zurückzuführen.
- Beiträge von Dritten: Die Genehmigung und Anerkennung der Erneuerungsarbeiten Los 29 - 35 lösten bei Bund und Kanton die Schlusszahlungen aus. Infolge waren im Jahr 2007 ausserordenliche Erträge zu verbuchen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	2'116'613	2'229'546	2'366'744
Sachkosten	314'265	394'700	437'400
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	277'308	289'700	364'200
Übrige interne Kosten	272'864	270'256	248'988
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'981'050</i>	<i>3'184'202</i>	<i>3'417'333</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'981'050	3'184'202	3'417'333
Externe Erlöse	1'544'353	1'473'400	1'528'100
Interne Erlöse	835'596	955'400	969'600
Beiträge von Dritten	396'370	60'000	60'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'776'318</i>	<i>2'488'800</i>	<i>2'557'700</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'776'318	2'488'800	2'557'700
Total Nettokosten/Globalkredit	204'732	695'402	859'633
Interne Kosten	550'172	559'956	613'188
Interne Erlöse	835'596	955'400	969'600
Total primäre Nettokosten*	490'156	1'090'846	1'216'044
Kostendeckungsgrad in % **	93	78	75
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			79

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	169'916	169'800	173'100
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	16.0	16.0	16.0
▪ Lehrverhältnisse	4.0	4.0	5.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	21 (5)	21 (5)	22 (6)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Die Gebäudeadressen der amtlichen Vermessung sind entsprechend der diesbezüglichen Weisung des Kantons auf der Grundlage des Pflichtenheftes zur Dienstanzweisung Los 37 zu bereinigen.
- Nachdem die Gebäudedaten der amtlichen Vermessung und des Gebäude- und Wohnungsregister im Jahr 2008 harmonisiert wurden, gilt es im Hinblick auf die registerbasierte Volkszählung 2010 ein Konzept zur Bereinigung der Wohnungsdaten zu erarbeiten.
- Gestützt auf das Grobkonzept zur Revision des städtischen Fixpunktnetzes und Überführung des Vermessungswerkes in den neuen Bezugsrahmen der "Landesvermessung 1995" ist mit dem Kanton eine Vereinbarung über das weitere Vorgehen zu treffen und auf der Grundlage von gezielten Feldmessungen das Detailkonzept sowie die entsprechende Dienstanzweisung vorzubereiten.
- Nachdem die Arbeiten zur Ersterhebung im Altstadtzentrum aufgrund von Kapazitätsengpässen in den Jahren 2007 und 2008 in Verzug gerieten, sind diese nun ohne weitere Unterbrechungen zügig fortzuführen.
- Die Einführung der neuen GIS-Softwaregeneration von Autodesk und die damit verbundene Ablösung des heutigen städtischen Geografischen Informationssystems mit allen Anwendungen und Schnittstellen ist sorgfältig vorzubereiten. Bis zur Inbetriebnahme der neuen Softwaregeneration ist das notwendige Know-how aufzubauen sowie im Rahmen von Pilotinstallationen das Funktionieren der neuen Komponenten sorgfältig auszutesten. Die Migrationsplanung wird laufend dem aktuellen Stand angepasst.
- Die elektronische Schnittstelle "amtliche Vermessung - Grundbuch" wird in Zusammenarbeit mit den Notariaten eingeführt, sofern wie geplant bis Ende 2008 die notwendigen technischen Spezifikationen, Konzepte sowie die Software vorliegen.
- Um der Situation eines Totalausfalls des Geografischen Informationssystems besser begegnen zu können, ist ein Notfallkonzept auszuarbeiten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Betreffend Ablösung des heutigen Internetstadtplanes im Portal Winterthur ist zusammen mit den Informatikdiensten ein Konzept auszuarbeiten.
- Privaten soll über das Internet ein passwortgeschützter Zugriff auf Daten der amtlichen Vermessung sowie des Leitungskatasters angeboten werden.

Produkt 1 Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge**Leistungen**

- Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung
- Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und des Grundeigentümers
- Abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen
- Allgemeine Ingenieurvermessung und Terrainaufnahmen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'109'766	1'135'422	1'236'479
Erlös	1'184'546	1'157'102	1'223'395
Nettokosten	-74'780	-21'679	13'084
Kostendeckungsgrad in %	107	102	99

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Kostendeckungsgrad in %	107.0	100.0	100.0
▪ Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	-	100.0	100.0

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Arbeitsleistung aufgrund kantonalen Honorarsätze (ohne Drittleistungen) in CHF	1'256'266	1'035'000	1'250'000

Produkt 2 Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes**Leistungen**

- Unterhalt und Pflege der Bestandteile der amtlichen Vermessung
- Unterhalt und Erneuerung des Fixpunktnetzes
- Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadt kern
- Periodische Nachführung der amtlichen Vermessung
- Unterhalt der Grundstücksregister

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	475'861	661'017	692'939
Erlös	430'809	110'743	134'870
Nettokosten	45'052	550'275	558'069
Kostendeckungsgrad in %	91	17	19

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Einführung der elektronischen Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ▪ Ein Grobkonzept zur Einpassung der städtischen Geodaten in das revidierte übergeordnete Fixpunktnetz liegt vor. ▪ Im Rahmen der Ersterhebung sind im Altstadtkern 6 Pläne für das Grundbuch aufgearbeitet.	nicht erfüllbar	- erfüllt	erfüllt erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Arbeitsleistung auf Basis der kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen) in CHF	466'031	640'000	640'000

Produkt 3 Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS) Winterthur, Datenausgabe und Dienstleistungen

Leistungen

- Betrieb der Infrastruktur für das GIS-Winterthur
- Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der GIS-Daten
- Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen
- Betrieb einer Auskunftsstelle
- Gebäudeadressierung, Strassenbenennung
- Plan- und Datenausgabe
- Datenbearbeitung und -verwaltung für Dritte
- Diverse Verwaltungsaufgaben

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'384'104	1'387'763	1'487'915
Erlös	1'159'524	1'220'956	1'199'435
Nettokosten	224'580	166'807	288'480
Kostendeckungsgrad in %	84	88	81

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Technologische Entwicklung: - Die GIS-Strategie resp. das GIS-Leitbild ist dem Stadtrat vorzulegen und anschliessend entsprechend dessen Beschluss umzusetzen. - Im Rahmen des Projektes GIS-Töss ist das Teilprojekt GIS-Töss entsprechend dem noch zu treffenden Beschluss des Stadtrates umzusetzen. - Abgleich der Gebäudedaten zwischen GWR-ZH, amtlicher Vermessung und der Applikation GemDat des Baupolizeiamtes. - Die Nachführung der harmonisierten Gebäudedaten der amtlichen Vermessung und des GWR-ZH erfolgt zeitnah und synchronisiert in einem vernetzten Umfeld über eine elektronische Schnittstelle. - Der Internet-Stadtplan ist überarbeitet. Die Bedienung wird benutzerfreundlicher und das Datenangebot verbessert. - Ein Konzept zur Inbetriebnahme des von der Firma Autodesk vollständig erneuerten und auf künftige Technologiestandards ausgerichteten Geografischen Informationssystems "Topobase" liegt vor. - Im Intranet ist eine Informationsplattform zur Geoinformationsverarbeitung eingerichtet. - Die zentralen Betriebskosten der Geodateninfrastruktur Winterthur werden nach einem neuen Verrechnungs- und Finanzierungsmodell veranschlagt, das einer angemessenen Entlastung der Datenproduzenten von den allg. Betriebskosten Rechnung trägt. - Ein Pflichtenheft zur Ablösung des Internetstadtplanes im Portal Winterthur liegt vor. - Im Intranet ist ein Liegenschaftsblatt abrufbar, das grundstückbezogen alle wesentlichen Geoinformationen (Karten und Sachdaten) "auf einen Blick" darstellt. - Elektronisierung der Leitungskatasterzirkulation (Beglaubigung der Werkleitungseinträge) mit dem Ziel einer rascheren Plan- und Datenausgabe.	erfüllt nicht erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Arbeitsleistung aufgrund kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen, Amortisation und Zinsen) in CHF			
- GIS Betriebsführung - Datenausgabe, Auskünfte, Dienstleistungen und allgemeine Verwaltungsaufgaben	617'281 537'314	620'000 580'000	450'000 650'000

IAFP Vermessung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	2'981	3'184	3'417	3'537	3'517	3'487
Erlös	2'776	2'488	2'557	2'501	2'523	2'398
Nettokosten/Globalkredit	205	695	860	1'037	995	1'090
Kostendeckungsgrad in %	93	78	75	71	72	69

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	1'440	0	0	200	900	470	150	-280
Bewilligt	1'350	678	80	0	0	0	0	592
Gesamt	2'790	678	80	200	900	470	150	312

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Kostendeckungsgrad Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt in %.	107.0	100.0	100.0	100	100	100
2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt in der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) vollständige, verlässliche und verbindliche Grundlagendaten für Bau-, Planungs- sowie Verwaltungszwecke. Erstellt diese der öffentlichen Hand und Privaten in geeigneter Form zur Verfügung. <i>a) Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung (zweijähriger Turnus) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden <i>b) Messung/Bewertung:</i> Aktualität der Daten der amtlichen Vermessung <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	-	75.0	-	75	-	75
3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. Wichtige Meilensteine: - Die Geoinformationsstrategie 2007 liegt vor. - Die Gebäudedaten des GWR-ZH, der amtlichen Vermessung und der Applikation GemDat des Baupolizeiamtes sind gegenseitig abgeglichen.	erfüllt	-	0.0			
- Ein Grobkonzept zu Einpassung der städtischen Geodaten in das revidierte übergeordnete Fixpunktnetz liegt vor. - Die Nachführung der harmonisierten Gebäudedaten der amtlichen Vermessung und des GWR-ZH erfolgt zeitnah und synchronisiert in einem vernetzten Umfeld über eine elektronische Schnittstelle. - Der Internetstadtplan ist überarbeitet. Die Bedienung wird benutzerfreundlicher und das Datenangebot verbessert.	erfüllt	erfüllt	erfüllt			

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Ein Konzept zur Inbetriebnahme des von der Firma Autodesk vollständig erneuerten und auf künftige Technologiestandards ausgerichteten Geografischen Informationssystems "Topobase" liegt vor.		erfüllt				
Die elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ist eingeführt.	nicht erfüllbar		erfüllt			
- Elektronisierung der Leitungskatasterzirkulation (Beglaubigung der Werkleitungseinträge) mit dem Ziel einer rascheren Plan- und Datenausgabe. - Im Intranet ist ein Liegenschaftsblatt abrufbar, das grundstückbezogen alle wesentlichen Geoinformationen (Karten und Sachdaten) "auf einen Blick" darstellt. - Abschluss der "Ersterhebung" der amtlichen Vermessung im Altstadt kern - Die Wohnungsdaten im GSW sind bereinigt. - Daten der Geodateninfrastruktur Winterthur können über das Internet elektronisch bestellt und bezogen werden. - Daten der Geodateninfrastruktur Winterthur stehen zur Nutzung mit mobilen Geräten zur Verfügung. - Die neue Softwaregeneration "Topobase" ist eingeführt. - Die Daten der städtischen Geodateninfrastruktur sind in das übergeordnete Fixpunktnetz integriert.			erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Die Geodaten der städtischen Geodateninfrastruktur sind mittels Ergänzungsmessungen, Interpolation und Transformation in das vom Kanton revidierte übergeordnete Fixpunktnetz (Bezugsrahmen) einzupassen.
- Entlang der Gemeindegrenze sind die Geodaten der städtischen Geodateninfrastruktur mit den umliegenden Gemeinden abzugleichen.
- Nach Inbetriebnahme der Schnittstelle "amtliche Vermessung - Grundbuch" ist die heute mit einem Medienbruch betriebene Schnittstelle zwischen der amtlichen Vermessung und der Applikation GGX des Steueramtes abzulösen oder zu automatisieren.
- Das kantonale Vertriebsportals für Daten der amtlichen Vermessung ist in die Datenbewirtschaftungs- und -bereitstellungsprozesse des Vermessungsamtes einzubeziehen. Der Datenaustausch mit dem kantonalen GIS ist zu fördern.
- Im Altstadt kern ist die Ersterhebung der amtlichen Vermessung abzuschliessen.
- Betreffend Unterhalt des städtischen Nivellementnetzes ist ein Konzept und Massnahmenplan auszuarbeiten.
- Das Geografische Informationssystem (High-End-GIS-, Desktop-GIS- sowie Web-GIS-Anwendungen) ist vollständig zu erneuern. Die vorhandenen Geodaten sind in die neue Plattform zu überführen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Das Auftragsvolumen im Produkt 1 kann von Jahr zu Jahr um mehr als Fr. 100'000.-- schwanken. Im Rahmen des Budgetierungsprozesses ist leider weder der Trend noch das Ausmass der Schwankung verlässlich vorhersehbar. Das Auftragsvolumen im Produkt 1 (Vermessungsaufträge) beeinflusst aber ganz direkt das Ergebnis des Vermessungsamtes und die für Projektarbeiten zur Verfügung stehenden Kapazitäten.
- Koordinationsaufwendungen zu Gunsten der gesamten Stadtverwaltung werden ab dem Jahr 2009 dem Globalkredit des Vermessungsamtes belastet (SRB-NR. 2007-1236). In dem Masse wie die Geodatenproduzenten (Amt für Städtebau, Tiefbauamt, Stadtwerk, etc.) entlastet werden, erhöht sich der Globalkredit des Vermessungsamtes.

Baupolizei

Auftrag

- Speditive Abwicklung der baurechtlichen Bewilligungsverfahren im Rahmen der Organisation Bauaufsicht
- Gewährleistung des (baulichen) Brandschutzes, der Sicherheit der Aufzugsanlagen und der Feuerungskontrolle sowie des technischen Umweltschutzes (Asbest, Lärm, Wärmedämmung, technische Ausrüstungen)
- Energieplanung
- Rechtsberatung und Prozessführung im Planungs-, Bau- und Umweltschutzrecht
- Spezielle Projektleitungen

Produkte

1 Bauaufsicht

Bauberatung, Baubewilligungen und Baukontrolle

2 Technische Bewilligung und Kontrollen

Brandschutz, Feuerungskontrolle, Aufzugskontrolle und Techn. Umweltschutz

3 Spezialaufgaben

Rechtsberatung und Prozessführung, spezielle Projektleitungen, Mutationen und Reklamen

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Baubewilligungsverfahren Winterthur

Broschüre, 3. Auflage vom August 2000

Rechtsgrundlagen gemäss Verzeichnis Seite 31 - 34
und den seither eingetretenen Änderungen/Ergänzungen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Baubewilligungsverfahren Winterthur

Broschüre, 3. Auflage vom August 2000

Rechtsgrundlagen gemäss Verzeichnis Seite 35 - 37
und den seither eingetretenen Änderungen/Ergänzungen

Stufe Verwaltungseinheit

Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Hr. Dr. Störi Fridolin

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts- Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen <i>Messung / Bewertung:</i> - Gewonnene Rechtsmittelverfahren (in %)	90	90	90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht(Gebührenverordnung) in % Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle in % - Aufzugskontrolle in %	70 101 85	70 100 83	67 100 86
3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen <i>Messung / Bewertung:</i> Baubewilligungen - Innert 1 Monat (in %) - Innert 2 Monaten (in %) - Innert 3 Monaten (in %) - Innert 4 Monaten (in %)	 26 56 76 94	 30 60 90 100	 30 60 90 100
4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben <i>Messung / Bewertung:</i> Abnahmekontrollen (in %) Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: - Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial (in %) - Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial (in %)	 90 62 32	 100 100 30	 100 100 35
5 Umweltschutz (Ökologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes <i>Messung / Bewertung:</i> - Private Kontrollen (in %) - Plausibilitätskontrolle aller Nachweise (in %) - Stichprobenweise Überprüfungen von allen Bauvorhaben (in %)	 82 90 9	 80 90 10	 80 90 10

Ad 1. Grundsatz, gewonnene Rechtsmittelverfahren: Die gewonnene Rechtsmittelverfahren werden inkl. formelle Erledigungen gemessen.

Ad 4. Sicherheit, gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: Die gesetzliche Vorgabe für alle Anlagen ist 100 %, auch für die Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial.

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	1'402'649	1'754'723	1'921'931

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Der Voranschlag 2009 weist einen Globalkredit von rund Fr. 1'922'000.-- aus. Dieser erhöht sich gegenüber dem VO 2008 um rund Fr. 167'000.--. Die Zunahme des Globalkredites wird im Wesentlichen durch höhere Personalaufwendungen und kalkulatorische Kosten im Zusammenhang mit der Einführung der Anlagebuchhaltung beeinflusst.
- Die höheren Personalaufwendungen stehen im Zusammenhang mit der befristeten Einstellung eines Mitarbeiters bei der Aufzugskontrolle sowie einer zusätzlichen Stelle Brandschutzexperte infolge Vertragserweiterung mit dem Kanton Zürich zur Durchführung von feuerpolizeilichen Kontrollen.
- Zugleich erhöht sich der Personalaufwand durch die Wiederbesetzung einer Stelle bei der Fachstelle Energie (12 Monate budgetiert).
- Zusätzlich erhöht sich der Personalaufwand aufgrund der genehmigten Lohnmassnahmen 2009 durch den GGR und deren Umlage auf die Produktgruppe Baupolizei (SRB 08.303-9).
- Der Mehrertrag resultiert aus höheren Gebühreneinnahmen bei der Aufzugskontrolle sowie der Feuerpolizei. Ebenso erhöht sich der Ertrag aus der Vertragserweiterung zur Durchführung von feuerpolizeilichen Kontrollen mit dem Kanton Zürich.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Zur Rechnung 2007 erhöht sich der Globalkredit um rund 0.5 Mio. Franken. Die Erhöhung steht vor allem im Zusammenhang mit dem einmaligen Ertrag aus den Schlussabrechnungen von Lärmschutzprojekten im Jahr 2007. Ebenso fielen die Erträge 2007 bei der Benutzung vom öffentlichen Grund sowie bei der Rauch- und Feuerungskontrolle überdurchschnittlich aus.
- Die Zunahme vom Personalaufwand ist auf den oben erwähnten Stellenzuwachs, der Wiederbesetzung Projektleitung Fachstelle Energie und der Lohnentwicklung der Jahre 2008 und 2009 zurück zu führen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	4'713'891	4'788'460	5'195'378
Sachkosten	295'354	342'550	309'600
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	293'259	292'400	332'769
Übrige interne Kosten	751'240	550'413	585'684
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'053'745</i>	<i>5'973'823</i>	<i>6'423'431</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	6'053'745	5'973'823	6'423'431
Externe Erlöse	4'639'769	4'099'100	4'381'500
Interne Erlöse	11'327	120'000	120'000
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'651'096</i>	<i>4'219'100</i>	<i>4'501'500</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'651'096	4'219'100	4'501'500
Total Nettokosten/Globalkredit	1'402'649	1'754'723	1'921'931
Interne Kosten	1'044'500	842'813	918'453
Interne Erlöse	11'327	120'000	120'000
Total primäre Nettokosten*	369'476	1'031'910	1'123'478
Kostendeckungsgrad in % **	77	71	70
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			71

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	293'259	292'400	293'900
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	32.1	32.6	34.6
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	36 (9)	37 (9)	39 (10)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation Baupolizeiamt und Organisation Bauaufsicht
- Aufarbeitung der Rückstände bei der Aufzugskontrolle
- Vorprojekt Immissionsgrenzwert Sanierung (IGW / Lärmschutz)
- Revision Energieplan
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit der Fachstelle Energie

Produkt 1 Bauaufsicht

Leistungen

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren in allen Bereichen des formellen und materiellen Planungs-, Bau- und Umweltschutzrechts (soweit erforderlich unter Beizug der Spezialisten)
- Konsequente und effiziente Verfahrensleitung in allen baurechtlichen Bewilligungsverfahren
- Erteilung der Baubewilligung im Anzeigeverfahren bzw. Antragstellung in den übrigen Baubewilligungsverfahren so speditiv als möglich, längstens aber innerhalb der gesetzlichen Fristen
- Kontrolle der Bauten und Anlagen während der Bauphase bezüglich Übereinstimmung mit den bewilligten Plänen und den gesetzlichen Vorschriften sowie bezüglich Sicherheit (Arbeitssicherheit im Auftrag der SUVA)

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'995'995	2'111'638	2'159'735
Erlös	2'383'703	2'397'040	2'446'510
Nettokosten	-387'708	-285'402	-286'775
Kostendeckungsgrad in %	119	114	113

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen			
- Erteilung innert 1 Monat (in %)	26.0	30.0	30.0
- Erteilung innert 2 Monaten (in %)	56.0	60.0	60.0
- Erteilung innert 3 Monaten (in %)	76.0	90.0	90.0
- Erteilung innert 4 Monaten (in %)	94.0	100.0	100.0
Max. 1 % der Baurechtsentscheide müssen aufgehoben werden	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Anzeigeverfahren (mit Audienzverfahren)	399	350	350
Anzahl ordentliche Baubewilligungsverfahren	463	450	450
Anzahl Bauabnahmen	914	700	750

Alle Leistungsmengen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 2 Technische Bewilligungen und Kontrollen

Leistungen

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren im eigenen Fachbereich
- Erteilung der Bewilligungen im Rahmen der delegierten Kompetenzen bzw. Antragstellung zu Händen der verfahrensleitenden Stelle in allen Bewilligungsverfahren
- Umfassende Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit amtlicher Kontrolle bzw. stichprobenweise Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit privater Kontrolle
- Periodische Kontrollen nach den von der Amtsleitung festgelegten Prioritäten
- Weiterführung der Energieplanung

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'357'618	2'429'794	2'852'973
Erlös	1'624'380	1'456'196	1'678'226
Nettokosten	733'237	973'598	1'174'747
Kostendeckungsgrad in %	69	60	59

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kostendeckungsgrad der Rauchgaskontrolle in %	101.0	100.0	100.0
Kostendeckungsgrad der Aufzugskontrolle in %	85.0	83.0	86.0
Durchführung der gesetzlichen periodischen Kontrollen, Brandschutz (soll 100%):			
- Bauten mit 2-jährigem Kontrollturnus (in %)	62.0	100.0	100.0
- Bauten mit 4-, 6- und 8-jährigem Kontrollturnus (in %)	32.0	30.0	35.0
Durchführung/Überwachung aller Feuerungsanlagen bezüglich Einhaltung von Emissionsgrenzwerten nach Luftreinhalteverordnung (in %)	90.0	100.0	100.0
Überwachung Anforderung BBV I: Hygiene, Lärm, Wärmedämmung, Luftreinhaltung, technische Ausrüstungen			
- Stichprobenkontrolle (in %)	9	10	10

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Brandschutz			
Anzahl Vernehmlassungen	566	450	450
Periodische Gebäudekontrollen, Berichte:			
- Anzahl 2-jährig	33	50	50
- Anzahl 4-jährig	23	40	50
- Anzahl 6-jährig	112	90	100
- Anzahl 8-jährig	5	5	10
Kontrollen von Fall zu Fall	143	100	150
Feuerungskontrolle			
- Anzahl Bewilligungen	674	530	550
- Anzahl Sanierungen	221	150	180
- Anzahl Belästigungsklagen	12	10	15
Technischer Umweltschutz			
- Anzahl Vernehmlassungen	1'060	1'150	1'150
- Anzahl Baukontrolle	104	100	100
- Anzahl Stichproben Private Kontrollen	100	110	110

Die Mengen von Vernehmlassungen, Bewilligungen und Sanierungen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 3 Spezialaufgaben

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Baubehörde sowie der Bereiche, Ämter und Abteilungen im Departement Bau in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts sowie des privaten Baurechts (inkl. Entwurf und Erlass von Verfügungen, Verhandlungsführung, Vertragsausarbeitung etc.)
- Beratung von Privaten in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts
- Führung von Rechtsmittelverfahren und Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren
- Rechtsetzung: Erarbeitung von kommunalen Gesetzes-/Verordnungsentwürfen und Verfassen von Vernehmlassungen zu Gesetzes-/Verordnungsvorlagen des Kantons bzw. des Bundes
- Erteilung der Bewilligungen für Grenzänderungen und Reklamen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'668'505	1'432'391	1'410'722
Erlös	643'013	365'864	376'764
Nettokosten	1'025'492	1'066'527	1'033'958
Kostendeckungsgrad in %	39	26	27

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gewonnene Rechtsmittelverfahren (inkl. formelle Erledigungen) in %	90.00	90.00	90.00
Max. 2 % der Baurechtlichen Entscheide zu den Reklamebewilligungen und Mutationen müssen aufgehoben werden	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Rechtsmittelverfahren:			
- Anzahl erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren *	56	50*	50*
- Anzahl gewonnener und formell erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren **	50	45**	45**
- Anzahl erledigter Submissionsbeschwerden *	1	3*	3*
- Anzahl erledigter Strafverfahren (inkl. Einstellungen, Strafverfügungen und Überweisungen an Statthalter) **	21	25**	25**
Baurechtliche Entscheide:			
- Anzahl Reklamen *	115	120*	130*
- Anzahl Mutationen *	64	80*	70*

*) nicht beeinflussbare Leistungsmengen

**) nur bedingt beeinflussbare Leistungsmengen

IAFP Baupolizei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	6'053	5'973	6'423	6'435	6'440	6'465
Erlös	4'651	4'219	4'501	4'508	4'523	4'533
Nettokosten/Globalkredit	1'403	1'755	1'922	1'928	1'918	1'933
Kostendeckungsgrad in %	77	71	70	70	70	70

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	339	0	0	400	250	0	0	-311
Bewilligt	811	0	300	0	0	0	0	511
Gesamt	1'150	0	300	400	250	0	0	200

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts- Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen. Messung: Gewonnene Rechtsmittelverfahren (in %)	90	90	90	90	90	90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht(Gebührenverordnung) in % Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle in % - Aufzugskontrolle in %	70 101 85	70 100 83	67 100 86	68 100 90	68 100 100	68 100 100
3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Baubewilligungen: - Innert 1 Monat (in %) - Innert 2 Monaten (in %) - Innert 3 Monaten (in %) - Innert 4 Monaten (in %)	26 56 76 94	30 60 90 100	30 60 90 100	30 60 90 100	30 60 90 100	30 60 90 100
4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben Abnahmekontrollen (in %) Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen (soll 100%): - Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial (in %) - Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial (in %)	90 62 32	100 100 30	100 100 35	100 100 40	100 100 45	100 100 50
5 Umweltschutz (Ökologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes: - Private Kontrollen (in %) - Plausibilitätskontrolle aller Nachweise (in %) - Stichprobenweise Überprüfungen von allen Bauvorhaben (in %)	82 90 9	80 90 10	80 90 10	80 90 10	80 90 10	80 90 10

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Neue Geschäftskontrolle operativ 2010
- Strassensanierungsprogramm IGW (Immissionsgrenzwerte) operativ ab 2010
- Energieplan revidiert 2010
- Aufzugskontrolle im normalen Turnus (Kontrollen +/- 1 Jahr) 2011
- EDV-gestützte Plattform für Vernehmlassungen im BB-Verfahren operativ 2012

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Städtebau

Einleitung

Auftrag

Schaffen der raumplanerischen Voraussetzungen für eine gedeihliche Stadtentwicklung auf der Basis eines zukunftsgerichteten, effizienten und ressourcenschonenden Umgangs mit dem Boden. Bereitstellung von Grundlagen zur Förderung des optimalen stadtverträglichen Verkehrs in Verbindung mit einer hohen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Erstellung, Erneuerung und Unterhalt stadteigener Bauten unter Beachtung von Ökologie und Nachhaltigkeit. Abstimmung der Interessen zwischen Bauherrschaften und Bevölkerung. Erhaltung und Pflege der bestehenden Baukultur und Förderung einer innovativen städtebaulichen und architektonischen Entwicklung der Stadt.

Produkte

1 Raum- und Verkehrsplanung

Bereitstellen von Planungsgrundlagen (inkl. Verkehrsdaten); Richt- und Nutzungsplanung (inkl. Bau- und Niveaulinien) sowie Sondernutzungsplanungen (Gestaltungspläne, Sonderbauvorschriften, Quartier- und Erschliessungspläne) gemäss den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung; Prüfung von Bauvorhaben hinsichtlich Übereinstimmung mit Planungszielen und -vorgaben; Planung und Steuerung der Verkehrsinfrastruktur.

2 Denkmalpflege

Bereitstellen von Unterlagen, Beauftragen von Schutzabklärungen und Beratung bei der Renovation von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses im kommunalen Inventar der schutzwürdigen Kulturdenkmäler sowie bei Neu- und Umbauten in Ortsbildschutzzonen; Führen der Fachgruppe Denkmalpflege; Beraten und Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Fragen der Erhaltung von Baudenkmälern.

3 Stadtgestaltung, Wettbewerbe

Bereitstellen von Unterlagen und Beratung von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses; Gestalterische Begutachtung von Baugesuchen (private und städtische); Führen der Fachgruppen Stadtgestaltung; Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben.

4 Hochbauten

Planen, Bauorganisation, Begleitung der städtischen Hochbauten und Unterhalt optimiert nach funktionalen, konstruktiven, ökonomischen, ökologischen und gestalterischen Vorgaben. Umsetzung von Kunst am Bau.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Raumplanungsgesetz (RPG) und Raumplanungsverordnung (RPV)
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich (PBG) inkl. Verordnungen
- Besondere Bauverordnung (BBV)
- Kantonale Richtpläne (Siedlung und Landschaft; Verkehr; Versorgung; Entsorgung; Öffentliche Bauten und Anlagen)
- SIA Normen, VSS Normen
- Strassenverkehrsrecht (Bund); Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) inkl. Verordnungen
- Eidgenössische Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS)
- Luftreinhalteverordnung (LRV); Lärmschutzverordnung (LSV)
- Energiegesetz (EnG) inkl. Verordnung (EnV)
- Brandschutzrichtlinien, Vereinigung kantonaler Feuerungsversicherungen (VKF)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Richtpläne Siedlung und Landschaft, Verkehrspläne
- Sondernutzungspläne
- Allg. Bedingungen der Stadt Winterthur für die Ausführung von Bauarbeiten vom 4.3.83
- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Energieplan für die Stadt Winterthur
- SRB über die Nachhaltigkeit: Energieoptimierung öffentlicher Bauten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- Inventar der schutzwürdigen Bauten von kommunaler Bedeutung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Michael Hauser

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Grundlagen <u>1.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Erstellen des jährlichen Verkehrsberichtes mit Leitbildcharakter <u>1.2 Denkmalpflege</u> Erarbeiten von Gutachten zu Inventar- und Schutzobjekten und Gebieten (Kernzonen) Anzahl erarbeitete Projekte <u>1.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (vgl. Rubrik operative Ziele) Anzahl erarbeitete Grundlagen		Erfüllt 20 5	Erfüllt 20 5
2 Vernetzen und informieren <u>2.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Austausch mit Städten, umliegenden Gemeinden, Kanton und Bund Anzahl Veranstaltungen <u>2.2 Denkmalpflege</u> Anzahl Veranstaltungen und Führungen daraus erreichte Besucherzahl <u>2.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Anzahl Publikationen zu Städtebau und Architektur in der Tages- und Fachpresse		8 6 1'000 6.00	12 6 1'000 6.00
3 Beraten und Beurteilen <u>3.1 Denkmalpflege</u> Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in % <u>3.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Beratung bei Studien, Testplanungen, Konkurrenzverfahren und Bauvorhaben. Anzahl Aktivitäten Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in % <u>3.3 Hochbauten</u> Anzahl Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien erarbeiten und Planerwahlverfahren durchführen		80 10 80 5	80 50 80 5
4 Prozesse gestalten, leiten und moderieren <u>4.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Effiziente Erarbeitung/Überarbeitung von Ergänzungsplänen zu Sonderbauvorschriften, Quartier- und Gestaltungsplänen Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen Planung von Strassenräumen und Plätzen Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen <u>4.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren Anzahl Verfahren <u>4.3 Hochbauten</u> Einhaltung der Kredite bei Bauabrechnungen kleiner in % Kostendeckungsgrad Bauherreneigenleistungen in % vom Gesamtaufwand		Erfüllt Erfüllt 10 100.0 40.00	Erfüllt Erfüllt 10 100.0 40.00
5 Nachhaltigkeit fördern <u>5.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung. Art der Projekte und Massnahmen vgl. Rubrik operative Ziele Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten <u>5.2 Denkmalpflege</u> Anzahl Schutzobjekte konstant halten Anzahl neuer Schutzverträge und Verfügungen		20 136 3	20 139 3

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
<u>5.3 Hochbauten</u>			
▪ Reduktion des Energieverbrauchs bei sanierten Heizungsanlagen in %		10.0	10.0
Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten (zertifiziert)			
▪ Anzahl Neubauten		1	0
▪ Anzahl Renovationen		1	3
<u>5.3 Hochbauten</u>			
▪ Reduktion des Energieverbrauchs bei sanierten Heizungsanlagen in %		10.0	10.0
Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten (zertifiziert)			
▪ Anzahl Neubauten		1	0
▪ Anzahl Renovationen		1	3

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	6'125'284	6'292'841	7'655'297

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Der Globalkredit 2009 der neuen PG Städtebau, Einführung ab 1.1.2008, erhöht sich um rund 1.4 Mio. Fr. auf rund 7.66 Mio. Franken. Die Zunahme steht wesentlich im Zusammenhang mit der erstmaligen Belastung der kalkulatorischen Kosten im Voranschlag 09.
- Der höhere Personalaufwand resultiert aus einer zusätzlich budgetierten Stelle Projektleiter Hochbau zur Begleitung und Umsetzung der zunehmenden Investitionsvorhaben. Zudem erhöhen sich die Personalkosten aufgrund der genehmigten Lohnmassnahmen 2009 durch den GGR und deren Umlage auf die Produktgruppe Städtebau (SRB 08.303-9).
- Die Erhöhung des Sachaufwandes ist auf zusätzliche Honoraraufwendungen zurück zu führen. Diese beziehen sich auf vermehrte verkehrs- und städtebauliche Studien sowie Konzepterarbeitungen, die keine Investitionen darstellen.
- Mit der Einführung der Anlagebuchhaltung werden der PG Städtebau erstmals die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen verrechnet. Aufgrund dieser Aufwendungen erhöht sich der Nettoglobalkredit gegenüber dem Vorjahr um rund Fr. 911'000.--.
- Geringere Erlöse aus Heiz- und Nebenkostenabrechnungen (kostendeckend) und Bauherren-Eigenleistungen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Zunahme der Personalkosten infolge gezielter Stellenbesetzungen im Jahr 2007 aus neuer Organisation Städtebau, einer neuen Stelle Projektleiter Hochbau im VO 2009 sowie der Lohnentwicklung 2008 / 2009.
- Höherer Sachaufwand im Wesentlichen aufgrund zusätzlicher Honoraraufwendungen an Dritte für Studien und Konzepte.
- Zunahme der kalk. Kosten infolge erstmaliger Belastung der Abschreibungen und Zinsen.
- Geringere Erlöse aufgrund einmaliger Lohnrückerstattung 2007 infolge Langzeit-Krankheit sowie tieferen externen Dienstleistungen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	5'613'177	5'735'985	5'965'549
Sachkosten	670'253	772'638	870'336
Beiträge an Dritte	106'493	80'000	80'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	477'580	477'000	1'378'241
Übrige interne Kosten	434'386	431'918	440'371
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'301'889</i>	<i>7'497'541</i>	<i>8'734'497</i>
Verrechnungen innerhalb PG	11'900	11'900	0
Total effektive Kosten	7'289'989	7'485'641	8'734'497
Externe Erlöse	1'136'374	1'179'300	1'079'200
Interne Erlöse	40'231	25'400	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'176'605</i>	<i>1'204'700</i>	<i>1'079'200</i>
Verrechnungen innerhalb PG	11'900	11'900	0
Total effektive Erlöse	1'164'705	1'192'800	1'079'200
Total Nettokosten/Globalkredit	6'125'284	6'292'841	7'655'297
Interne Kosten	900'067	897'018	1'818'612
Interne Erlöse	28'331	13'500	0
Total primäre Nettokosten*	5'253'548	5'409'323	5'836'685
Kostendeckungsgrad in % **	16	16	12
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			14

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF		475'700	467'100
Personal:			
▪ Stelleneinheiten		37.1	38.1
▪ Lehrverhältnisse		2.0	2.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)		40 (9)	41 (13)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Vertiefte Weiterbildung in Projektmanagement, Moderation und Kommunikation insbesondere für anspruchsvolle und grosse Projekte.
- Raum- und Verkehrsplanung: Beim Verkehr werden Szenarien zur mittel- und langfristigen, stadtverträglichen Bewältigung des Verkehrsaufkommens erarbeitet.
- Für die Verdichtung der Stadt (u.a. Ersatzneubauten in Quartiererhaltungszonen) werden Grundlagen erstellt und Vorgehensweisen definiert.
- Hochbau: Die Konsolidierung der Gruppe Hochbau Dienste wird umgesetzt und abgeschlossen.
- Denkmalpflege: Start mit der Erfassung und Bewertung von Bauten nach 1930 bis 1980
- Für die konstante und effiziente denkmalpflegerische und architektonische Beratung werden Merkblätter erstellt.
- Stadtgestaltung/Wettbewerb: Folgende Arealentwicklung sind geplant: Oberwinterthur, Bahnhof Grüze, Ersatzbauten Mattenbachquartier, Wettbewerb Innotec-Areal und Tesplanung Sulzer Stadtmitte (ehemaliges SLM-Areal).
- Stadtgestaltung/Wettbewerb: Folgende städtebaulichen Studien sind geplant: Vogelsangstrasse, Wettbewerb Musikpavillon/Aufwertung Stadtpark, Wohnen am Kastellweg.
- Stadtgestaltung/Wettbewerbe: Folgende städtische Wettbewerbe sind geplant: Schulhaus Wallrüti, Polizeigebäude, Weiterführung Pilotprojekte Stadtlcht.

Produkt 1 Raum- und Verkehrsplanung

Leistungen

- Richt- und Nutzungsplanung gemäss Begehren aus Politik, Verwaltung und Bevölkerung und in Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung.
- Erarbeitung und Antragstellung von öffentlichen Sondernutzungsplanungen
- Beratung bei Planungsinstrumenten
- Beratung und Koordination in Verkehrsfragen
- Erheben von Verkehrsdaten
- Gesamtkoordination in strategischen Verkehrsfragen
- Erarbeitung von Verkehrsplanung

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	0	1'780'436	2'036'312
Erlös	0	112'500	108'000
Nettokosten	0	1'667'936	1'928'312
Kostendeckungsgrad in %	0	6	5

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Prozesse gestalten, leiten und moderieren Effiziente Erarbeitung/Überarbeitung von Ergänzungsplänen zu Sonderbauvorschriften, Quartier- und Gestaltungsplänen ▪ Messung: Erarbeitung von Standardabläufen / -terminen Planung von Strassenräumen und Plätzen ▪ Messung: Erarbeitung von Standardabläufen / -terminen Nachhaltigkeit fördern Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung ▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten		Erfüllt Erfüllt 20	Erfüllt Erfüllt 20
Massnahmen zur baulichen Verdichtung ▪ Anzahl erstellte Massnahmen ▪ Anzahl laufende Massnahmen		1 3	3 3

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Nicht Bauzone gesamt in ha ▪ Bauzone gesamt in ha Bauzone überbaut ▪ Bauzone überbaut gesamt in ha Bauzone nicht überbaut ▪ Bauzone nicht überbaut gesamt in ha ▪ davon rechtskräftig erschlossen in ha ▪ davon nicht erschlossen in ha ▪ Anzahl laufende Quartierpläne, Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften ▪ Anzahl Strassen- und Platzprojekte		4'934.7 1'872.5 1'688.9 184.3 130.2 54.1 8 2	4'935.0 1'873.0 1'696.0 177.0 123.0 54.0 10 5

Produkt 2 Denkmalpflege

Leistungen

- Bereitstellung von Grundlagen für die Erhaltung des baulich kulturellen Erbes
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit im Umgang mit historischer Bausubstanz
- Mitwirkung in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich Denkmalpflege und Ortsbildschutz

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	0	665'430	1'148'176
Erlös	0	5'500	5'500
Nettokosten	0	659'930	1'142'676
Kostendeckungsgrad in %	0	1	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Grundlagen Erarbeiten von Artikeln und Publikationen ▪ Anzahl erstellte Artikel und Publikationen Vernetzen und informieren Vernetzung mit anderen Städten ▪ Anzahl Veranstaltungen, Anlässe		1 4.00	1 4.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Anzahl inventarisierte Objekte absolut - Anzahl inventarisierte Objekte in % des gesamten Gebäudebestandes - Anzahl Schutzobjekte absolut - Anzahl Schutzobjekte in % des gesamten Gebäudebestandes - Fläche der Kernzone im Verhältnis zu sämtlichen Bauzonen		1'156 6.3 136 0.7 5.7	1'143 6.3 139 0.7 5.7
Geschäftsfälle			
- Geschäftsfälle Gesamt - davon Anzahl Baugesuche zu Inventar- und Schutzobjekten - davon Anzahl Baugesuche in Kernzonen		300 70 30	400 90 30

Produkt 3 Stadtgestaltung / Wettbewerbe

Leistungen

- Bereitstellen von Grundlagen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Stadt mit städtebaulicher und gestalterischer Qualität
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit in Fragen der Stadtgestaltung und des Umgangs mit der bestehenden Bausubstanz
- Mitwirken in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich der Stadtgestaltung
- Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben
- Geschäftsführung Fachgruppe Stadtgestaltung

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	0	932'591	1'876'053
Erlös	0	1'800	900
Nettokosten	0	930'791	1'875'153
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Grundlagen Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen Anzahl erarbeitete Grundlagen		5.00	5.00
Prozesse gestalten, leiten und moderieren Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren Anzahl Anliegen		10	10

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Anzahl begleitete Studien und Konkurrenzverfahren - Anzahl selbst durchgeführte Studien und Konkurrenzverfahren - Anzahl Baugesuche - Anzahl Berichte in der Tages- und Fachpresse		7 3 650 6	7 3 650 6

Produkt 4 Hochbauten

Leistungen

- Führen der Planung und Realisierung von städtischen Hochbauvorhaben in der Investitionsrechnung (Neu- und Umbauten sowie Sanierungen) im Auftrag des Stadtrates
- Führen der baulichen und haustechnischen Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten aller städtischen Liegenschaften im Auftrag der Eigentümer (Nutzerdepartement)
- Bereitstellen von Entscheidungsgrundlagen zur optimalen Erhaltung und Entwicklung der städtischen Liegenschaften

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	0	4'119'084	3'673'957
Erlös	0	1'084'900	964'800
Nettokosten	0	3'034'184	2'709'157
Kostendeckungsgrad in %	0	26	26

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Beraten und beurteilen			
▪ Begleiten durch den politischen Prozess. Anzahl Projektverstellungen (BA, SR, GGR, Öffentlichkeit)		10	10
▪ Bauherrenaufwand in der laufenden Rechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.-- Baukosten)		210	260
▪ Bauherrenaufwand in der Investitionsrechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.-- Baukosten)		65	70

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Betreute Liegenschaften von der Stadt Winterthur		556	558
▪ Anzahl Anträge für den Stadtrat		30	30
Projekte im Rahmen der laufenden Rechnung			
▪ Anzahl laufende Projekte		800	800
▪ Bauvolumen (Total Zahlungen in CHF)		5'500'000	5'500'000
▪ Durchschnittliches Bauvolumen pro Projekt in CHF		6'800	6'800
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung unter 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte		95	130
▪ Durchschnittliches Bauvolumen pro Projekt in CHF		1'164'000	1'050'000
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung über 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte		10	11
Investitionen gesamt			
▪ Gesamtes Bauvolumen in der Investitionsrechnung (Total Zahlungen in CHF)		32'000'000	34'000'000

IAFP Städtebau

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	7'289	7'485	8'734	8'927	8'927	8'927
Erlös	1'164	1'192	1'079	1'079	1'079	1'079
Nettokosten/Globalkredit	6'125	6'293	7'655	7'848	7'848	7'848
Kostendeckungsgrad in %	16	16	12	12	12	12

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	3'640	0	0	1'200	2'910	3'000	2'900	-6'370
Bewilligt	4'210	891	570	1'175	650	0	0	924
Gesamt	7'850	891	1'570	2'375	3'560	3'000	2'900	-6'446

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Grundlagen						
<u>1.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>						
▪ Erstellung des jährlichen Verkehrsberichtes mit Leitbildcharakter	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
<u>1.2 Denkmalpflege</u>						
Erarbeiten von Gutachten zu Inventar- und Schutzobjekten und Gebieten (Kernzonen)						
▪ Anzahl erarbeitete Projekte		20	20	20	20	20
<u>1.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (vgl. Rubrik operative Ziele)						
▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen		5	5	5	5	5
2 Vernetzen und informieren						
<u>2.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>						
Austausch mit Städten, umliegenden Gemeinden, Kanton und Bund						
▪ Anzahl Veranstaltungen		12	12	15	15	15
<u>2.2 Denkmalpflege</u>						
▪ Anzahl Veranstaltungen und Führungen		6	6	6	6	6
▪ daraus erreichte Besucherzahl		1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
<u>2.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
▪ Anzahl Publikationen zu Städtebau und Architektur in der Tages- und Fachpresse		6.0	6.0	6	6	6
3 Beraten und Beurteilen						
<u>3.1 Denkmalpflege</u>						
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %		80	80	80	80	80
<u>3.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
Beratung bei Studien, Testplanungen, Konkurrenzverfahren und Bauvorhaben.						
▪ Anzahl Aktivitäten		50	50	50	50	50
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %		80	80	80	80	80
<u>3.3 Hochbauten</u>						
▪ Anzahl Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien erarbeiten und Planerwahlverfahren durchführen	0	5	5	5	5	5
4 Prozesse gestalten, leiten und moderieren						
<u>4.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>						
Effiziente Erarbeitung/Überarbeitung von Ergänzungsplänen zu Sonderbauvorschriften, Quartier- und Gestaltungsplänen						
▪ Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
Planung von Strassenräumen und Plätzen						
▪ Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
<u>4.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren						
▪ Anzahl Verfahren		10	10	10	10	10

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
4.3 Hochbauten						
▪ Einhaltung der Kredite bei Bauabrechnungen kleiner in %		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Kostendeckungsgrad						
▪ Bauherreneigenleistungen in % vom Gesamtaufwand		40.0	40.0	40	40	40
5 Nachhaltigkeit fördern						
5.1 Raum- und Verkehrsplanung						
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung.						
Art der Projekte und Massnahmen vgl. Rubrik operative Ziele						
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten		20	20	20	20	20
5.2 Denkmalpflege						
▪ Anzahl Schutzobjekte konstant halten			139	142	145	148
▪ Anzahl neuer Schutzverträge und Verfügungen		3	3	3	3	3
5.3 Hochbauten						
▪ Reduktion des Energieverbrauchs bei sanierten Heizungsanlagen in %		10.0	10.0	7.5	7.5	5.0
Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten (zertifiziert)						
▪ Anzahl Neubauten		1	0	0	1	1
▪ Anzahl Renovationen		2	3	3	3	3

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Raum- und Verkehrsplanung: Für die geplante BZO-Revision muss mit den Grundlagenarbeiten begonnen werden.
- Denkmalpflege: Im bisherigen Inventar wurden Bauten zwischen 1930 und 1980 nur marginal berücksichtigt, da zur Zeit der Inventarüberarbeitung ein Überblick über den Baubestand dieser Zeit in Winterthur fehlte. Um bei einer nächsten Inventarüberarbeitung eine bessere Ausgangslage zu besitzen und um den Baubestand dieser für Winterthur wichtigen Epochen genauer zu kennen, sind in den Jahren bis 2012 die Grundlagen zu erarbeiten. Der Überblick über den Baubestand dieser Zeit wird es erst ermöglichen, eine Bewertung allenfalls schutzwürdiger Architektur zu vollziehen.
- Hochbau: In diesen Jahren stehen verschiedene Neubauprojekte für die Departemente Bau, Schule & Sport (Schulhaus Niderfeld, Schulhaus Zinzikon, etc.) und Umwelt & Sicherheit an. Ebenfalls wird die Sanierung des Alterszentrum Adlergarten zur Ausführung kommen.
- Stadtgestaltung/Wettbewerbe: Weiterführung der gestarteten Arealentwicklungen (Oberwinterthur, Bahnhof Grüze, Ersatzbauten Mattenbachquartier, Wettbewerb Innotec-Areal und Testplanung Sulzer Stadtmitte (ehemaliges SLM-Areal))
- Stadtgestaltung/Wettbewerbe: Fortführung der wichtigen städtebaulichen Studien die im 2009 gestartet worden sind (Vogelsangstrasse, Wettbewerb Musikpavillon/Aufwertung Stadtpark, Wohnen am Kastellweg, etc.)
- Stadtgestaltung/Wettbewerbe: Folgende städtische Wettbewerbe sind geplant: Schulhaus Hegi, Werkjahrschule, Weiterführung Pilotprojekte Stadtlcht.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Polizeirichteramt

Auftrag

Rechtmässige und sachgerechte Bearbeitung der eingehenden Verzeigungen mittels Erlass von Verfügungen (Strafverfügungen, Einstellungen, Abtretungen). Bearbeitung der Einsprachefälle, gegebenenfalls mittels Durchführung von Strafuntersuchungen einschliesslich abschliessender Verfügungen. Vollzug der rechtskräftigen Verfügungen und Entscheide (Inkasso, Nachentscheide betreffend gemeinnützige Arbeit, Bussenumwandlungen, Vollzugsaufträge). Leisten von Rechtshilfe für andere Amtsstellen.

Produkte

1 Übertretungsstrafverfahren

Erledigung der im Rahmen des Auftrages anfallenden Arbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Strafgesetzbuch, Jugendstrafgesetz
- weitere bundesrechtliche Erlasse (SVG, BetmG, TG, ANAG usw.)
- Gerichtsverfassungsgesetz des Kantons Zürich
- Strafprozessordnung des Kantons Zürich
- (kantonale) Verordnung über die Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht des Bundes
- weitere kantonale Erlasse

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnung des Stadtrates
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- weitere städtische Erlasse
- Stadtratsbeschlüsse

Stufe Verwaltungseinheit

- interne Bussenlisten

Verantwortliche Leitung

Heiner Graf

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Ergebnis der Verfügungstätigkeit Akzeptanz der Strafverfügungen durch die Gebüssten <i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung <i>Messgrössen:</i> Verhältnis eingehende Einsprachen/Strafverfügungen in % Verhältnis Einspracherückzüge/Einsprachen* in %	 4.74 46.75	 6.00 52.00	 5.50 48.00
2 Erledigung der Fälle Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle <i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung <i>Messgrössen:</i> Verhältnis Erledigungen/Verzeigungen* in % Verhältnis Erledigungen/Einsprachen* in %	 86.18 81.58	 90.00 85.00	 90.00 85.00

*Verzeigungen und Einsprachen = Pendenzen Anfang Jahr + Zugänge

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	-1'609'771	-1'799'813	-1'633'219

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Aufgrund der sich insbesondere seit etwa Mitte 2006 verstärkenden Entwicklung ist davon auszugehen, dass im Jahr 2009 rund 70% mehr Neueingänge als im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2003 zu verzeichnen sein werden. Mit dem seit 2000 unveränderten Personalbestand lässt sich diese massiv höhere Arbeitslast nicht bewältigen, weshalb eine zusätzliche Stelle vorzusehen ist. Dies führt zu einer entsprechenden Erhöhung der Personalkosten im Voranschlag 2009.

Bei den Sachkosten wirkt sich aus, dass mit der Zunahme der Fallzahlen auch die fallbezogenen Auslagen (Kosten für besondere Abklärungen, Versand- und Zustellkosten, Inkassoaufwand usw.) ansteigen. Ausserdem ist im Zusammenhang mit der Schaffung einer zusätzlichen Stelle und dem geplanten Umzug in geeignete Räumlichkeiten mit höheren Gebäudekosten zu rechnen. Zudem sind im Voranschlag 2009 neu kalk. Abschreibungen und Zinsen aus der Anlagenbuchhaltung enthalten.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Debitorenverluste (Abschreibungen aus uneinbringlichen Bussen und Gebühren) dürfen aus Gründen des Finanzhaushaltsrechts nicht budgetiert werden. Dies führt jeweils zu deutlichen Differenzen zwischen den Ergebnissen der Jahresrechnungen und den Voranschlägen sowohl bei den Sachkosten, zu denen die Debitorenverluste zu zählen sind, als auch bei den externen Erlösen.

Im Übrigen wird verwiesen auf die Begründung zur Abweichung Voranschlag 2008/2009.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	914'823	910'698	1'109'673
Sachkosten	1'196'164	336'906	398'911
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	16'569	16'600	42'806
Übrige interne Kosten	102'076	70'624	101'525
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'229'631</i>	<i>1'334'828</i>	<i>1'652'914</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'229'631	1'334'828	1'652'914
Externe Erlöse	3'839'301	3'134'000	3'285'000
Interne Erlöse	102	641	1'134
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'839'402</i>	<i>3'134'641</i>	<i>3'286'134</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'839'402	3'134'641	3'286'134
Total Nettokosten / Globalkredit	-1'609'771	-1'799'813	-1'633'219
Interne Kosten	118'645	87'224	144'331
Interne Erlöse	102	641	1'134
Total primäre Nettokosten*	-1'728'315	-1'886'396	-1'776'416
Kostendeckungsgrad in % **	172	235	199
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			202

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	59'200	60'600	96'000
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	7,5	7,5	8,5
▪ Lehrverhältnisse	0,0	0,0	0,0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	7,5 (1,5)	7,5 (1,5)	8,5 (1,5)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Räumliche Konzentration aller zum Polizeirichteramt gehörenden Arbeitsplätze samt Archiv in neuen Räumen anstelle der derzeitigen Verzettlung auf mehrere verschiedene Standorte in der Stadt Winterthur per Anfang 2009 (Zwischenlösung bis zur Realisierung des Projekts Fokus).

Integration der Inhaberin bzw. des Inhabers der zu schaffenden neuen Stelle sowie Ermittlung und Ausschöpfung des Synergiepotentials aus der Zusammenlegung aller Arbeitsplätze an einem einzigen Standort.

Produkt 1 Uebertretungsstrafverfahren**Leistungen**

- Beurteilung der zur Anzeige gebrachten Fälle aus dem Bereich des Übertretungsstrafrechts des Bundes (Allgemeines Strafrecht, Strassenverkehr, Betäubungsmittelkonsum, Benützung öffentlicher Verkehrsmittel usw.), des Kantons Zürich (Gastwirtschaftswesen, Gesundheitswesen usw.) und der Stadt Winterthur (Allgemeine Polizeiverordnung, Einwohnermeldewesen, Benützung des öffentlichen Grundes usw.).
- Durchführung von Strafuntersuchungen in Einsprachefällen
- Auskünfte an Beteiligte im Rahmen hängiger Verfahren einschliesslich Einschätzung der Chancen und Risiken bei Weiterführung des Verfahrens
- Rechtshilfe für andere Amtsstellen (in der Regel Einvernahmen von in Winterthur wohnhaften Personen)

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'229'631	1'334'828	1'652'914
Erlös	3'839'402	3'134'641	3'286'134
Nettokosten	-1'609'771	-1'799'813	-1'633'219
Kostendeckungsgrad in %	172	235	199

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Verhindern des Ansteigens der Pendenzenzahlen (Verzeigungsfälle/Einsprachen).	2'227/119	1'455/118	2'000/120

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Verzeigungsfälle			
▪ Pendenzen Anfang Jahr	1'455	1'455	2'000
▪ Neueingänge	12'775	12'400	13'000
▪ Strafverfügungen	11'140	11'600	11'900
▪ Sonstige Erledigungen	863	800	1'100
▪ Pendenzen Ende Jahr	2'227	1'455	2'000
Einsprachen			
▪ Pendenzen Anfang Jahr	118	118	120
▪ Neue Einsprachen	528	696	655
▪ Rückzüge	250	309	290
▪ geänderte Strafverfügungen	52	114	82
▪ Aufhebungen	124	120	130
▪ Überweisung an Bezirksgericht	29	28	30
▪ Sonstige Erledigungen	72	125	123
▪ Pendenzen Einsprachen Ende Jahr	119	118	120
Beurteilung der überwiesenen Fälle durch Bezirksgericht			
▪ Verurteilungen (Schuldsprüche)	16	16	18
▪ Freisprüche	10	10	12
erledigte Rechtshilfesuche	0	2	1

IAFP Polizeirichteramt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	2'229	1'334	1'652	1'655	1'705	1'705
Erlös	3'839	3'134	3'286	3'350	3'400	3'450
Nettokosten/Globalkredit	-1'610	-1'800	-1'633	-1'695	-1'695	-1'745
Kostendeckungsgrad in %	172	235	199	202	199	202

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Ergebnis der Verfügungstätigkeit						
Akzeptanz der Strafverfügungen durch die Gebüssten						
Messung / Bewertung:						
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung						
Messgrößen:						
Verhältnis eingehende Einsprachen/Strafverfügungen in %	4.7	6.0	5.5	5.5	5.5	5.5
Verhältnis Einspracherückzüge/Einsprachen* in %	46.7	52.0	48.0	48.0	48.0	48.0
2 Erledigung der Fälle						
Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle						
Messung / Bewertung:						
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung						
Messgrößen:						
Verhältnis Erledigungen/Verzeigungen* in %	86.1	90.0	90.0	92.0	94.0	94.0
Verhältnis Erledigungen/Einsprachen* in %	81.5	85.0	85.0	90.0	90.0	90.0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Laufende Überprüfung des Verhältnisses zwischen Geschäftslast und Personalbestand sowie gegebenenfalls Einleitung entsprechender Massnahmen.

Anpassung der Verfahrensabläufe an neue Anforderungen, die sich aus der Einführung der einheitlichen schweizerischen Strafprozessordnung ergeben.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Das ungebrochene Ansteigen der Mobilität - Individualverkehr und öffentlicher Verkehr - in Verbindung mit zunehmenden Bevölkerungszahlen wird zweifellos dazu beitragen, dass die Verzeigungstätigkeit der dafür zuständigen Organe von Polizei und Verkehrsunternehmungen im Übertretungsstrafbereich anwachsen wird. Folglich wird sich auch die Geschäftslast des Polizeirichteramtes weiterhin erhöhen, wohl nicht derart sprunghaft wie in den letzten Jahren, aber doch stetig. Darauf muss zu gegebener Zeit mit sinnvollen Massnahmen zu reagiert werden.

Stadtpolizei

Auftrag

- Sicherheitspolizeidienst und Mitwirkung beim Kriminalpolizeidienst
- Verkehrspolizeidienst
- Verwaltungspolizeidienst

Produkte

1 Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung

Sichtbare Präsenz der Polizei; periodische Kontrollen an öffentlichen Orten; Angebot eines bevölkerungsfreundlichen Kontakts zur Polizei (Quartierpolizei); Schutz gefährdeter Objekte durch Einsatz von Technik und/oder Personal der Polizei; sämtliche Massnahmen, die einen geordneten, möglichst unfallfreien Verkehrsfluss sicherstellen; Erteilung und Kontrolle von Bewilligungen

2 Ereignisbewältigung

Intervention bei Verkehrsunfällen (Sicherung, Rettung, Tatbestandsaufnahme, Erstbetreuung von Ereignisbetroffenen); Einsatz bei Grossanlässen (z.B. Albanifest, Fasnacht, Sportanlässe, Demonstrationen); Intervention bei Delikten; schneller und verhältnismässiger Einsatz bei Konflikten; Bewältigung von Grossereignissen und Katastrophenfällen

3 Ermittlung/Aufklärung

Suchen von Personen und Gegenständen (ohne kriminalistische Fahndung); Ermittlung bei Delikten; Festhalten von Sachverhalten (z.B. Verlustanzeigen von Ausweisen, Aufnahme von Verlustprotokollen bei Fahrzeugdiebstählen); Personen- und Sachfahndung bei Vermutung bzw. Vorliegen eines kriminellen Hintergrundes; Erstellen von Ermittlungsrapporten zu Händen dritter Stellen

4 Information/Schulung

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit; Prävention; Ausbildung von Dritten; Verkehrsschulung

5 Polizeinahe Dienstleistungen

Gewähren von Rechtshilfe; Ausführen von Transporten; Betreiben eines Fundbüros; Erstellen von Gutachten, Beratungen; Lebensraumschutz (Flurpolizei); Verkehrstechnik; Betrieb der Verkehrsregelungsanlagen; Inkasso für den ärztlichen Notfalldienst; Foto- und Kopierarbeiten für Amtsstellen und Dritte; Lärmmessungen für Dritte; Vermietung von Signalisationsmaterial und mobilen Lichtsignalanlagen; Durchführen von Wochen-, Jahr-, Floh- und Kunsthandwerkermärkten

6 Kontrolle ruhender Verkehr

Nachtparkieren; Bewirtschaften öffentlicher Parkplätze; Parkraumüberwachung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bund unter anderem: Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937; Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG); Bearbeitungsreglement zum Informationssystem HOOGAN (gestützt auf Art. 24a bis 24h des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit [BWIS] vom 21. März 1997 und Art. 21a bis 21n der Verordnung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit [VWIS] vom 27. Juni 2001)

Kanton unter anderem: Gesetz betreffend den Strafprozess (Strafprozessordnung) vom 4. Mai 1919; Polizei-Organisationsgesetz vom 29. November 2004; Gewaltschutzgesetz (GSG) vom 19. Juni 2006; Polizeigesetz (PolG) vom 23. April 2007 (voraussichtliche Inkraftsetzung 1. Januar 2009)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur vom 26. April 2004; Organisations- und Dienstreglement der Stadtpolizei Winterthur (Polizeireglement) vom 19. Dezember 1986; Dienstkleiderreglement Polizeikorps vom 30. November 1984; Zuständigkeitsordnung der Stadt Winterthur zur kantonalen Verordnung über den Vollzug des Strassensignalisationsrechts des Bundes vom 12. November 1980 vom 4. November 1981; Verordnung betreffend die Ausnahmegewilligungen zur signalisierten Strassenverkehrsvorschriften vom 22. Juni 1988; Vorschriften über das unbeschränkte Parkieren in blauen Zonen (Parkkartenvorschriften) vom 17. Juni 1987; Verordnung betreffend das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund vom 31. Mai 1965; Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken vom 8. Juni 1979; Ladenschluss-Verordnung vom 12. November 1973; Verordnung über das Taxiwesen vom 11. Januar 1989; Tarifordnung für das Taxiwesen der Stadt Winterthur vom 13. März 2002; Winterthurer Marktordnung vom 12. Oktober 1983; Vollzugsvorschriften zur Gesetzgebung über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken vom 4. April 1990; Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 26. Oktober 1987

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF # Kostendeckungsgrad insgesamt in % #	222.00 39.00	195.40 46.00	225.20 45.00
2 Kundenorientierung 1. Die Bevölkerung fühlt sich sicher (subjektive Sicherheit) 2. Kurze Interventionszeit nach Alarmierung 3. Gute Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin 4. Die Stadtpolizei ist sichtbar präsent <i>Messung / Bewertung:</i> 1. Messung des Grades der subjektiven Sicherheit 2. Erfassen der Interventionszeit während zwei Wochen pro Jahr 3. Messung des Zufriedenheitsgrades mit der Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin durch Befragung 4. Anteil der Arbeitszeit während Mitarbeitende der Stadtpolizei an der "Front" tätig sind <i>Messgrößen:</i> 1. Grad der subjektiven Sicherheit (sicher oder sehr sicher) in % 2. Interventionszeit 3. Zufriedenheitsgrad (zufrieden oder sehr zufrieden) in % 4. Anteil der Frontstunden in % der Gesamtarbeitsstunden			
	70 5' *(10')	70 5'(10')*	70 5' (10')
	60	70	65
	41	40	40

* 5 Minuten für Funkstreife; 10 Minuten für Alarmpikett
Kosten pro Einwohner/in 2007: 96'144 Personen (31.12.2005)
Kosten pro Einwohner/in 2008: 98'500 Personen
Kosten pro Einwohner/in 2009: 99'500 Personen
automatische Berechnung

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	21'871'628	19'847'152	22'410'369

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Die Personalkosten steigen auf Grund zusätzlicher Aspirantinnen und Aspiranten, dem Vollausbau des Jugenddienstes, der voraussichtlichen Auszahlung von Überstunden sowie des Teuerungsausgleichs. Die Sachkosten nehmen zu, da in den vergangenen Jahren nur minimale Ersatzbeschaffungen vorgenommen wurden und diese nicht mehr weiter hinausgezögert werden können. Zudem sind im Voranschlag 2009 neu kalk. Abschreibungen und Zinsen aus der Anlagenbuchhaltung enthalten.

Die Mehrerträge sind auf die Inbetriebnahme der neuen Rotlichtüberwachungsanlagen und die Umsetzung der WINPOL-Massnahme Auslagerung der Kontrolle des ruhenden Verkehrs zurückzuführen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Die Personalkosten steigen auf Grund des Teuerungsausgleichs, zusätzlicher Aspirantinnen und Aspiranten, dem Vollausbau des Jugenddienstes sowie der voraussichtlichen Auszahlung von Überstunden. Die Sachkosten nehmen zu, da in den vergangenen Jahren nur minimale Ersatzbeschaffungen vorgenommen wurden und diese nicht mehr weiter hinausgeschoben werden können. Die kalkulatorischen Kosten enthalten ab 2009 neu die kalk. Abschreibungen und Zinsen aus der Anlagenbuchhaltung. Die übrigen internen Kosten steigen, da in den vergangenen Jahren nur eine minimale Miete mehr für die Informatikhardware belastet wurde, weil die Mietdauer abgelaufen war. Die Informatikhardware wurde 2008 durch neue ersetzt. Die Mehrerträge sind auf die Inbetriebnahme der neuen Rotlichtüberwachungsanlagen und die Umsetzung der WINPOL-Massnahme Auslagerung der Kontrolle des ruhenden Verkehrs zurückzuführen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	29'400'252	29'990'060	32'346'415
Sachkosten	4'214'632	3'850'698	4'594'275
Beiträge an Dritte	3'450	3'400	3'400
Residualkosten	45'244	43'600	3'466
Kalkulatorische Kosten	544'300	536'000	1'616'438
Übrige interne Kosten	1'801'277	2'021'780	2'227'204
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>36'009'156</i>	<i>36'445'537</i>	<i>40'791'198</i>
Verrechnungen innerhalb PG	8'000	0	0
Total effektive Kosten	36'001'156	36'445'537	40'791'198
Externe Erlöse	13'675'290	16'128'600	17'826'400
Interne Erlöse	400'764	369'786	454'429
Beiträge von Dritten	61'474	100'000	100'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'137'528</i>	<i>16'598'386</i>	<i>18'380'829</i>
Verrechnungen innerhalb PG	8'000	0	0
Total effektive Erlöse	14'129'528	16'598'386	18'380'829
Total Nettokosten/Globalkredit	21'871'628	19'847'152	22'410'369
Interne Kosten	2'382'821	2'601'380	3'847'108
Interne Erlöse	392'764	369'786	454'429
Total primäre Nettokosten*	19'881'570	17'615'558	19'017'690
Kostendeckungsgrad in % **	39	46	45
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			46

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	502'882	337'600	527'700
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	220.8	231.4	230.1
▪ Lehrverhältnisse (Polizeiaspirantinnen/Polizeiaspiranten)	12.8	2.0	11.6
▪ Bestand (davon Teilzeit)	283 (93)	292 (83)	296 (90)

Die Lehrverhältnisse werden als Stelleneinheiten dargestellt. Die Berechnung erfolgt nach der Formel:
Anzahl Personen x Anzahl Anstellungsmonate : 12

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Schaffen einer Abteilung Gewaltprävention (GSG)
- Bekämpfung der Raser - Erhöhung der Verkehrssicherheit
- Projekt MERKUR fortsetzen
- Abschluss Einführung POLYCOM
- Abschluss Schaffung Jugenddienst

Produkt 1 Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung

Leistungen

- Präventive Präsenz
- Objekt- und Personenschutz
- Bearbeitung des fliessenden Verkehrs
- Polizeiliche Bewilligungen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	13'474'922	13'326'210	15'039'653
Erlös	6'826'403	8'647'982	9'525'286
Nettokosten	6'648'519	4'678'228	5'514'367
Kostendeckungsgrad in %	51	65	63

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Patrouillen und Kontrolltätigkeit in Prozent der effektiven Arbeitszeit	19	30	20
Übertretungsquote bei Geschwindigkeitskontrollen in Prozent	6.30	10.00	8.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gesamtstunden sichtbare Präsenz	56'686	54'000	55'000
Anzahl Stunden für Objekt- und Personenschutz	1'259	160	160
Anzahl Rotlichtkameras	4	5	0
Anzahl Rotlicht-/Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen	0	5	5
Anzahl stationäre Geschwindigkeitsmessgeräte	4	4 + 5	4
Kontrollstunden Überwachung des fliessenden Verkehrs	35'052	30'000	75'000
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	4'970	5'000	5'000
Anzahl Gastwirtschaften	462	450	450
Anzahl Patente für Verkauf alkoholischer Getränke	156	150	150
Anzahl saisonale Strassencafés	75	70	70
Anzahl Lärmmessungen	29	50	30

Produkt 2 Ereignisbewältigung

Leistungen

- Intervention bei Delikten
- Intervention bei Verkehrsunfällen
- Übrige Interventionen/Konfliktbewältigung
- Einsatz bei Grossanlässen/Grossereignissen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	6'719'135	6'402'963	7'707'978
Erlös	43'702	43'502	75'253
Nettokosten	6'675'432	6'359'461	7'632'725
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Intervention vor Ort innerhalb von 5 Minuten (in %)	80	75	75
Mit der Intervention zufriedene Opfer in Prozent	95	80	85

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Verkehrsunfälle	1'294	1'270	1'270
Einsatzstunden für Grossanlässe/Grossereignisse	5'691	5'000	5'000
Anzahl Delikte mit Intervention der Stadtpolizei	7'626	7'500	7'500
Anzahl übrige Intervention/Konfliktbewältigungen der Stadtpolizei	8'356	8'000	8'000
Anzahl Interventionen bei häuslicher Gewalt	211	150	250
Anzahl Anzeigerapporte bei häuslicher Gewalt	66	90	70
Anzahl Einsätze mit Diensthunden	154	160	160

Produkt 3 Ermittlung / Aufklärung

Leistungen

- Ermittlung bei Delikten
- Festhalten von Sachverhalten
- Personen- und Sachfahndung
- Suchen von Personen und Gegenständen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	7'157'720	7'226'416	7'868'679
Erlös	84'314	57'171	95'627
Nettokosten	7'073'406	7'169'246	7'773'052
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Innert Monatsfrist erledigte und verfügte Fälle in Prozent	90	90	90

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gesamtstunden für Ermittlungsarbeiten	49'958	37'000	50'000
Anzahl Berichte und Rapporte	16'984	17'000	17'000
Gesamtstunden für Personen- und Sachfahndung	14'641	3'200	14'000
Anzahl Suchaktionen	-	0	0
Anzahl Verhaftungen tatverdächtiger Personen durch den Ermittlungsdienst	402	500	400
Anzahl Interventionen des Jugenddienstes	600	560	700

Produkt 4 Information / Prävention

Leistungen

- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Prävention allgemein
- Prävention Verkehr

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'181'696	1'362'921	1'401'665
Erlös	6'703	7'941	12'291
Nettokosten	1'174'994	1'354'980	1'389'374
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Maximale Anzahl Delikte pro 1000 Einwohner/innen	108.00	146.00	120.00
Maximale Anzahl Verkehrsunfälle	1'294.00	1'270.00	1'270.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Medieninformationen	286	250	250
Anzahl durchgeführte Präventionskampagnen	12	6	8
Anzahl unterrichteter Schulklassen (Verkehrsschulung)	553	550	550

Produkt 5 Polizeinahe Dienstleistungen

Leistungen

- Rechtshilfe
- Fundbüro
- Umwelt und Flurpolizei (Lebensraumschutz)
- Verkehrstechnik
- Marktwesen
- Diverse Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	5'598'826	6'046'531	6'441'823
Erlös	1'207'898	1'201'841	1'365'471
Nettokosten	4'390'928	4'844'690	5'076'351
Kostendeckungsgrad in %	22	20	21

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Innert Monatsfrist erledigte Rechtshilfesuche in Prozent	80	80	80
Anteil erfolgreich vermittelter Fundgegenstände in Prozent	57	80	60

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl erledigte Rechtshilfesuche	10'037	12'000	10'000
Anzahl erfasste Fundgegenstände	4'016	2'100	4'000
Anzahl Verkehrsanordnungen	518	50	400
Anzahl durchgeführte Märkte	123	120	120
Anzahl Inkassofälle ärztlicher Notfalldienst	199	200	200
Anzahl Vermietungen Signalisationsmaterial	465	600	600
Anzahl Vermietungstage mobile Lichtsignalanlagen	455	850	700
Anzahl Lotsenposten (Schulwegsicherung)	19	21	22
Anzahl gemeldete Alarmanlagen, bei denen gebührenpflichtig ausgerückt wird (inklusive angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen)	881	720	900
Anzahl angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen	132	170	130

Produkt 6 Kontrolle ruhender Verkehr

Leistungen

- Inkasso der Nachtparkgebühren
- Bewirtschaftung von Parkplätzen auf öffentlichen Strassen und Plätzen
- Erteilen von Parkier- und Ausnahmegewilligungen
- Kontrolle der bewirtschafteten Parkplätze und der blauen Zonen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'876'856	2'080'497	2'331'401
Erlös	5'876'023	6'639'950	7'306'901
Nettokosten	-3'999'167	-4'559'453	-4'975'499
Kostendeckungsgrad in %	313	319	313

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Kontrollstunden des ruhenden Verkehrs	7'093.00	10'000.00	10'000.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl in Winterthur immatrikulierte Fahrzeuge (Nachtparkgebühren)	51'639	51'000	52'000
Anzahl gebührenpflichtige Parkplätze	1'055	1'055	1'055
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	8'496	9'500	9'000
Kontrollstunden Überwachung des ruhenden Verkehrs	7'093		

IAFP Stadtpolizei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	36'001	36'445	40'791	41'070	41'070	41'070
Erlös	14'129	16'598	18'380	18'501	18'501	18'501
Nettokosten/Globalkredit	21'872	19'847	22'410	22'569	22'569	22'569
Kostendeckungsgrad in %	39	46	45	45	45	45

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	40'430	0	0	1'656	2'409	6'230	9'270	20'865
Bewilligt	9'699	2'108	3'718	835	195	0	80	2'763
Gesamt	50'129	2'108	3'718	2'491	2'604	6'230	9'350	23'628

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF #	222.0	195.4	225.2	225.7	225.7	223.5
Kostendeckungsgrad insgesamt in % #	39	46	45	45	45	45
2 Kundenorientierung						
1. Die Bevölkerung fühlt sich sicher (subjektive Sicherheit)						
2. Kurze Interventionszeit nach Alarmierung						
3. Gute Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin						
4. Die Stadtpolizei ist sichtbar präsent						
Messung / Bewertung:						
1. Messung des Grades der subjektiven Sicherheit						
2. Erfassen der Interventionszeit während zwei Wochen pro Jahr						
3. Messung des Zufriedenheitsgrades mit der Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin durch Befragung						
4. Anteil der Arbeitszeit während Mitarbeitende der Stadtpolizei an der "Front" tätig sind						
Messgrössen:						
1. Grad der subjektiven Sicherheit (sicher oder sehr sicher) in %	70	70	70	70	70	70
2. Interventionszeit	5' (10')	5' (10')*	5' (10')	5' (10')	5' (10')	5' (10')
3. Zufriedenheitsgrad (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	60	70	65	65	65	65
4. Anteil der Frontstunden in % der Gesamtarbeitsstunden	41	40	40	42	44	45

Einwohner/innen 2009: 99'500

Einwohner/innen 2010/2011: 100'000

Kosten pro Einwohner: Entwicklung hängt wesentlich davon ab, ob Aufgaben, die nicht polizeiliche Kernkompetenzen betreffen, ausgelagert werden können.

Kostendeckungsgrad insgesamt: Im Rahmen des POG und der Sparmassnahmen beim Kanton werden vermehrt gerichtspolizeiliche Aufgaben auf die Stadtpolizei überwält, deren Aufwendungen nur sehr beschränkt weiterverrechnet werden können.

Kundenorientierung: Erfahrungszahlen in diesem Bereich fehlen noch. Sie wurden aber mittels Befragung 2007 erstmals erhoben. Diese Befragungen werden in regelmässigen Abständen wieder durchgeführt.

automatische Berechnung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Quartiersicherheit erhöhen (2010)
- Realisierung Bahnhofswache (2011)
- Neues Gebäude beziehen (2012)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Quartiersicherheit ist gemäss ISO-Public-Umfrage ein grosses Bedürfnis der Bevölkerung. Die zunehmenden Fallzahlen der häuslichen Gewalt zwingt die Stadtpolizei dazu, die entsprechenden Anlaufstellen zu schaffen.

Die in den letzten Jahren feststellbare starke Belebung des Stadtzentrums, insbesondere in den Nachtstunden des Wochenendes, dürfte sich auch in Zukunft fortsetzen. Dies führt zu einem erhöhten Bedürfnis an sichtbarer Polizeipräsenz und weiterhin kurzen Interventionszeiten.

Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Auftrag

Betrieb von Parkhäusern, Parkgaragen, Parkplätzen und eines Parkleitsystems

Produkte

1 Parkhäuser (Altstadt)

Betrieb von vier Parkhäusern in der Altstadt für Kurzparkieren und Dauermieten

2 Parkgaragen

Betrieb von drei Parkgaragen, die nur Dauermietern zur Verfügung stehen

3 Parkplätze (nicht öffentlicher Grund)

Betrieb von neun Parkplätzen für Dauermieter in den Quartieren

4 Parkleitsystem

Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems für die Parkhäuser und Parkplätze rund um die Altstadt

5 Dienstleistungen

Technischer Unterhalt und Reinigung von Parkhäusern, die von Dritten betrieben werden

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 22. Mai 1967 zur Errichtung einer besonderen Unternehmung "Parkplätze und Parkhäuser" beim Polizeiamt; Beschluss des Stadtrats vom 26. September 1986 zur Weiterführung der bisherigen

"Unternehmung Parkplätze und Parkhäuser" nach neuem Rechnungsmodell als Gemeindebetrieb "Parkhäuser und Parkplätze"

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Ertragsüberschuss Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) in % *	1'130'862 93	1'072'138 90	1'370'646 90
2 Kundenorientierung 1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt 2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt 3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt 4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf <i>Messung / Bewertung:</i> 1. - 3. Befragung der Kundinnen und Kunden alle zwei Jahre 4. Störungen an den technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen, die die Benützung beeinträchtigen <i>Messgrößen:</i> 1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in % 4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung	76 2x pro Woche / max. 1 Std.	75 2x pro Woche / max. 1 Std.	75 2x pro Woche / max. 1 Std.

* Bezogen auf Parkflächen für Dauermieter

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Der Rückgang der Personalkosten ist auf eine geringere Belastung durch die Rententeuerung zurückzuführen. Im Voranschlag 2008 ist vorgesehen, den Betriebsgewinn von CHF 1'068'170 über das Konto Beiträge an Dritte an die Stadtkasse abzuliefern. Im Voranschlag 2009 soll dagegen der Betriebsgewinn vollständig in die Betriebsreserve gelegt werden. Dies hat zur Folge, dass das Konto Beiträge an Dritte den Wert 0 aufweist und dafür der Sachaufwand um den Betriebsgewinn von CHF 1'370'645 höher ausfällt. Des weiteren wurden in den vergangenen Jahren der Unterhalt und die Ersatzbeschaffung von Betriebsmitteln sehr zurückhaltend durchgeführt. Daraus ergibt sich ein Nachholbedarf, der sich ebenfalls in einem höheren Sachaufwand niederschlägt. Die tieferen kalkulatorischen Kosten sind auf eine günstigere Investition beim Parkleitsystem zurückzuführen. Die übrigen internen Kosten nehmen gegenüber dem Voranschlag 2008 zu, weil einerseits Verrechnungen innerhalb der Produktgruppe (Belastung der Parkhäuser mit den Kosten des Parkleitsystems) und andererseits die Belastung der Unterhaltsarbeiten für das Parkleitsystem (werden von Mitarbeitern der Stadtpolizei durchgeführt) erstmals in den Voranschlag aufgenommen werden.

Die Erlöse nehmen auf Grund von Mietzinserhöhungen und besserer Auslastung der Parkhäuser zu.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Die Personalkosten sind um die Lohnmassnahmen 2008 erhöht. In den Sachkosten der Rechnung 2007 ist die Einlage des Betriebsgewinns in die Betriebsreserve in der Höhe von CHF 1'130'862 enthalten. Die Zunahme der Sachkosten ist auf die höhere Einlage in die Betriebsreserve zurückzuführen. Sie beträgt CHF 1'370'646. Die kalkulatorischen Kosten nehmen gegenüber 2007 zu, da 2009 die korrekten Abschreibungen für das Parkleitsystem budgetiert werden können. Die übrigen internen Kosten nehmen gegenüber dem Voranschlag 2008 zu, weil einerseits Verrechnungen innerhalb der Produktgruppe (Belastung der Parkhäuser mit den Kosten des Parkleitsystems) und andererseits die Belastung der Unterhaltsarbeiten für das Parkleitsystem (werden von Mitarbeitern der Stadtpolizei durchgeführt) erstmals in den Voranschlag aufgenommen werden. Die Erlöse nehmen auf Grund von Mietzinserhöhungen und besserer Auslastung der Parkhäuser zu.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	269'504	286'324	278'021
Sachkosten	2'208'033	891'800	2'318'771
Beiträge an Dritte	0	1'068'170	0
Residualkosten	19'045	20'800	25'417
Kalkulatorische Kosten	95'735	183'100	127'662
Übrige interne Kosten	8'971	50'562	139'723
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'601'289</i>	<i>2'500'757</i>	<i>2'889'594</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	60'000
Total effektive Kosten	2'601'289	2'500'757	2'829'594
Externe Erlöse	2'483'561	2'420'500	2'649'100
Interne Erlöse	117'728	80'257	240'494
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'601'289</i>	<i>2'500'757</i>	<i>2'889'594</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	60'000
Total effektive Erlöse	2'601'289	2'500'757	2'829'594
Total Nettokosten/Globalkredit ***	0	0	0
Interne Kosten	123'752	254'462	232'802
Interne Erlöse	117'728	80'257	180'494
Total primäre Nettokosten *	-6'024	-174'205	-52'308
Kostendeckungsgrad in % **	100	100	100
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			100

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

*** Da der Gewinn aus den Produkten in die Betriebsreserve der Parkhäuser und Parkplätze abgeführt wird, beträgt der Globalkredit grundsätzlich +/- CHF 0.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	523'818	461'000	439'400
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	3.0	3.0	4.0
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	3 (0)	3 (0)	4 (0)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Anschluss weiterer Parkhäuser an das Parkleitsystem

Produkt 1 Parkhäuser (Altstadt)**Leistungen**

Für die Parkhäuser Technikum Nord, AXA-Winterthur Versicherungen, Theater und Museum Nord (Glaspalast):

- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'141'730	1'132'888	1'165'680
Erlös	2'311'546	2'186'690	2'320'496
Nettokosten	-1'169'816	-1'053'802	-1'154'816
Kostendeckungsgrad in %	202	193	199

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Hohe Auslastung der Parkhäuser			
▪ Dauermieter in %	98	90	90
▪ Kurzzeitparkierer in %	41	40	40

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Dauermietplätze	257	257	257
Anzahl Kurzzeitparkplätze	364	365	365

Produkt 2 Parkgaragen**Leistungen**

Für die Parkgaragen Neumarkt, Flüeli, Berufsbildungsschule und Unteres Bühl:

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	106'214	91'525	98'083
Erlös	164'648	165'275	165'708
Nettokosten	-58'434	-73'749	-67'626
Kostendeckungsgrad in %	155	181	169

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Hohe Auslastung der Parkgaragen			
▪ Dauermieter in %	82	90	90

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Dauermietplätze	118	119	119

Produkt 3 Parkplätze

Leistungen

Für die Parkplätze Kreuzstrasse, Adlerstrasse, Auenrainbrücke, Bleichestrasse, Sägeweg, Schlosstalbrücke, Friedhofstrasse, Nägelsee, Grüzefeldstrasse und NOK Töss:

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	121'161	85'942	34'906
Erlös	125'095	132'924	122'323
Nettokosten	-3'934	-46'982	-87'417
Kostendeckungsgrad in %	103	155	350

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Hohe Auslastung der Parkplätze			
▪ Dauermieter in %	90	90	90
▪ Kurzzeitparkierer in % *	-		

* Diese Zahl kann auf Grund der technischen Einrichtungen nicht ermittelt werden.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Dauermietplätze	187	201	201
Anzahl Kurzzeitparkplätze	57	65	65

Produkt 4 Parkleitsystem

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	101'322	122'230	186'004
Erlös	0	15'868	241'010
Nettokosten	101'322	106'363	-55'006
Kostendeckungsgrad in %	0	13	130

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Hohe Betriebssicherheit des Parkleitsystems (maximale Ausfallzeit in %)	-	5.00	5.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Einfahrten in den angeschlossenen Parkhäusern	-	390'000	390'000

Produkt 5 Dienstleistungen

Leistungen

- Technischer Unterhalt und Reinigung von Parkhäusern, die von Dritten betrieben werden

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten			41'551
Erlös			40'057
Nettokosten			1'494
Kostendeckungsgrad in %			96

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kundenbewertung			gut

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Geleistete Arbeitsstunden			700

IAFP Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	2'601	2'500	2'829	2'830	2'830	2'830
Erlös	2'601	2'500	2'829	2'830	2'830	2'830
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	-825	0	0	0	0	0	0	-825
Bewilligt	3'003	1'893	103	0	0	0	0	1'007
Gesamt	2'178	1'893	103	0	0	0	0	182

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Ertragsüberschuss	1'130'862	1'072'138	1'370'646	1'370'646	1'370'646	1'370'646
Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) in % *	93	90	90	90	90	90
2 Kundenorientierung						
1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt						
2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt						
3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt						
4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf						
Messung / Bewertung:						
1. - 3. Befragung der Kundinnen und Kunden alle zwei Jahre						
4. Störungen an den technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen, die die Benützung beeinträchtigen						
Messgrößen:						
1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	76	75	75	75	75	75
4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.

* Bezogen auf Parkflächen für Dauermieter

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine

Feuerwehr

Auftrag

Die Feuerwehr ist zur Rettung von Menschen, Tieren und zur allgemeinen Schadenbekämpfung bei Bränden, Explosionen und Elementarereignissen verpflichtet. Sie trifft bei unmittelbarer Bedrohung durch solche Gefahren die erforderlichen Abwehrmassnahmen. Die Feuerwehr ist jederzeit in der Lage, den Ersteinsatz bei allen üblicherweise zu erwartenden Schadenereignissen zu leisten. Die Feuerwehr leistet auf dem Schadenplatz in erster Linie bedrohten Menschen und Tieren Hilfe. Sie verhindert eine weitere Ausdehnung des Schadens und beseitigt die Gefahren. Zusätzlich leistet sie Hilfe bei Öl-, Chemie- und Strahlenereignissen. Sie kann ebenfalls zur Hilfe im Strassenrettungsdienst herangezogen werden. Weitere übertragene Aufgaben: Einsätze auf Autobahnen, Autostrassen und Bahnanlagen, Einsätze in Tunnels und bei ABC-Terrorereignissen, Flugzeugabsturz, Seuchen und Hilfeleistungen für Partnerorganisationen. Das Aufräumen des Schadenplatzes ist Sache der Feuerwehr, soweit dies für die völlige Löschung des Feuers, für die Beseitigung von weiteren Gefahren und für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist.

Aufgabenhauptkategorien: Brandbekämpfung, Explosionen, Blitzschlag ohne Brand, Strasseneinsätze, Elementarereignisse, Ölwehr-, Chemie- und Strahlenschutzsätze, Pioniereinsätze/technische Hilfeleistungen, Flugzeugabstürze, Lifteinsätze, Bienen und Wespen, Falschalarme, Fehlalarme Brandmeldeanlagen, Schieneneinsätze und Organisation und Einsatzplanung.

Produkte

Ereignisbewältigung

Schutz von Leben, Gesundheit, Umwelt und Eigentum. Minimierung von Schadenereignissen und Schäden.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Kantonales Gesetz über die Feuerpolizei und das Feuerwehrwesen vom 24. September 1978, Nachgeführt bis Januar 2004
- Kantonale Verordnung über die Feuerwehr vom 14. Dezember 1994, Nachgeführt bis Januar 2004
- Kantonale Vollzugsvorschriften über die Feuerwehr vom 16. Dezember 1994, Nachgeführt Februar 1995
- Kantonale Verordnung über die Subvention der Gebäudeversicherungsanstalt an den Brandschutz vom 18. September 1991, Nachgeführt bis Januar 2004
- Verordnung über den ABC-Schutz (ABCV) vom 28. Februar 2007
- Richtlinien und Vorschriften der Schweizerischen Regierungskonferenz für die Koordination im Feuerwehrwesen (Feuerwehr 2000plus und Ergänzungsbericht Richtlinien für die Organisation der Feuerwehren, Ausgabe Januar 2003)
- Richtlinien und Vorschriften des Schweizerischen Feuerwehrverbandes SFV
- Richtlinien und Vorschriften der GVZ/Kantonalen Feuerwehr (Feuerwehrkonzept 2010)
- Leistungsvereinbarung mit der GVZ/Kantonalen Feuerwehr vom 25. Januar 2007

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Städtisches Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 7. September 1988
- Nachtrag zum Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 8. April 1998
- Städtisches Dienstreglement für die Freiwillige Feuerwehr vom 6. Dezember 2000
- Stadtratsbeschluss betreffend Gebühren vom 10.03.1999 (SRB-Nr. 99-0364)
- Stadtratsbeschluss betreffend Sold und Entschädigungen der Freiwilligen Feuerwehr vom 11. Dezember 2002 (SRB-Nr. 2002-2141 und SRB-Nr. 2004-1329)
- Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Winterthur und den Schweizerischen Bundesbahnen SBB betreffend Bezug von Leistungen bei der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr Winterthur im Hinblick auf Ereignisse auf dem Schienennetz des SBB Betriebswehrstützpunktes Winterthur vom Mai 2007 (SRB-Nr. 2007-1193)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung 2006 - 2010
- Legislaturziele 2006 bis 2010
- Jahresziele 2009

Verantwortliche Leitung

Jürg Bühlmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit			
1.1 Kostendeckungsgrad in % *	19	19	18
1.2 Nettokosten pro Person in CHF *	55.74	58.30	68.29
2 Kennzahlen und Leistungsstandards			
2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 Personen	8.17	8.73	9.05
2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Personen	1.77	1.73	1.71
2.3 Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 * durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.28	0.29	0.31
2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude <i>Messung/Messgrösse:</i>			
▪ Ausfahrt des ersten Fahrzeugs jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%).	93%	> 95%	> 95%
2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen im Einsatz und Fahrzeuge vor Ort <i>Messung / Messgrösse:</i>			
2 bis 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Berufsfeuerwehrleuten (AdBF) nach Alarmierung in:			
▪ dichtbesiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	20%	> 95%	>95%
▪ dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 90%)	91%	> 90%	> 90%
▪ Stützpunktgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 85%)	100%	> 85%	> 85%

Berechnungsgrundlagen:

- Einsatzrapporte 01.01.2009 bis 31.12.2009

- Personalbestand 24h-Schicht: 8

- Personalbestand Gesamtfeuerwehr: 170

- Einwohnerzahl 2009: 99'500

- 900 Einsätze der Fw

* automatische Berechnung

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	5'549'316	5'742'277	6'795'230

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Der VA 09 schliesst gegenüber dem VA 08 mit einem schlechteren Ergebnis von CHF 1'052'953 (-18%) ab. Erhöhung des Aufwandes um CHF 1'241'626 (-18%) bei gleichzeitiger Ertragssteigerung von CHF 188'673 (+14%).

- Kto-Gruppe 30 Personalaufwand: Mehraufwand von CHF 435'013 (-7%).
Hauptsächliche Gründe: Lohnmassnahmen 2009 von CHF 158'000 (Kto. 3010/3030). Mehrkosten Löhne von CHF 105'000 (Kto. 3010), jedoch kompensiert durch die angepasste Leistungsvereinbarung GVZ. Mehrausgaben bei den Sozial- und Rentenleistungen von CHF 110'000 resp. CHF 40'000 (Kto. 3030/3070, nicht beeinflussbar) und beim allgemeinen Personalaufwand von CHF 22'000 (Kto. 3060/3090) für höhere Arztkosten Atemschutzuntersuchung/allgem. Personalaufwand.
- Kto-Gruppe 31 Sachaufwand: Mehraufwand von CHF 74'717 (-10%).
Hauptsächliche Gründe: CHF 38'000 (Kto. 3110) für die 2. Ausbautappe der Rauchgasabzugsanlage für den 2. Löschzug (für 3 weitere Fz). Höhere Unterhaltskosten (Kto. 3150) von CHF 16'000 für Betriebseinrichtungen und Fahrzeugunterhalt. Mehrkosten von CHF 48'000 (Kto. 3190) für die Projekte: Beschaffung Personaleinsatzplanungs- und Auftragsbearbeitungssoftware, ISO-Zertifizierung, Dienstreglement, PR Freiwillige Feuerwehr, Prävention, Infoschrift/Werbeprospekt Feuerwehr.
Minderkosten von CHF 27'000 (Kto. 3130) für Betriebs- und Verbrauchsmaterial. Diese Gebühren werden neu in der Kto.-Gruppe 39, interne Verrechnungen, verbucht.
- Kto-Gruppe 39 Interne Verrechnungen: Mehraufwand von CHF 731'896 (-235%).
Hauptsächliche Gründe: Kalkulatorische Kosten von CHF 693'006. Mit der Umbuchung der Aufwendungen für Betriebs- und Verbrauchsmaterial (alt 3130) von CHF 38'889 auf die internen Verrechnungen.
- Kto-Gruppe 43 Erträge: Mehrertrag von CHF 45'000 (7%).
Hauptsächliche Gründe: Kostenschätzung bezüglich höherer Einsatzkostenverrechnungsmöglichkeiten!
- Kto-Gruppe 46 Beiträge: Mehrertrag von CHF 142'000 (21%).
Hauptsächliche Gründe: Neue Leistungsvereinbarung GVZ, Finanzierung von zusätzlichen Stellen. Dieser Mehrertrag wird mit Mehrausgaben im Kto. 3010, Löhne, kompensiert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Der VA 09 schliesst gegenüber der RE 07 mit einem schlechteren Ergebnis von 1'245'914 (-22%) ab. Erhöhung des Aufwandes um CHF 1'443'453 (-21%) bei gleichzeitiger Ertragssteigerung von CHF 197'540 (+15%).

- Kto-Gruppe 30 Personalaufwand: Mehraufwand von CHF 795'947 (-14%).
Hauptsächliche Gründe: Lohnmassnahmen 2009 von CHF 158'000 im Kto. 3010/3030. Mehrkosten im Kto. 3010 Löhne von CHF 334'000, jedoch kompensiert durch die angepasste Leistungsvereinbarung GVZ. Mehrausgaben bei den Sozial- und Rentenleistungen von CHF 152'000 resp. 32'000 (Kto. 3030/3070, nicht beeinflussbar) und beim allgemeinen Personalaufwand von CHF 125'000 (Kto. 3090) für Schulgelder an der höheren Fachschule für Rettungsberufe (CHF 75'000/eidg. Berufsabschluss), Aus- und Weiterbildung Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr (CHF 22'000) und Arztkosten/allgem. Personalaufwand (CHF 28'000).
Minderkosten von CHF 5'000 im Kto. 3060 Dienstkleider und Verpflegung.
- Kto-Gruppe 31 Sachaufwand: Minderaufwand von CHF 91'077 (10%)
Hauptsächliche Gründe: Minderausgaben für Anschaffungen von Mobilien von CHF 108'000 (Kto. 3110) primär durch den Wegfall der Kosten für die Beschaffung der Erweiterung der internen Alarmierungseinrichtung. Minderkosten für Betriebs- und Verbrauchsmaterialien von CHF 26'000 (Kto. 3130) wegen der Umbuchung der internen Kosten für Treib- und Schmierstoffe auf Kto. 3970. Minderkosten für Wasser, Energie, Heizmaterial von CHF 55'000 (Kto. 3120) wegen der Umbuchung der internen Kosten für Wasser, Energie, Fernwärme auf Kto. 3970. Höhere Unterhaltskosten von CHF 24'000 (Kto. 3150) in den Bereichen Unterhalt Fahrzeuge/Gerätschaften und Betriebseinrichtungen Gebäude. Höhere Konzessionsgebühren für Funk- und Alarmanlagen (Kto 3180) und Verpflegungskosten (Kto. 3170) von total CHF 26'000 und CHF 14'000. Mehraufwand von CHF 33'000 (Kto. 3190) für die Projekte: Beschaffung Personaleinsatzplanungs- und Auftragsbearbeitungssoftware, ISO-Zertifizierung, Dienstreglement, PR Freiwillige Feuerwehr, Prävention, Infoschrift/Werbeprospekt Feuerwehr.
- Kto-Gruppe 38 Einlagen in Spezialfinanzierungen: Minderaufwand von CHF 58'241 (100%)
Hauptsächliche Gründe: Keine Einlage in die WoV-Reserve budgetiert.
- Kto-Gruppe 39 Interne Verrechnungen: Mehraufwand von CHF 796'825 (-324%).
Hauptsächliche Gründe: Kalkulatorische Kosten von CHF 693'006. Neuverbuchung der Kosten von CHF 103'818 für Betriebs- und Verbrauchsmaterialien, Wasser, Energie, Heizmaterial und generell mehr Verrechnungen zwischen den Departementen.
- Kto-Gruppe 43 Erträge: Minderertrag von CHF 99'111 (-12%).
Hauptsächliche Gründe: Mindereinnahmen von CHF 39'000 bei den Lohnrückerstattungen (weniger unfallbedingte

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Personalausfälle). Mindereinnahmen von CHF 30'000 bei der Rückerstattung von Einsatzkosten (weniger verrechenbare Langzeiteinsätze). Minderertrag von CHF 30'000 durch den Wegfall (Abschluss) des GVZ Projektes Umrüstung Atemluftflaschenventile im Kanton Zürich.

- Kto-Gruppe 46 Beiträge: Mehrertrag von CHF 292'000 (60%).
Hauptsächliche Gründe: Neue Leistungsvereinbarung GVZ mit Finanzierung von zusätzlichen Stellen. Dieser Mehrertrag wird mit Mehrausgaben im Kto. 3010, Löhne, kompensiert.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	5'615'385	5'976'319	6'411'332
Sachkosten	998'868	774'832	849'550
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	0	0	693'006
Übrige interne Kosten	245'859	310'788	349'678
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'860'113</i>	<i>7'061'939</i>	<i>8'303'566</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	6'860'113	7'061'939	8'303'566
Externe Erlöse	827'111	683'000	728'000
Interne Erlöse	485	3'463	5'136
Beiträge von Dritten	483'200	633'200	775'200
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'310'796</i>	<i>1'319'663</i>	<i>1'508'336</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'310'796	1'319'663	1'508'336
Total Nettokosten/Globalkredit	5'549'316	5'742'277	6'795'230
Interne Kosten	245'859	310'788	1'042'684
Interne Erlöse	485	3'463	5'136
Total primäre Nettokosten*	5'303'942	5'434'951	5'757'682
Kostendeckungsgrad in % **	19	19	18
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			20

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	0	0	0
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	35.5	35.6	38.5
▪ Lehrverhältnisse	0.0	3.0	3.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	37 (3)	40 (3)	43 (3)

Übertritt von 3 Berufsfeuerwehrrekruten in den ordentlichen Dienst.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009**Feuerwehrkonzept 2010 GVZ**

- Schrittweise Umsetzung des neuen GVZ-Feuerwehrkonzeptes 2010 für den Kanton Zürich unter Anwendung des revidierten Feuerwehrgesetzes und der Verordnung zum Feuerwehrgesetz (geplante Einführung 01.2009). Erweitertes Einsatzgebiet im Bereich Strassenrettung.

Ersatzbeschaffung ADL 1988

- Die Autodrehleiter IVECO 23/12 Jg. 1988 wird nach Ablauf der Amortisationsfrist von 20 Jahren aus technischen Gründen ersetzt (Investitionsplan 2009).

Beschaffung eines Wechselladefahrzeuges (Hakenfahrzeug)

- Das Fz wird für den Transport der Einsatzmittel WB Grosslüfter und WB Umweltschutz (Oel-/Wasserwehr) benötigt. Das Fahrzeug kann als Occasionsfahrzeug bei der GVZ erworben werden (Investitionsplan 2009).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Sekretariatsstelle und Lehrstelle Kauffrau/Kaufmann

- Durch die zwingende Zentralisierung von administrativen Arbeiten und Datenverwaltungen für die BF wie die FFW ist die Sekretariatsstelle mit nur 50-Stellenprozenten nicht mehr verantwortbar und längst überfällig. Eine Aufstockung der Kanzleistelle auf 100-Stellenprozente ist notwendig. Die Rotationslehrstelle erfordert einen Betreuungsaufwand, welcher die Möglichkeiten der 50%-Stelle in der Kanzlei übersteigen.

Projekt Reorganisation Kaderstruktur Freiwillige Feuerwehr

- Aufbau eines effektiven Kaderpotentials innerhalb der FFW. Übernahme von Zugführerfunktionen auf durch Offiziersanwärter BF oder Abteilungsleiter-Stv. der BF. Eingliederung der Führung FFW in das Kdo BF analog Zürich oder St. Gallen (Schaffung einer 5. Kdo-Stelle per 2010).

Kader der Zukunft

- Projekt "Lehrgang mittleres Kader" der Berufsfeuerwehren der Städte Bern, Basel, St. Gallen, Zürich und Winterthur. Inhalte: Führung durch Leadership / Führung von Mitarbeitenden (inkl. Führungsstile, -verständnis, -instrumente), Prozessorientierung inkl. -optimierung, Betriebswirtschaftliches Grundwissen inkl. Controlling, Projektmanagement, Kommunikation.

Integriertes Managementsystem winFEE

- Abschluss des Projektes und Zertifizierung nach ISO 9001/2000.

Überarbeitung Dienstreglement BF und FFW

- Das Lohnsystem orientiert sich an der hierarchischen Gradstruktur, jedoch entspricht die funktionale Stellung im innerbetrieblichen Dienst (z.B. Fachbereichsleitung) nicht immer dem Grad. Eine kompetenzorientierte Entlohnung ist somit nicht immer möglich. Themenbereiche BF: Arbeitszeitberechnung, Dienstbetrieb, Fachdienst, Lohngruppenportfolio aus Kombination Grad- und Funktionsstufe und weiterer Komponenten (Projekt NELOS), Kompetenzbasierende Funktionsbewertung. Themenbereiche FFW: Leistungsauftrag, Dienstzeit, Verantwortlichkeiten, Entschädigungen etc.

Sanierung Feuerwehrgebäude

- Sanierung sämtlicher Vordacheraufhängungen und Fenster über den Vordächern.

Überarbeitung der Gebührenverordnung

- Mit der Einführung des revidierten Feuerwehrgesetzes sind mehr Einsatzarten an die Leistungsempfänger verrechenbar. Die Einsatzstunden der Berufsleute sollen künftig nicht mehr nach den Soldansätzen der Freiwillige Feuerwehr verrechnet werden.

Kompetenzzentrum GVZ und generelles Kundengeschäft

- Evaluation, Beschaffung und Einführung einer Auftragsbearbeitungssoftware.

Personaleinsatzplanungssoftware

- Evaluation, Beschaffung und Einführung einer Personaleinsatzplanungssoftware für den 24-Stunden Einsatzdienst.

Projekt Energieoptimierung Feuerwehrgebäude (energetische Betriebsoptimierung)

- Betriebliche Energieoptimierung, einfache bauliche Energieoptimierung, Einsatz von Solarstrom (Option) für das Feuerwehrgebäude (Fotovoltaikanlage).

Prävention und Früherkennung von gesundheitlichen Schäden unserer Mitarbeitenden

- Die Erhaltung der Einsatzfähigkeit unserer Mitarbeitenden (Gesundhaltung der Truppe) muss durch flankierenden Massnahmen wie: Früherkennung von gesundheitlichen Problemen (Kaderschulung), verbesserte körperliche Fitness, vertiefte ärztliche Untersuchungen sichergestellt werden. Es gilt die Zielsetzung, dass jeder Mitarbeitende wenn möglich bis zu seiner Pensionierung im Einsatz bestehen kann.
Schaffung einer Tagesdienststelle für nicht mehr einsatztaugliche MA.
Test Atemschutztauglichkeit Freiwillige Feuerwehr. Prüfung Einführung Leistungstest unter ärztlicher Aufsicht.

Produkt 1 Ereignisbewältigung

Leistungen

- Schutz von Leben, Umwelt, Gesundheit und Eigentum
- Minimierung von Schadenereignissen und Schäden

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	6'860'113	7'061'939	8'303'566
Erlös	1'310'796	1'319'663	1'508'336
Nettokosten	5'549'316	5'742'277	6'795'230
Kostendeckungsgrad in %	19	19	18

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Einsätze pro 1000 Personen	8.17	8.73	9.05
Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Personen	1.77	1.73	1.71
Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.28	0.29	0.31
Ausfahrt des ersten Fahrzeugs jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute.	93%	> 95%	> 95%
2 bis 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Berufsfeuerwehrleuten (AdBF) nach Alarmierung in:			
▪ dichtbesiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	20%	> 95%	>95%
▪ dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 90%)	91%	> 90%	> 90%
▪ Stützpunktgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 85%)	100%	> 85%	> 85%

Berechnungsgrundlagen:

- Einsatzrapporte 01.01.2009 bis 31.12.2009
- Personalbestand 24h-Schicht: 8
- Personalbestand Gesamtfeuerwehr: 170
- Einwohnerzahl: 99'500
- 900 Einsätze der Fw

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Brände	209	220	230
▪ Alarmer automatischer Brandmelde- und Löschanlagen	151	180	190
▪ Öl- und Chemiewehr	104	150	160
▪ Technische Einsätze	341	310	320
Einsätze im Total	805	860	900
<i>davon Einsätze zusammen mit der Freiwilligen-Feuerwehr</i>	<i>231</i>	<i>172</i>	<i>180</i>

Grundlage: Einsatzrapporte 2009

IAFP Feuerwehr

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	6'860	7'061	8'303	8'764	8'824	8'824
Erlös	1'310	1'319	1'508	1'808	1'828	1'828
Nettokosten/Globalkredit	5'549	5'742	6'795	6'955	6'995	6'995
Kostendeckungsgrad in %	19	19	18	21	21	21

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	800	0	125	400	200	110	155	-190
Bewilligt	665	0	0	165	0	0	0	500
Gesamt	1'465	0	125	565	200	110	155	310

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit						
1.1 Kostendeckungsgrad in % *	19	19	18	21	21	21
1.2 Nettokosten pro Person in CHF *	55.74	58.30	68.29	69.60	70.00	69.30
2 Kennzahlen und Leistungsstandards						
2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 Personen	8.17	8.73	9.05	9.00	9.20	9.20
2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Personen	1.77	1.73	1.71	1.70	1.70	1.70
2.3 Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.28	0.29	0.31	0.27	0.28	0.25
2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude						
Messung/Messgrösse:						
▪ Ausfahrt des ersten Fahrzeugs jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%).	93%	> 95%	> 95%	> 95%	> 95%	> 95%
2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen im Einsatz und Fahrzeuge vor Ort						
Messung/Messgrösse:						
2 bis 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Berufsfeuerwehrleuten (AdBF) nach Alarmierung in:						
▪ dichtbesiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	20%	> 95%	> 95%	> 95%	> 95%	> 95%
▪ dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 90%)	91%	> 90%	> 90%	> 90%	> 90%	> 90%
▪ Stützpunktgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 85%)	100%	> 85%	> 85%	> 85%	> 85%	> 85%

Berechnungsgrundlagen:

- Personalbestand 24h-Schicht: 8 (2009), 9 (2010), 9 (2011), 10 (2012)

- Personalbestand Gesamtfeuerwehr: 170 (2009-2012)

- Einwohnerzahl: 99'500 (2009), 100'000 (2010/11), 101'000 (2012)

- Einsätze: 900 (2009/10), 920 (2011), 930 (2012)

* automatische Berechnung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Umsetzung des kantonalen Feuerwehrkonzeptes 2010 der GVZ bis Ende 2010 abgeschlossen und Mindestausrückungsbestand der Berufsfeuerwehr gemäss Leistungsvorgabe bis 2011 erreicht.
- Weiterausbau des Material-Kompetenzzentrums für den Kanton Zürich gemäss Leistungsvereinbarung mit der GVZ. Geplante Realisierung bis Ende 2012.
- Ausbau der Aktivitäten an der gemeinsamen Berufsfeuerwehrrekrutenschule zusammen mit Schutz und Rettung Zürich und BF St. Gallen. Geplante Realisierung bis Ende 2011.
- Aufbau einer höheren Kaderausbildung (höhere Fachausbildung) als Gemeinschaftsprojekt zwischen den Rettungsorganisationen der Städte Bern, Basel, Zürich, St. Gallen und Winterthur. Geplante Realisierung bis Ende 2010.
- Überführung der Freiwillige Feuerwehr in die Konzepte Feuerwehr 2010 der GVZ und Feuerwehr 2015 der Feuerwehrkoordination Schweiz (FKS). Aufgabenschwerpunkte: Führung, Kaderentwicklung, Tagesverfügbarkeit der Einsatzkräfte, Ausbildung in der Zukunft (z.B. E-Learning/CBT, Fachausweise etc.). Geplante Realisierung für das Konzept 2015 = 2015).
- Werterhaltung des Feuerwehrgebäudes (Sanierungsbedarf Fassade, Fahrzeughallenboden, Nasszellen). Sanierungsabschluss geplant 2010.
- Investitionen: Ersatz Autodrehleiter und Neubeschaffung Wechselladefahrzeug (2009), Ersatz Tanklöschfahrzeug (2010), Kommando-einsatzfahrzeug (2011) und je ein Mannschafts- und Materialtransportfahrzeug (2012).

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Fw Konzept 2010, Material-Kompetenzzentrum GVZ und ISO 9001/2000

- Fw Konzept 2010, Material-Kompetenzzentrum GVZ und ISO 9001/2000:
Die organisatorische und materielle Umsetzung des neuen Konzeptes muss bis Ende 2010 abgeschlossen sein. Insbesondere die Einhaltung der gesetzlich geforderten Leistungsnormen kann nur durch eine Personalaufstockung im Schichtbetrieb von 3 x 3 Stellen (Total 9) realisiert werden. Durch die zukünftige Zusammenarbeit mit der GVZ im Bereich "Materialkompetenzzentrum Kanton Zürich" kann der Mindestbestand für den Einsatz bis Ende 2011 erreicht werden. Es muss jedoch für die Finanzierung der 9 durch die GVZ bezahlten Arbeitsplätze eine adäquate Gegenleistung erbracht werden. Mit dem Projekt ISO 9001/2000 wollen wir unsere Stellung als serviceorientiertes Kompetenzzentrum für feuerwehrtechnische Dienstleistungen im Kanton Zürich unterstreichen.

Berufsprüfung und höhere Kaderausbildung

- Die Berufsfeuerwehren der Städte Bern, Basel, Zürich, St. Gallen und Winterthur werden in der Rekrutenausbildung sowie in der Kaderweiterbildung enger zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang werden wir uns an der Berufsfeuerweherschule in Zürich mit Lehrpersonal und Material beteiligen. Es ist vorgesehen, dass die vorgenannten Städte mittelfristig eine gemeinsame Schule durchführen. In die gleiche Richtung deutet die klare Absicht der Städtekommandanten, eine Ausbildungskonkordanz im Bereich der Kaderausbildung anzustreben. Grundsätzlich verfügen alle Rettungsdienste in den 5 Städten über gute Kaderangehörige. Die Förderung des mittleren Kaders konzentrierte sich bisher mit Priorität auf die Einsatzbewältigung. Andere Bereiche wie die Betriebswirtschaft und das Personalmanagement wurden demgegenüber untergeordnet behandelt obschon diese zwischenzeitlich durchschnittlich 75% der Führungstätigkeit belegen. Mit der Umsetzung von New Public Management Ansätzen werden die Betriebswirtschaft, die Prozessorientierung und das Veränderungsmanagement auch in den Rettungsdiensten zu zentralen Schwergewichten der täglichen Führungsarbeit. Um diesen neuen Anforderungen zu genügen ist es nötig, dass die Führungskräfte im Bereich der Rettung weg von der reinen Einsatzführung und hin zu einer Kompetenzentwicklung in allen Managementdimensionen geführt werden (Persönlichkeits-, Sozial-, Fach- und Führungskompetenz).

Betriebliches Gesundheitsmanagement

- Unsere Mitarbeitenden im Kdo und Schichtdienst leisten alle Einsatzdienst bis ins Pensionierungsalter 63. Für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr endet die Dienstpflicht mit 50. Durch flankierende Massnahmen wie Sportkonzept, Beratungen durch externe Fachpersonen, ärztliche Pflichtkontrollen, Impfungen, bestmögliche Schutzausrüstungen etc. soll die Gesundheit unserer Mitarbeitenden erhalten bleiben. Nicht mehr ernstfalleinsatzfähige Mitarbeitende können im Normalfall bei der Berufsfeuerwehr nicht weiter beschäftigt werden.

Freiwillige Feuerwehr

- Mit dem Wandel von der traditionellen Feuerwehr zu einer multifunktionalen Rettungs- und Dienstleistungsorganisation wird nicht nur laufend die Aufgabenvielfalt grösser, sondern auch die Anforderungen an jeden einzelnen AdFFw steigen stetig. Durch die Erweiterung des Einsatzspektrums sind die Feuerwehrleute nicht nur in fachlicher Hinsicht stark gefordert, sondern auch vermehrt in persönlichen, zwischenmenschlichen und kommunikativen Belangen.
Tagesverfügbarkeit:
Bei den Arbeitgebern sinkt die Bereitschaft, Personal für die Ausbildung und den Einsatz in der Feuerwehr zur Verfügung zu stellen. Wohn- und Arbeitsort sind je länger je mehr nicht mehr identisch. Dies führt dazu, dass auswärts Erwerbstätige der Feuerwehr am Wohnort tagsüber nicht zur Verfügung stehen (verminderte Tagesverfügbarkeit). Der Verbleib in einer Feuerwehrorganisation ist durchwegs kürzer als dies früher der Fall war (hohe Fluktuationsrate).
Rekrutierung:
Die Rekrutierung wird zunehmend schwieriger. Vor allem wird es schwieriger Kaderfunktionen mit geeigneten Leuten zu besetzen. Neue Organisations- und Führungsmodelle sollen die Freiwillige Feuerwehr in die Konzepte 2010 GVZ und 2015 FKS überführen.
Zeitgerechtes Einrücken:
Verkehrsüberlastung und Verkehrsberuhigungsmassnahmen beeinflussen das zeitgerechte Einrücken der Freiwilligen Feuerwehr immer stärker.

Zivilschutz

Auftrag

Der Zivilschutz Winterthur schützt in Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes die Menschen bei Katastrophen und Notlagen sowie bei bewaffneten Konflikten. Dabei trägt er wesentlich zur Begrenzung und Bewältigung von Schadenereignissen bei.

Produkte

Zivilschutzorganisation

Gewährleisten eines wirkungsvollen Bevölkerungsschutzes durch Werterhaltung der Zivilschutzinfrastruktur; durch Sicherstellung der Alarmierung mittels stationären und mobilen Sirenen; durch einen hohen Ausbildungsstand der Zivilschutzformationen; Schutz der beweglichen und unbeweglichen Kulturgüter; Fördern der Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen; Steuerung des Schutzraumbaus.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002

Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (Landesversorgungsgesetz) vom 8. Oktober 1982 (Stand am 5. Juni 2001)

Verordnung über die Warnung, Alarmierung und Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung (Alarmierungsverordnung AV) vom 5. Dezember 2003

Verordnung über den Zivilschutz (Zivilschutzverordnung) vom 5. Dezember 2003

Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft (VEZG) vom 5. Dezember 2003 bzw. 1. Juli 2008

Verordnung über die ärztliche Beurteilung der Schutzdienstpflichtigen (VABS) vom 5. Dezember 2003

Verordnung über die Funktionen, die Grade und den Sold im Zivilschutz (FGSV) vom 9. Dezember 2003

Verordnung über die Organisation der wirtschaftlichen Landesversorgung (Organisationsverordnung Landesversorgung) vom 6. Juli 1983 (Stand am 22. Juli 2003)

Weisungen des Bundesamtes für Sozialversicherung betreffend die Bescheinigung der Dienstage gemäss Erwerbsersatzordnung

Weisung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die vorzeitige Entlassung aus der Schutzdienstpflicht vom 1.04.2004

Technische Weisungen für die Schutzanlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes TWO, 1977

Technische Weisungen für spezielle Schutzräume TWS, 1982

Technische Weisung für den Pflichtschutzraumbau TWP, 1984

Reglemente des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS)

Gesundheitsgesetz vom 1. Juli 2008 (ersetzt Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962)

Regierungsärztliche Vorgaben zur Umsetzung des Zivilschutzes im Kanton Zürich, RRB vom 2. April 2003

Zivilschutzgesetz (ZSG) vom 19. März 2007, Inkrafttreten: 1. August 2007

Kantonale Zivilschutzverordnung (KZV) vom 17. September 2008, Inkrafttreten: 1. November 2008

Weisung über den Vollzug der Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft im Kanton Zürich vom 1.03.2004

Weisungen für Aufbau und Vollzug im Zivilschutz (WAV-ZS) vom 14.06.2000

Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Militär und Zivilschutz über das Stützpunkt-Rettungsdetachment vom Februar 2002

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gebührenordnung für den baulichen Zivilschutz vom 23. Juni 2004

Stufe Verwaltungseinheit

Gliederung und Sollbestände der Zivilschutzorganisation Winterthur

Anlage und Standorte der Zivilschutzorganisation Winterthur

Zivilschutz Katastrophen- und Nothilfeplanung

Ernstfalldokumentation für bewaffnete Konflikte (EFD)

Mehrjahresplanungen für die Zivilschutzorganisation Winterthur

Leitidee

Strategische Erfolgspositionen (SEP)

Legislatur- und Jahreszielplanungen

Entschädigungsreglement vom 1.1.1997 (Regelung über Entschädigungen an Lehrpersonal, Kaderfunktionäre und Spezialisten des Zivilschutzamtes Winterthur sowie an nebenamtliches Instruktionspersonal)

Verantwortliche Leitung

Thomas Engesser, Amtsvorsteher / Kommandant Zivilschutz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Auftragserfüllung nach dem Grundsatz möglichst ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis <i>Messung / Bewertung:</i> Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/In in CHF * Kostendeckungsgrad insgesamt in % *	23.70 33	25.10 31	32.92 26
2 Kundenorientierung 1) Die Anliegen der Zivilschutzpflichtigen werden kundenorientiert, gerecht und speditiv behandelt. 2) Die Infrastruktur des Zivilschutzes wird Dritten nach Möglichkeit in geeigneter Form zur Verfügung gestellt <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Jährliche Erhebung bei 50 Zivilschutzpflichtigen mit Fragebogen 2) Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden aus Kundenbefragung im zweijährigen Turnus in den ungeraden Kalenderjahren <i>Messgrößen:</i> 1) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden antwortenden Kundinnen und Kunden	95.00 98.00	>90 ----	>90 >90
3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt-Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 2) Überprüfung der Funktionstüchtigkeit der privaten Schutzräume 3) Überprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel 4) Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe <i>Messgrößen:</i> 1) Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden in % 2) Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel in % 3) Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen in % 4) Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur	56 95 100.00 6	50 95 >98 7	50 95 >98 7

Das Gebiet der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung umfasst die Gemeinden Winterthur, Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon. Einwohnerzahl für das Jahr 2008: 110'400. Einwohnerzahl für das Jahr 2009: 111'612 (Winterthur: 99'500 (Jahresmittel) gemäss Finanzamt; Bertschikon 999 / Seuzach 6'647 / Wiesendangen 4'466, Stand 31.12.2007 Quelle: statistisches Amt des Kantons Zürich.)

* automatische Berechnung

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	2'616'592	2'824'500	3'674'137

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Der Voranschlag für das Jahr 2009 ist gegenüber dem Voranschlag 2008 aufgrund der Personalkosten (höhere Rentenleistungen, keine Mutationsgewinne) sowie den rückläufigen Erträgen bei den Gebühren und Rückerstattungen höher. Zudem sind im Voranschlag 2009 neu kalk. Abschreibungen und Zinsen aus der Anlagenbuchhaltung enthalten.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Der Voranschlag 2009 weist einen höheren Globalkredit aus als die Rechnung 2007, die mit bereinigten Nettokosten von Fr. 2'810'827 schliesst. Das Jahr 2007 war ein ausserordentliches Jahr: Mutationsgewinn, Wegfall der Ausbildungskosten AdZS (ZS-Gesetz Kanton ZH). Der Beitrag an Dritte (Rettungsdienst) wurde im Jahr 2007 mit 54 % in Rechnung gestellt. Der Voranschlag 2009 weist höhere Personalkosten aus (Wiederbesetzung einer Stelle, Lohnmassnahmen 2008 und höhere Kosten bei der Rententeuerung). Der Rückgang der Bautätigkeit bewirkt eine Ertragseinbusse bei den Gebühren. Zudem sind im Voranschlag 2009 neu kalk. Abschreibungen und Zinsen aus der Anlagenbuchhaltung enthalten.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	2'671'740	2'873'555	3'015'956
Sachkosten	778'864	619'080	615'445
Beiträge an Dritte	92'963	173'000	173'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	215'972	219'900	927'364
Übrige interne Kosten	148'887	211'802	218'100
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'908'426</i>	<i>4'097'337</i>	<i>4'949'865</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'908'426	4'097'337	4'949'865
Externe Erlöse	1'045'452	1'074'500	1'076'553
Interne Erlöse	147'092	116'737	77'576
Beiträge von Dritten	99'290	81'600	121'600
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'291'834</i>	<i>1'272'837</i>	<i>1'275'729</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'291'834	1'272'837	1'275'729
Total Nettokosten/Globalkredit	2'616'592	2'824'500	3'674'137
Interne Kosten	364'859	431'702	1'145'464
Interne Erlöse	147'092	116'737	77'576
Total primäre Nettokosten*	2'398'824	2'509'535	2'606'248
Kostendeckungsgrad in % **	33	31	26
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			30

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	215'972	219'900	219'900
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	19.3	19.3	19.3
▪ Lehrverhältnisse	1.0	1.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	20 (2)	20 (2)	20 (2)

Im Personalbestand 2009 von 20 Personen ist der Auszubildende (Automobil-Assistent) eingeschlossen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Unterstützung von Anlässen zu Gunsten der Gemeinschaft im Rahmen der Bewilligungen von BABS, AMZ und Stadt Winterthur. Unterstützung des Freilichtspiels 2009 in der Stadt Winterthur mit Zivilschutzpflichtigen.
 BSW09 (Bevölkerungsschutz Winterthur 2009) mit den Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst.
 Einsatzbezogene Ausbildung im Massstab 1:1 für alle WK Einheiten.
 Anpassung der Infrastruktur (bauliche Einrichtungen / Transportmittel) an die neuen Anforderungen.
 Werterhalt und stete Einsatzbereitschaft der permanenten Einrichtungen garantieren.
 Den Rettungsdienst mit seiner effizienten Einsatzzentrale, dem optimal ausgebildeten Personal und moderner Ausrüstung, stets an die Anforderungen der IVR-Richtlinien anpassen. Neubau der Rettungswache.

Produkt 1 Zivilschutzorganisation**Leistungen**

- Bereitstellung der Schutzinfrastruktur / Alarmierung der Bevölkerung
- Schutz und Betreuung von Schutzsuchenden und von obdachlosen Personen
- Schutz von Kulturgütern (Kulturgüterschutz KGS)
- Unterstützung der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes insbesondere bei Katastrophen und Notlagen
- Führungsunterstützung und Logistik
- Instandstellungsarbeiten
- Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'908'426	4'097'337	4'949'865
Erlös	1'291'834	1'272'837	1'275'729
Nettokosten	2'616'592	2'824'500	3'674'137
Kostendeckungsgrad in %	33	31	26

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Keine schwerwiegenden Unfälle bei Zivilschutzübungen	0	0	0
Alle Kaderfunktionen der Organisation besetzt in %	85	85	85
Alle Zivilschutzpflichtigen sind für die Ernstfalleinsätze vollständig ausgerüstet in %	85	95	95
Betriebsbereitschaft der Anlagen zu 100 % gewährleistet.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Jährlicher Sirenentest	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Schutzdienstpflichtige			
▪ Offiziere	57	67	74
▪ Unteroffiziere	161	140	116
▪ Zivilschutzsoldaten	607	715	710
Gesamte Anzahl Diensttage	4'476	4'300	4'300
▪ zu Gunsten WK / Werterhaltung	3'100	2'000	1'900
▪ zu Gunsten humanitärer Organisationen	257	300	400
▪ zu Gunsten der Gemeinschaft	1'119	2'000	2'000
Anzahl Übernachtungen in Zivilschutzanlagen	532	1'700	600
Anzahl Schutzplätze für die Bevölkerung	107'261	105'000	106'000
Anzahl kontrollierte private Schutzplätze	24'462	20'000	20'000

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl neu erstellte Schutzplätze	1'627	1'000	500
Anzahl Sirenen			
▪ stationär	41	41	41
▪ mobil	6	6	6
Anzahl Stabsübungen	2	2	2
Anzahl Stabsrahmenübungen	2	2	1
Anzahl eingeteilte aktive Zivilschutzpflichtige pro 1'000 EinwohnerInnen	8	8	8

IAFP Zivilschutz

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	3'908	4'097	4'949	4'990	4'990	4'970
Erlös	1'291	1'272	1'275	1'216	1'216	1'216
Nettokosten/Globalkredit	2'617	2'824	3'674	3'774	3'774	3'754
Kostendeckungsgrad in %	33	31	26	24	24	24

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	415	-225	0	415	0	0	0	225
Gesamt	415	-225	0	415	0	0	0	225

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Auftragserfüllung nach dem Grundsatz möglichst ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis <i>Messung / Bewertung:</i> Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/In in CHF * Kostendeckungsgrad insgesamt in % *	23.70 33	25.10 31	32.92 26	33.70 24	33.70 24	33.20 24
2 Kundenorientierung 1) Die Anliegen der Zivilschutzpflichtigen werden kundenorientiert, gerecht und speditiv behandelt. 2) Die Infrastruktur des Zivilschutzes wird Dritten nach Möglichkeit in geeigneter Form zur Verfügung gestellt <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Jährliche Erhebung bei 50 Zivilschutzpflichtigen mit Fragebogen 2) Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden aus Kundenbefragung im zweijährigen Turnus in den ungeraden Kalenderjahren <i>Messgrößen:</i> 1) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden antwortenden Kundinnen und Kunden	95.0 98.0	>90 ---	>90 >90	>90 ---	>90 >90	>90 ---

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt-Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 2) Überprüfung der Funktionstüchtigkeit der privaten Schutzräume						
3) Überprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel 4) Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe <i>Messgrößen:</i> 1) Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden in % 2) Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel in % 3) Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen in % 4) Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur						
	56	50	50	50	50	50
	95	95	95	95	95	95
	100.0	>98	>98	>98	>98	>98
	6	7	7	7	7	7

Grundlage für die Berechnung der Kosten pro Einwohner/-in sind folgende Einwohnerzahlen für die Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung: Jahr 2009: 111'612 / Jahr 2010: 112'000 / Jahr 2011: 112'000.

* automatische Berechnung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Beschaffung neuer Übermittlungsmittel im Rahmen des Bevölkerungsschutzes.
 Anpassen der Infrastruktur und des Ausbildungsmaterials an die Bedürfnisse des Bevölkerungsschutzes.
 Nachrüstung KP Ausserdorf mit neusten Übermittlungsmitteln (geplant 2011).

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die voraussichtliche bauliche Entwicklung mit rückläufiger Tendenz bewirkt eine Ertragseinbusse bei den Gebühren.

Melde- und Zivilstandswesen

Auftrag

Zuverlässige gegenwarts- und vergangenheitsbezogene Registrierung aller Winterthurer Einwohner/innen und Bürger/innen des Bezirks Winterthur sowie Beurkundung aller Zivilstandsereignisse. Erstellen von Auszügen und Bestätigungen aus den Registern. Durchführung des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung und Vornahme von Trauungen sowie Registrierung von eingetragenen Partnerschaften.

Mitwirkung bei der Organisation von Wahlen und Abstimmungen.

Auftragserledigung für das Migrationsamt des Kantons Zürich.

Produkte

1 Einwohnerkontrolle

Teilprodukte:

- Führen des Einwohnerregisters
- Führen des Stimmregisters
- Dienstleistungen für das Migrationsamt

2 Zivilstandsamt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

ZGB / Schweiz. Zivilstandsverordnung / Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisgesetz) und Verordnung dazu / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte der Auslandschweizer/innen / Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) und Verordnungen / Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen / Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts / Bundesgesetz über das internationale Privatrecht / Eidg. Partnerschaftsgesetz.

Stufe Kanton

Zivilstandsverordnung des Kantons Zürich / Datenschutzgesetz und Datenschutzverordnung / Gemeindegesetz des Kantons Zürich / Gesetz und Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen / Gesetz über das Vorschlagsrecht des Volkes / Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden / Weisungen des Migrationsamtes des Kantons Zürich / Verordnung über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung (Meldewesen Einwohnerregister)

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Kennzahlen:

Bevölkerung am 31.12.2007: 99'307 (gemäss Bevölkerungsstatistik EK)

Bevölkerung 2008: 98'500 (Vorgabe Finanzamt)

Bevölkerung 2009: 99'500 (Vorgabe Finanzamt)

Bevölkerung 2010: 100'000 (Vorgabe Finanzamt)

Bevölkerung 2011: 100'000 (Vorgabe Finanzamt)

Bevölkerung 2012: 101'000

Verantwortliche Leitung

Bugeda Daniel, Bereichsleiter (ab 01.07.2008)

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen			
<i>Messgrössen</i>			
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	16.40	17.20	17.50
Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle in %	68	66	66
Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt in %	59	56	56
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	63	62	62
2 Kundenorientierung			
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden			
<i>Messgrössen</i>			
Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	93	95	95
Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	99	95	95
Zufriedenheitsgrad Trauungen			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	99	97	97
Kurze Reaktionszeit			
<i>Messgrössen</i>			
▪ Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %	99	98	98
▪ Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen in %	100	95	95
▪ Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt in %.	97	95	95
Kurze Wartezeiten			
<i>Messgrössen</i>			
▪ Die Kundschaft wird innert 12 Minuten bedient in %	-	-	80

Kurze Wartezeiten:

Bisher wurde die durchschnittliche Wartezeit in Minuten ermittelt. Diese Zielvorgabe sagt jedoch zu wenig aus über die wirkliche Wartezeit der Kundschaft, Zielgrössen mit 2 Parametern sind aussagekräftiger.

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	1'629'724	1'690'371	1'740'625

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Der Nettoaufwand ist leicht höher budgetiert. Die Abweichung begründet sich wie folgt:

Die Ausgaben sind infolge höherer Lohnkosten und AHV-Ersatzrenten, sowie die Abrechnung mit dem Photoapparat, gestiegen (Anpassung an Rechnung 07).

Bei den Einnahmen resultieren die Mehrerträge vorwiegend aus den Gebührenerträgen und Verkaufserlösen (Photoapparat - Anpassung an Rechnung 07).

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Die Nettokosten sind insgesamt höher als in der Rechnung 2007. Die Abweichung begründet sich wie folgt:

Die Personalkosten sind infolge höherer Lohnkosten und AHV-Ersatzrenten gestiegen. Die Sachkosten dagegen sind gesunken (v.a. InfoStar: 2007 inkl. Beteiligung an den Anschaffungskosten, 2009 nur Betriebskosten).

Bei den Einnahmen rechnen wir mit leicht tieferen Erträgen bei den Gebühren sowie infolge Wegfall von Lohnrückerstattungen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	3'047'198	3'136'708	3'238'321
Sachkosten	447'395	333'900	359'100
Beiträge an Dritte	2'800	5'000	5'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	256'942	258'100	263'700
Übrige interne Kosten	703'703	671'262	664'560
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'458'039</i>	<i>4'404'970</i>	<i>4'530'681</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'458'039	4'404'970	4'530'681
Externe Erlöse	2'827'907	2'712'000	2'786'000
Interne Erlöse	409	2'599	4'055
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'828'316</i>	<i>2'714'599</i>	<i>2'790'055</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'828'316	2'714'599	2'790'055
Total Nettokosten/Globalkredit	1'629'724	1'690'371	1'740'625
Interne Kosten	960'645	929'362	928'260
Interne Erlöse	409	2'599	4'055
Total primäre Nettokosten*	669'487	763'608	816'421
Kostendeckungsgrad in % **	63	62	62
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			62

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	296'942	258'100	263'700
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	30.4	30.4	30.4
▪ Lehrverhältnisse	4.0	4.0	4.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	37 (17)	36 (13)	38 (21)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Systematische Rück Erfassung von Bürgern und Bürgerinnen des Zivilstandskreises Winterthur (Bezirk Winterthur) intensiv fortsetzen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Einführung der Wohnungs- und neuen Sozialversicherten-Nummer.
- Vorbereitung auf die Registerharmonisierung (Volkszählung 2010).
- Einführung des Ausländerausweises für Drittstaaten in Kreditkartenformat (nur bei Neuausstellung).

Produkt 1 Einwohnerkontrolle**Leistungen**

- Führen des Einwohnerregisters
- Erstellen von Auszügen aus dem Register, Erteilen von Auskünften und Beratung
- Antragstellung für Reisepapiere von schweizerischen Staatsangehörigen
- Führen des Hunderegisters und Einzug der Hundesteuer
- Führen des Stimmregisters, inkl. Auslandschweizer/innen
- Zustellung der Stimmunterlagen, Durchführen der brieflichen und vorzeitigen Stimmabgabe
- Entgegennahme, Prüfung und Weiterleitung von Gesuchen an das Migrationsamt
- Beratung der ausländischen Wohnbevölkerung, Gebühreninkasso für Bund und Kanton
- Erstellen und Auswerten von Statistiken; Meldungen an andere Amtsstellen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'538'031	2'505'489	2'571'496
Erlös	1'722'624	1'648'430	1'690'230
Nettokosten	815'407	857'059	881'266
Kostendeckungsgrad in %	68	66	66

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Das Einwohnerregister wird kostengünstig geführt. Bruttoaufwand pro Registereintrag/-auszug (ohne Adressauskünfte) in CHF:	38.60	39.80	38.90

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Mutationen im Einwohnerregister	40'136	35'000	40'000
Erstellen von Dokumenten / Ausweisen aus dem Register	14'877	13'000	15'000
Anträge für CH Reisepapiere (Pass und Id-Karte)	10'699	15'000	10'000
Briefliche und vorzeitige Stimmabgaben	118'802	100'000	110'000
Kontrollierte Unterschriften (Initiative / Referendum)	47'718	25'000	30'000
Total aller Dienstleistungen	232'232	188'000	205'000

Produkt 2 Zivilstandsamt**Leistungen**

- Führen der Zivilstandsregister
- Erstellen von Auszügen aus den Registern, Erteilen von Auskünften und Beratung
- Durchführung des Vorbereitungsverfahrens (inkl. Prüfung der Dokumente) zur Eheschliessung und Vornahme von Trauungen
- Vornahme von eingetragenen Partnerschaften
- Erstellen und Auswerten von Statistiken (Mitteilungen an andere Amtsstellen)

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'865'987	1'899'481	1'959'185
Erlös	1'105'692	1'066'170	1'099'825
Nettokosten	760'295	833'311	859'360
Kostendeckungsgrad in %	59	56	56

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Einzel- und Familienregister werden kostengünstig geführt. Bruttoaufwand pro Eintrag / Auszug in CHF	47.35	52.80	51.90

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Registereinträge (ereignisbezogen)	6'201	5'000	6'000
Erfassung von Geschäftsfällen im InfoStar	21'224	20'000	20'000
Auszüge aus den Registern	11'967	11'000	11'000
Vorbereitungsverfahren zur Eheschliessung (Beratung und Aktenprüfung)	864	850	850
Vornahme von Trauungen	811	800	800
Dienstleistungen Total	41'067	37'650	38'650

IAFP Melde- und Zivilstandswesen

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	4'458	4'404	4'530	4'531	4'451	4'451
Erlös	2'828	2'714	2'790	2'790	2'790	2'790
Nettokosten/Globalkredit	1'630	1'690	1'741	1'741	1'661	1'661
Kostendeckungsgrad in %	63	62	62	62	63	63

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen						
<i>Messgrössen</i>						
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	16.40	17.20	17.50	17.40	16.60	16.50
Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle in %	68	66	66	67	67	67
Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt in %	59	56	56	57	58	58
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	63	62	62	62	63	63
2 Kundenorientierung						
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden						
<i>Messgrössen</i>						
Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	93	95	95	95	95	95
Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	99	95	95	95	95	95
Zufriedenheitsgrad Trauungen						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	99	97	97	97	97	97
Kurze Reaktionszeit						
<i>Messgrössen</i>						
▪ Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %	99	98	98	98	98	98
▪ Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen in %	100	95	95	95	95	95
▪ Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt in %.	97	95	95	95	95	95
Kurze Wartezeiten						
<i>Messgrössen</i>						
▪ Die Kundschaft wird innert 12 Minuten bedient in %	-	-	80	80	80	80

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Die Volkszählung 2010 kann registergestützt erfolgen.
- Das Zivilstandsamt prüft infolge Platzmangels die Archivierungsmöglichkeiten ihrer Belege aus den Zivilstandsregistern.
- Ab 2010 sind wahrscheinlich die Anträge für Schweizerpässe nicht mehr durch uns zu erstellen, sondern über den Kanton. Dies bewirkt, dass wir vermutlich eine 50% Stelle einsparen können, jedoch die Erträge um den gleichen Betrag sinken.
- Bis Ende 2012 sind alle noch lebenden Bürger/innen des Bezirks Winterthur in der Datenbank InfoStar erfasst.
- Aufhebung einer befristeten Stelle im Zivilstandswesen auf den 31.12.2010.
- Sicherstellen, dass Winterthur auch künftig (nach Umsetzung von FOKUS) ein würdiges Traulokal hat.
- Ab 2012 sind wahrscheinlich die Anträge für Identitätskarten nicht mehr durch uns zu erstellen, sondern über den Kanton. Dies bewirkt, dass wir vermutlich eine 100% Stelle einsparen können, jedoch die Erträge um den gleichen Betrag sinken.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Der Kantonsrat hat Anfang Juni 08 beschlossen, dass die Erfassung von Daten für die biometrischen Reisedokumente ausschliesslich durch zwei kantonal betriebenen Zentren erfolgen wird (Zürich und Winterthur an zentraler Lage). Wir werden dadurch eine wichtige Tätigkeit und eine Einnahmequelle verlieren.

Im Zusammenhang mit der Volkszählung 2010 werden anschliessend die harmonisierten Daten in Zukunft elektronisch zwischen den Gemeinden ausgetauscht. Termin noch unbestimmt.

Umwelt- und Gesundheitsschutz

Auftrag

- Gesundheitsschutz der Bevölkerung gewährleisten und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt fördern.
- Im Rahmen der Arbeitssicherheits-, Energie-, Lebensmittel- und Umweltschutzgesetzgebung und gesundheitspolizeilichen Anforderungen sind die Prüf-, Kontroll- und Vollzugsaufgaben kundenfreundlich sicherzustellen.
- Information und Beratung zu Fragen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes.
- Koordination der städtischen Aktivitäten in den Bereichen Nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Energie.

Produkte

1 Vollzug und Kontrolle

Vollzug der einschlägigen Gesetzesbestimmungen in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Lufthygiene, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Orthsygiene. Koordination und Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP).

2 Dienstleistungen

Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie. Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur. Führung der Geschäftsstelle Region Ost (Fluglärm). Information der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik über den Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie die Nachhaltige Entwicklung.

3 Campingplatz

Betrieb Campingplatz am Schützenweiher.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)

Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz [LMG]) / Lebensmittelverordnung (LMV) / Hygieneverordnung (HyV) / Verordnung über Fremd- und Inhaltsstoffe in Lebensmitteln (Fremd- und Inhaltsstoffverordnung [FIV]) / Verordnung über Speisepilze (Pilzverordnung [VSp]) / Verordnung über Gebrauchsgegenstände (GebrV)

Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz [USG]) / Luftreinhalte-Verordnung (LRV) / Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) / SMOG-Verordnung / Massnahmenplan Lufthygiene
Kanton Zürich / Bauverfahrensverordnung (BVV Ziffer 4.1+4.2) Kanton Zürich / Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) / Kantonale Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung / Gebührenordnung zum Vollzug des Umweltrechts

Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG) / Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)

Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz [ArG]) / Verordnungen I bis IV zum Arbeitsgesetz [ArGV I bis IV])

Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) / Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten (Verordnung über die Unfallverhütung [VUV])

Tierseuchenverordnung

Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz)

Energiegesetz (EnG) / Energieverordnung des Bundes (EnV)

Energiegesetz des Kantons / Verordnung über die Energieplanung und die Förderung von Pilotprojekten des Kantons (Energieverordnung)

Verordnung über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung [StFV]) / Verordnung über den Vollzug der Störfallverordnung des Kantons

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur / Massnahmenplan Feuerungen für die Stadt Winterthur / Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS)

Bericht zu Postulat Ökologische Buchhaltung vom 27. April 1987

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Lokale Agenda 21 (GGR Nr. 99/079) / Nachhaltige Stadtpolitik: Schaffung der notwendigen Voraussetzungen (SRB-Nr. 2001-0447)

Energiekonzept 2000-2020 (SRB-Nr. 2000-94) / Aktivitätenprogramm Energie (SRB-Nr. 2001-2206) / Konzept

Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt 2003-2006 (SRB-Nr. 2003-2224) / Programm Energieoptimierung öffentlicher Bauten (SRB-Nr. 2004-0882)

Beitritt zum Verein Klimabündnis (SRB-Nr. 94-0104) / Plattform zur Zusammenarbeit der Klimabündnis-Städte Schweiz (KBSS)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

(SRB-Nr. 96-0215) / Schaffhauser Memorandum der Schweizer Klimabündnis-Städte (SRB-Nr. 2002-0329)
Schaffung einer Fachstelle für Umweltschutz (GGR, 1986), Konzept Umweltschutzorganisation (SR, 1986) / Genehmigung Strategiepapier 2004-2006 sowie personelle Zusammensetzung der Organisation Umwelt und Energie (SRB-Nr. 2004-0678), Zusammenlegung Gesundheitsamt und Umweltschutzfachstelle (SRB-Nr. 2005-1039), Organisation Umwelt und Energie: Strategiepapier 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2309), Energiekonzept 2000-2020: Aktivitätenprogramm 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2254), Ausbau Lebensmittelkontrolle für Gemeinden (SRB-Nr. 2007-0254), Kommunikationskonzept und Massnahmenprogramm Mobilität (SRB-Nr. 2007-0544), Beschaffung umweltschonender und energieeffizienter Fahrzeuge (SRB-Nr. 2006-1146).

Stufe Verwaltungseinheit

Strategie und Legislaturplanung 2006-2010 / Leistungsvereinbarung 2006-2010 / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Dr. Anna Roschewitz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung - Kosten (Globalkredit) pro Einwohner/in, in CHF - Kostendeckungsgrad insgesamt in % - Einwohnerzahl	16.80 37 98'520	17.90 44 98'500	20.03 47 99'500
2 Kundenorientierung Kundenerwartungen sind erkannt und werden zufrieden stellend erfüllt. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen <i>Messgrößen:</i> Kundenzufriedenheit Campingplatz (sehr zufrieden in %)	k.A.	73	75
3 Vollzug und Kontrolle Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden können, den hygienischen Umgang sicherstellen und Schutz vor Täuschungen. Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Schutz der Bevölkerung, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume vor schädlichen Luftverunreinigungen. Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren. Die inspizierten Betriebe und Kund/innen sind mit der Qualität der Vollzugstätigkeit sowie den durchgeführten Kontrollen und Prüfungen zufrieden und akzeptieren die angeordneten Massnahmen. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Kontrollen und Nachkontrollen durch das Lebensmittelinspektorat, das Arbeitsinspektorat und die Fachstelle Umwelt. <i>Messgrößen:</i> - Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur - Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur - Wägungen von PM10-Filtern - Beurteilte Emmissions-Messberichte - VOC-Bilanzen - Arbeitssicherheitskontrollen - Planbegutachtungen	1.09 1'048 57 484 4'501 21 6 99 75	0.90 900 70 500 5'000 20 6 180 170	0.90 900 80 500 5'000 20 6 180 100
4 Dienstleistungen Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung. Veröffentlichung Umweltbericht alle 4 Jahre. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen Erhebung der Nachfrage Audits Label Energiestadt (alle 4 Jahre) <i>Messgrößen:</i> - Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren - Anzahl Besucher/innen auf Internetseite - Anzahl Kampagnen / Aktionen - Umweltbericht (alle 4 Jahre) - Label Energiestadt - Zielerreichungsgrad Goldmedaille Gesamttotal	10'598 21'838 7 - Gold-Medaille 77	200 18'000 6 - - -	10'000 21'000 6 1 - -

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	1'664'604	1'812'481	1'993'306

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Weiterer Ausbau der Lebensmittelkontrolle in den Partnergemeinden (Regionales Kompetenzzentrum). Dieser Ausbau führt zwar zu höheren Personalkosten (Lohnkosten), wirkt jedoch auch auf der Erlösseite (höhere Einnahmen). Intensivierung der Prozess- und Projektarbeiten zum LSP "Nachhaltiges Denken und Handeln". Ergänzung Auftrag des Grossen Gemeinderates vom 08.12.2008: Beschaffung von Stromsparmäusen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Anpassung der personellen Ressourcen des Bereichs, primär im Lebensmittelinspektorat aufgrund der gesetzlich erforderlichen Kontrolltätigkeit auf dem Gemeindegebiet der Stadt Winterthur, verbunden mit der ab 2008 vorgeschriebenen risikobasierten Kontrolle sowie der im Rahmen der Akkreditierung verlangten Stellvertretung der Leitung Lebensmittelinspektorat. Zudem Ressourcen für LSP "Nachhaltiges Denken und Handeln".

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	1'758'922	2'139'815	2'611'527
Sachkosten	645'720	741'525	814'009
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	6'538	6'400	6'932
Kalkulatorische Kosten	121'276	122'200	123'600
Übrige interne Kosten	129'664	212'959	204'543
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'662'119</i>	<i>3'222'899</i>	<i>3'760'611</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'662'119	3'222'899	3'760'611
Externe Erlöse	669'211	1'124'000	1'321'000
Interne Erlöse	83'596	69'418	156'305
Beiträge von Dritten	244'709	217'000	290'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>997'515</i>	<i>1'410'418</i>	<i>1'767'305</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	997'515	1'410'418	1'767'305
Total Nettokosten/Globalkredit	1'664'604	1'812'481	1'993'306
Interne Kosten	257'477	341'559	335'075
Interne Erlöse	83'596	69'418	156'305
Total primäre Nettokosten*	1'490'722	1'540'340	1'814'536
Kostendeckungsgrad in % **	37	44	47
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			47

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	121'275	123'000	123'600
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	15.5	16.6	19.5
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	20 (13)	24 (15)	27(17)

+2.5 Lebensmittelinspektorat (Ausbau Partnergemeinden)

+0.25 Lebensmittelinspektorat (Pensumserhöhung G. Ruf Ausbau Partnergemeinden)

+0.7 Nachhaltigkeit

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Lebensmittelinspektorat: Ausbau der Lebensmittelkontrolle in den Partnergemeinden.

Arbeitsinspektorat: Kontrolltätigkeit gemäss Kantonaler Leistungsvereinbarung durch personelle Konsolidierung.

Fachstelle Umwelt: Projektleitung Umweltbericht 2009.

Intensivierung der Prozess- und Projektarbeiten zum LSP "Nachhaltiges Denken und Handeln" durch spezialisierte/n MA.

Region Ost: Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit.

Produkt 1 Vollzug und Kontrolle**Leistungen**

- Lebensmittelkontrolle
- Pilzkontrolle
- Immissionsüberwachung
- Vollzug Luftreinhalte-Verordnung (LRV) und Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV)
- Vollzug Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Termingerechte Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)
- Kadaverentsorgung

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'814'055	2'282'626	2'650'177
Erlös	700'296	1'056'007	1'449'602
Nettokosten	1'113'759	1'226'620	1'200'575
Kostendeckungsgrad in %	39	46	55

Kosten steigen wegen zusätzlichen 2,25 Stellen für Lebensmittelkontrolleure für Partnergemeinden. Der Erlös steigt aufgrund der Gebühreneinnahmen der neuen Partnergemeinden ebenfalls.

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Lebensmittelkontrollen pro Mitarbeitende	620	650	650
EKAS Entschädigung (Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit) in CHF	122'441	150'000	200'000
Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren in %	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	1.09	0.90	0.90
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Partnergemeinden (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	0.7	0.9	0.9
Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	1'048	900	900
Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur	57	70	80
Lebensmittelkontrollen in Partnergemeinden (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	1'562	2'300	4'300
Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Partnergemeinden	100	150	250
Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur	484	500	500
Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Partnergemeinden	672	1'000	1'800
Besucher/innen Pilzkontrolle	253	300	300
Wägungen von PM10-Filtern	4'501	5'000	5'000

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Beurteilte Emissions-Messberichte	21	20	20
VOC-Bilanzen	6	6	6
Arbeitssicherheitskontrollen	99	180	180
Planbegutachtungen	75	170	100
Anzahl erfolgreicher gerichtlicher Beanstandung bei UVP-Verfahren	0	0	0
Anzahl erfolgreicher Einsprachen gegen Bewilligungen, Auflagen, Verfügungen, Verwarnungen oder Verzeigungen	0	0	0
Kadaverentsorgung (t)	72	150	70

Angelieferte Menge tierische Abfälle von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) tiefer als bisher angenommen, daher Korrektur für Soll 2009.

Produkt 2 Dienstleistungen

Leistungen

- Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie
- Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur
- Geschäftsstelle Fluglärmorganisation Region Ost
- Beratung der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik bei Fragen zu Umwelt- und Gesundheitsschutz
- Öffentlichkeitsarbeit zu Umwelt- und Gesundheitsschutz

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	557'312	575'348	764'431
Erlös	8'409	369	573
Nettokosten	548'903	574'979	763'858
Kostendeckungsgrad in %	2	0	0

Kosten steigen wegen Erhöhung Sachkosten (Umweltbericht, Kampagnen) und Lohnkosten (0.7 Stelle für LSP)

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Besucher/innen auf Internetseite	21'838	18'000	21'000
Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren	10'598	200	10'000
Label Energiestadt (Re-Audit 2011)	Gold-Medaille	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Gesamttotal	77	(77)*	(77)*
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Entwicklung, Raumordnung'	83	(83)	(83)
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Kommunale Gebäude, Anlagen'	48	(48)	(48)
Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Versorgung, Entsorgung'	75	(75)	(75)
Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Mobilität'	94	(94)	(94)
Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Interne Organisation'	83	(83)	(83)
Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Kommunikation, Kooperation'	79	(79)	(79)

* Zielerreichungsgrad in Klammer, da Re-Audit Label Energiestadt alle 4 Jahre und Operatives Ziel Goldmedaille auf 2011 ausgerichtet.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Medienmitteilungen und Anfragen durch Medien	20	30	30
Anzahl durchgeführter Kurse, Seminare und gehaltener Referate	12	10	10
Anzahl Kampagnen / Aktionen	7	6	6
Umweltbericht (alle 4 Jahre)	-	-	1

Die Erstellung des Umweltberichtes (alle 4 Jahre) bindet im 2009 einen Grossteil der knappen personellen Ressourcen der Fachstelle Umwelt, welche die Projektleitung inne hat.

Produkt 3 Campingplatz

Leistungen

Betrieb Campingplatz am Schützenweiher

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	304'127	364'925	346'003
Erlös	288'811	354'043	317'130
Nettokosten	15'316	10'882	28'873
Kostendeckungsgrad in %	95	97	92

Das alte Gebäude, in den 1940er Jahren für den Sommerbetrieb erstellt, erfüllt die Anforderungen an einen modernen Ganzjahresbetrieb schon seit Jahren nicht mehr. Dies schlägt sich u.a. in den sehr hohen Unterhaltskosten (durchschnittlich CHF 46'000/Jahr) und Stromkosten (25'000/Jahr) nieder.

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kundenzufriedenheit Campingplatz (sehr zufrieden in %)	k.A.	73	75

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Übernachtungen auf Campingplatz	16'313	24'000	20'000

Annahme Soll 2008 (vermehrte Übernachtungen in der Sommersaison aufgrund der Euro08) war falsch. Annahme Soll 2009: Konsolidierung der Übernachtungen nach mehrfachen personellen Wechseln auf dem Campingplatz im 2007/2008 und umfassenden Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten der Grünanlagen und Bauten im 2007/2008.

IAFP Umwelt- und Gesundheitsschutz

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	2'662	3'222	3'760	3'947	3'947	3'947
Erlös	997	1'410	1'767	1'767	1'767	1'767
Nettokosten/Globalkredit	1'665	1'812	1'993	2'179	2'179	2'179
Kostendeckungsgrad in %	37	44	47	45	45	45

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	600	0	0	0	600	0	0	0
Bewilligt	50	0	0	50	0	0	0	0
Gesamt	650	0	0	50	600	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
▪ Kosten (Globalkredit) pro Einwohner/in, in CHF	16.80	17.90	20.03	21.79	21.79	21.57
▪ Kostendeckungsgrad insgesamt in %	37	44	47	45	45	45
▪ Einwohnerzahl	98'520	98'500	99'500	100'000	100'000	101'000
2 Kundenorientierung Kundenerwartungen sind erkannt und werden zufrieden stellend erfüllt. <i>Messung / Bewertung:</i>						
Kundenbefragungen <i>Messgrößen:</i>						
▪ Kundenzufriedenheit Campingplatz (sehr zufrieden in %)	k.A.	73	75	78	80	82
3 Vollzug und Kontrolle Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden können, den hygienischen Umgang sicherstellen und Schutz vor Täuschungen. Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Schutz der Bevölkerung, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume vor schädlichen Luftverunreinigungen. Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren. Die inspizierten Betriebe und Kund/innen sind mit der Qualität der Vollzugstätigkeit sowie den durchgeführten Kontrollen und Prüfungen zufrieden und akzeptieren die angeordneten Massnahmen. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Kontrollen und Nachkontrollen durch das Lebensmittelinspektorat, das Arbeitsinspektorat und die Fachstelle Umwelt. <i>Messgrößen:</i>						
▪ Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	1.09	0.90	0.90	0.90	0.90	0.90
▪ Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	1'048	900	900	900	900	900
▪ Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur	57	70	80	80	80	80
▪ Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur	484	500	500	500	500	500
▪ Wägungen von PM10-Filtern	4'501	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000
▪ Beurteilte Emissions-Messberichte	21	20	20	20	20	20
▪ VOC-Bilanzen	6	6	6	6	6	6
▪ Arbeitssicherheitskontrollen	99	180	180	180	180	180
▪ Planbegutachtungen	75	170	100	100	100	100

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
4 Dienstleistungen Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung. Veröffentlichung Umweltbericht alle 4 Jahre. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen Erhebung der Nachfrage Audits Label Energiestadt (alle 4 Jahre) <i>Messgrössen:</i>						
▪ Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren	10'598	200	10'000	10'000	10'000	10'000
▪ Anzahl Besucher/innen auf Internetseite	21'838	18'000	21'000	22'000	23'000	24'000
▪ Anzahl Kampagnen / Aktionen	7	6	6	6	6	6
▪ Umweltbericht (alle 4 Jahre)	-	-	1	-	-	-
▪ Label Energiestadt	Gold-Medaille	-	-	-	Gold-Medaille	-
▪ Zielerreichungsgrad Goldmedaille Gesamttotal	77	-	-	-	85	-

Nächster Umweltbericht erscheint im 2009. Re-Audit Label Energiestadt alle 4 Jahre, nächster Termin im 2011.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

2010: LSP "Nachhaltiges Denken und Handeln" umgesetzt

2010: Neubau Gebäude Campingplatz

2011: Gold-Medaille als Energiestadt mit 85% Zielerreichungsgrad

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Materialverwaltung

Auftrag

Die Materialverwaltung der Stadt Winterthur ist ein departementsübergreifender Dienstleistungsbetrieb für die professionelle Beschaffung und Verteilung von Verbrauchs- und Investitionsgütern. Sie sichert damit der Stadtverwaltung eine wichtige Kernkompetenz in Bezug auf das Beschaffungswesen.

Produkte

Beschaffung und Verkauf

Koordinierte Beschaffung von Investitions- und Verbrauchsgütern unter Berücksichtigung der ökologischen und qualitativen Aspekte.

Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Unterstützung von städtischen Verwaltungsstellen bei Beschaffungsvorhaben (Beschaffungsberatung), mit dem Zweck gezielt und preiswert zu beschaffen. Zentrales Kompetenzzentrum für Submissionen im Rahmen des GATT/WTO-Abkommens.

Lagerung, Transport und Entsorgung

Koordinierte und effiziente Lagerung und Verteilung von Investitions- und Verbrauchsgütern zwecks Kostenoptimierung. Sicherstellung einer nach ökologischen Gesichtspunkten organisierten Entsorgung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Lehrmittelverordnung für die Volksschule vom 5. Januar 2000
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen v. 15. März 2001

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Stadtratsbeschluss vom 21. Mai 2003 über die Richtlinien für das Beschaffungswesen
- Projekt "Nachhaltige ökologische Beschaffung" vom November 1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Materialverwaltung vom April 2000

Verantwortliche Leitung

Peter Buchwalder, Leiter Materialverwaltung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit Die Materialverwaltung ist ein zentrales Dienstleistungs- und Beschaffungszentrum der Stadtverwaltung Winterthur. Durch optimierte Abläufe, koordinierte Beschaffung und eine effiziente Materialwirtschaft leistet sie den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung. <i>Messgrößen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 2 und 3 ist im Durchschnitt	106 47	105 62	106 61
2 Wirkung Die 100 umsatzstärksten Produkte werden im Preisvergleich mit dem Fachhandel, dem Detailhandel und dem Internetmarkt, bei der Materialverwaltung mindestens 10% günstiger angeboten. <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in %	100	100	100
3 Qualität Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der verwaltungsinternen und -externen Kundschaft wird mittels einer alle 4 Jahre (nächste Umfrage in 2011) durchgeführten Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Produktqualität, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit "zufrieden" oder "sehr zufrieden" Antwortenden	keine Befragung	keine Befragung	keine Befragung
4 Ökologie Der Anteil von Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i> - Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % - Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in % Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird gehalten <i>Messgrösse:</i> Prozentualer Anteil	62 72 90	65 70 90	66 70 90

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	-68'345	-50'002	-13'725

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Die Steigerung der Erlöse wie auch der Sachkosten (Materialeinkauf) ist auf einen leicht höheren Umsatz als im Soll 2008 zurückzuführen.

Die restlichen Kosten sind stabil.

Der Erlös, bzw. der Materialeinkauf (unter Sachkosten) wurde im Soll 2008 zu vorsichtig budgetiert und entsprechend im Soll 2009 korrigiert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Gegenüber Ist 2007 werden keine grossen Abweichungen erwartet. Der Überschuss (Globalkredit) sinkt leicht.

Im Soll 2009 werden die Dienstleistungen gegenüber den Volksschulen als Interne Erlöse ausgewiesen. Im Total bewegt sich der Erlös leicht unter 2007, bzw. Aufträge aus Neu- und Umbauten von Schulhäusern wurden leicht tiefer budgetiert.

Bei den übrigen internen Kosten sind die Informatikdienstleistungen tiefer, da die Projektbegleitung IDW für das Navision-Projekt ausläuft.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	950'134	972'661	1'016'122
Sachkosten	4'659'798	4'221'500	4'611'305
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	236'525	223'700	225'570
Übrige interne Kosten	163'348	134'143	120'298
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'009'805</i>	<i>5'552'004</i>	<i>5'973'295</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	6'009'805	5'552'004	5'973'295
Externe Erlöse	6'077'985	5'300'000	5'685'000
Interne Erlöse	165	302'006	302'020
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'078'151</i>	<i>5'602'006</i>	<i>5'987'020</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'078'151	5'602'006	5'987'020
Total Nettokosten/Globalkredit	-68'345	-50'002	-13'725
Interne Kosten	399'873	357'843	345'868
Interne Erlöse	165	302'006	302'020
Total primäre Nettokosten*	-468'053	-105'839	-57'573
Kostendeckungsgrad in % **	101	101	100
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			101

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	201'268	189'200	190'100
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	8.8	8.9	8.8
▪ Lehrverhältnisse	2.0	2.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	12(3)	12(2)	11(3)

Stelleneinheiten: 0.1 Abbau Sachbearbeitung Kundendienst

Lehrverhältnis / Bestand: 1 KV-Lehrling mit städtischem Lehrvertrag (ab 2009 nicht mehr in obigen Zahlen inbegriffen)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Konsolidierungsphase bei den Projekten Navision und E-Shop
- Überarbeitung und Aktualisierung des Schulmobiliarstandards
- Durchführen der Submission "Einheitliches Schulmobiliar für die Volksschulen der Stadt Winterthur"

Produkt 1 Beschaffung und Verkauf**Leistungen**

- Sicherstellen der Versorgung von städtischen Verwaltungsstellen und Schulen mit den zur koordinierten Beschaffung zugeteilten Gebrauchs- und Verbrauchsgütern und den damit verbundenen Dienstleistungen.
- Beschaffung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung von Ökologie, Qualität, Bedarf und Lieferbereitschaft.
- Durch kosten-/ nutzenorientierte Beschaffung den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten.
- Beschaffen und Auswerten der für den Bereich Materialwirtschaft wichtigen Informationen aus dem Beschaffungsmarkt.
- Führen und Aktualisieren einer umfassenden Lieferantendokumentation.
- Gesamtstädtische Bedarfserhebungen zur koordinierten Beschaffung von Agenden, Telefonbüchern etc.
- Beschaffung im Rahmen von Sammelbestellungen von Geschäfts- und Individualdrucksachen für Verwaltungsstellen und Schulen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	927'173	5'082'742	5'497'008
Erlös	790'980	5'328'000	5'702'013
Nettokosten	136'193	-245'258	-205'006
Kostendeckungsgrad in %	85	105	104

Ab 1.1.2008 werden die Produkte 1 "Evaluation und Beschaffung von Mobiliar, Maschinen, Geräten und Dienstleistungen für Dritte" und 2 "Evaluation, Beschaffung und Verkauf von Hilfs- und Verbrauchsmaterial (Lager)" neu als Produkt 1 "Evaluation und Beschaffung von Mobiliar, Maschinen, Geräten und Dienstleistungen für Dritte" ausgewiesen.

Nettokosten	Ist 2007
Kosten Total	5'408'201
Erlös Total	5'748'571
Nettokosten Total	-340'370
Kostendeckungsgrad	106%

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die pro Projekt vereinbarte Bearbeitungszeit wird eingehalten- Zielerreichungsgrad in %	>95	>95	>95
Das Verkaufsvolumen wird gesteigert		2.90	7.00
▪ Erhöhung des Umsatzes in %			
Der Zufriedenheitsgrad unserer Kundinnen und Kunden stabil auf hohem Niveau halten. Kundenzufriedenheitsgrad in %	keine Befragung	keine Befragung	keine Befragung

Erhöhung des Umsatzes in %: Soll 2008 wurde vor der Zusammenlegung der beiden Produkte berechnet. Bereinigter Wert ist 3.60%. Es wird die prozentuale Entwicklung von Soll 2007 zu Soll 2008 und von Soll 2008 zu Soll 2009 dargestellt.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl der Bestellungen für Individualdrucksachen	443	500	460
Umsatzanteil der städtischen Schulen in %	62	60	60
Anzahl Bestellungen insgesamt		12'200	12'000
Anzahl Bestellungen im Internet-Shop		1'800	2'100
Anzahl Kundinnen und Kunden		1'140	1'180

Anzahl der Bestellungen für Individualdrucksachen: Leicht rückläufiger Drucksachenbedarf. Formulare, Werbungen werden vermehrt online zur Verfügung gestellt.

Anzahl Bestellungen im Internet-Shop: Annahme, dass durch die Optimierung des Web-Shops die Gesamtzahl der Bestellungen reduziert werden kann (Zusammenfassung von Einzelbestellungen).

Produkt 2 Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Leistungen

- Produkteberatung bei grösseren Beschaffungsvorhaben für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Vermittlung von Lieferanten und Kontaktpersonen bei Beschaffungsvorhaben der städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Budgetierung und Kontrolle der Anschaffungs-, Unterhalts- und Verbrauchsmaterialkonten der Volksschulen.
- Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen wie Beschaffungskommission, FK Erscheinungsbild, AG Lehrmittel, Materialprüfungskommission, Maschinenkommission etc.
- Beratungen bezüglich städtischem Erscheinungsbild.
- Aufbereitung und Verteilung von Informationsmaterial für die städtischen Schulen.
- Vermietung von Ausstellungsmaterial an Schulen, Verwaltung und Private.
- Planung und Durchführung von Submissionen unter GATT/WTO für die gesamte Stadtverwaltung. Auch den Aussengemeinden wird diese Fachkompetenz zu gewinnbringenden Honoraren angeboten.
- Wahrnehmen von GU-Funktionen im Rahmen von Neu- und Umbauten in Bezug auf Beschaffung und Koordination.
- Planen und Durchführen einer jährlichen Ausstellung für Kindergartenmaterial.
- Planen und Durchführen von Kursen in den Bereichen Handarbeit und Werken.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	239'573	241'741	245'360
Erlös	8'717	126'000	135'003
Nettokosten	230'856	115'741	110'357
Kostendeckungsgrad in %	4	52	55

Infolge eines Fehlers im Kontenstamm wurde der Erlös nicht richtig verbucht. Gleichzeitig wurden die Produkte anders zusammengefasst. Der bereinigt Kostendeckungsgrad für 2007 ist 44%.

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die Budgets der zugeteilten Sachkonten und Klassenkredite der Volksschule werden eingehalten	99	99	99
- Zielerreichungsgrad in %			
Durch Einflussnahme während der Projektphase von Druckaufträgen werden Kosten gesenkt.	1	2	2
- Reduktion von Reklameberater-Kommissionen in %			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anteil des Aufwandes für städtische Schulen in %	75	75	75

Produkt 3 Lagerung, Transport und Entsorgung

Leistungen

- Effiziente Lagerbewirtschaftung durch periodische Überprüfung der Lagerbestände und Anpassung der Lagerreichweiten unter Einbezug der Wiederbeschaffungsfristen.
- Zentrale Bewirtschaftung und koordinierte Verteilung sämtlicher Lagerartikel in den Bereichen Büromaterial, Schulmaterial, Handarbeitsmaterial, Reinigungsmaterial, Werkzeuge, Sportgeräte etc.
- Organisation und Durchführung von Umzügen und Transporten für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Sammeln von Tonermodulen, Druckerzubehör, Beleuchtungsmaterial etc. und Sicherstellung von ökologisch sinnvoller Entsorgung oder Wiederverwertung.
- Lagerung und Verteilung von Occasionsmobiliar und -maschinen für städtische Verwaltungsstellen und Schulen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	292'031	227'521	230'927
Erlös	149'633	148'000	150'003
Nettokosten	142'398	79'521	80'924
Kostendeckungsgrad in %	51	65	65

Die Veränderung des Kostendeckungsgrades ist auf die Reduktion der Kosten zurückzuführen. Im 2007 entstanden ausserordentliche Kosten für Umzüge von Schulhäusern.

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Jeder Lagerartikel ist innert 4 Tagen lieferbar - Einhaltung der Lieferfristen in %	>90	>90	>90
Durch gezielte Kundeninformation wird der Rücklauf von sinnvoll wieder verwertbaren Produkten erhöht - Zielerreichungsgrad: prozentualer Rücklauf in Relation zur Anzahl verkaufter Produkte	96	96	96

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl der organisierten Umzüge und Transporte	276	300	270

IAFP Materialverwaltung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	6'009	5'552	5'973	5'975	5'975	5'975
Erlös	6'078	5'602	5'987	5'948	5'948	5'948
Nettokosten/Globalkredit	-68	-50	-14	28	28	28
Kostendeckungsgrad in %	101	101	100	100	100	100

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit Die Materialverwaltung ist ein zentrales Dienstleistungs- und Beschaffungszentrum der Stadtverwaltung Winterthur. Durch optimierte Abläufe, koordinierte Beschaffung und eine effiziente Materialwirtschaft leistet sie den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung. <i>Messgrößen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 2 und 3 ist im Durchschnitt	106 47	105 62	106 61	106 61	106 61	106 61
2 Wirkung Die 100 umsatzstärksten Produkte werden im Preisvergleich mit dem Fachhandel, dem Detailhandel und dem Internetmarkt, bei der Materialverwaltung mindestens 10% günstiger angeboten. <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in %	100	100	100	100	100	100
3 Qualität Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der verwaltungsinternen und -externen Kundschaft wird mittels einer alle 4 Jahre (nächste Umfrage in 2011) durchgeführten Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Produktqualität, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit "zufrieden" oder "sehr zufrieden" Antwortenden	keine Befragung	keine Befragung	keine Befragung	keine Befragung	>85	keine Befragung
4 Ökologie Der Anteil von Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % ▪ Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in % Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird gehalten <i>Messgrösse:</i> Prozentualer Anteil	62 72 90	65 70 90	66 70 90	68 70 90	68 70 90	68 70 90

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Familienergänzende Kinderbetreuung

Auftrag

Die Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung umfasst die folgenden familien- und schulergänzenden Betreuungsdienstleistungen:

- Organisieren der Betreuung von Vorschulkindern in subventionierten Kinderkrippen und in subventionierten Tagesfamilien
- Organisieren der Betreuung von Kindergarten- und Primarschulkindern in städtischen Kinderhorten und Tagesschulen, sowie in subventionierten Kindertagesstätten und Tagesfamilien.
- Organisieren der Betreuung von Jugendlichen auf der Sekundarstufe.
- Sicherstellung und Weiterentwicklung des gesamten Angebots an familien- und schulergänzender Betreuung
- Abschliessen der Leistungsaufträge mit den subventionierten Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Tagesfamilienverein.

Die Umsetzung der Dienstleistungen und Aufgaben richtet sich nach kantonalen und städtischen Vorgaben.

Produkte

Die Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung umfasst die beiden Produkte:

1 Städtische schulergänzende Betreuungseinrichtungen

Organisieren und Führen der schulergänzenden Kinderbetreuung und Sicherstellung der Qualität der Angebote.

Aufbau und Durchführung von Pilotprojekten:

- "Betreuter Mittagstisch in Schulen der Sekundarstufe"
- "Tagesschulen in Winterthur"

2 Subventionierte Kinderbetreuungseinrichtungen

Leistungsaufträge mit subventionierten Kinderbetreuungsinstitutionen (Kinderkrippen [bis Kindergarten] und Kindertagesstätten [Krippen und Hort kombiniert]) und dem Tagesfamilienverein Winterthur und Bewirtschaften der Subventionen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 28. April 1998
Legt den Geltungsbereich, die Grundsätze, die Rahmenbedingungen und das Subventionierungsmodell fest. Im Subventionierungsmodell ist die Summe des Mindestelternbeitrages beziffert und der Betrag festgelegt, ab welchem massgebenden Einkommen die Eltern die kostendeckende Tagestaxe bezahlen müssen.
- Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998
Regelt die Berechnungsgrundlagen und die Betreuungsvereinbarung. Im Anhang vom 24. März 2004 wird das massgebliche Einkommen für den Elternbeitrag wie folgt gestaffelt in Fr.: 0 - 31'800, 31'801 - 42'400, 42'401 - 53'000, fortlaufend in 10'000'er Staffeln bis 137'801 - 148'400, über 148'401 (die massgeblichen Einkommen wurden per 1.1.2009 indexiert)
- Betriebsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998
Regelt den Leistungsauftrag, die Organisation des Betriebes sowie Personalfragen
- Reglement über die Kinderhorte in der Stadt Winterthur
Legt u.a. den Geltungsbereich, die Organisationsformen, die Betriebsorganisation und die Aufsicht fest.

Stufe Kanton (KR / RR / BiD)

- Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 § 27
Die Gemeinden werden verpflichtet, für Schülerinnen und Schüler dem Bedarf entsprechende Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen.
- Verordnung des Kantons Zürich über die Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen, Kinderkrippen und Kinderhorten vom 6. Mai 1998 und den dazu gehörenden Richtlinien der Erziehungsdirektion über die Bewilligung von Kinderkrippen vom 30. Juni 1998.
- Richtlinien über die Bewilligung von Kinderkrippen vom 1. Dezember 2002
- Volksschulverordnung (VSV) vom 28. Juni 2006 § 27
- Richtlinien über die Bewilligung von Kinderhorten (Hortrichtlinien) vom 2. Juni 2007
- Ausbildungsanforderungen an ausgebildete Personen im Bereich schulergänzende Betreuung vom März 2008

Verantwortliche Leitung

Anna Wohnlich, Leiterin Abteilung Kinderbetreuung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots ▪ Bruttokosten pro angebotene Betreuungsstunde (städtische Kinderhorte, inkl. Tagesschulen) (1)	7.97	7.91	7.80
2 Quantität Produkt Städtische schulergänzende Betreuungseinrichtungen (Stichtag 31. Dezember) ▪ Anzahl Plätze in städtischen schulergänzenden Kinderbetreuungen ▪ Anzahl Plätze Pilotprojekt "Betreuer Mittagstisch in Schulen der Sekundarstufe" ▪ Anzahl Plätze Pilotprojekt "Tagesschulen in Winterthur" Produkt Subventionierte Kinderbetreuungsinstitutionen ▪ Anzahl Kinderplätze ▪ Anzahl Säuglingsplätze (< 18 Monate) ▪ Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien (3)	691 0 98 205 41 -	720 75 120 221 52 50'000	823 140 122 241 67 60'000
3 Qualität Soziale Durchmischung in Betreuungsangeboten (städtische Kinderhorte + Tagesschulen) entspricht ungefähr dem Bevölkerungsanteil mit Betreuungspflichten (2)			
4 Wirkung Kinder, welche Betreuungseinrichtungen besuchen, sind im Allgemeinen (z.B. Hausaufgaben, besuchen den Nachmittagsunterricht pünktlich, Sozialkompetenz) gut auf die Schule vorbereitet. (Befragung der Lehrpersonen alle drei Jahre)		erfüllt	

(1) Soll 2009: Angebotene Plätze x Stunden Öffnungszeit pro Tag x 195 Tage + geschätzte Ferienhortstunden pro Platz pro Jahr. Bruttokosten ohne Raumkosten, ohne Mahlzeiten

(2) Die Auswertung des Steueramts wird im Herbst 2009 erstmals zur Verfügung stehen. Es kann zum heutigen Zeitpunkt dazu noch keine Prognose gemacht werden.

(3) Gemäss SR-Beschluss wurde die Zuständigkeit für die Subventionierung des Tagesfamilienvereins per 1. Januar 2008 vom DSO dem DSS übertragen.

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	8'520'321	10'571'114	12'078'863

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Betreuung von Kindern im Schulalter:

Gemäss der Volksschulverordnung vom 28. Juni 2006, Art. 27 Abs. 2 sind die Gemeinden verpflichtet, für Schülerinnen und Schüler dem Bedarf entsprechende Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen.

Die Stadt Winterthur hatte im Februar 2007 den Betreuungsbedarf per August 2007 erhoben und hat gemäss den kantonalen Vorgaben bis August 2009 Zeit, das dem Bedarf entsprechende Betreuungsangebot aufzubauen.

Die Bedarfserhebung ergab rund 200 fehlende Betreuungsplätze per August 2007. 146 Plätze konnten auf das Schuljahr 07/08 bereitgestellt werden. Die fehlenden rund 50 Plätze sollten bis spätestens auf das Schuljahr 09/10 bereit stehen. Bereits auf das Schuljahr 08/09 ist die Nachfrage nach Betreuungsplätzen deutlich gestiegen, sodass nicht nur um die fehlenden 50 Plätze sondern um weitere rund 60 Plätze ausgebaut werden muss. Die Wirtschaftslage und die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hat deutliche Auswirkungen auf den Bedarf an Betreuungsplätzen. Auf das Schuljahr 08/09 werden 112 weitere Plätze notwendig, womit die im Budget 2008 erwarteten 840 Plätze bereits deutlich überschritten sind. Die Planung auf das Schuljahr 09/10 sieht weitere 34 schulergänzende Betreuungsplätze vor, um der sich bereits 2008 abzeichnende Nachfragesteigerung entsprechen zu können.

Dieser bereits auf das Schuljahr 08/09 notwendige massive Ausbau um 112 Plätzen plus dem heute abgeschätzten notwendigen Weiterausbau um 34 Plätze auf das Schuljahr 09/10 schlägt sich im Budget 2009 deutlich nieder.

Zusätzlich werden die im Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung massgebenden Einkommen ab 2009 angepasst (Indexierung). Dies führt zu tieferen Einnahmen bei den Elternbeiträgen.

Neu werden die Kapitalkosten und Abschreibungen direkt belastet. Diese wurden bisher als städtische Allgemeinkosten geführt.

Mittagstische für Sekundarschüler/innen:

Für die Mittagstische in Sekundarschulen muss auf das Schuljahr 09/10 mit 65 zusätzlichen Plätzen gerechnet werden.

- Betreuung von Kinder im Vorschulalter:

Gemäss Finanzplanung soll um zusätzliche subventionierte Säuglings- (+15) und Kinderplätze (+20) ausgebaut werden. Die Subventionen dieser neuen Säuglings- und Kinderplätze sind im Globalbudget jedoch nur für 6 Monate enthalten. Die Plätze sollen gestaffelt eingekauft werden.

Zusätzlich werden die im Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung massgebenden Einkommen ab 2009 angepasst (Indexierung). Dies führt zu höheren Subventionszahlungen an Krippen.

- Die subventionierten Betreuungsstunden in Tagesfamilien sollen weiter ausgebaut werden. Mit den 10'000 zusätzlichen Stunden wird ein Total von 60'000 Stunden erreicht.
- Der im Produkt 2 (subventionierte Kinderbetreuungseinrichtungen) ausgewiesene Erlös enthält einerseits die jährlich ausbezahlte Donation der Leopold-Bachmann Stiftung (CHF 67'500) und andererseits die Mietzinszahlungen einer Trägerschaft, welche mit eine ihrer Kinderkrippen in einer städtischen Liegenschaft eingemietet ist.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- mehr schulergänzende Betreuungsplätze (Kindergarten- und Schulkinder: +132 Hortplätze, +24 Betreuungsplätze in Tagesschulen; Sekundarschüler/innen: +140 Mittagstischplätze)
- Krippen: Mehr subventionierte Säuglings- (+26) und Kinderplätze (+36)
- Übertrag der Zuständigkeit für die Subventionierung des Tagesfamilienvereins per 1. Januar 2008 vom DSO ans DSS (50'000 subventionierte Betreuungsstunden), plus Erhöhung um 10'000 subventionierte Betreuungsstunden im Voranschlag 2009

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	5'776'088	6'573'083	7'518'097
Sachkosten	1'810'781	1'484'367	1'807'706
Beiträge an Dritte	2'943'231	4'628'250	5'278'255
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	6'631	6'200	188'118
Übrige interne Kosten	455'724	435'247	453'611
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'992'455</i>	<i>13'127'147</i>	<i>15'245'787</i>
Verrechnungen innerhalb PG	2'290	0	0
Total effektive Kosten	10'990'165	13'127'147	15'245'787
Externe Erlöse	2'377'812	2'310'000	2'780'000
Interne Erlöse	4'556	33	424
Beiträge von Dritten	89'766	246'000	386'500
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'472'134</i>	<i>2'556'033</i>	<i>3'166'924</i>
Verrechnungen innerhalb PG	2'290	0	0
Total effektive Erlöse	2'469'844	2'556'033	3'166'924
Total Nettokosten/Globalkredit	8'520'321	10'571'114	12'078'863
Interne Kosten	460'065	441'447	641'729
Interne Erlöse	2'266	33	424
Total primäre Nettokosten*	8'062'522	10'129'700	11'437'558
Kostendeckungsgrad in % **			
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten (ohne subv. Betreuungseinrichtungen) in CHF	274'936	66'600	458'584
Personal:			
▪ Stelleneinheiten Führung und Administration (inkl. Bewirtschaftung subv. Betreuungseinrichtungen)	4.7	5.6	5.6
▪ Stelleneinheiten Hortpersonal (ohne subv. Betreuungseinrichtungen)	46.7	47.0	54.8
▪ Anzahl Ausbildungs- und Praktikumsplätze (ohne subv. Betreuungseinrichtungen)	19.0	22.0	21.0
▪ Anzahl Mitarbeitende (davon Teilzeit)	140 (136)	149 (143)	154 (148)

Gebäudekosten: Die Kinderhorte befinden sich grösstenteils in den Schulliegenschaften. Diese Kosten werden nicht separat ausgewiesen.

Bei den Gebäudekosten handelt es sich um Liegenschaften, die im Ist 2007 im DSS verwaltet wurden. Im Soll 2008 wurde unter der Annahme budgetiert, dass diese Liegenschaften in die städtische Liegenschaftenverwaltung integriert werden. Im Soll 2009 geht man nun wieder davon aus, dass diese Gebäude im DSS verbleiben und die Kosten auf Niveau 2007 anfallen werden. Zusätzlich werden die Kapitalkosten und Abschreibungen der Liegenschaften direkt belastet.

Stelleneinheiten Hortpersonal: Kinderbetreuung; Bedarfsgerechter Ausbau gemäss neuem Volksschulgesetz (nVSG) (Teilfinanzierung durch Elternbeiträge).

Anzahl Ausbildungs- und Praktikumsplätze: Entspricht 17.8 Stelleneinheiten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Die Vorgabe der Volksschulverordnung vom 28. Juni 2006, Art. 27 Abs. 2, dass die Gemeinden dem Bedarf entsprechende Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen haben, ist auf das Schuljahr 09/10 erfüllt.
In Winterthur werden auf diesen Zeitpunkt hin sowohl auf Primar- wie auch auf Sekundarstufe genügend schulergänzende Betreuungsplätze zur Verfügung stehen müssen.
- Das Pilotprojekt Tagesschulen in Winterthur wird auf Ende Schuljahr 08/09 abgeschlossen. Den politischen Behörden wird spätestens anfangs 2009 ein Vorschlag zum weiteren Vorgehen bezüglich der Tagesschulen in Winterthur vorgelegt.
- Die Anzahl der subventionierten Betreuungsplätze soll kontinuierlich ausgebaut werden. Die Trägerschaften werden in der Suche nach geeigneten Liegenschaften tatkräftig unterstützt.

Produkt 1 Städtische schulergänzende Betreuungseinrichtungen

Leistungen

- Organisieren und Führen der schulergänzenden Kinderbetreuung und Sicherstellung der Qualität der Angebote:
 - Morgentische
 - Mittagstische
 - Mittag-Nachmittagshorte
 - Ferienhorte
- Einleitung einer gestaffelten Umstellung der Primarschuleinheiten in freiwillige Tagesschulen (Zuständigkeit im Betreuungsbereich)
- Aufbau eines niederschweligen Betreuungsangebotes für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe

Zu den städtischen Kinderhorten, Mittagstischen (MT) und Tagesschulen zählen (Stand 18. August 2008):

Obertor, Neuwiesen, Inneres Lind, Tössfeld, MT Geiselweid, Schachen, Schachen Pavillon, Feldstrasse, Wiesenstrasse, Eulach, Linde, Wartstrasse, Langwiesen, MT Langwiesen, Laubegg, Rebwiesen, Zelgli, Eichliacker, Gutschick, MT Gutschick, Schönergund, MiTi Schönergund für Kinder mit bes. Bedürfnissen, Tiefenbrunnen, Mattenbach, MT Gutschick, Schooren, Guggenbühl, Unterwegli, Zinzikon, Wallrüti, Oberseen, Tägelmoo 1, Tägelmoo 2, Steinacker, MT Steinacker, Sennhof
 Tagesschule Brühlberg, Tagesschule Hegi TMZ, Tagesschule Hegi Dorf, Tagesschule Hegifeld

Morgentische werden angeboten in den Kinderhorten Guggenbühl, Mattenbach und Eulach.

Schulergänzende Betreuung auf Primarstufe, Öffnungszeiten seit 20. August 2007:

Morgentische: 7.00 - 8.00

Mittagstische: 12.00 - 13.30

Kinderhorte und Tagesschulen: 12.00 - 18.00

Mittagstisch auf Sekundarstufe Planung auf Schuljahr 09/10: Sekundarschulen Heiligberg, Wallrüti, Rychenberg, Feld, Oberseen, Hohfurri, Mattenbach, Bühlwiesen, St. Georgen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	7'537'213	8'449'142	9'587'401
Erlös	2'239'859	2'556'030	3'057'581
Nettokosten	5'297'354	5'893'112	6'529'820
Kostendeckungsgrad in %	30	30	32

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Total Elternbeiträge in CHF	2'213'500	2'310'000	2'788'000
▪ Vollkosten pro Betreuungstag in CHF (1)	85	85	85

(1) Voller Betreuungstag à 11 Stunden

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Anzahl Plätze (Stichtag 31. Dezember)	789	915	1'085
▪ Anzahl Betreuungsverträge (Stichtag 31. Dezember) (1)	1'328	1'380	1'650

(1) Pro Kind wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen.

'Massgebliches Einkommen in Fr. für Elternbeitrag' - 'Anzahl Familien'
(Stand 31. Dezember 2004 / 2005 / 2006 / 2007)

Fr. 0 - 30'000: 149 / 159 / 154 / 192
 Fr. 30'001 - 40'000: 32 / 26 / 43 / 52
 Fr. 40'001 - 50'000: 68 / 72 / 63 / 66
 Fr. 50'001 - 60'000: 70 / 72 / 92 / 89
 Fr. 60'001 - 70'000: 80 / 99 / 91 / 96
 Fr. 70'001 - 80'000: 56 / 68 / 72 / 66
 Fr. 80'001 - 90'000: 63 / 52 / 67 / 71
 Fr. 90'001 - 100'000: 56 / 59 / 60 / 67
 Fr. 100'001 - 110'000: 45 / 51 / 52 / 48
 Fr. 110'001 - 120'000: 38 / 52 / 54 / 66
 Fr. 120'001 - 130'000: 49 / 37 / 36 / 54
 Fr. 130'001 - 140'000: 13 / 18 / 30 / 25
 über Fr. 140'001: 117 / 136 / 132 / 175

Produkt 2 Subventionierte Kinderbetreuungseinrichtungen

Leistungen

- Leistungsaufträge mit Trägerschaften von subventionierten Kinderhorten, Kinderkrippen und Kindertagesstätten sowie die Bewirtschaftung der Subventionen
- Leistungsauftrag mit dem Tagesfamilienverein Winterthur und Bewirtschaftung der Subventionen

Zu den subventionierten Kinderbetreuungsinstitutionen gehören (Stand 18. August 2008):

Kinderkrippen Fantasia, Zauberschiff, Schnäggehus, Arche, Heckenrose, Lotus, Rana, Am Teich, Windrädli, Montessori, Kindertagesstätte Wässerwiesen, Luftibus, Sunneberg, Loki, Tandem Troll, Troto sowie der Kindertreff Hegi, Kindertreff Hegi im Gern

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'438'326	4'678'005	5'658'386
Erlös	232'275	3	109'342
Nettokosten	3'206'051	4'678'001	5'549'043
Kostendeckungsgrad in %			

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kennzahlen der privaten Anbieter (Trägervereine der Horte und Krippen)			
Subventionierte Kinderhorte (2)			
▪ Elternbeiträge pro Jahr in CHF	122'800	118'000	-
▪ Kostendeckungsgrad in %	41.5	34.0	-
▪ Vollkosten pro Betreuungstag (1) in CHF	86.00	86.00	-
Subventionierte Kinderkrippen			
▪ Elternbeiträge pro Jahr	2'133'430	1'660'000	2'185'000
▪ Kostendeckungsgrad in %	42.0	30.0	30.0
▪ Vollkosten pro Betreuungstag (1) in CHF	93.60	101.00	101.00

(1) Voller Betreuungstag à 11 Stunden

(2) Die Kindertagesstätte Wässerwiesen führt ab dem Schuljahr 2008/09 keinen Kinderhort mehr.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Subventionierte Kinderhorte (Stichtag 31. Dezember) (3)			
▪ Anzahl Plätze	18	18	-
▪ Anzahl Betreuungsverträge (1)	56	42	-
Subventionierte Kinderkrippen (Stichtag 31. Dezember)			
▪ Anzahl Kinderplätze	187	203	241
▪ Anzahl Säuglingsplätze (< 18 Monate)	41	52	67
▪ Anzahl Betreuungsverträge (1)	664	700	750
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsstunden in Tagesfamilien (2)	40'000	50'000	60'000
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsverträge von Kindern in Tagesfamilien (1)	57	75	78

(1) Pro Kind wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen

(2) Gemäss SR-Beschluss wurde die Zuständigkeit für die Subventionierung des Tagesfamilienvereins per 1.1.2008 vom DSO dem DSS übertragen.

(3) Die Kindertagesstätte Wasserwiesen führt ab dem Schuljahr 2008/09 keinen Kinderhort mehr.

IAFP Familienergänzende Kinderbetreuung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	10'990	13'127	15'245	16'810	17'894	18'827
Erlös	2'469	2'556	3'166	3'377	3'447	3'517
Nettokosten/Globalkredit	8'520	10'571	12'079	13'434	14'447	15'310
Kostendeckungsgrad in % (1)						

(1) Der Kostendeckungsgrad wird nicht ausgewiesen, da Produkt 2 nur Subventionen (Kosten) beinhaltet.

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	2'000	0	0	400	1'570	0	0	30
Bewilligt	410	0	0	380	30	0	0	0
Gesamt	2'410	0	0	780	1'600	0	0	30

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots						
▪ Bruttokosten pro angebotene Betreuungsstunde (städtische Kinderhorte, inkl. Tagesschulen) (1)	7.97	7.91	7.80	7.80	7.80	7.80
2 Quantität						
Produkt Städtische schulergänzende Betreuungseinrichtungen (Stichtag 31. Dezember)						
▪ Anzahl Plätze in städtischen schulergänzenden Kinderbetreuungen	691	720	823	918	1'012	1'012
▪ Anzahl Plätze Pilotprojekt "Betreuer Mittagstisch in Schulen der Sekundarstufe"	0	75	140	190	240	240
▪ Anzahl Plätze Pilotprojekt "Tagesschulen in Winterthur"	98	120	122	122	122	122
Produkt Subventionierte Kinderbetreuungsinstitutionen						
▪ Anzahl Kinderplätze	205	221	241	261	281	301
▪ Anzahl Säuglingsplätze (< 18 Monate)	41	52	67	72	77	82
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien (3)	40'000	50'000	60'000	65'000	70'000	75'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
3 Qualität Soziale Durchmischung in Betreuungsangeboten (städtische Kinderhorte + Tagesschulen) entspricht ungefähr dem Bevölkerungsanteil mit Betreuungspflichten (2)			0.0			
4 Wirkung Kinder, welche Betreuungseinrichtungen besuchen, sind im Allgemeinen (z.B. Hausaufgaben, besuchen den Nachmittagsunterricht pünktlich, Sozialkompetenz) gut auf die Schule vorbereitet. (Befragung der Lehrpersonen alle drei Jahre)			0.0		erfüllt	

(1) Soll 2008: Angebotene Plätze x Stunden Öffnungszeit pro Tag x 195 Tage + geschätzte Ferienhortstunden pro Platz pro Jahr. Bruttokosten ohne Raumkosten, ohne Mahlzeiten

(2) Die Auswertung des Steueramts wird im Herbst 2009 erstmals zur Verfügung stehen. Es kann zum heutigen Zeitpunkt dazu noch keine Prognose gemacht werden.

(3) Gemäss SR-Beschluss wurde die Zuständigkeit für die Subventionierung des Tagesfamilienvereins per 1.1.2008 vom DSO dem DSS übertragen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Die Vorgabe der Volksschulverordnung vom 8. Juni 2006, Art. 27 Abs. 2, dass die Gemeinden dem Bedarf entsprechende Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen haben, gilt weiterhin. Der Weiterausbau der schulergänzenden Betreuungsplätze auf Primar- und Sekundarstufe wird dem Bedarf entsprechend geplant.
- Der Weiterausbau der subventionierten Kinder- und Säuglingsplätze soll bis zur Erreichung der (aufgrund der Warteliste 2008) geschätzten fehlenden 125 Plätze kontinuierlich weiter vorangetrieben werden.
- Die Primarschuleinheiten sollen auf 4 Jahre verteilt, gestaffelt auf freiwillige Tagesschulen (Winterthurer Modell) umstellen.
- Die Überprüfung und Anpassung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur vom 27. April 1998 und der dazugehörenden Reglemente soll bis 2012 gestartet sein.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die gesellschaftliche Entwicklung zeigt bei guter Wirtschaftslage deutlich in Richtung stark erhöhter Nachfrage nach familienergänzender Kinderbetreuung. Daraus ist zu folgern, dass die Stadt Winterthur mit der Planung eines stetigen Ausbaus der Betreuungsplätze richtig liegt.

Themen wie Bildung und Frühförderung in Krippen werden vermehrt nicht nur in Fachkreisen diskutiert, sondern erhalten auch in den Medien und bildungsinteressierten Gesellschaftsschichten viel Gewicht. Die Qualitätsfrage im Zusammenhang mit Kinderbetreuung wird immer stärker in den Vordergrund rücken.

Schuldienste

Auftrag

Die Produktgruppe Schuldienste ist zuständig für verschiedene unterstützende Dienstleistungen und Aufgaben während der obligatorischen Schulzeit. Diese Leistungen umfassen die Arbeiten der Unterstützenden Dienste (Schulpsychologischer Dienst, Schulsozialarbeit), die Gesundheitsförderung und Präventionsaufgaben des Schulzahnärztlichen Dienstes und des Schulärztlichen Dienstes sowie die umfassende Sonderschulung von Lernenden mit einer Behinderung.

Die Leistungen der Produktgruppe Schuldienste erhöhen die Chancengerechtigkeit für die Schülerinnen und Schüler. Weiter unterstützen sie die Schülerinnen und Schüler bis zum erfolgreichen Abschluss der Volksschule, d.h. die Schülerinnen und Schüler verfügen über eine hohe Selbst-, Sach- und Sozialkompetenz. Sie unterstützen die Schulen in der Erfüllung ihres Auftrages.

Die Umsetzung der Dienstleistungen und Aufgaben richtet sich nach kantonalen und städtischen Vorgaben und ist Bestandteil eines ausgewogenen Angebotes der Volksschule.

Die Produktgruppe Schuldienste ist in Zusammenhang mit der Einführung WoV-Schule (geplant ab 2010) neu zu überdenken.

Produkte

1 Unterstützende Dienste

Der "Schulpsychologische Dienst" und die "Schulsozialarbeit" erbringen die definierten Leistungen in Form der Teilprodukte

- Kurzberatungen SPD
- Fallbearbeitungen (Fälle) SPD
- Abklärungen SPD
- Kurzberatungen SSA
- Fallbearbeitungen (Fälle) SSA

zentral wie auch dezentral durch Teams, die den Schulen zugeordnet sind.

2 Schulgesundheit

Das Produkt "Schulgesundheit" ist zuständig für Untersuchungen, Beratungen, Gesundheitsförderung und Prävention bei den in Winterthur wohnhaften Kindern im Volksschulalter (inklusive Privatschulen, auswärtige Sonderschüler/innen sowie der Jugendlichen im Gymnasium). Mit der Neuausrichtung (neue Volksschulverordnung) steht der Schulärztliche Dienst (SAeD) ab Schuljahr 2008/09 vermehrt auch den Lehrpersonen und Eltern beratend zur Seite.

Das Produkt umfasst die Teilprodukte

- Schulzahnärztlicher Dienst (SZD [inkl. Schulzahnklinik, SZK])
- Schulärztlicher Dienst (SAeD)

3 Sonderschulung (städtisch geführte Sonderschulen)

Das Produkt "Sonderschulung" umfasst die Schulung, Betreuung und Therapie von Lernenden mit einer Behinderung und besteht aus den Teilprodukten

- Michaelschule (Heilpädagogische Schule, HPS) für Lernende mit geistiger Behinderung
- Maurerschule (Schule für cerebral gelähmte Kinder, CPS) für Lernende mit Körper- und Sinnesbehinderung
- Kleingruppenschule (KGS) für Lernende mit Verhaltensauffälligkeiten
- Sonderschulintegration von Sonderschülerinnen und Sonderschülern der HPS oder CPS in die Regelklasse der Volksschule

4 Kinder- und Jugendheim

Das Kinder- und Jugendheim betreut nach den kantonalen Qualitätsvorgaben verhaltens- und entwicklungsauffällige Kinder, die nicht unter der Obhut der Eltern leben können. Das Heim wird vom kant. Amt für Jugend- und Berufsberatung beaufsichtigt und erhält aufgrund der Anerkennung volle Defizitdeckung. Die Einrichtung ist vom Bundesamt für Justiz als Erziehungsheim anerkannt und erhält Betriebsbeiträge des Bundes.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

- Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (IVG)
- Verordnung über die Invalidenversicherung vom 17. Juni 1961 i.d. Fassung vom 10. Februar 2004
- Div. Kreisschreiben der IV
- Bundesgesetz vom 5. Oktober 1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (LSMV)
- Verordnung vom 29. Oktober 1986 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug

Stufe Kanton:

- Gesetz über das Gesundheitswesen vom 4. November 1962
- Volksschulgesetzes vom 7. Februar 2005
- Verordnung über die Schul- und Volkszahnpflege v. 15. November 1965
- Volksschulverordnung vom 28. Juni 2006
- Reglement über die Sonderschulklassen, die Sonderschulung und Stütz- und Fördermassnahmen (Sonderklassenreglement) vom 03. Mai 1984
- Richtlinien zum Reglement über die Sonderklassen, die Sonderschulung und Stütz- und Fördermassnahmen (Richtlinien zum Sonderklassenreglement) vom 27. Dezember 1985
- Gesetz über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge
- Verordnung über die Jugendheime

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Schulzahnpflege der Stadt Winterthur vom 24. Oktober 1994
- Reglement über die Schuldienste in der Stadt Winterthur vom 13. Mai 2008
- Reglement über die sonderpädagogischen Massnahmen in der Stadt Winterthur vom 13. Mai 2008
- Vertrag über die Schulzahnpflege (Stadt Winterthur-Vereinigung Winterthurer Zahnärzte) vom Oktober 1990
- Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der Sonderschulen (Heilpädagogische Schulen) vom 09. Januar 2002
- Schulordnung der städtischen Sonderschule für cerebral gelähmte Kinder vom 30. April 1982
- Schulordnung der städtischen Heilpädagogischen Sonderschule (Michaelschule) vom 30. April 1982
- Volksabstimmung zur Einführung der Schulsozialarbeit vom 24. September 2006

Stufe Verwaltungseinheit

- Richtlinien über die Aufklärung und Prophylaxe in der Schulzahnpflege vom 22. Mai 2001
- Verträge mit Schulärzten/Schulärztinnen

Verantwortliche Leitung

Reto Zubler - Bereichsleiter Bildung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots Produkt Schulgesundheits ▪ Durchschnittliche Kosten pro Fall in der Schulzahnklinik in CHF	213	300	340
2 Quantität ▪ Anzahl präventive Veranstaltungen (SZD und SAeD) Produkt Sonderschulung Anzahl bereitgestellte Plätze je sonderpädagogische Schulform: ▪ für die Michaelschule (HPS) ▪ für die Maurerschule (CPS) ▪ für die Kleingruppenschule (KGS) ▪ Sonderschulintegration von HPS & CPS - Winterthurer Schülerinnen und Schüler - Auswärtige Schülerinnen und Schüler	733 - - - - - -	870 90 68 18 51 - -	800 90 80 21 64 46 18
3 Qualität Zufriedenheit der Lehrpersonen mit den unterstützenden Angeboten der Produkte Unterstützende Dienste und Schulgesundheits (alle drei Jahre erheben, Umfrage webbasiert) erstmals (2008)	-	-	
4 Wirkung Produkt Schulgesundheits ▪ Anzahl gesunde Znüni in % mindestens Produkt Unterstützende Dienste ▪ Wartezeit in Wochen von Anmeldung bis Beginn Abklärung (SPD)	28 -	70 6.0	50 6.0

Wirtschaftlichkeit des Angebots:

Im 2007 handelt es sich um die Nettokosten (nach Abzug der städtischen Beiträge). Ab Soll 2008 werden die Brutto-Fallkosten ausgewiesen.

Der bereinigte Wert für 2007 beträgt 348.

Quantität:

Die Anzahl präventive Veranstaltungen bezeichnet die Besuche von Klassen oder Schulen und kann stark variieren, abhängig davon, ob in der Schulzahnprophylaxe schwergewichtig Zahnreinigungsinstruktionen oder Gesundheitsförderungsaktionen durchgeführt werden. Ab Schuljahr 2008/09 ist durch die Neuausrichtung des SAeD (siehe oben) mit veränderten Zahlen und Nutzung von Synergien der beiden Dienste zu rechnen.

Wirkung:

Gesunde Znüni werden erst seit Beginn Schuljahr 2007/08 erhoben, Referenzwerte fehlten. Zahl bezeichnet Prozentsatz aller Schülerinnen und Schüler die ein Znüni dabei haben (rund 27% essen gar kein Znüni) dessen Bestandteile alle als gesund bezeichnet werden können.

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	7'995'105	11'522'926	14'039'069

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Produkt Schulgesundheits: Ab Soll 2009 wird auf interne Verrechnungen von Kosten und Erlös verzichtet, da dies die Positionen ("übrige interne Kosten" und "Verrechnungen innerhalb PG") nur unnötig aufgebläht hat. Bedingt durch die Tarifierhöhung ab Schuljahr 2009/10 für Schulzahnärztinnen/e und höhere Abschreibungen infolge Umbau, reduzieren sich die Kosten weniger stark als der Erlös.

Produkt Sonderschulung: Kostensteigerung entsteht durch einen Ausbau der Integrierten Sonderschulung (mehr Lehrpersonen) und einen Ausbau des Hortes (bedarfsgerechter Ausbau). Die kantonalen Vorgaben (Pensenpool beinhaltet Betreuung/Verwaltung und Lehrstellen) werden in der CP-Schule (Maurerschule) unterschritten. Die Annäherung an die Vorgaben soll etappenweise geschehen.

Neu werden die Kapitalkosten und Abschreibungen direkt belastet. Diese wurden bisher als städtische Allgemeinkosten geführt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Produkt Unterstützende Dienste: Die Schulsozialarbeit wurde 2007 in der Volksschule geführt und ab 2008 in die unterstützenden Dienste integriert. Die zusätzlichen Erlöse begründen sich durch den neuen Staatsbeitrag für den Schulpsychologischen Dienst ab 2008.

Produkt Schulgesundheits: 2007 wurden massive Anstrengungen unternommen um die Warteliste zu reduzieren (temporäre Arbeitskräfte und entsprechende Erlöse). Allfällige Tarifierhöhungen im Schulzahnärztlichen Dienst im Zusammenhang mit Vertragsverhandlungen mit den nebenamtlichen Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzten sind im Voranschlag berücksichtigt und wirken sich kostenbelastend aus.

Produkt Sonderschulung: Kostensteigerung entsteht durch einen Ausbau des Teilproduktes Integrierte Sonderschulung (mehr Lehrpersonen) und einen Ausbau des Hortes (bedarfsgerechter Ausbau). Die kantonalen Vorgaben (Pensenpool beinhaltet Betreuung/Verwaltung und Lehrstellen) werden in der CP-Schule (Maurerschule) unterschritten. Die Annäherung an die Vorgaben soll etappenweise geschehen.

Neu werden die Kapitalkosten und Abschreibungen direkt belastet. Diese wurden bisher als städtische Allgemeinkosten geführt.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	19'968'479	23'956'618	28'472'543
Sachkosten	3'306'518	3'667'581	3'459'148
Beiträge an Dritte	469'589	412'400	461'625
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	240'742	454'100	2'038'871
Übrige interne Kosten	1'731'430	1'876'953	1'447'406
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>25'716'757</i>	<i>30'367'653</i>	<i>35'879'593</i>
Verrechnungen innerhalb PG	974'271	706'000	11'000
Total effektive Kosten	24'742'486	29'661'653	35'868'593
Externe Erlöse	5'569'702	7'142'700	9'171'750
Interne Erlöse	3'080'715	3'108'326	2'678'063
Beiträge von Dritten	9'071'235	8'593'700	9'990'711
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>17'721'652</i>	<i>18'844'726</i>	<i>21'840'524</i>
Verrechnungen innerhalb PG	974'271	706'000	11'000
Total effektive Erlöse	16'747'381	18'138'726	21'829'524
Total Nettokosten/Globalkredit	7'995'105	11'522'926	14'039'069
Interne Kosten	997'901	1'625'053	3'475'277
Interne Erlöse	2'106'444	2'402'326	2'667'063
Total primäre Nettokosten*	9'103'648	12'300'200	13'230'855
Kostendeckungsgrad in % **	68	61	61
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			64

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	599'390	671'600	2'240'290
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	57.3	83.4	104.3
▪ Lehrpersonen (Stelleneinheiten)	72	73	94
▪ Lehrverhältnisse	16.0	22.3	31.8
▪ Bestand (davon Teilzeit)	137 (115)	180(152)	197(163)

Gebäudekosten: Neu werden die Kapitalkosten und Abschreibungen direkt belastet.

Stelleneinheiten: Der richtige Sollwert 2008 beträgt 78.3 Stelleneinheiten.

Neue Stellen + Stellenaufstockung (inkl. Novemberbrief):

4.6 Stellen, HP-Schule (Michaelschule); Bedarfsgerechter Ausbau Tagesbetreuung und Integration von Sonderschüler/innen in Regelklassen (nVSG und kantonales Rahmenkonzept integrierte Sonderschulung) (Teilfinanzierung Staatsbeiträge)

5.7 Stellen, CP-Schule (Maurerschule); Bedarfsgerechter Ausbau Tagesbetreuung und Integration von Sonderschüler/innen in Regelklassen (nVSG und kantonales Rahmenkonzept integrierte Sonderschulung) (Teilfinanzierung Staatsbeiträge), im Novemberbrief 2.5 Stellen für Betreuung (etappenweise Erfüllung der kantonalen Stellenvorgaben [Pensenpool]).

3.2 Stellen, Bereich Bildung; Informatik Volksschule (ICT-Sek und Computer in Kindergarten; z.T. Umwandlung Entlastungslektionen in Verwaltungsstellen)

0.2 Stellen, Bereich Bildung; Computer Handarbeit (Stellenschaffung wurde in GGR-Weisung bereits erwähnt)

1.0 Stellen, Schulzahnklinik; Schulzahnärztin und Dentalassistentin, Abbau Warteliste (Teilfinanzierung Elternbeiträge)

Bereits bewilligte Stellen (Novemberbrief 2008, Sammelantrag 2008):

2.7 Stellen, Sonderschulen (CPS, HPS, KGS); Schulleitungen, Umwandlung Lehrerstelle in Verwaltungsstelle

7.5 Stellen, Übertrag des Fachdienstes Schulsozialarbeit von der Volksschule zur Produktgruppe Schuldienste (Stelleneinheiten neutral, keine Veränderung)

0.5 Stellen, Aufstockung Hauswartung und Reinigung (Erweiterungsbau Maurerschule)

0.6 Stellen, diverse kleine Pensenveränderungen (Aufstockungen und Reduktionen)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Umsetzung Neuausrichtung Schulärztlicher Dienst in Zusammenhang mit dem neuen Auftrag gemäss Volksschulgesetz und verstärkter präventiver Tätigkeit.

Umsetzung Neuausrichtung Schulpsychologischer Dienst gemäss Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen.

Die Beratung der Lehrpersonen im Schulhaus wird ausgebaut.

Weiterentwicklung integrative Ausrichtung der Volksschule insbesondere des Problemkreises verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler.

Produkt 1 Unterstützende Dienste (SPD und SSA)

Leistungen

Die Unterstützenden Dienste, bestehend aus Schulpsychologischem Dienst (SPD) und Schulsozialarbeit (SSA), leisten Untersuchungs- und Beratungsarbeit in Schulen, die notwendig ist, um Schwierigkeiten, Störungen und Herausforderungen zu bewältigen. Der SPD ist zuständig für hochschwellige Massnahmen, Beratung und Interventionen vor Ort. Die Schulsozialarbeit ist ein niederschwelliges Angebot und arbeitet innerhalb oder in der Nähe der Schule. Sie bietet unkomplizierte Beratung an bei sozialen Problemen, Konflikten und Gefährdungen.

Beide Dienste leisten auch Mitarbeit in Projekten, an Runden Tischen und in Kommissionen. Zielgruppen sind alle im Schulbetrieb involvierten Personen, u.a. Schülerinnen, Schüler und deren Eltern sowie Lehrpersonen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'116'672	3'215'330	3'396'993
Erlös	196'665	1'383'112	1'715'682
Nettokosten	1'920'007	1'832'218	1'681'312
Kostendeckungsgrad in %	9	43	51

Ab 2008 sind die Budgets von SPD und SSA (Unterstützende Dienste) zusammengefasst ausgewiesen.

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Anzahl Abklärungen durch SPD sinkt jährlich um 5% - Anzahl Time-outs sinkt (Erhebung 2008) - Anzahl vorzeitige Schulentlassungen sinkt (Erhebung 2008)		0.00 0.00 0.00	350.00

Begründung: Die Anzahl der Abklärungen durch den SPD wird 2007 zum ersten Mal mit EDV erfasst. Daher kann zum jetzigen Zeitpunkt bei den Berechnungen nicht auf eine Ist-Zahl zurückgegriffen werden. Die SSA verfügt noch über keine Zahlen, weil sie erst 2007 gestartet ist.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Anzahl Kurzberatungen SPD - Anzahl Fälle SPD - Anzahl Kurzberatungen SSA - Anzahl Fälle SSA	557 803	500 1'100 0 0	650 900 2'000 900

Anzahl Kurzberatungen umfasst alle Arten der Beratung (telefonisch/persönlich) mit bis zu 1.5 Std. Zeitaufwand. Anzahl Fälle: Umfasst alle Untersuchungen sowie Beratungen mit einem Zeitaufwand von min. 1,5 Std/Fall. Dies ist als kantonal einheitlicher Indikator geplant. Es ist zu beobachten, dass die Fälle an Komplexität stark zunehmen, das heisst, sie sind arbeitsintensiver (Vernetzung, Kombination von schulischer und sozialer Indikation).

Die SSA verfügt noch über keine Erfahrungswerte, daher handelt es sich bei den Zahlen im Soll 2009 um Schätzungen.

Produkt 2 Schulgesundheit

Leistungen

Das Produkt "Schulgesundheit" umfasst die Teilprodukte

- Schulzahnärztlicher Dienst
 - Untersuchungen: kostenlose, jährliche, obligatorische Untersuchung
 - Kariesprävention und Gesundheitsförderung in der Schule (Prophylaxe-Unterricht)
 - Konservierende und kieferorthopädische Behandlungen auf Wunsch
 - Koordination, Kontrolle und Statistik der Untersuchungen
- Schulärztlicher Dienst
 - Untersuchungen im 2. Kindergartenjahr sowie 4. und 8. Klasse (gem. Volksschulverordnung).
 - Schulärztliche Beratungen zur Unterstützung von Schulen und Eltern
 - Gesundheitsschutz in den Schulen: Impfangebot, Epidemien verhindern/bekämpfen
 - Gesundheitsförderung in der Schule (z. B. Grundlagenvermittlung im Unterricht)
 - Koordination, Kontrolle und Statistik der Untersuchungen

Schulärztlicher Dienst: Neuausrichtung von Umfang und Anzahl der Untersuchungen gemäss neuer Volksschulverordnung ab Schuljahr 2008/09. Dieses gilt als Übergangsjahr, in dem zusätzlich auch die 1. Klassen untersucht werden, damit kein Kind durch die Maschen fällt.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	6'568'279	5'776'349	5'539'708
Erlös	3'888'930	2'924'710	2'571'245
Nettokosten	2'679'349	2'851'639	2'968'462
Kostendeckungsgrad in %	59	51	46

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Kosten jährliche Schuluntersuchung Schulärztlicher Dienst in CHF - Kosten jährliche Schuluntersuchung Schulzahnärztlicher Dienst in CHF - Städtische Beiträge an zahnärztliche Behandlungen in CHF	413'800 497'000 467'000	407'000 513'000 412'000	391'000 563'000 462'000

Kosten jährliche Schuluntersuchung:

- Schulärztlicher Dienst: 85% vom Kostenüberschuss; entsprechend dem Aufgabenteil.
- Schulzahnärztlicher Dienst: Nettokosten; inklusive anteilmässige Verwaltungskosten.
- Städtische Beiträge: umfasst die Summe der Zuwendungen und Beiträge an zahnärztliche und kieferorthopädische Behandlungen.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl zu betreuende Schülerinnen und Schüler und Kindergartenkinder	10'635	10'600	10'900
Teilprodukt Schulzahnärztlicher Dienst:			
- Anzahl obligatorische Untersuchungen	7'656	7'500	7'600
- Anzahl Kinder mit konservierender Behandlungsnotwendigkeit	2'960	3'100	2'900
Teilprodukt Schulärztlicher Dienst:			
- Anzahl obligatorische Untersuchungen	3'128	2'600	3'700
- Anzahl Kinder mit pathologischen Befunden	1'191	700	700
- Anzahl fehlende Impfungen gem. Impfplan	1'196	1'100	1'100

Zu betreuende Kinder: SJ 2007/08, davon 1057 in Langzeitgymnasien und Privatschulen (Stichdatum Juni 08). Zahlen auf Schuljahr bezogen. Teilprodukt SZD: Konservierende Behandlungsnotwendigkeit: Hochrechnung aufgrund von Zahlen aus der Schulzahnklinik. Teilprodukt SAeD: Pathologische Befunde: Durch Neuausrichtung und Änderung des Untersuchungsumfanges (gemäss neuer Volksschulverordnung) nur noch Seh-/Hörschwäche; Abweichungen bei Gewicht/Grösse und Kopflausbefall. Fehlende Impfungen: Hochrechnung aufgrund durchgeführter Impfungen (Vorjahr).

Produkt 3 Sonderschulung (städtisch geführte Sonderschulen)

Leistungen

Sonderschulung in städtisch geführten Sonderschulen gemäss Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG, Art. 19) sowie des Kantonalen Reglements über die Sonderklassen, die Sonderschulung und Stütz- und Fördermassnahmen (Sonderklassenreglement, §§ 29-45):

- Michaelschule (HPS) für Geistigbehinderte und Mehrfachbehinderte (§§41, 45 Sonderklassenreglement)
- Maurerschule (CPS) für Körperbehinderte, Sinnesgeschädigte und Mehrfachbehinderte (§§ 42, 45 Sonderklassenreglement),
- Schule in Kleingruppen (KGS) für Verhaltensauffällige (§ 44 Sonderklassenreglement)

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	15'558'447	16'641'698	22'350'482
Erlös	12'198'037	9'802'625	12'879'404
Nettokosten	3'360'410	6'839'073	9'471'078
Kostendeckungsgrad in %	78	59	58

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Platzangebot (Soll) und besetzte Plätze (Ist) der sonderpädagogischen Schulangebote per 1. November			
HPS:			
Heilpädagogische Klassen (Sonderschulung, Therapie)	78/95	78/100	78
Kinderhort (Tagesstruktur)	36/94	40/100	60
Förderklassen (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	12/100	12/100	12
CPS:			
Heilpädagogische Klassen (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	60/95	60/100	72
Abteilung Mehrfachbehinderung (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	8/100	8/100	8
KGS			
Heilpädagogische Klassen (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	18/100	18/100	21
Integrierte Sonderschulung (Anzahl Plätze)			
Integrierte Sonderschulung HPS	22/100	26/100	32
Winterthurer Schülerinnen und Schüler			26
Auswärtige Schülerinnen und Schüler			6

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Integrierte Sonderschulung CPS Winterthurer Schülerinnen und Schüler Auswärtige Schülerinnen und Schüler	23/100	25/100	32 20 12
Anteil Schülerinnen und Schüler mit Transport in %			
▪ HPS	82	80	80
▪ CPS	78	90	90
Kosten pro Schulplatz bei Sonderschulung und Therapie in CHF			
▪ Michaelsschule (HPS)	75'000	71'000	84'000
▪ Maurerschule (CPS)	82'000	78'000	80'000
▪ Kleingruppenschule (KGS)	66'000	66'000	69'000
▪ Integrierte Sonderschulung HPS & CPS	28'000	55'000	53'000

HPS: Aufgrund einer Zunahme der Schülerzahlen wird die Auslastung erhöht.
Kosten pro Schulplatz inkl. Umlagen.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009

Produkt 4 Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur

Leistungen

- Betreuung von entwicklungsauffälligen Kindern und Jugendlichen von Eltern mit Erziehungsschwierigkeiten im Rahmen von Kinderschutzmassnahmen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	0	3'034'276	2'784'782
Erlös	0	3'034'276	2'866'564
Nettokosten	0	0	-81'783
Kostendeckungsgrad in %	0	100	103

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Belegung, Auslastung pro Jahr in %	93	95	90

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Anzahl durchschnittlich betreuter Kinder pro Jahr	30	30 - 35	28

Anzahl durchschnittlich betreuter Kinder pro Jahr ist mit der Auslastung abgestimmt.

IAFP Schuldienste

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	24'742	29'661	35'868	36'861	36'947	36'782
Erlös	16'747	18'138	21'829	22'058	22'003	22'003
Nettokosten/Globalkredit	7'995	11'523	14'039	14'803	14'944	14'779
Kostendeckungsgrad in %	68	61	61	60	60	60

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	-2'540	0	630	2'310	0	0	0	-5'480
Bewilligt	20'378	10'918	3'440	-400	0	-210	0	6'630
Gesamt	17'318	10'918	4'070	1'910	0	-210	0	630

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots Produkt Schulgesundheits ▪ Durchschnittliche Kosten pro Fall in der Schulzahnklinik in CHF	213	300	340	350	350	310
2 Quantität ▪ Anzahl präventive Veranstaltungen (SZD und SAeD) Produkt Sonderschulung Anzahl bereitgestellte Plätze je sonderpädagogische Schulform: ▪ für die Michaelschule (HPS) ▪ für die Maurerschule (CPS) ▪ für die Kleingruppenschule (KGS) ▪ Sonderschulintegration von HPS & CPS - Winterthurer Schülerinnen und Schüler - Auswärtige Schülerinnen und Schüler	733 - - - - - -	870 90 68 18 51 - -	800 90 80 21 64 46 18	800 90 80 21 64 46 18	800 90 80 21 64 46 18	800 90 80 21 64 46 18
3 Qualität Zufriedenheit der Lehrpersonen mit den unterstützenden Angeboten der Produkte Unterstützende Dienste und Schulgesundheits (alle drei Jahre erheben, Umfrage webbasiert) erstmalig (2008)	-	-	0		Bericht	
4 Wirkung Produkt Schulgesundheits ▪ Anzahl gesunde Züni in % mindestens Produkt Unterstützende Dienste ▪ Wartezeit in Wochen von Anmeldung bis Beginn Abklärung (SPD)	28 -	70 6.0	50 6.0	55 5.0	60 5.0	60 4.0

Fallkosten an der Schulzahnklinik: Kostenprofil bedingt durch obligatorischen Kindergarten; beruht auf Schätzungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Revision der Verordnung über die Schulzahnpflege in Arbeit. Einbezug der Vorschulkinder geplant ab 2010
- Vertrag mit den nebenamtlichen Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzten in Überarbeitung, allfällige finanzielle Konsequenzen ab Schuljahr 2009/10 berücksichtigt

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Produkt SZD: Der Einbezug von sehr jungen Kindern und der obligatorische Kindergarten kann in einer ersten Phase zu einer Zunahme der Kosten führen; In einer zweiten Phase sollte die frühe Prophylaxe aber zu einem Rückgang der Karies führen.

Berufsbildung

Auftrag

Die Produktgruppe Berufsbildung umfasst die Berufswahlschule, die Werkjahrschule, die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und die msw-winterthur.

Sie stellt ein ausgewogenes Angebot an Schulungsplätzen für das 10. Schuljahr sicher. Sie engagiert sich in der Schnittstelle zwischen der obligatorischen Schulzeit und dem Eintritt in eine Berufsgrundausbildung. Sie bietet Lehrplätze in technischen, zukunftsorientierten Berufen an.

Produkte

1 msw-winterthur

Die msw-winterthur bietet als Vollzeitschule folgende Ausbildungsgänge an:

- Lehre als Polymechaniker oder Polymechanikerin
- Anlagen- und Apparatebauer oder Anlagen- und Apparatebauerin
- Automatiker oder Automatikerin
- Elektroniker oder Elektronikerin
- Informatiker oder Informatikerin

2 Werkjahrschule

Die Werkjahrschule (WJS) bietet ein 10. Schuljahr handwerklicher- und gestalterischer Richtung an.

3 Berufswahlschule

Die Berufswahlschule (BWS) bietet ein 10. Schuljahr berufswahlorientierter Richtung an.

4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) bietet ein 10. Schuljahr hauswirtschaftlicher Richtung an, führt Integrationsjahreskurse durch und bietet für Erwachsene Elternbildungs- und Hauswirtschaftliche Kurse an.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

msw-winterthur:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Personalgesetz des Kantons Zürich vom 1. Januar 2002
- Mittel- und Berufsschullehrerverordnung vom 7. April 1999
- Verordnung über die Staatsbeiträge an die Berufsbildung vom 15. Dezember 1993
- Regierungsratsbeschluss vom 01.02.2006; Beitragsberechtigung
- Schulordnung
- Ausbildungsreglemente

BWS / WJS:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Volksschulgesetz
- Schulleistungsgesetz

HFS:

- Bundesverordnung über die hauswirtschaftliche Ausbildung vom 27. November 1989
- Kantonales Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung vom 28. September 1986
- Verordnung über die hauswirtschaftliche Fortbildung vom 21. Januar 1998

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Volksabstimmungen
- Volksabstimmung über die Führung der BWS 1973
- Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der BWS + WJS vom 9. Januar 2002
- Personalstatut vom 12. April 1999
- Verordnung über die berufliche und hauswirtschaftliche Ausbildung vom 14. Dezember 1984
- Submissionsordnung
- Datenschutzgesetz
- Weitere GGRB und Erlasse des Stadtrates

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Verwaltungseinheit

- Finanzkompetenz DSS

Verantwortliche Leitung

Franz Trottmann, Bereichsleiter Berufsbildung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots			
Produkt msw-winterthur			
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	22'279.00	17'234.00	19'280.00
Brückenangebote 10. Schuljahr			
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	14'394.00	12'443.00	14'740.00
2 Angebot			
Produkt msw-Winterthur			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze	231	240	244
▪ Anteil Winterthurer/Winterthurerinnen an Lernenden in %	28.00	29.00	29.00
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze (Brückenangebote)	392	410	410
3 Wirkungsorientierter Faktor			
Produkt msw-Winterthur			
▪ Qualität des Lehrabschlusses, Ø Abschlussnote	4.85	4.80	4.80
▪ Volkswirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Winterthur (wird ca. alle 5 Jahre durch die msw erhoben)		Bericht	
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anschlusslösung an das 10. Schuljahr in %	96.30	86.70	90.00

Kostendeckungsgrad:

(Ertrag aus prod. Aufträgen + Schulgeld + div. Einnahmen + Subventionen Bd./Kt) in Relation zum Aufwand

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	10'459'768	9'432'314	11'402'885

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Die Personalkosten steigen infolge Teuerung der Rentenleistungen und höheren Weiterbildungskosten (Harmonisierung 10. Schuljahr).

Für 2009 wurden zusätzlich die Mietkosten des Provisorium der HFS mit CHF 400'000.00 im Sachaufwand budgetiert. Die steigenden Rohmaterialpreise (msw) wirken sich auch im Sachaufwand aus.

Neu werden die Kapitalkosten und Abschreibungen für Gebäude direkt belastet. Diese wurden bisher als städtische Allgemeinkosten geführt.

Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur, Produkt msw-winterthur:
Der Ertrag aus produktiven Aufträgen wurde 2008 zu optimistisch budgetiert. Dies wurde im Budget 2009 angepasst. Die steigenden Rohmaterialpreise und die Lohnteuerung, Lohnerhöhung, Rententeuerung wirken sich auf die Kosten pro Ausbildungsplatz aus.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Die Personalkosten steigen infolge Lohnteuerung, Lohnerhöhungen und Rententeuerung.

In der Rechnung 2007 wurden Ladenhüter im Lagerbestand abgeschrieben, dadurch waren die Sachkosten höher als im Budget 2009.

Die Subventionsgelder fielen in den vergangenen Jahren infolge eines Kantonsratsbeschlusses (Finanzierung von ausserkantonalen Lernenden) tiefer aus. Dies wurde entsprechend bereinigt.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	14'995'676	15'698'303	16'159'009
Sachkosten	3'551'220	2'629'458	3'231'525
Beiträge an Dritte	20'000	21'000	20'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	1'224'423	1'233'400	2'216'882
Übrige interne Kosten	392'605	323'605	423'328
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>20'183'923</i>	<i>19'905'766</i>	<i>22'050'745</i>
Verrechnungen innerhalb PG	55'303	52'000	32'000
Total effektive Kosten	20'128'621	19'853'766	22'018'745
Externe Erlöse	4'218'889	4'352'420	4'357'180
Interne Erlöse	342'409	197'012	238'475
Beiträge von Dritten	5'162'857	5'924'020	6'052'205
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'724'156</i>	<i>10'473'452</i>	<i>10'647'860</i>
Verrechnungen innerhalb PG	55'303	52'000	32'000
Total effektive Erlöse	9'668'853	10'421'452	10'615'860
Total Nettokosten/Globalkredit	10'459'768	9'432'314	11'402'885
Interne Kosten	1'561'725	1'505'005	2'608'210
Interne Erlöse	287'107	145'012	206'475
Total primäre Nettokosten*	9'185'149	8'072'322	9'001'150
Kostendeckungsgrad in % **	48	52	48
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			54

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % des Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	1'224'423	1'233'400	2'222'387
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	18.5	17.5	19.8
▪ Lehrverhältnisse	225.0	240.0	247.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	45/36	33 (22)	44 (35)

Die Gebäudekosten betreffen das Produkt msw-winterthur. Neu werden die Kapitalkosten und Abschreibungen für Gebäude direkt belastet.

Bei den Stelleneinheiten wurde die Hauswartung DSS ab Soll 2009 mitberücksichtigt.

Lehrverhältnisse betreffen das Produkt msw-winterthur mit 244 Ausbildungsplätzen, 3 Praktikantenplätzen.

Zusätzlich 2 KV-Lehrlinge (beide bei der msw) mit städtischem Lehrvertrag (in obigen Zahlen nicht inbegriffen).

Bestand: Im Soll 2008 wurde die Hauswartung/Reinigung (9) nicht berücksichtigt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Das Projekt 'Neuorientierung der Brückenangebote' wird mit verschiedenen Teilprojekten wie

- Besoldungsharmonisierung
- Berufsfeldorientierung
- Raumplanung
- Behördenstrukturanpassung

weiter entwickelt.

Das Provisorium der HFS "Grünenhof" wird im Sommer 2009 bezogen.

Schaffung von Lehrstellen mit Eidg. Berufsattest (EBA) bei den Brückenangeboten.

Produkt 1 msw-Winterthur

Leistungen

- Ausbildung von Lernenden in folgenden Berufen:
 - Polymechaniker und Polymechanikerinnen in Theorie und Praxis
 - Automatiker und Automatikerinnen in Theorie und Praxis
 - Anlagen- und Apparatebauer und Anlage- und Apparatebauerinnen in der Praxis
 - Elektroniker und Elektronikerinnen in Theorie und Praxis
 - Informatiker und Informatikerinnen in der Praxis
- Vermitteln von Lerninhalten die für den Eintritt in Bildungsinstitute des tertiären Bereichs von massgebender Bedeutung sind.
- Herstellung von Produkten mit möglichst grossem Lerninhalt und marktüblichem Ertrag.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	10'589'415	10'137'923	10'898'744
Erlös	5'153'240	5'783'450	5'990'017
Nettokosten	5'436'175	4'354'473	4'908'727
Kostendeckungsgrad in %	49	57	55

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Abschlusserfolgsquote in %	100.00	100.00	100.00
Lehrabbruchquote in %	3.50	0.00	0.00
Ø Anzahl Lernende /Klasse	16.80	17.00	17.00
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	34'363	32'701	34'413
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	22'279	17'234	19'280
Ertrag aus produktiven Aufträgen in CHF	238'897	921'000	895'000

Ertrag produktive Aufträge = Verkauferlös abzüglich Materialaufwand, inkl. Bestandesänderung

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Plätze	231	240	244
Anzahl Lernende	225	235	235

Anzahl Plätze: 240 msw-Ausbildungsplätze und 4 Praktikantenplätze

Produkt 2 Werkjahr

Leistungen

- Führen von Werkjahrklassen als 10. Schuljahr.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'793'004	1'835'630	1'956'896
Erlös	762'263	901'500	874'560
Nettokosten	1'030'742	934'130	1'082'336
Kostendeckungsgrad in %	43	49	45

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	11.5	14.0	14.0
Schulabbruchquote in %	14	7	7
Anschlusserfolgsquote in %	96	90	90
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	26'632	20'779	21'642
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	17'771	12'921	12'766

Schulgeld für Winterthurer und Winterthurerinnen in CHF 1'200

Schulgeld für auswärtige Lernende in CHF 14'000

Schulabbruchquote - umfasst auch die Abbrüche von Schüler/innen welche eine Anschlusslösung gefunden haben

Anschlusserfolgsquote: Bei den Anschlusslösungen sind nur die Ausbildungen/Praktika berücksichtigt

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Plätze	70	70	70
Anzahl Schülerinnen und Schüler	70	70	70
davon Winterthurer und Winterthurerinnen	46	50	50

Produkt 3 Berufswahlschule

Leistungen

- Führen von Berufswahlklassen als 10. Schuljahr.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Beratung der Schülerinnen und Schüler in der Berufswahl.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'014'237	2'079'946	2'136'863
Erlös	793'963	775'500	857'603
Nettokosten	1'220'274	1'304'446	1'279'260
Kostendeckungsgrad in %	39	37	40

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	19	20	20
Schulabbruchquote in %	1	1	1
Anschlussersfolgsquote in %	95	90	90
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	14'119	14'709	13'945
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	12'203	12'709	11'945

Schulgeld für Winterthurer und Winterthurerinnen in CHF 1'200.00

Schulgeld für auswärtige Lernende in CHF 14'000.00

Schulabbruchquote - umfasst auch die Abbrüche von Schüler/innen welche eine Anschlusslösung gefunden haben

Anschlussersfolgsquote: Bei den Anschlusslösungen sind nur die Ausbildungen/Praktika berücksichtigt

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Plätze	100	100	100
Anzahl Schülerinnen und Schüler	98	100	100
davon Winterthurerinnen und Winterthurer	74	70	70

Produkt 4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Leistungen

- Durchführung von Hauswirtschaftlichen Jahreskursen als 10. Schuljahr.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Gezielte berufsfeldbezogene Vorbereitung.
- Durchführung von Vorintegrations- und Integrations- Jahreskursen.
- Durchführung von Erwachsenenbildungskursen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	5'773'198	5'852'267	7'058'242
Erlös	3'014'690	3'013'002	2'925'680
Nettokosten	2'758'508	2'839'265	4'132'562
Kostendeckungsgrad in %	52	51	41

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Hauswirtschaftlicher Jahreskurs			
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	15	16	16
Schulabbruchquote in %	4	5	5
Anschlussersfolgsquote in %	98	80	90
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	17'773	16'900	17'700
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	13'209	11'700	13'200
Integrationskurs			
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse		13	13
Schulabbruchquote in %		7.00	7.00
Anschlussquote in %		70.00	70.00
Erwachsenenbildung			
Ø Anzahl Erwachsenen pro Klasse		11.30	11.30
Ø Kosten pro Lektion für die Stadt Winterthur		100.00	100.00
Inhalt der Kurse			
▪ Erwachsenenbildung (Ernährung, usw.)		Bericht	Bericht
▪ Elternbildung (Erziehung von Jugendlichen, usw.)		Bericht	Bericht
▪ Integrationskurse (Sprache, Kultur, usw.)		Bericht	Bericht

Schulabbruchquote - umfasst auch die Abbrüche von Schüler/innen welche eine Anschlusslösung gefunden haben

Anschlussersfolgsquote: Bei den Anschlusslösungen sind nur die Ausbildungen/Praktika berücksichtigt

Der Inhalt der Kurse (Erwachsenenbildung) wird mit einem jährlichen Bericht dokumentiert

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Plätze	222	240	240
Anzahl Schülerinnen und Schüler	222	240	220
▪ davon Winterthurerinnen und Winterthurer	140	145	140

Annahme, dass im Soll 2009 die Plätze nicht vollständig belegt sein werden.

IAFP Berufsbildung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	20'128	19'853	22'018	22'187	22'187	22'187
Erlös	9'668	10'421	10'615	10'670	10'695	10'695
Nettokosten/Globalkredit	10'460	9'432	11'403	11'518	11'493	11'493
Kostendeckungsgrad in %	48	52	48	48	48	48

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	23'000	0	935	219	364	595	611	20'276
Bewilligt	5'030	3'697	0	3'980	700	0	0	-3'347
Gesamt	28'030	3'697	935	4'199	1'064	595	611	16'929

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots						
Produkt msw-winterthur						
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	22'279.0	17'234.0	19'280.0	19'280	19'280	19'280
Brückenangebote 10. Schuljahr						
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	14'394.0	12'443.0	14'740.0	14'740	14'740	14'740

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
2 Angebot						
Produkt msw-Winterthur						
▪ Anzahl Ausbildungsplätze	231	240	244	244	244	244
▪ Anteil Winterthurerinnen/Winterthurer an Lernenden in %	28.00	29.00	29.00	30.00	30.00	30.00
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung						
▪ Anzahl Ausbildungsplätze (Brückenangebote)	392	410	410	390	390	390
3 Wirkungsorientierter Faktor						
Produkt msw-Winterthur						
▪ Qualität des Lehrabschlusses, Ø Abschlussnote	4.8	4.8	4.8	4	4	4
▪ Volkswirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Winterthur (wird ca. alle 5 Jahre durch die msw erhoben)	0.0	Bericht	0.0			
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung						
▪ Anschlusslösung an das 10. Schuljahr in %	96.3	86.7	90.0	90	90	90

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Ergänzungsbau Brückenangebote Bezug auf 2016 geplant

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Sportamt

Auftrag

Die Stadt Winterthur fördert den Sport im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten. Sie betreibt eine auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Sportorganisationen abgestimmte Sportpolitik.

Die Leitsätze der städtischen Sportpolitik

- Der Anteil der bewegungsaktiven Bevölkerung wird erhöht.
- Es wird ein gutes Angebot an Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt geschaffen.
- Die Stadt stellt attraktive Sportanlagen bereit und sorgt für deren Unterhalt und intensive Nutzung.
- Speziell gefördert werden der obligatorische und der freiwillige Schulsport, der Jugendsport und Breitensport.
- Die Stadt würdigt die Leistungen der Spitzensportlerinnen und Spitzensportler und leistet in Einzelfällen Unterstützung.
- Sportlich besonders begabte Schülerinnen und Schüler der Volksschule werden speziell gefördert.
- Die Stadt setzt in der Sportförderung Prioritäten und unterstützt gezielt Projekte von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung.
- Die Sportentwicklung der Stadt Winterthur hat eine Ausstrahlung auf die Region Winterthur.
- Der Stellenwert und die Akzeptanz des Sports in der Stadt (-Politik) werden erhöht.
- Auf ökologische Anliegen wird beim Bau von Sportanlagen und bei der Durchführung von Sportanlässen Wert gelegt.

Produkte

1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades inkl. Sauna, Solarium, Shop und Verpachtung Restaurant

2 Quartierbäder

Beteiligung: 4 Freibäder inkl. Saunen sind im städtischen Besitze. Die Betriebsgenossenschaften werden unterstützt.

3 Eissportanlage Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Eissportanlage Deutweg und Verpachtung Restaurant

4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk

5 Fussballplätze

Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese

6 Übrige Sportanlagen

Beteiligung am Unterhalt der Sportinfrastruktur

7 Dienstleistungen / Information

Auslastung, Disposition und Vermarktung der Sportanlagen, Vermietung der Räume in Schulanlagen ausserhalb der Schulzeit, freiwilliger Schulsport, Hochschulsport der ZHW, Sportförderungsprojekte, Information

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport (1972)

- Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit
- Konzept des Bundesrates für eine Sportpolitik der Schweiz (2000)
- Kantonale Verordnung über die Koordinationsstelle Sport und die Sportkommission (2000)
- Kantonale Volksschulverordnung (Schulturnen)
- NASAK (Nationales Sportanlagen Konzept)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Leitbild zur Sportförderung in der Stadt Winterthur 2006
- WOV-Rahmenbedingungen und Globalbudget

Stufe Verwaltungseinheit

- Ganzheitliches Sportkonzept Winterthur 1992
- Grundsätze des Sportamtes 1996
- Betriebs-Verträge mit Eulachhallen AG, Schwimmbadgenossenschaften und Genossenschaft Schützenwiese
- Dienstleistungsvereinbarung mit der Zürcher Hochschule Winterthur
- Raumbedeutsames Leitbild 1997
- Leistungsvereinbarung

Verantwortliche Leitung

Urs Wunderlin, Bereichsleiter Sportamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Finanzen / Wirtschaftlichkeit			
▪ Ausgaben für Sport pro Einwohner/Einwohnerin (1) in CHF	118	118	120
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt mit Kapitalkosten	22	23	24
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt ohne Kapitalkosten	.	37	38
▪ Beitrag Jugendsportförderung in CHF	110'000	110'000	150'000
2 Qualität			
▪ Kundenumfrage alle 5 Jahre parallel mit nationalem Sportobservatorium (4)	.	Bericht	
In den Zwischenjahren (ab 2008) werden vier Schwerpunkte (alternierend) befragt oder ausgewertet.			
▪ Kundenzufriedenheit mit Reservationsstelle	.	Bericht	Bericht
▪ Gebäudezustand erfassen;	.	Bericht	--
▪ Fussballplätze: Zustandsbericht	.	Bericht	--
▪ Energieverbrauch (5)	.	830'000	774'700
3. Quantität			
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (2)	328'505	325'000	330'000
▪ Anzahl Eintritte Eissportanlage Deutweg (3)	65'373	65'000	70'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben)			
▪ Mädchen	3'767	1'200	1'300
▪ Knaben	-	2'500	2'500
Freiwilliger Schulsport Anzahl Kurse/Teilnehmer (Mädchen/Knaben)			
▪ Kurse	-	74	85
▪ Mädchen	-	500	500
▪ Knaben	-	400	500
4 Wirkungsziele			
Ergebnisse aus nationalem Sportobservatorium: es werden drei Schwerpunkte entwickelt.	.	.	

(1) 98'500 Einwohner (Vorgabe Finanzamt für Budget 2008); ab 2009: 100'000

(2) 5-Jahres-Durchschnitt 2003 - 2007: 337'233 Eintritte

(3) 5-Jahres-Durchschnitt 2003 - 2007: 72'482 Eintritte

(4) Erhebung im 2012

(5) Im Moment nur 3-Jahres-Durchschnitt, da neu ab 2005 inkl. Eishalle und Schützenwiese CHF 775'506 (geplant ist ein 5-Jahres-Durchschnitt)

Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben): 2007 wurde noch nicht in Mädchen und Knaben aufgeteilt. 3767 entspricht dem Total Jugendlichen.

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	12'819'698	11'771'840	12'070'600

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Personal:

- Eine vakante Stelle (Sachbearbeitung Reservationsstelle) wurde im Budget 08 zu hoch budgetiert.
- Vakanzen werden in einer anderen Funktion neu besetzt (mit leicht höherer Einreihung, gleiche Stellenwerte).

Sachkosten:

- Der Sachaufwand bewegt sich grundsätzlich im gleichen Rahmen wie im Budget 08.

Beiträge an Dritte:

- Erhöhung Jugendsportförderungsbeiträge um CHF 40'000.--

Kalkulatorische Kosten:

- Grössere Projekte (Sanierung Freibad Geiselweid, Einbau Kunstrassen Flüeli) wurden abgeschlossen. Dies führt zu höheren kalkulatorischen Kosten, wobei die Zunahme infolge reduziertem Zinssatz abgefedert wurde.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Personal (Mehraufwand):

- Seit dem 1.4. 2008 arbeiten ein Projektleiter Schulsport, sowie ein Eismeister neu beim Sportamt. Zudem wird eine Kinderbetreuung im Hallen- und Freibad Geiselweid angeboten.

Sachkosten (Minderaufwand):

- Gebundener, ausserordentlicher Aufwand von CHF 1'004'355 für baulichen und gärtnerischen Unterhalt entfällt.

Kalkulatorische Kosten (Mehraufwand):

- Grössere Projekte (Sanierung Freibad Geiselweid, Einbau Kunstrassen Flüeli) wurden abgeschlossen. Dies führt zu höheren kalkulatorischen Kosten von CHF 1'394'000.

Übrige interne Kosten:

- Die Stadtgärtnerei verrechnet für den Unterhalt der Sportanlagen neu kostendeckende Preise, zudem ist der Aufwand für den gärtnerischen Unterhalt markant gestiegen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	3'929'292	4'281'669	4'327'420
Sachkosten	5'672'427	2'801'371	2'881'436
Beiträge an Dritte	824'362	772'200	815'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	5'253'206	5'638'300	6'120'574
Übrige interne Kosten	734'840	1'768'726	1'735'163
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>16'414'127</i>	<i>15'262'266</i>	<i>15'879'592</i>
Verrechnungen innerhalb PG	12'597	0	0
Total effektive Kosten	16'401'530	15'262'266	15'879'592
Externe Erlöse	3'475'125	3'353'500	3'686'010
Interne Erlöse	119'304	136'926	122'983
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'594'429</i>	<i>3'490'426</i>	<i>3'808'993</i>
Verrechnungen innerhalb PG	12'597	0	0
Total effektive Erlöse	3'581'832	3'490'426	3'808'993
Total Nettokosten/Globalkredit	12'819'698	11'771'840	12'070'600
Interne Kosten	5'975'449	7'407'026	7'855'737
Interne Erlöse	106'708	136'926	122'983
Total primäre Nettokosten*	6'950'956	4'501'740	4'337'846
Kostendeckungsgrad in % **	22	23	24
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			39

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	5'228'256	5'614'800	6'122'340
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	36.4	43.1	39.2
▪ Lehrverhältnisse	6.0	5.0	5.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	57 (26)	66 (33)	62 (28)

Stelleneinheiten: Richtiger Wert für Soll 2008 ist 39.6. + 0.2 Stellen Gruppenleiter/in Kasse Geiselweid; Pensenaufstockung; Sammelantrag 2008. - 0.6 Stellen Sachbearbeiter/in Rechnungswesen; Übertrag zu Abteilung Finanz- und Rechnungswesen.

Lehrverhältnisse: Zusätzlich 1 KV-Lernender mit städtischem Lehrvertrag (ab 2009 in obigen Zahlen nicht inbegriffen, bzw. im Total unverändert 6 Lehrverhältnisse).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Hallenbad Geiselweid: Sanierung Garderoben und Badbereich
- Genehmigung Sanierungskonzept Schwimmbad Oberwinterthur
- Erstellen eines weiteren Kunstrasenfeldes auf einer Fussballanlage
- Auflagen Swiss Football-League im Stadion Schützenwiese
- Erstellen von weiteren Minipitch-Feldern in wohnnahen Gebieten
- Konsequenzen / Massnahmen aus der Umfrage Sportobservatorium 2007 - z.B fördern des Individualsports/ Bewegungsangebote
- Akquirieren von weiteren Partnern für den Sportpasspool
- Raum für Bewegung und Sport - schrittweise Umsetzung der einzelnen Module
- Zentrum für Breiten- und Leistungssport - Projektbegleitung und Unterstützung

Produkt 1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades Geiselweid inkl. Sauna, Solarium, Shop und Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Wassersport

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'805'142	4'089'179	4'887'271
Erlös	2'048'208	2'097'011	2'217'396
Nettokosten	1'756'934	1'992'168	2'669'875
Kostendeckungsgrad in %	54	51	45

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb des Hallen- und Freibades Geiselweid			
▪ Kostenüberschuss pro Eintritt (Eintritte Hallen- und Freibad, inkl. Sauna) in CHF	5.32	6.00	8.25
Kostendeckung Zusatzangebote (Aqua Gym, ZHW-Sport) in %		270.00	270.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Öffnungszeiten des Hallenbades Geiselweid (Tage pro Jahr)	342	343	342
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (1)	328'505	325'000	330'000
▪ Anzahl Besucherinnen und Besucher Hallenbad Geiselweid pro Tag	960	948	965
▪ Anzahl Eintritte Sauna Geiselweid (2)	21'905	25'000	23'000

(1) 5-J.-Durchschnitt 2003-2007: 337'233 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2003-2007) 23'590 Eintritte

Bei den obgenannten Zahlen wurden normale Jahreswerte angenommen. Voraussichtlich werden jedoch 2009 die Garderoben und Beckenumgänge saniert. Das Bad müsste dann eventuell für ca. 3 Monate geschlossen werden. Da weder der Zeitpunkt noch die genaue Länge des Unterbruches klar ist, wird die Abweichung im Ist 2009 entsprechend ausfallen.

Produkt 2 Quartierbäder

Leistungen

- Beteiligung an vier Freibädern (Wülflingen, Wolfensberg, Oberwinterthur und Töss) inkl. Saunen
- Fachliche und finanzielle Unterstützung der Genossenschaften.
- Werterhalt der Bausubstanz

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'352'792	1'992'692	2'007'050
Erlös	1'015	2	6
Nettokosten	2'351'777	1'992'690	2'007'045
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Jährlicher Betriebsbeitrag an die Bäder Töss, Wülflingen und Oberwinterthur Fr. 150'000 bzw. Wolfensberg Fr. 125'000

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Finanzen: Halten des Kostenniveaus pro Eintritt			
▪ Nettokosten pro Eintritt Wülflingen in CHF	10.5	7.8	7.0
▪ Nettokosten pro Eintritt Oberwinterthur in CHF	11.8	7.2	14.0
▪ Nettokosten pro Eintritt Töss in CHF	17.9	11.2	14.0
▪ Nettokosten pro Eintritt Wolfensberg in CHF	7.8	9.6	5.9
▪ Betriebsbeitrag pro Eintritt Quartierbäder Total in CHF	3.3	2.6	2.5

Höhere Nettokosten im Soll 2009:

- Beim Schwimmbad Oberwinterthur ist ein höherer, werterhaltender Unterhalt unumgänglich.
- Beim Schwimmbad Töss wird die zweite Etappe der Zausanierung realisiert.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Erhaltung des Angebotes			
▪ Anzahl Freibäder	4	4	4
Nutzung: Optimale Auslastung der Quartierbäder			
▪ Anzahl Eintritte Quartierbäder Total, inkl. Saunen (1)	183'953	224'000	226'000
▪ Anzahl Eintritte Wülflingen (2)	74'075	84'000	84'000
▪ Anzahl Eintritte Oberwinterthur (3)	30'291	41'000	40'000
▪ Anzahl Eintritte Töss (4)	38'709	52'000	52'000
▪ Anzahl Eintritte Wolfensberg (5)	40'878	47'000	50'000

(1) 5-J.-Durchschnitt 2003-2007: 222'797 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2003-2007: 82'187 Eintritte Wülflingen

(3) 5-J.-Durchschnitt 2003-2007: 39'227 Eintritte Oberwinterthur

(4) 5-J.-Durchschnitt 2003-2007: 47'027 Eintritte Töss

(5) 5-J.-Durchschnitt 2003-2007: 46'575 Eintritte Wolfensberg

Produkt 3 Eissportanlage Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Eishalle Deutweg, Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Eissport
- Vermarktung der Eishalle

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'177'776	3'393'583	3'361'724
Erlös	893'118	978'909	940'929
Nettokosten	2'284'658	2'414'674	2'420'795
Kostendeckungsgrad in %	28	29	28

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Eishalle Deutweg			
▪ Kostenüberschuss pro Eintritt in CHF	34.10	37.00	35.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Angebot: Erhaltung des Angebotes			
Öffnungszeiten der Eishalle Deutweg (Tage pro Eissaison)	249	249	249
Nutzung: Optimale Auslastung der Eishalle Deutweg			
▪ Anzahl Eintritte Eishalle Deutweg (1)	65'373	65'000	70'000
▪ Anzahl Veranstaltungen	16	12	12

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Belegung durch Vereine (Anzahl Std./Saison) - Belegung durch öffentlichen Eislauf (Anzahl Std./Saison)		2'200 2'000	2'200 2'000

(1) 5-J.-Durchschnitt 2003-2007: 72'482 Eintritte

Produkt 4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk
- Infrastruktur für Leichtathletik und polysportive Nutzung

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'224'945	844'310	761'069
Erlös	67'221	53'501	65'153
Nettokosten	1'157'725	790'809	695'916
Kostendeckungsgrad in %	5	6	9

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Sportanlage Deutweg			
Kostenüberschuss pro Öffnungstag in CHF	2'561	2'198	1'982

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Angebot: Erhaltung des Angebotes			
- Leichtathletikstadion mit polysportiven Nebenanlagen - Öffnungszeiten der Gesamtanlage (Anzahl Tage pro Jahr von 8.00-21.30 Uhr)	1 358	1 358	1 358
Nutzung: Optimale Auslastung der Sportanlage Deutweg			
- Anzahl Veranstaltung auf der Sportanlage Deutweg - Anzahl Dauerbelegungen	130 45	140 60	140 45

Produkt 5 Fussballplätze

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese
- Infrastruktur für den Fussballsport und polysportive Nutzung der Anlagen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'909'558	3'370'747	3'585'788
Erlös	88'054	98'002	85'505
Nettokosten	3'821'504	3'272'745	3'500'283
Kostendeckungsgrad in %	2	3	2

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Fussballanlagen ▪ Nettokosten pro dem städtischen Fussballverband angeschlossene Mannschaft (1)	23'651	22'457	23'715

(1) Saison 2007/08: 152, davon 1 Damen-, 8 Juniorinnen- und 107 Junioren-Teams

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Angebot: Erhaltung des Angebots			
▪ Anzahl Fussballanlagen	7	7	7
▪ Anzahl Fussballplätze (Normspielfelder)	20	23	23
▪ Naturrasenfläche aller Fussballplätze in m2	182'000	184'500	158'740
▪ Kunstrasenflächen in m2		13'000	19'200
▪ Fussballstadion	1	1	1

Produkt 6 Übrige Sportanlagen

Leistungen

- **Beteiligung und Unterhalt der Sportinfrastruktur (Finnenbahnen, Vitaparcours, Reitsport)**
- Finanzielle und fachliche Unterstützung der Eulachhallen AG
- Angebote im Trendsportbereich
- Unterhalt Freizeitanlage Reitplatz

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	645'651	479'000	246'478
Erlös	77'272	66'000	103'000
Nettokosten	568'379	413'000	143'478
Kostendeckungsgrad in %	12	14	42

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Förderung von Trendsportangeboten			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Jährliche Unterhaltskosten für Werterhaltung der übrigen Sportanlagen			97'500

Produkt 7 Dienstleistung / Information

Leistungen

- Auslastung, Vermietung und Vermarktung der Sportanlagen
- Vermietung der Schulräume, Singsäle, Turnhallen, Schulzimmer und Schulschwimmanlagen ausserhalb der Schulzeit. Ertrag budgetiert in der Abteilung Schulbauten.
- Freiwilliger Schulsport
- Hochschulsport der ZHaW gem. Leistungsauftrag
- Sportförderungsprojekte (Seniorenport, Tössstafette u.a.m.)
- Information und Beratung (Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung des Sportes)

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'298'262	1'092'756	1'030'212
Erlös	402'086	197'001	397'004
Nettokosten	896'176	895'755	633'207
Kostendeckungsgrad in %	31	18	39

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Sportnutzung: Verkauf möglichst vieler Sportpässe			
▪ Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	14'646	13'000	15'000
▪ davon Jahrespässe gesamt	7'235	9'600	7'500

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Jugendsportförderung: Auszahlung von Beiträgen an Vereine mit jugendlichen Mitgliedern			
▪ Beitrag an Jugendsportförderung in CHF	110'000	110'000	150'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche			
▪ Mädchen	3'767	1'200	1'300
▪ Knaben	-	2'500	2'500
Sportinformation: Verbesserung der Information über das Sportangebot in Winterthur			
▪ Anzahl Ausgaben des Prospektes über den Sportpass	1	1	1
▪ Anzahl Besuche auf der Homepage im Internet (durchschnittlich pro Monat)	13'315	12'000	14'000
Übrige Daten			
▪ Anzahl städtische Turnhallen (davon 3 Grossraumhallen)	44	35	45
▪ Auslastung Turnhallen Wochentage (Mo-Fr, 18.00-22.00 Uhr) in %	98	98	98
▪ Auslastung Turnhallen Wochenende (Sa-So, 08.00-22.00 Uhr) in %	15	15	15

Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche: Ab 2008 Zahl der Mädchen und Knaben

Anzahl städtische Turnhallen (davon 3 Grossraumhallen): Falsche Zählung im Soll 2008 (richtig: 45 - inkl. Turnhalle Sennhof)

IAFP Sportamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	16'401	15'262	15'879	17'410	18'034	18'740
Erlös	3'581	3'490	3'808	3'809	3'809	3'809
Nettokosten/Globalkredit	12'820	11'772	12'071	13'601	14'225	14'931
Kostendeckungsgrad in %	22	23	24	22	21	20

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions-reserve *
Vorgesehen	71'281	0	4'190	3'060	11'430	23'404	17'734	11'463
Bewilligt	24'245	8'498	7'852	1'834	49	20	20	5'972
Gesamt	95'526	8'498	12'042	4'894	11'479	23'424	17'754	17'435

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Finanzen / Wirtschaftlichkeit						
▪ Ausgaben für Sport pro Einwohnerin und Einwohner (1)	118	118	120	136	142	149
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt mit Kapitalkosten	22	23	24	23	23	22
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt ohne Kapitalkosten	.	37	38	39	39	39
▪ Beitrag Jugendsportförderung in CHF	110'000	110'000	150'000	200'000	200'000	200'000
2 Qualität						
▪ Kundenumfrage alle 5 Jahre parallel mit nationalem Sportobservatorium (4) In den Zwischenjahren (ab 2008) werden vier Schwerpunkte (alternierend) befragt oder ausgewertet.	.	Bericht	0.0	--		
▪ Kundenzufriedenheit mit Reservationsstelle	.	Bericht	Bericht			
▪ Gebäudezustand erfassen;	.	Bericht	--	Bericht		
▪ Fussballplätze: Zustandsbericht	.	Bericht	--		Bericht	
▪ Energieverbrauch (5)	.	830'000	774'700	780'000	780'000	Bericht
3. Quantität						
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (2)	328'505	325'000	330'000	340'000	340'000	340'000
▪ Anzahl Eintritte Eissportanlage Deutweg (3)	65'373	65'000	70'000	70'000	70'000	70'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben)						
▪ Mädchen	3'767	1'200	1'300	1'350	1'500	1'600
▪ Knaben	-	2'500	2'500	2'550	2'500	2'500
Freiwilliger Schulsport Anzahl Kurse/Teilnehmer (Mädchen/Knaben)						
▪ Kurse	-	74	85	85	85	85
▪ Mädchen	-	500	500	500	500	500
▪ Knaben	-	400	500	500	500	500
4 Wirkungsziele						
Ergebnisse aus nationalem Sportobservatorium: es werden drei Schwerpunkte entwickelt.						

(1) Einwohnerzahl 2008: 98'500, ab 2009: 100'000

(2) 5-Jahres-Durchschnitt 2003-2007: 337'233 Eintritte

(3) 5-Jahres-Durchschnitt 2002-2006: 67'702 Eintritte

(4) nächste Umfrage 2012

Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben): 2007 wurde noch nicht in Mädchen und Knaben aufgeteilt. 3767 entspricht dem Total Jugendlichen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Rund um Winterthur
- Konzept "Raum für Bewegung und Sport" - schrittweise Umsetzung der einzelnen Module
- Zentrum Breiten- und Leistungssport - Projektbegleitung und Unterstützung aus der Sicht der Stadt Winterthur
- Hallenbad Geiselweid: Sanierung der Gebäudehülle
- Erstellen von weiteren Kunstrasenfeldern auf den Fussballanlagen (alle 2 Jahre)
- Gesamtsanierung Schwimmbad Oberwinterthur
- Sanierung oder Neubau Stadion Schützenwiese

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Vormundschaftsamt

Auftrag

Für die in der Stadt Winterthur wohnenden Erwachsenen, Kinder und Jugendlichen, die wegen fehlender oder eingeschränkter Handlungsfähigkeit nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbstständig zu besorgen sowie Schutz und Hilfe benötigen, wird eine adäquate begleitete und überwachte vormundschaftliche oder kindesrechtliche Betreuung angeordnet. Der zivilrechtliche Kindes- und Erwachsenenschutz wird gewährleistet. Die gesetzeskonforme Führung der vormundschaftlichen Massnahmen in persönlichen und finanziellen Belangen ist sichergestellt und die rechtlichen Interessen der Klienten sind gewahrt.

Die Vormundschaftsbehörde, eine durch den Gemeinderat gewählte nebenamtliche Kommission mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen, trifft die rechtskräftigen vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Entscheide. Im Auftrag der Vormundschaftsbehörde behandelt das Vormundschaftsamt die Gefährdungsmeldungen und Gesuche und erteilt die erforderliche Beratung, führt die vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Verfahren, überprüft die gesetzeskonforme Mandatsführung, bereitet generell die der Vormundschaftsbehörde obliegenden Geschäfte professionell vor und ist für deren Abwicklung besorgt.

Produkte

1 Vormundschaftspflege

Im Rahmen der Vormundschaftspflege werden sämtliche vormundschaftlichen Verfahren durchgeführt und die erforderlichen vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Entscheide gefällt. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften erfolgt eine entsprechende Mitwirkung bei der Mandatsführung und es wird eine Aufsichtsfunktion wahrgenommen. An Mandatspersonen, Klientinnen und Klienten sowie an deren Umfeld wird eine fachkundige Beratung und Information erteilt sowie gezielte Vernetzungsarbeit geleistet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- ZGB Art. 361: Vormundschaftliche Behörden sind die Vormundschaftsbehörde und die Aufsichtsbehörde. Die Kantone bestimmen diese Behörden.
- EG ZGB des Kantons Zürich § 73 und § 74: Vormundschaftsbehörde ist der Gemeinderat der politischen Gemeinde. Der Gemeinderat kann die Besorgung des Vormundschaftswesens entweder einer Kommission von 3 oder 5 Mitgliedern aus seiner Mitte oder einer besonderen Kommission von mindestens 3 Mitgliedern übertragen, deren Wahl durch die Gemeinde erfolgt. In gleicher Weise können durch Gemeindebeschluss einzelne Aufgaben der vormundschaftlichen Fürsorge besonderen Amtsstellen übertragen werden.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Städtische Gemeindeordnung § 64 und 65: Regelung der konkreten Zusammensetzung der Vormundschaftsbehörde und des Auftrages, dass die Vormundschaftsbehörde die vormundschaftlichen Aufgaben gemäss den gesetzlichen Vorschriften (ZGB, EG ZGB) und den Staatsverträgen zu erledigen hat. Die Vormundschaftsbehörde ist eine Kommission mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen. Ausserdem wird auf die Geschäftsordnung der Vormundschaftsbehörde verwiesen.

Stufe Verwaltungseinheit

- Geschäftsordnung vom 14. März 2006: Gemäss Art. 24 der Geschäftsordnung bereitet das Vormundschaftsamt die der Vormundschaftsbehörde obliegenden Geschäfte vor und ist für deren Abwicklung besorgt, soweit die Erledigung nicht anderen Vollzugsorganen übertragen ist.
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung vom 26. Oktober 1987, § 14: Beratungen zu vormundschaftlichen Fragestellungen sowie die Erledigung der Geschäfte der Vormundschaftsbehörde gelten als Aufgabenbereich des Vormundschaftsamtes.

Verantwortliche Leitung

Silvia Rey

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Vormundschaftsamtes Messgrößen - Verwaltungskosten pro Verfahren in CHF - Anzahl Berichtabnahmen pro Jahr Belastung in der Verfahrensleitung: - Anzahl Verfahren pro 100 Stellen-% Verfahrensleitung - Anzahl erledigte Verfahren pro Jahr - pendente Verfahren Ende Jahr	1'003 805 678 1'788 516	900 850 600 2'200 450	1'000 820 635 2'040 500
2 Gesetzeskonforme Leistungserbringung Die Geschäfte werden gesetzeskonform und kompetent unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit behandelt. <i>Messung / Bewertung:</i> Visitation durch den Bezirksamt (alle zwei Jahre) <i>Messgrösse:</i> - Audit erfüllt <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Fälle, in welchen der Standpunkt der Vormundschaftsbehörde im Rechtsmittelverfahren bestätigt wird. <i>Messgrösse:</i> - Prozent der bestätigten Fälle	Audit erfüllt 90	keine Visitation 95	Audit erfüllt 92

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	1'883'417	2'039'048	2'188'988

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Beim Sachaufwand erfolgt eine leichte Zunahme infolge höherer Kosten für Gutachten und Entschädigungen an unentgeltliche Rechtsvertretungen sowie einer einmaligen Auslage betreffend Städtetagung der Vormundschaftsbehörden der Deutschschweiz.
- Der höhere Personalaufwand ist insbesondere auf einen tiefer budgetierten Fluktuationsgewinn, neu dezentral budgetierten Kinderzulagen, 0,9 % Teuerung der gesamten Lohnsumme sowie 0,25 % kaufm. Stellenanpassung infolge zusätzlicher Aufgaben in Kanzlei/Registratur zurückzuführen.
- Der Kostendeckungsgrad bleibt unverändert.
- Die kalkulatorischen Kosten sind gestiegen durch Einführung der Anlagebuchhaltung.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Hauptursache des höheren Globalkredits sind die gestiegenen Personalkosten infolge Teuerung und Stufenanstieg (4,5 %), die neu dezentral budgetierten Kinderzulagen, sowie die Erhöhung der Stellenprozente.
- Höherer Sachaufwand infolge gestiegener Kosten für Gutachten und Entschädigungen an unentgeltliche Rechtsvertretungen, für Büromaterial und Drucksachen sowie für eine einmalige Auslage betreffend Städtetagung der Vormundschaftsbehörden der Deutschschweiz.
- Die kalkulatorischen Kosten sind gestiegen durch Einführung der Anlagebuchhaltung.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	1'872'940	2'015'887	2'132'615
Sachkosten	151'163	143'800	158'700
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	3'376	3'400	39'773
Übrige interne Kosten	293'498	302'043	299'250
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'320'977</i>	<i>2'465'130</i>	<i>2'630'338</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'320'977	2'465'130	2'630'338
Externe Erlöse	436'170	425'000	440'000
Interne Erlöse	1'390	1'083	1'350
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>437'560</i>	<i>426'083</i>	<i>441'350</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	437'560	426'083	441'350
Total Nettokosten/Globalkredit	1'883'417	2'039'048	2'188'988
Interne Kosten	296'875	305'443	339'023
Interne Erlöse	1'390	1'083	1'350
Total primäre Nettokosten*	1'587'933	1'734'687	1'851'315
Kostendeckungsgrad in % **	19	17	17
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			17

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	188'023	194'838	198'584
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	15,17	15,75	16,00
▪ Lehrverhältnisse	1,0	1,0	1,0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	20 (18)	21 (20)	22 (21)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Weiterentwicklung der internen Strukturen.
- Anpassung der EDV-Software an die laufenden Bedürfnisse.
- Fortlaufende Überprüfung der Verfahrensabläufe im Hinblick auf deren Rationalität und Effizienz.
- Vertiefung der Zusammenarbeit mit internen und externen Stellen.
- Allfällige Einführung einer neuen einheitlichen EDV-Applikation (Geschäftskontrolle, Klientendatei, Fallführungssoftware).

Produkt 1 Vormundschaftspflege**Leistungen**

Massnahmeprüfung und Entscheid

Durchführung aller vormundschaftlichen Verfahren: Behandlung und Überprüfung sämtlicher Gefährdungsmeldungen, Gesuche und Anträge auf Anordnung einer vormundschaftlichen Kindes- oder Erwachsenenschutzmassnahme. Fall/Geschäftseröffnung, Sachverhaltsabklärung, Gewährung des rechtlichen Gehörs, Bestimmen der Mandatsperson, Antragstellung/Entscheid, Vernehmlassung in Beschwerdeverfahren, Geschäftsabschluss

Mitwirkung bei der Mandatsführung und Aufsichtstätigkeit

Geschäftseröffnung, Inventaraufnahme, Prüfung der zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäfte, Aufbewahrung, Verwaltung, Anlage und Aushändigung von Mündelvermögen, Berichts- und Rechnungsprüfung, Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatsperson, Einschreiten von Amtes wegen, Antragstellung/Entscheid, Geschäftsabschluss

Beratung und Information

Erteilen von Auskünften, Beratung, Vermittlung und Schlichtung

Vernetzungsarbeit

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'305'340	2'465'130	2'630'338
Erlös	437'560	426'083	441'350
Nettokosten	1'867'780	2'039'048	2'188'988
Kostendeckungsgrad in %	19	17	17

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl laufende Verfahren	2'304	2'500	2'540
Anzahl vormundschaftliche Beschlüsse	1'602	1'750	1'650
Anzahl Inventarverfahren	140	140	140

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Massnahmeprüfung und Entscheid			
Anzahl Prüfungen / Entscheide für Kinder			
- Errichtungen	117	130	120
- Aufhebungen	112	70	80
- Übernahmen	12	15	15
- Übertragungen	9	15	10
- Verzicht	128	100	100
Anzahl Prüfungen / Entscheide für Erwachsene			
- Errichtungen	90	115	100
- Aufhebungen	19	30	20
- Übernahmen	8	5	8
- Übertragungen	3	5	3
- Verzicht	16	5	15
Mitwirkung bei Mandatsführungen und Aufsichtstätigkeit			
- Anzahl Inventaraufnahmen	140	140	140
- Anzahl Prüfungen zustimmungsbedürftiger Rechtsgeschäfte	174	160	160
- Höhe des verwalteten Mündelvermögens	55'115'304	70'000'000	65'000'000
- Anzahl Berichts- und Rechnungsprüfungen	818	850	820
- Anzahl Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatspersonen	3	4	3

IAFP Vormundschaftsamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	2'320	2'465	2'630	2'710	2'710	2'710
Erlös	437	426	441	441	441	441
Nettokosten/Globalkredit	1'883	2'039	2'189	2'269	2'269	2'269
Kostendeckungsgrad in %	19	17	17	16	16	16

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Vormundschaftsamtes Messgrössen - Verwaltungskosten pro Verfahren in CHF - Anzahl Berichtabnahmen pro Jahr Belastung in der Verfahrensleitung: - Anzahl Verfahren pro 100 Stellen-% Verfahrensleitung - Anzahl erledigte Verfahren pro Jahr - pendente Verfahren Ende Jahr						
	1'003	900	1'000	1'000	1'000	1'000
	805	850	820	850	850	850
	678	600	635	635	635	635
	1'788	2'200	2'040	2'100	2'100	2'100
	516	450	500	500	500	500
2 Gesetzeskonforme Leistungserbringung Die Geschäfte werden gesetzeskonform und kompetent unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit behandelt. <i>Messung / Bewertung:</i> Visitation durch den Bezirksrat (alle zwei Jahre) Messgrösse: - Audit erfüllt <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Fälle, in welchen der Standpunkt der Vormundschaftsbehörde im Rechtsmittelverfahren bestätigt wird. Messgrösse: - Prozent der bestätigten Fälle						
	Audit erfüllt	keine Visitation	Audit erfüllt	keine Visitation	Audit erfüllt	keine Visitation
	90	95	92	92	92	92

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Treffen der erforderlichen Vorbereitungen auf die bevorstehende Gesetzesrevision des Vormundschaftsrechts.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Jugend- und Familienhilfe

Auftrag

Mitwirken in den kantonalen Gremien, im Hinblick auf die Erhaltung der qualitativ notwendigen Beratungsangebote für Kinder-/Jugendliche und Familien in der Stadt. Bearbeiten von städtischen Jugendhilfefragen und sicherstellen der notwendigen Vernetzung von Jugendhilfeangeboten zwischen städtischen, privaten und kantonalen Einrichtungen.

Betreuen und fördern der vielfältigen präventiven Angebote im Jugendbereich. Präventive Unterstützung von Eltern nach der Erstgeburt mit geeignetem Informationsmaterial.

Gewährleisten von gesetzlichen Ansprüchen und ausrichten der finanziellen Leistungen an Alleinerziehende, Geschiedene und finanziell schlecht gestellte Familien mit Kleinkindern.

Beraten und unterstützen von privaten Einrichtungen und Organisationen, welche Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe übernehmen. Vertreten der Interessen Jugendlicher. Entwicklungsarbeit bei Jugendlichen im Hinblick auf die Förderung des intergenerationellen Dialogs und bei der Nutzung des öffentlichen Raumes.

Produkte

1 Jugendhilfe

Die städtische Jugendhilfe wirkt bei den kantonalen Gremien aktiv mit, damit die von kantonalen Stellen zu leistenden Jugendhilfeangebote den städtischen Bedürfnissen angepasst sind. Sie bearbeitet die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Einrichtungen und sorgt für die notwendige Vernetzung. Ferner bearbeitet sie die städtischen Jugend- und Familienanliegen und führt das Sekretariat der städtischen Jugendkommission. Mit dem Versand von Informationsmaterialien unterstützt sie präventiv Eltern nach der Erstgeburt.

2 Alimentenwesen

Das Alimentenwesen leistet nach den gesetzlichen Vorgaben Inkassohilfe, Alimentenbevorschussung und richtet Kleinkinderbetreuungsbeiträge aus. Die ordentliche Abwicklung der Rechtsansprüche und die Auszahlung der finanziellen Leistungen sind gewährleistet.

3 Jugendförderung

Die Fachstelle Jugendförderung (Jugenddelegierter) betreut die vielfältigen Angebote in der offenen Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendpartizipation, berät politische Behörden und private Trägerschaften. Sie ist verantwortlich für die Vernetzung mit den Departementen Schule und Sport, Sicherheit und Umwelt, mit kantonalen Fachstellen und privaten Trägerschaften im Bereich der offenen Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendpartizipation.

4 Kinder- und Jugendheim

Ab 2008 beim Departement Schule und Sport.

5 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Die städtische Jugendhilfe betreut private Einrichtungen, welche Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe übernehmen und richtet auf der Grundlage von Beschlüssen des GGR, des SR oder von Leistungsaufträgen finanzielle Beiträge aus.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

ZGB, Vormundschaftsrecht, Kindesrecht, kantonales Jugendhilfegesetz und dazugehörige Verordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verschiedene Beschlüsse des GGR, des Stadtrates und verschiedene Leistungsaufträge mit privaten Trägerschaften

Stufe Verwaltungseinheit

Geschäftsordnung des Departements Soziales, Kompetenzordnung der Fürsorgebehörde

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Unterstützung von privaten Institutionen Die Jugendarbeit von privaten Institutionen wird mit Förderungskrediten subsidiär unterstützt. <i>Messgrössen:</i> Summe der Förderungskredite Anzahl Förderungskredite	933'704 20	919'100 21 - 24	922'100 20 - 23
2 Betreuungsangebot Im Kinder- und Jugendheim Oberi werden entwicklungsauffällige Kinder betreut. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	100.0	n.a.	n.a.

Erklärungen zu den Zielvorgaben sind bei den Begründungen Abweichung Voranschlag 2007/2008 vermerkt.

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	7'585'837	7'215'277	7'566'885

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Der Globalkredit liegt um rund 350'000 Franken höher als im Vorjahr. Hauptgrund dafür ist der gestiegene Beitrag an das kantonale Jugendsekretariat (Produkt 1) von rund 320'000 Franken. Zudem sinkt der Inkassoerfolg bei den bevorschussten Alimenten leicht (Produkt 2).

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Keine wesentliche Veränderung.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Es ergibt sich keine Abweichung, da die Mehrkosten durch den Wegfall des Kinder- und Jugendheimes Oberi (Wechsel zu Departement Schule und Sport) kompensiert werden.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	2'469'880	486'288	380'147
Sachkosten	3'817'032	3'130'746	2'074'999
Beiträge an Dritte	7'280'467	7'039'100	7'042'100
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	154'000	0	0
Übrige interne Kosten	194'790	265'662	20'841
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'916'170</i>	<i>10'921'796</i>	<i>9'518'087</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	90'462	0
Total effektive Kosten	13'916'170	10'831'334	9'518'087
Externe Erlöse	5'481'238	3'400'000	1'750'000
Interne Erlöse	205'967	306'519	201'202
Beiträge von Dritten	643'128	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'330'333</i>	<i>3'706'519</i>	<i>1'951'202</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	90'462	0
Total effektive Erlöse	6'330'333	3'616'057	1'951'202
Total Nettokosten/Globalkredit	7'585'837	7'215'277	7'566'885
Interne Kosten	348'790	175'200	20'841
Interne Erlöse	205'967	216'057	201'202
Total primäre Nettokosten*	7'443'013	7'256'134	7'747'246
Kostendeckungsgrad in % **	45	33	21
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			21

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	200'616	201'300	35'100
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	16.6	19.1	2.2
▪ Lehrverhältnisse	5.3	4.3	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	28 (19)	27 (22)	3 (3)

Sowohl Gebäudekosten wie auch Stellenplan beinhalten 2008 irrtümlich das Kinder- und Jugendheim Oberi.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Planung für Ersatz von Jugendräumen infolge Arealumnutzungen (Oberwinterthur, Grüze)

Produkt 1 Kinderschutz und Beratung

Leistungen

Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe

- Die städtische Mitwirkung in der vom Regierungsrat gewählten Bezirksjugendkommission hat dafür zu sorgen, dass die Grundversorgung der kantonalen Jugendhilfeangebote die städtischen Bedürfnisse abdecken. Im Zusammenhang mit der Kostenbeteiligung sind Wirkung und Angebote laufend zu überprüfen.

Generelle Jugendhilfeaufgaben

- Im Rahmen der städtischen Jugendkommissionsarbeit werden innerstädtische Jugend- und Familienanliegen besprochen und bearbeitet, welche die kantonalen Stellen nicht übernehmen. Ferner sind die Interessen der Stadt in verschiedenen gemeinnützigen- und öffentlichen Gremien wahrzunehmen. Die neuen Schnittstellen und die notwendige Vernetzung mit den kantonalen Einrichtungen sind zu bearbeiten.

Prävention

- Alle Eltern von Erstgeborenen erhalten während drei Jahren periodisch unterstützende Informationen für ihre Erziehungsaufgabe.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'549'633	1'617'394	1'760'140
Erlös	77'238	94'524	10'060
Nettokosten	1'472'395	1'522'869	1'750'079
Kostendeckungsgrad in %	5	6	1

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe	1'445'407	1'473'000	1'800'000
Anzahl präventiv erfasste Familien mit Informationsmaterial nach der Erstgeburt	1'033	1'000 - 1'100	1'000 - 1'100

Die Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe betrifft die Produkte 1 und 2

Produkt 2 Alimentenwesen

Leistungen

- Die Alimentenhilfe leistet nach den gesetzlichen Vorgaben Inkassohilfe, Alimentenbevorschussung und richtet Kleinkinderbetreuungsbeiträge aus.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	7'806'446	7'795'377	6'405'837
Erlös	3'295'756	3'494'525	1'941'141
Nettokosten	4'510'690	4'300'852	4'464'695
Kostendeckungsgrad in %	42	45	30

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Kinder mit bevorschussten Alimenten	812	800 - 830	800 - 830
Anzahl Kleinkinderbetreuungsfälle	148	160 - 180	150 - 170
Anzahl der Inkassofälle	985	900 - 940	950 - 980
Summe der vermittelten Alimenten	1'464'216	1'450'000	* siehe Fussnote
Summe der bevorschussten Alimenten	4'421'896	4'500'000	4'400'000
Summe der ausgerichteten Kleinkinderbetreuungsbeiträge	1'504'402	1'500'000	1'500'000

* ab 2008 wird die Alimentenvermittlung nicht mehr über die städtische Rechnung abgewickelt

Produkt 3 Jugendförderung

Leistungen

- Betreuung der Angebote der Jugendarbeit (Offene Jugendarbeit, Projekte)
- Fachberatung gegenüber politischen Behörden, privaten Trägerschaften, Stadtverwaltung
- Mitarbeit in Kommissionen und Projekten
- Vernetzung mit anderen öffentlichen und privaten Stellen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'166'127	1'151'631	1'132'111
Erlös	25'746	27'007	1
Nettokosten	1'140'381	1'124'624	1'132'110
Kostendeckungsgrad in %	2	2	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Beratungen und Netzwerkkontakte	700	500 - 600	500 - 600
Anzahl Projekte zur Konfliktlösung und Prävention	7	5 - 10	5 - 10

Produkt 4 Kinder- und Jugendheim

Leistungen

- Betreuung von entwicklungsauffälligen Kindern und Jugendlichen von erziehungsunfähigen Eltern im Rahmen von Kinderschutzmassnahmen.

Das Kinder- und Jugendheim Oberi wechselt auf den 1. Januar 2008 in den Verantwortungsbereich des Dept. Schule und Sport.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'931'594	0	0
Erlös	2'931'594	0	0
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Belegung, Auslastung pro Jahr in %	93	n.a.	n.a.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl durchschnittlich betreuter Kinder pro Jahr	35	n.a.	n.a.

Produkt 5 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistungen

- Die Jugend- und Familienhilfe betreut private Jugendhilfeeinrichtungen und richtet auf der Grundlage von Beschlüssen und Leistungsaufträgen finanzielle Beiträge aus.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	444'141	220'000	220'000
Erlös	0	0	0
Nettokosten	444'141	220'000	220'000
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Tagesfamilienverein	221'837	neu bei DSO	neu bei DSS
Verein Partnerschafts- und Eheberatung, Scheidungsberatung	60'000	60'000	60'000
Verein Frauenhaus Winterthur*	102'304	100'000	100'000
Frauen - Nottelefon	60'000	60'000	60'000

*Defizitgarantie für Verein Frauenhaus Winterthur max. Fr. 300'000.--. Aufgrund der bezahlten Beiträge in den letzten fünf Jahren nur Fr. 100'000.-- im Budget 2009 eingestellt.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Organisationen und Anbieter wird vertraglich geregelt.			

IAFP Jugend- und Familienhilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	13'916	10'831	9'518	9'518	9'518	9'518
Erlös	6'330	3'616	1'951	1'951	1'951	1'951
Nettokosten/Globalkredit	7'586	7'215	7'567	7'567	7'567	7'567
Kostendeckungsgrad in %	45	33	21	21	21	21

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Unterstützung von privaten Institutionen Die Jugendarbeit von privaten Institutionen wird mit Förderungskrediten subsidiär unterstützt. <i>Messgrößen:</i> Summe der Förderungskredite Anzahl Förderungskredite	933'704 20.0	919'100 21 - 24	922'100 20 - 23	922'100 20 - 23	922'100 20 - 23	922'100 20 - 23
2 Betreuungsangebot Im Kinder- und Jugendheim Oberi werden entwicklungsauffällige Kinder betreut. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	100.0	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Keine geplant.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine.

Sozial- und Erwachsenenhilfe

Auftrag

- Die Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe umfasst die Existenzsicherung und die persönliche Hilfe in Notlagen. Sie erbringt Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz im Auftrag der Fürsorgebehörde und führt deren Sekretariat.
- Im Auftrag der Vormundschaftsbehörde führt die Sozial- und Erwachsenenhilfe vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene. Sie fördert und begleitet private Mandatsträger/innen.
- Die Produktgruppe umfasst auch die Ausrichtung von Zusatzleistungen bestehend aus Ergänzungsleistungen des Bundes, kantonalen Beihilfen und Gemeindegeldzuschüssen zur AHV und IV.
- Mit der Erbringung dieser gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen verhindert die Sozial- und Erwachsenenhilfe materielle Armut, soziale Desintegration sowie Krankheit und sie unterstützt damit die Erhaltung des Sozialen Friedens in der Stadt Winterthur. Wichtigste Ziele sind die Förderung der beruflichen Integration (Projekte und Programme) und der sozialen Integration (Tagesstrukturen und sinnvolle Beschäftigung).

Produkte

1 Sozialhilfe gemäss SHG

Durchführung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Winterthur mit dem Ziel der materiellen Existenzsicherung in Notlagen, Förderung ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung ihrer sozialen und beruflichen Integration.

2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene werden im Rahmen des behördlichen Auftrags durch Gesetzliche Betreuer/innen und private Mandatsträger/innen geführt.

3 Zusatzleistungen zur AHV/IV

Anspruchsklärung, Berechnung und Ausrichtung der Zusatzleistungen nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

4 Krankenkassenwesen

Im Rahmen der Existenzsicherung werden Krankenkassenprämien übernommen.

5 Beiträge an Institutionen

Beiträge an Institutionen mit einer sozialen Zielsetzung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Sozialhilfe gemäss SHG

- Bundesverfassung
- Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz / ZUG)
- Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz des Kantons Zürich)
- Verordnung zum Sozialhilfegesetz
- Einführungsgesetz zum AHV-Gesetz
- Einführungsgesetz zum KVG und Verordnung

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

- ZGB Art. 369 ff.
- EG ZGB § 82 ff.

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Gesetz über die Zusatzleistungen zur eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV) und Verordnungen (EL Gesetz)
- Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV-Gesetz)
- Gesetz über die Invalidenversicherung
- Verordnung zum Gesetz über die Invalidenversicherung Kantonsgesetzgebung

Krankenkassenwesen

- Bundesgesetz über die Krankenversicherungen (KVG)
- Einführungsgesetz zum KVG und Verordnung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Sozialhilfe gemäss SHG

- Gemeindeordnung der Stadt Winterthur
- Geschäftsordnung der Fürsorgebehörde der Stadt Winterthur

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Verordnung über die Zusatzleistungen zur eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV)

Stufe Verwaltungseinheit

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

- Geschäftsordnung der Verwaltung der sozialen Dienste, Art. 20 ff. (GGRB 1974)

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Interkommunaler Anschlussvertrag betreffend Durchführung der Zusatzleistungen zur AHV/IV

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Fallführung der Sozial- und Erwachsenenhilfe erfolgt effizient und kostengünstig. <i>Messung / Bewertung</i> Verwaltungskosten pro Fall <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG in CHF b) Vormundschaftliche Massnahme in CHF c) Zusatzleistungen zur AHV/IV in CHF	 2'088 2'907 597	 2'300 3'100 660	 2'780 3'500 680
2 Kundenorientierung Die Fallbelastung der Mitarbeitenden ermöglicht es, dass nebst Existenzsicherung und Hilfe in Notlagen die Klienten auch in der Erlangung bzw. Sicherstellung der sozialen und beruflichen Integration unterstützt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende b) Vormundschaftliche Massnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende	 61 132 48 101	 60-65 110-120 40-45 85-95	 50-55 95-105 40-45 85-95
3 Fachstelle Sozialversicherungen Die Fachstelle Sozialversicherungen entlastet die Sozialhilfe optimal. <i>Bemessung/Bewertung:</i> Anzahl Neuaufnahmen bei der Sozialhilfe pro Stelle <i>Messgrösse:</i> Neuaufnahmen pro 100%-Stelle		 500-600	 500-600

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	76'066'510	77'729'684	80'047'973

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Der Globalkredit erhöht sich um rund 2.3 Mio. Franken. Hauptgrund dafür sind die aufgrund der Einführung des NFA stark gestiegenen Kosten bei den Zusatzleistungen. Ein Teil dieser Kostenerhöhung kann durch einen tieferen Aufwand beim Produkt Sozialhilfe und bei der Produktgruppe Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich (Alter und Pflege) kompensiert werden.

Produkt 1 Sozialhilfe gemäss SHG:

Die mit der Einführung des NFA zusammenhängenden Veränderungen bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV bewirken, dass rund 150 Fälle keine Leistungen der Sozialhilfe für ungedeckte Heimkosten mehr in Anspruch nehmen müssen. Dies führt zu einer entsprechenden Reduktion der Kosten der Sozialhilfe. Aufgrund der nach wie vor erfreulichen konjunkturellen Lage ist auch sonst mit einem leichten Fallrückgang zu rechnen (- 2%). Trotz dieser Entspannung sinkt der personelle Aufwand nicht - im Gegenteil. Durch den starken Fallanstieg der letzten Jahre konnte die Fallarbeit (insb. Kontakte zu Klient/innen) nicht wunschgemäss erfüllt werden. Dazugekommen ist, dass die Sozialhilfe ihre Anstrengungen bei der beruflichen und sozialen Integration verstärken muss. Dass sich dies lohnt zeigte die Studie von econcept im Rahmen eines Projektes im Rahmen der Haushaltsanierung 2007. Zudem steigen die Anforderungen bei der Bekämpfung und Ahndung des Missbrauchs. Beides sind Auswirkungen des revidierten Sozialhilfegesetzes und der Verschiebung von Aufgaben zu Lasten der Sozialhilfe (z.B. IV-, AVIG-Revisionen). Dies führt dazu, dass zusätzliche Stellen erforderlich sind: 1,0 Missbrauchsbekämpfung sowie insgesamt 3,0 Sozialarbeit/Sachbearbeitung bei Zentraler Anlaufstelle und Sozialberatung.

Bei den Rückerstattungen ordnete das kantonale Gemeindeamt im Novemberbrief eine Erhöhung von 937'000 Franken an. Bei der ursprünglichen Budgetierung wurde der erwartete Gesamtertrag irrtümlich proportional auf die verschiedenen Kostenarten verteilt. So ergaben sich bei zwei Kostenarten, welche zu 100 % vom Kanton finanziert werden, Differenzen zu Lasten des Kantons, was nun korrigiert werden musste. Dies, obwohl Aufwände und Erträge gemäss den Hochrechnungen und Annahmen korrekt budgetiert wurden und der Gesamtaufwand gegenüber der Rechnung 2007 8.7 Mio. Franken (-13%) tiefer liegt.

Produkt 2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene:

Das Fallwachstum konnte noch nicht gebremst werden. 2007 stiegen die Fälle um 8,6 % und auch für 2008 bzw. 2009 sind die Zahlen weiter am Ansteigen. Um diesen Anstieg und die damit höhere Belastung zu bewältigen, werden zusätzliche 2,0 Stellen benötigt. Diese zusätzlichen Ressourcen stellen sicher, dass sich die Fallbelastung im Rahmen der parlamentarischen Zielvorgaben bewegt.

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV/IV:

Mit der Einführung des NFA findet eine Verschiebung der Kosten von der Sozialhilfe und der Produktgruppe Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich (Alter und Pflege) zulasten der Zusatzleistungen zur AHV/IV statt. Der Wegfall der Ehegattenzusatzrente (5. IV-Revision) führt bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV zur einer Zusatzbelastung von brutto 440'000 Franken. Zudem führt eine Erhöhung der Taxen der städtischen Alterszentren zu einer zusätzlichen Erhöhung der Kosten von brutto rund 750'000 Franken. Die ersten Hochrechnungen für das Jahr 2008 zeigen auf, dass auch von einem weiteren Fallwachstum auszugehen ist, was die Kosten weiter ansteigen lässt. Um den administrativen Mehraufwand zu bewältigen, werden 0,5 Sachbearbeitung zusätzlich budgetiert.

Produkt 4 Krankenkassenwesen und Produkt 5 Beiträge an Institutionen:

Keine wesentlichen Veränderungen.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Die zusätzlichen Personalressourcen haben Auswirkungen auf die Verwaltungskosten pro Fall, welche insbesondere bei Sozialhilfe und Vormundschaftlichen Massnahmen ansteigen.
- Bei der Kundenorientierung werden die Messgrößen bei der Sozialhilfe nach unten korrigiert. Zwei Faktoren spielen da eine Rolle. Zum einen fallen aufgrund des NFA rund 150 Fälle weg, welche mit geringem administrativem Aufwand bearbeitet werden konnten. Zum andern hat sich in der Praxis gezeigt, dass die zusätzlichen Aufgaben wie oben beschrieben nur dann bewältigt werden können, wenn die durchschnittliche Fallbelastung sinkt. Dies stellt sicher, dass sowohl bei der Integration in die Arbeitswelt wie auch bei der Missbrauchsbekämpfung die nötige Nähe zu den Klientinnen und Klienten durch regelmässige Termine sichergestellt werden kann. Wie oben erwähnt hat die Studie von econcept klar aufgezeigt, dass sich diese Investitionen für die Stadt Winterthur mittelfristig auszahlen. Die Messgrößen für die Vormundschaftlichen Massnahmen werden nicht verändert. Um sie zu erreichen, sind allerdings wie oben erwähnt zusätzliche personelle Ressourcen erforderlich.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Die Abweichung des Globalkredites ist insbesondere auf das Wachstum bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV sowie den zusätzlich benötigten personellen Ressourcen der gesamten Produktgruppe zurückzuführen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	10'403'939	10'902'999	12'320'767
Sachkosten	2'362'518	2'831'856	2'660'717
Beiträge an Dritte	138'517'271	134'312'500	138'606'200
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	10'493	10'300	209'151
Übrige interne Kosten	2'059'860	2'153'443	2'611'047
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>153'354'082</i>	<i>150'211'099</i>	<i>156'407'882</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	153'354'082	150'211'099	156'407'882
Externe Erlöse	30'954'338	26'890'011	24'793'700
Interne Erlöse	6'643	3'103	4'009
Beiträge von Dritten	46'326'592	45'588'300	51'562'200
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>77'287'572</i>	<i>72'481'414</i>	<i>76'359'909</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	77'287'572	72'481'414	76'359'909
Nettokosten / Globalkredit	76'066'510	77'729'684	80'047'973
Interne Kosten	2'070'353	2'163'743	2'820'198
Interne Erlöse	6'643	3'103	4'009
Total primäre Nettokosten*	74'002'799	75'569'044	77'231'784
Kostendeckungsgrad in % **	50	48	49
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			49

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	1'085'250 *	1'021'350	1'045'000
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	88.8	85.6	92.1
▪ Lehrverhältnisse	1.7	5.5	5.8
▪ Bestand (davon Teilzeit)	117 (74)	109 (71)	129 (80)

* Diese Fussnote bezog sich auf den Vergleich Rechnung 2007 mit Voranschlag 2007 und Rechnung 2006.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Weiterführung des Projektes TAXI, welches eine umfassende Analyse der Prozesse, Leistungen und Wirkungsbeiträge beinhaltet.
- Weiterführung des Projektes "Neue Fallführungssoftware" für Ersatz der heute drei unterschiedlichen Anwendungen.

Produkt 1 Sozialhilfe gemäss SHG

Leistungen

- Erstberatung mit Klärung der Ansprüche auf Sozialhilfe
- Erbringung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe gemäss SHG und Richtlinien der Fürsorgebehörde, insb. Sicherung der Existenz, Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung der sozialen und beruflichen Integration
- Beratung von Klienten in persönlichen und finanziellen Notlagen, Vermittlung von Hilfeleistungen
- Abrechnung mit kostenpflichtigen Gemeinwesen sowie Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	66'621'597	65'490'033	57'954'021
Erlös	28'310'165	24'470'021	22'532'456
Nettokosten	38'311'433	41'020'012	35'421'565
Kostendeckungsgrad in %	42	37	39

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl unterstützte Personen pro Jahr.	4'791	4'830	4'200
Anzahl Unterstützungsfälle pro Jahr.	2'892	2'880	2'620
Anzahl Neuaufnahmen pro Jahr	993	1'000	950
Anzahl abgeschlossene Fälle pro Jahr	1'004	1'020	1'060
Anzahl Behördenbeschlüsse pro Jahr	3'105	3'200	3'000
Unterstützungsleistungen brutto in CHF	57'476'200	55'638'000	47'400'000
Unterstützungsleistungen netto in CHF	31'843'105	33'817'589	28'440'000

Produkt 2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Leistungen

- Konkretisierung und Umsetzung des Auftrages der Vormundschaftsbehörde
- Beratung und Begleitung von Klienten in allen Lebensbereichen, insb. Budget, Wohnen, Arbeit/Beschäftigung, soziales Umfeld, Gesundheit
- Vermittlung von Ressourcen (Sachhilfe)
- Wahrung von Klienten-Interessen aufgrund der Vertretungsaufgaben, insb. Geltendmachen von Ansprüchen und Finanzverwaltung (Stellvertretendes Handeln)
- Förderung, Schulung und Begleitung von privaten Mandatsträger/innen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	4'000'214	4'064'499	4'950'725
Erlös	646'514	572'174	641'230
Nettokosten	3'353'700	3'492'325	4'309'495
Kostendeckungsgrad in %	16	14	13

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl vormundschaftliche Massnahmen pro Jahr	1'046	1'000	1'100
Anzahl Fälle persönlicher Hilfe nach SHG pro Jahr	87	100	100
Total Fälle pro Jahr	1'133	1'100	1'200
- davon durch Privatpersonen geführt (PRIMA)	276	250	300

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV / IV

Leistungen

- Abklärung der Ansprüche auf Zusatzleistungen
- Auszahlung von Ergänzungsleistungen des Bundes, der kantonale Beihilfen und Gemeindezuschüssen zur AHV und IV gemäss Gesetzen und Richtlinien
- Führung von Fällen für andere Gemeinden im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	59'633'019	57'731'382	69'821'639
Erlös	25'548'445	25'025'920	30'106'146
Nettokosten	34'084'574	32'705'463	39'715'492
Kostendeckungsgrad in %	43	43	43

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl unterstützte Fälle per 31.12.	3'231	3'160	3'320
- davon Betagte	1'580	1'550	1'610
- davon Behinderte	1'568	1'530	1'630
- davon Hinterlassene	83	80	80
Anzahl unterstützte Fälle für andere Gemeinden per 31.12.	43	50	50
Anzahl pendente Gesuche per 31.12.	88	70	70
Anzahl Verfügungen pro Jahr	9'968	11'000	10'000
Gesamtbelastung der Stadt (in Mio. CHF)	32	30	37
- davon Gemeindezuschüsse (in Mio. CHF)	2	2	2

Produkt 4 Krankenkassenwesen

Leistungen

- Abrechnung mit dem Kanton und den Krankenkassen
- Bewirtschaftung von Verlustscheinen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	22'896'335	22'607'638	23'237'084
Erlös	22'760'929	22'413'300	23'080'077
Nettokosten	135'407	194'338	157'007
Kostendeckungsgrad in %	99	99	99

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Es sind keine operativen Ziele definiert.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Summe der Prämienübernahmen	19'317'345	19'628'300	20'280'000
- davon für Zusatzleistungen	13'289'841	12'880'300	13'660'000
- davon für Sozialhilfe	5'479'800	6'198'000	6'000'000
- davon für Fälle ohne wirtschaftliche Hilfe	547'705	550'000	620'000
Anzahl Verlustscheine	1'938	2'870	1'890
Summe der Verlustscheine	2'220'645	2'750'000	2'250'000
Individuelle Prämienverbilligung: Manuelle Nachmeldungen	3'719	2'160	3'400

Produkt 5 Beiträge an Institutionen

Leistungen

Leistung von Beiträgen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	212'504	317'546	444'414
Erlös	0	0	0
Nettokosten	212'504	317'546	444'414
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Unterstützte Rechtsauskunftsstellen			
Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes	42'000	42'000	42'000
Rechtsauskunft des kaufm. Verbandes	2'500	2'500	2'500
Christlichsoziale Rechtsauskunftsstelle	3'700	3'700	3'700
Unentgeltliche Rechtsauskunft (der Stadt Winterthur)	20'104	17'500	21'500
Beträge an Institutionen in CHF			
Tele-Hilfe der Dargebotene Hand	18'000	18'000	18'000
Frauenzentrale	85'000	85'000	85'000
Brühlgutstiftung (Defizitgarantie Invalidenwerkstätte)*	0	100'000	100'000
Verschiedene Beiträge in CHF	41'200	45'000	45'000

*Beitrag an Brühlgutstiftung (Defizitgarantie Invalidenwerkstätte) max. Fr. 250'000.--. Aufgrund der Erfahrungswerte der letzten Jahre nur Fr. 100'000.-- im Budget 2008 eingestellt.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die Zusammenarbeit mit den Geldempfängern wird in der Regel vertraglich geregelt.			

IAFP Sozial- und Erwachsenenhilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	153'354	150'211	156'407	156'408	156'408	156'408
Erlös	77'287	72'481	76'359	76'360	76'360	76'360
Nettokosten/Globalkredit	76'067	77'730	80'048	80'048	80'048	80'048
Kostendeckungsgrad in %	50	48	49	49	49	49

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	900	0	0	700	200	0	0	0
Bewilligt	50	0	50	0	0	0	0	0
Gesamt	950	0	50	700	200	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Fallführung der Sozial- und Erwachsenenhilfe erfolgt effizient und kostengünstig. <i>Messung / Bewertung</i> Verwaltungskosten pro Fall <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG in CHF b) Vormundschaftliche Massnahme in CHF c) Zusatzleistungen zur AHV/IV in CHF	2'088 2'907 597	2'300 3'100 660	2'780 3'500 680	2'780 3'500 680	2'780 3'500 680	2'780 3'500 680
2 Kundenorientierung Die Fallbelastung der Mitarbeitenden ermöglicht es, dass nebst Existenzsicherung und Hilfe in Notlagen die Klienten auch in der Erlangung bzw. Sicherstellung der sozialen und beruflichen Integration unterstützt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende b) Vormundschaftliche Massnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende	61.0 132.0 48.0 101.0	60-65 110-120 40-45 85-95	50-55 95-105 40-45 85-95	50-55 95-105 40-45 85-95	50-55 95-105 40-45 85-95	50-55 95-105 40-45 85-95
3 Fachstelle Sozialversicherungen Die Fachstelle Sozialversicherungen entlastet die Sozialhilfe optimal. <i>Bemessung/Bewertung:</i> Anzahl Neuaufnahmen bei der Sozialhilfe pro Stelle <i>Messgrösse:</i> Neuaufnahmen pro 100%-Stelle		500-600	500-600	500-600	500-600	500-600

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Laufende Anpassung der Prozesse an veränderte Rahmenbedingungen und Weiterentwicklung der Organisation, um eine optimale Leistungserbringung sicherzustellen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine.

Asylwesen

Auftrag

Die Asylkoordination Winterthur gewährleistet die fachlich qualifizierte Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden, die der Stadt Winterthur zugewiesen werden. Sie erbringt im Auftrag des Kantons und Gemeinden der Region Leistungen in den Bereichen Unterbringung / Betreuung und Bildung / Beschäftigung und schliesst entsprechende Verträge ab.

Produkte

1 Betreuung und Unterbringung von Personen mit ANAG/NEE Status

Ab 2008 werden keine Kollektivunterkünfte im Auftrag des Kantons geführt und dieses Produkt aufgehoben.

2 Betreuung und Unterbringung Asyl Suchende 2. Phase und Personen mit ANAG/NEE Status

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden im Rahmen des Aufnahmekontingentes der Stadt Winterthur gemäss den Richtlinien der kantonalen Direktion für Soziales und Sicherheit.

3 Bildungs- und Beschäftigungsprogramme

Ab 2008 werden durch die Sozialen Dienste keine Bildungs- und Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende geführt. Das Unterhaltszentrum wechselt per 1.1.2008 innerhalb des Departement Soziales zur KAP.

4 Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden und Personen mit ANAG/NEE Status in der Region

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden im Auftrag von Gemeinden der Region.

Neue Bezeichnung der Produkte 1, 2 und 4 ab 2006 (Ersatz bzw. Ergänzung der Bezeichnung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Asylgesetz vom 26. Juni 1998, Stand am 28. September 1999
- Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen vom 11. August 1999, Stand 28. September 1999
- Kantonales Sozialhilfegesetz
- Vertrag vom 18.11.2005 zwischen dem Kanton Zürich und der Stadt Winterthur betreffend Nothilfe an Personen mit rechtskräftigem Nichteintretensentscheid
- Kantonales Leitbild für die Unterbringung und Betreuung von unterstützungsbedürftigen Asyl Suchenden und Vorläufig Aufgenommenen vom September 1997
- Vereinbarungen mit dem Kanton betreffend die Unterbringung von Asyl Suchenden in Durchgangszentren und die Durchführung von Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Beschluss der Fürsorgebehörde vom 19. April 1996 (Auftrag der Fürsorgebehörde an die Asylkoordination)

- Leistungsvereinbarung mit dem GemeindepräsidentInnen-Verband des Bezirks Andelfingen betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden im Bezirk Andelfingen
- Vereinbarungen mit 14 Gemeinden des Bezirks Winterthur betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden

Stufe Verwaltungseinheit

- "Grundhaltungen im Umgang mit Asyl Suchenden" der Asylkoordination Winterthur

Ergänzung der Rechtsgrundlagen Stufe Bund/Kanton mit

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit Im Verhältnis zu den von Bund und Kanton zur Verfügung gestellten Mitteln betragen die Aufwendungen des Asylbereichs: <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckungsgrad durch Mittel des Bundes und des Kantons in %	97	90 - 95	90 - 95
2 Bereitstellung Kapazität Im Vergleich zu dem vom Kanton festgelegten Aufnahmekontingent beträgt die Zahl betreuter Asyl Suchender: <i>Messung / Bewertung</i> Berechnungsgrundlage ist der vom Regierungsrat vorgegebene Prozentsatz der Wohnbevölkerung und die Zahl der tatsächlich betreuten Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.08) als Planungswert für das Budgetjahr <i>Messgrösse:</i> Verhältnis zwischen Aufnahmekontingent und der Anzahl tatsächlich betreuter Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.12 und 31.08.) in %	95	100	90 - 100
3 Tagesstruktur / Rückkehrfähigkeit Asyl Suchende nehmen an Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen teil. <i>Messung / Bewertung</i> Anzahl Teilnehmende im Verhältnis zu allen Asyl Suchenden in %	4.9	n.v.	n.v.
4 Kompetenzzentrum für regionale Leistungen Die Asylkoordination Winterthur schliesst mit regionalen Stellen kostendeckende Leistungsvereinbarungen ab. Die Kunden sind mit den erbrachten Leistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Kundenzufriedenheit wird mittels einer jährlichen Befragung ermittelt. <i>Messgrössen:</i> Kostendeckungsgrad Bezirk Andelfingen in % Kostendeckungsgrad Bezirk Winterthur in % Kundenzufriedenheit: Anteil aller Kunden, welche die Leistungen der Asylkoordination Winterthur mit gut bis sehr gut bewerten in %.	100 109.5 A 98 / W 93	100 100.0 A 100 / W 100	100 100.0 A 95 / W 95

W = Winterthur, A = Andelfingen

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	337'922	136'188	165'381

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Der Globalkredit steigt geringfügig im Rahmen der gewährten Lohnmassnahmen (Teuerung, Stufenanstieg). Die generell tiefere Anzahl an Asylsuchenden führt zu tieferen Kosten (weniger Personal und Unterstützungsleistungen) sowie tieferen Erträgen (Pauschalen von Kanton und Bund).

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Grundsätzlich unverändert. Bei Punkt 4 wurde die Kundenzufriedenheit auf (realistische) 95 % als Zielgrösse festgesetzt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Rückgang des Globalkredites aufgrund der Reduktion der Angebote (Nothilfezentrum) sowie dem Übertrag der Beschäftigungsprogramme an die KAP.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	2'242'610	1'128'887	940'394
Sachkosten	3'698'770	2'329'231	1'984'104
Beiträge an Dritte	4'876'335	4'944'500	4'390'600
Residualkosten	114'414	114'400	108'595
Kalkulatorische Kosten	306'033	331'100	330'753
Übrige interne Kosten	370'635	592'575	162'735
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>11'608'797</i>	<i>9'440'692</i>	<i>7'917'181</i>
Verrechnungen innerhalb PG	6'500	0	0
Total effektive Kosten	11'602'297	9'440'692	7'917'181
Externe Erlöse	10'898'495	9'234'200	7'697'000
Interne Erlöse	300'173	104	0
Beiträge von Dritten	72'207	70'200	54'800
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>11'270'875</i>	<i>9'304'504</i>	<i>7'751'800</i>
Verrechnungen innerhalb PG	6'500	0	0
Total effektive Erlöse	11'264'375	9'304'504	7'751'800
Total Nettokosten/Globalkredit	337'922	136'188	165'381
Interne Kosten	784'582	1'038'075	602'083
Interne Erlöse	293'673	104	0
Total primäre Nettokosten*	-152'987	-901'782	-436'702
Kostendeckungsgrad in % **	97	99	98
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			98

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	2'534'512	401'100	392'000
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	19.3	9.1	7.2
▪ Lehrverhältnisse	0.0	1.6	0.5
▪ Bestand (davon Teilzeit)	30 (23)	13 (11)	11 (10)

Mit den Gebäudekosten werden ab Voranschlag 2008 nur die Mietkosten für Räume, welche der Verwaltung dienen, ausgewiesen. Bis anhin wurden auch die Mietkosten für Unterkünfte dazugerechnet. Diese Kosten werden aber von Bund über eine Unterbringungs pauschale zurückerstattet.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Keine geplant.

Produkt 1 Betreuung und Unterbringung 1. Phase

Leistungen

- Unterbringung in Kollektivunterkünften, Beratung und Betreuung
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuches der Asylkoordination

Dieses Produkt wird ab 2008 nicht mehr angeboten.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'335'523	0	0
Erlös	1'248'686	0	0
Nettokosten	86'837	0	0
Kostendeckungsgrad in %	93	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten pro Präsenztage in CHF	33.05	n.V.	n.V.
Übrige Kosten pro Präsenztage in CHF	34.05	n.V.	n.V.

n.v. = nicht vorhanden

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kapazität gemäss Leistungsvereinbarung (reguläre Durchgangszentren):		n.V.	
Notunterkünfte	85	n.V.	n.V.
Abgerechnete Präsenztage	16'102	n.V.	n.V.

n.v. = nicht vorhanden

Produkt 2 Betreuung und Unterbringung 2. Phase

Leistungen

- Unterbringung in Wohnungen und Kollektivunterkünften, Beratung und Betreuung
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuches der Asylkoordination

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	5'683'465	6'625'747	5'459'723
Erlös	5'445'725	6'496'592	5'174'400
Nettokosten	237'740	129'154	285'323
Kostendeckungsgrad in %	96	98	95

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten pro Präsenztage in CHF	3.88	3.40 - 3.70	3.70 - 4.00
Übrige Kosten pro Präsenztage in CHF	31.13	28.00 - 31.00	29.00 - 31.00
Anteil der in Kollektivunterkünften (Wohnheim Hegifeld) untergebrachten Asyl Suchenden in %	24.30	26 - 29	20 - 25

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Abgerechnete Präsenztage	160'655	165'000 - 170'000	140'000 - 150'000

Produkt 3 Bildungs- und Beschäftigungsprogramme

Leistungen

- Beschäftigungsprogramm "Unterhaltszentrum" (handwerkliche Dienstleistungen)

Dieses Produkt wird per 1.1.2008 zur Produktgruppe "Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)" verschoben und dort in das Produkt "KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe Beziehende" integriert. (SRB 2007-0984 vom 13. Juni 2007)

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'666'154	0	0
Erlös	1'524'988	0	0
Nettokosten	141'166	0	0
Kostendeckungsgrad in %	92	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten pro Stelleneinheit in CHF	104'340	n.v.	n.v.

n.v. = nicht vorhanden

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Programmplätze pro Jahr	29	n.v.	n.v.
Anzahl Teilnehmende pro Jahr	220	n.v.	n.v.

n.v. = nicht vorhanden

Produkt 4 Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden in der Region

Leistungen

- Unterbringung in Wohnungen und Kollektivunterkünften, Beratung und Betreuung
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuchs der Asylkoordination
- Durchführung von Beschäftigungsprogrammen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'915'884	2'814'946	2'457'459
Erlös	3'051'475	2'807'912	2'577'400
Nettokosten	-135'591	7'034	-119'941
Kostendeckungsgrad in %	105	100	105

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten pro Präsenztage in CHF	3.64	2.50 - 3.50	2.90 - 3.40
Übrige Kosten pro Präsenztage in CHF	24.76	24.00 - 28.00	25.00 - 29.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Abgerechnete Präsenztage	98'057	90'000 - 94'000	78'000 - 90'000
Bez. Andelfingen: Beiträge an die Verwaltung Asylkoordination (CHF. 1.- - pro Präsenztage) in CHF	47'729	45'000 - 47'000	40'000 - 45'000

IAFP Asylwesen

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	11'602	9'440	7'917	7'917	7'917	7'917
Erlös	11'264	9'304	7'751	7'752	7'752	7'752
Nettokosten/Globalkredit	338	136	165	165	165	165
Kostendeckungsgrad in %	97	99	98	98	98	98

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit Im Verhältnis zu den von Bund und Kanton zur Verfügung gestellten Mitteln betragen die Aufwendungen des Asylbereichs: <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckungsgrad durch Mittel des Bundes und des Kantons in %	97	90 - 95	90 - 95	90 - 95	90 - 95	90 - 95
2 Bereitstellung Kapazität Im Vergleich zu dem vom Kanton festgelegten Aufnahmekontingent beträgt die Zahl betreuter Asyl Suchender: <i>Messung / Bewertung</i> Berechnungsgrundlage ist der vom Regierungsrat vorgegebene Prozentsatz der Wohnbevölkerung und die Zahl der tatsächlich betreuten Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.08) als Planungswert für das Budgetjahr <i>Messgrösse:</i> Verhältnis zwischen Aufnahmekontingent und der Anzahl tatsächlich betreuter Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.12 und 31.08.) in %	95	100	90 - 100	90 - 100	90 - 100	90 - 100
3 Tagesstruktur / Rückkehrfähigkeit Asyl Suchende nehmen an Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen teil. <i>Messung / Bewertung</i> Anzahl Teilnehmende im Verhältnis zu allen Asyl Suchenden in %	4.9	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
4 Kompetenzzentrum für regionale Leistungen Die Asylkoordination Winterthur schliesst mit regionalen Stellen kostendeckende Leistungsvereinbarungen ab. Die Kunden sind mit den erbrachten Leistungen zufrieden.						
<i>Messung / Bewertung</i> Die Kundenzufriedenheit wird mittels einer jährlichen Befragung ermittelt. <i>Messgrössen:</i> Kostendeckungsgrad Bezirk Andelfingen in % Kostendeckungsgrad Bezirk Winterthur in % Kundenzufriedenheit: Anteil aller Kunden, welche die Leistungen der Asylkoordination Winterthur mit gut bis sehr gut bewerten in %.						
	100	100	100	100	100	100
	109.5	100.0	100.0	100	100	100
	A 98 / W 93	A 100 / W 100	A 95 / W 95	A 95 / W 95	A 95 / W 95	A 95 / W 95

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Keine geplant.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine.

Prävention und Suchthilfe

Auftrag

- Gewährleistung der fachgerechten Beratung, Unterstützung, Behandlung und Therapie suchtgefährdeter und suchtkranker Personen.
- Sicherstellen einer suchtbewussten Prävention
- Zur Verfügungstellen von niederschweligen und teilweise begleiteten Angeboten in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Tagesstruktur

Produkte

1 Prävention

Suchtthemenbezogene Öffentlichkeits-, Informations-, Bildungs- und Projektarbeit, d.h. entwickeln, planen und umsetzen von primär- und sekundärpräventiven, zielgruppenspezifischen Dienstleistungsangeboten und Projekten auf personenorientierter und struktureller Handlungsebene.

2 Betreuung und Wohnen

Leitung und Koordination der niederschweligen Angebote Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen in der Stadt Winterthur. Die Angebote sind in den Bereichen Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen. Die Koordinationsaufgaben bestehen in der Mitarbeit und Vernetzung bei den städtischen Angeboten und den privaten Anbietern (Projekt Taglohn, Subita Strassensozialarbeit, Caritas Hot Pot und Wohnheime Heilsarmee). Ziele sind Verhinderung einer offenen Drogenszene und Obdachlosigkeit, ferner die Gewährleistung der Angebote Infektionsprophylaxe, Beschäftigung und Aufenthaltsorte.

3 Therapie und Behandlung

Substitution, Therapie und Behandlung von suchtgefährdeten und suchtkranken jungen und erwachsenen Personen aus der Stadt, dem Bezirk und der Psychiatrieregion Winterthur auf der Basis (sozial)-psychiatrischer und psychotherapeutischer Verfahren (Leistungen Krankenkassenberechtigt).

4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Beiträge an Institutionen, die im Bereiche Prävention und/oder niederschwelliger Suchthilfe tätig sind.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Kant. Sozialhilfegesetz, Kant. Gesundheitsgesetz
- Kant. Psychiatriekonzept
- Kant. Suchtpräventionskonzept
- Krankenhausverordnung
- Krankenversicherungsgesetz
- Tarmed
- Versorgungsmodell ipw
- RRB 6199 vom 11.11.1971 (BSD)
- Betäubungsmittelgesetz/Verordnung 812.121.6 über die ärztliche Verschreibung von Heroin (Ikarus)
- dringlicher Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin vom 13.6. 1999 (Ikarus)
- Institutionsbewilligung des Bundesamtes für Gesundheit BAG (Ikarus)
- Arztbewilligung des BAG (Ikarus)
- Bewilligung für Betäubungsmittel, Krankenanstalt der Gesundheitsdirektion des Kanton Zürichs (BSD und Ikarus)
- Vertrag zwischen Santésuisse Zürich-Schaffhausen und dem Departement Soziales der Stadt Winterthur (Ikarus)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- GGR vom 20.3.1991 (Drogenanlaufstelle)
- Volksabstimmung vom 17.5.1992 zum Drogenkonzept und GGR Nr. 92/082 Sicherung von Arbeitsplätzen (Projekt Taglohn)
- GGR Entscheid Nr. 2001/078 (Subita Strassensozialarbeit)
- Volksabstimmung Drogenkonzept vom 17.5.1992 (Begleitetes Wohnen)
- SRB vom 7.2.1990 (Notwohnungen)
- städtische Abstimmung zur Teilnahme am Versuch zur heroingestützten Behandlung 25.6.1995 (Ikarus)
- Dringlicher Bundesbeschluss vom 13.6.1999 über die ärztliche Verschreibung von Heroin bis im Jahre 2009 (Ikarus)
- SRB Nr. 95/01 vom 1.3.1995 (WFA)
- GGR-Beschluss Nr. 95/01 vom 4.1.1995 (WFA)
- SRB 1366 vom 12.11.1970 (Drogenberatungsstelle)
- GGR-Beschluss vom 22.9.2003 (jump und jumpina)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Verwaltungseinheit

- Verträge mit ipw
- Verträge mit 19 Bezirksgemeinden betreffend der Beratung , Unterstützung, Therapie und Behandlung von alkoholgefährdeten und alkoholkranken Personen durch die Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme WFA ab 1.10.2003

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Kostendeckungsgrad der Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD) in % des Zentrums für heroïn- und methadongestützte Behandlung Ikarus in % der Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme (WFA) in %	101.00 72.20 65.20	90 - 95 85 - 90 63 - 65	90 - 95 85 - 90 63 - 65
2 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Notwohnungen werden mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand erbracht. <i>Messung / Bewertung:</i> Personalaufwand pro Objekt bei den Notwohnungen in CHF	1'223	1'340	1'340
3 Präventionsangebot Für Jugendliche mit erschwerten Bedingungen an der Schnittstelle Schule-Ausbildung / Arbeit werden Betreuungsplätze angeboten <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Plätze in den Projekten Jump und Jumpina	30	36	36
4 Kundenorientierung Den Nutzenden der Drogenanlaufstelle wird ein angemessenes Angebot zur Verfügung gestellt, so dass eine offene Drogenszene verhindert werden kann. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Nutzenden <i>Messgrößen:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	88	90	90
5 Zugänglichkeit Die Drogenanlaufstelle steht den Suchtmittelabhängigen und ausgegrenzten Menschen offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	41	41	55

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	4'074'065	3'903'454	4'587'687

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Der Globalkredit erhöht sich um rund 680'000 Franken. Hauptgrund dafür sind der höhere Beitrag an das Projekt Taglohn des Vereins Läbesruum, die Kosten der gewährten Lohnmassnahmen (Teuerung, Stufenanstieg), die erstmalige Belastung der Abschreibungen und Kapitalzinsen sowie leicht erhöhter Personalbedarf bei der DAS Anlaufstelle und beim Ikarus (Heroin- und Methadonabgabe). Zudem musste beim Produkt 3 die zu optimistische Budgetierung des Vorjahres korrigiert werden.

Produkt 1 Prävention:

Keine wesentliche Veränderung. Die Leistungsmengen beim Jump/Jumpina wurden an das höhere Angebot angepasst.

Produkt 2 Betreuung und Wohnen:

Die Öffnungszeiten der DAS Anlaufstelle wurden im Rahmen des Projektes Merkur (Auflösung Drogen- und Alkoholszene) erweitert. Erste Erfahrungen haben aufgezeigt, dass das zusätzliche Angebot von den Randständigen auch genutzt wird, was zur Entlastung des öffentlichen Raumes beiträgt. Die längeren Öffnungszeiten bedingen eine Erhöhung des Personalbestandes um 0.6 Stellen. Die Mehrkosten können weitgehend durch Mehrerträge beim Wohnen kompensiert werden.

Produkt 3 Therapie und Behandlung:

Wie die Rechnung 2007 aufzeigt, war im Vorjahr die Budgetierung etwas zu optimistisch. Dies wurde nun korrigiert. Zudem werden 1,5 Stellen Psychologie/Sozialarbeit der Beratungsstelle für Drogenprobleme vom Kanton zur Stadt transferiert. Dies hat keine Mehrkosten zur Folge, da dies in die Gesamtabrechnung mit der ipw (Integrierte Psychiatrie Winterthur) einfliesst. Organisatorisch erleichtert es die Führungsarbeit, weil alle Psycholog/innen und Sozialarbeitenden von der Stadt Winterthur angestellt sind. Die Ärzt/innen bzw. Psychiater/innen werden weiterhin von der ipw angestellt und entsprechend verrechnet. Beim Ikarus zeigte die Analyse der Abläufe und Organisation, dass der Stellenetat um 0.45 Stellen erhöht werden muss, um künftig Überzeiten zu verhindern.

Produkt 4 Beiträge und Leistungen an Institutionen:

Der Beitrag an das Projekt Taglohn des Vereins Läbesruum wurde um 100'000 Franken erhöht (Volksentscheid). Zudem wurde auch der Beitrag an die Aids-Infostelle aufgrund der Erhöhung des Beitrages angepasst (GGR).

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Verändert wird lediglich Punkt 5 Zugänglichkeit. Im Rahmen des Projektes Merkur hat die DAS Anlaufstelle ihre Öffnungszeiten erweitert (Siebentagebetrieb). Mit den beantragten zusätzlichen 0.6 Stellen ist ein Dauerbetrieb von 55 Stunden pro Woche realistisch (7 Tage zu 8 Stunden ./ 1 Stunde Teamsitzung).

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Der Mehraufwand von rund 510'000 Franken ergibt sich aus

- den Kosten der gewährten Lohnmassnahmen (Teuerung, Stufenanstieg),
 - der erstmaligen Belastung der Abschreibungen und Kapitalzinsen,
 - der Erhöhung der Plätze bei Jump/Jumpina, der Erweiterung der Öffnungszeiten der DAS Anlaufstelle und
 - höherer Beiträge an Dritte
- (siehe Begründung oben).

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	4'339'077	4'464'875	5'086'700
Sachkosten	4'522'711	4'232'560	3'928'661
Beiträge an Dritte	696'600	655'000	760'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	302'628	303'800	505'676
Übrige interne Kosten	822'132	815'911	1'079'927
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'683'148</i>	<i>10'472'146</i>	<i>11'360'964</i>
Verrechnungen innerhalb PG	8'505	0	90'000
Total effektive Kosten	10'674'643	10'472'146	11'270'964
Externe Erlöse	5'456'407	5'566'600	5'651'220
Interne Erlöse	24'744	15'092	105'158
Beiträge von Dritten	1'127'932	987'000	1'016'900
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'609'083</i>	<i>6'568'692</i>	<i>6'773'278</i>
Verrechnungen innerhalb PG	8'505	0	90'000
Total effektive Erlöse	6'600'578	6'568'692	6'683'278
Total Nettokosten/Globalkredit	4'074'065	3'903'454	4'587'687
Interne Kosten	1'116'255	1'119'711	1'495'603
Interne Erlöse	16'239	15'092	15'158
Total primäre Nettokosten*	2'974'049	2'798'835	3'107'241
Kostendeckungsgrad in % **	62	63	59
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			60

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	441'204 *	433'400	410'300
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	33.1	33.4	35.9
▪ Lehrverhältnisse	3.0	4.9	3.9
▪ Bestand (davon Teilzeit)	56 (50)	55 (49)	61 (51)

* Bei den Gebäudekosten werden ab Rechnung 2007 nur die Mietkosten für Räume, welche der Verwaltung dienen, ausgewiesen. Vorher wurden auch die Mietkosten der Notwohnungen und der Wohnungen des Begleiteten Wohnens dazugerechnet. Diese Kosten werden aber von den Bewohnern zurückerstattet.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Kontinuierliche Umsetzung der Massnahmen, welche durch die Suchtpolitik 2007-2011 vorgegeben worden sind.

Produkt 1 Prävention

Leistungen

Suchtprävention

- Die Suchtpräventionsstelle Winterthur ist Anlauf-, Informations- und Impulsstelle für präventive Anliegen in Stadt und Bezirk Winterthur und arbeitet koordiniert mit den kantonalen Fachstellen. Sie ist zur Hauptsache in den Bereichen Information, Bildung, Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit tätig und strebt auf mehreren Einflussebenen sowohl im individuellen als auch strukturellen Bereich präventive Wirkung an. Die Suchtprävention ist ein Teilbereich der Gesundheitsförderung.

Programme JUMP und Jumpina

- Die Programme Jumpina bzw. Jump sprechen potentiell suchtgefährdete weibliche (bzw. männliche) Jugendliche an der Schnittstelle Oberstufe – Ausbildung – Eintritt ins Erwerbsleben an. Die Programme sollen dazu führen, dass diese eine bessere berufliche und soziale Integration ermöglicht wird und sie trotz ihrer high risk Lebens- und Persönlichkeitsmerkmale nicht drogen- oder alkoholabhängig werden.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'202'671	1'311'732	1'366'607
Erlös	362'710	319'609	375'133
Nettokosten	839'961	992'122	991'474
Kostendeckungsgrad in %	30	24	27

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Tagesvollkosten in den Projekten Jump / Jumpina in CHF	1174 / 1126	1301 / 1204	1330 / 1262
Wartefrist für Aufnahme in Projekt (in Tage)	28	28 - 33	20 - 25

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl laufende Projekte in der Suchtprävention	29	28 - 32	25 - 30
Anzahl initialisierte Projekte in der Suchtprävention	24	20 - 24	20 - 25
Anzahl Veranstaltungen in der Suchtprävention	62	60 - 70	60 - 70
Anzahl Teilnehmende Jump / Jumpina	52 / 48	48 / 39	55 / 55
Anzahl Anschlusslösungen Jump / Jumpina	32 / 18	27 / 20	28 / 28

Produkt 2 Betreuung und Wohnen

Leistungen

Drogenanlaufstelle

- Treff für suchtmittelabhängige und ausgegrenzte Menschen, Sicherstellung einer Infektionsprophylaxe, Information und Triage, Tagesstruktur, Verhindern einer offenen Szene und aufsuchende Sozialarbeit am Musikpavillon.

Begleitetes Wohnen

- Das Begleitete Wohnen stellt Wohnraum für suchtmittelabhängige und verhaltensauffällige Menschen zur Verfügung und begleitet die Bewohner/innen in ihrem Lebensalltag. Die Angebote sind in der Stadt dezentral verteilt. Es werden Zimmer in Wohngruppen und Einzimmer-Wohnungen in Untermiete zur Verfügung gestellt. Ziel ist die Erhaltung oder Verbesserung von Wohn- und Sozialkompetenzen und Verhindern des Aufenthalts in stationären Einrichtungen.

Notwohnungen

- Es wird Wohnraum zur Verfügung gestellt für kinderreiche Familien mit beschränkten Mitteln, sozial auffällige Menschen, Ausländer/innen aus fremden Kulturkreisen, generell Personen mit bescheidenen finanziellen Verhältnissen und bei Ausweisungen. Ziel ist die Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	4'843'490	4'886'502	4'779'545
Erlös	3'259'036	3'222'531	3'000'696
Nettokosten	1'584'453	1'663'971	1'778'849
Kostendeckungsgrad in %	67	66	63

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Nutzende pro Jahr / Stellenprozent der Drogenanlaufstelle	2'607	2'960	3'300
Anzahl begleiteter Personen / Stellenprozent des Begleiteten Wohnen	28.0	25 - 30	25 - 30
Mietaufwand im Verhältnis zum Mietertrag bei den Notwohnungen in %	106	100 - 105	100 - 105

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Drogenanlaufstelle:			
▪ Anzahl Besucherinnen und Besucher pro Jahr (Frequenz)	9'646	11'000	14'000
▪ Abgegebene Spritzen pro Jahr	52'200	80'000	45'000
Begleitetes Wohnen:			
▪ Anzahl begleitete Personen	89	80 - 85	80 - 95
▪ Anzahl Mietobjekte	89	80 - 85	80 - 95
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	76 / 32 / 11	70 / 30 / 15	80 / 30 / 10
Notwohnungen:			
▪ Anzahl Wohnungen / Einfamilienhäuser / Zimmer	138 / 1 / 19	145 / 0 / 25	145 / 0 / 25
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember:			
Erwachsene / Kinder	210 / 225	220 / 240	230 / 230
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember: Familien / Alleinerziehende / Einzelpersonen / Paare	52 / 38 / 61 / 9	60 / 20 / 60 / 25	60 / 20 / 70 / 15
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	366 / 54 / 48	370 / 55 / 45	400 / 55 / 40

Produkt 3 Therapie und Behandlung

Leistungen

Beratungsstelle für Drogenprobleme

- Die Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD) ist Teil des 4 Säulenmodells. (Prävention, Therapie, Risikoverminderung und Repression), das auf eidgenössischer, kantonaler und städtischer Ebene abgesichert ist. Die BSD gibt Methadon ab. Die BSD ist in der kantonalen Spitalliste als poliklinisches ambulantes (sozial-)psychiatrisches Spital und als ambulante Fachklinik aufgeführt. Die erbrachten Leistungen werden den Krankenkassen in Rechnung gestellt.

Ikarus

- Im Zentrum zur heroingestützten Behandlung Ikarus werden
 - Bei Menschen mit langjährigen chronifizierten Suchtentwicklung und bei denen andere Behandlungen versagten, heroingestützte Behandlungen durchgeführt.
 - Methadonbehandlung in einem niedrig strukturierten Setting durchgeführt sowie übergetretene Klientinnen und Klienten vom Heroinprogramm weiter behandelt.
 Die HeGeBe-Zentren (Heroin gestützte Behandlung) stehen gesamtschweizerisch unter der Kontrolle des BAG (Bundesamt für Gesundheit).

Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme

- Die Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme ist eine ambulante psychiatrische/psychologische Behandlungseinrichtung für erwachsene Personen aus der Stadt Winterthur mit einer Suchterkrankung (Alkohol-, Medikamenten- und Spielsucht). Sie bietet ambulante psychiatrische Behandlungen, Psycho- und Sozialtherapien an, sowohl Einzeltherapie als auch Paar- und Gruppentherapie, führt strafrechtliche Massnahmen durch, berät und begleitet Angehörige von suchtkranken Menschen. Das Behandlungsmodell der WFA basiert auf zeitgemässen, professionellen und interdisziplinären Behandlungskonzepten und richtet sich nach den individuellen Bedürfnissen, Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Patientinnen und Patienten.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'901'339	3'599'912	4'310'532
Erlös	2'958'601	3'026'551	3'397'449
Nettokosten	942'738	573'361	913'083
Kostendeckungsgrad in %	76	84	79

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben (Kostendeckungsgrad) abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Beratungsstelle für Drogenprobleme			
▪ behandelte Fälle	451	460 - 480	480 - 500
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse	11'384	10000 - 12000	12'000 - 14'000
▪ Konsultationen (Gesprächstermine)	4'106	3900 - 4100	4'000 - 4'200
▪ Patienten im Methadonprogramm	229	160 - 180	230 - 250
Ikarus			
▪ Anzahl Plätze im Heroinprogramm	55	55	55
▪ Anzahl Patienten per 31.12. im Heroinprogramm	55	50 - 55	50 - 55
▪ Anzahl Ein- / Austritte im Heroinprogramm	3 / 3	8 / 8	8 / 8
▪ Anzahl Patienten per 31.12. im Methadonprogramm *	15	15	siehe oben
▪ Anzahl Ein- / Austritte im Methadonprogramm *	8 / 3	2 / 2	n.v.
Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme			
▪ behandelte Fälle	404	330 - 350	330 - 350
▪ Konsultationen	3'342	3600 - 3800	3'300 - 3'500

* Anfang 2008 wurden die beiden Methadonprogramme zusammengelegt und neu als ein Programm bei der Beratungsstelle für Drogenprobleme weitergeführt. Die Zahlen über Ein-/Austritte sind deshalb nicht mehr verfügbar (n.v.)

Produkt 4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistungen

Projekt Taglohn

- Beschäftigung von Erwerbslosen, Langzeitarbeitslosen, Süchtigen, Randständigen. Arbeit im Taglohn-System und mit festen Arbeitszuteilungen. Schaffung einer Tagesstruktur durch Arbeit. Autonomierückgewinnung durch eigenen Erwerb.

Wohnheim der Heilsarmee

- Angebot und Führung eines Wohnheimes für Männer und Frauen mit insgesamt 30 Betten und Verpflegung. Verhinderung von Obdachlosigkeit. Das Haus gehört der Stadt und wird für diesen Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Aids-Infostelle

- Das Angebot der AIDS-Infostelle Winterthur richtet sich im Bereich Prävention und Beratung an die Einwohner der Stadt Winterthur und seiner Umgebung.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	707'507	674'000	904'280
Erlös	0	0	0
Nettokosten	707'507	674'000	904'280
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Verein "Läbesruum" -Projekt Taglohn- (Beitrag in CHF)*	636'600	595'000	680'000
Wohnheim der Heilsarmee (Beitrag in CHF)	10'907	19'000	19'215
Verein Aids-Infostelle (Beitrag in CHF)	60'000	60'000	80'000

*Beitrag an Verein "Läbesruum" gemäss Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 maximal Fr. 770'000.-- pro Jahr.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Projekten wird durch Subventionsverträge und Leistungsvereinbarungen geregelt.			

IAFP Prävention und Suchthilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	10'674	10'472	11'270	11'271	11'271	11'271
Erlös	6'600	6'568	6'683	6'683	6'683	6'683
Nettokosten/Globalkredit	4'074	3'903	4'588	4'588	4'588	4'588
Kostendeckungsgrad in %	62	63	59	59	59	59

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	840	0	320	790	0	0	0	-270
Bewilligt	2'135	823	80	600	0	0	0	632
Gesamt	2'975	823	400	1'390	0	0	0	362

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Kostendeckungsgrad der Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD) in %	101.0	90 - 95	90 - 95	90 - 95	90 - 95	90 - 95
des Zentrums für heroïn- und methadongestützte Behandlung Ikarus in %	72.2	85 - 90	85 - 90	85 - 90	85 - 90	85 - 90
der Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme (WFA) in %	65.2	63 - 65	63 - 65	63 - 65	63 - 65	63 - 65
2 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Notwohnungen werden mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand erbracht. <i>Messung / Bewertung:</i> Personalaufwand pro Objekt bei den Notwohnungen	1'223	1'340	1'340	1'340	1'340	1'340
3 Präventionsangebot Für Jugendliche mit erschweren Bedingungen an der Schnittstelle Schule-Ausbildung / Arbeit werden Betreuungsplätze angeboten <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Plätze in den Projekten Jump und Jumpina	30	36	36	36	36	36
4 Kundenorientierung Den Nutzenden der Drogenanlaufstelle wird ein angemessenes Angebot zur Verfügung gestellt, so dass eine offene Drogenszene verhindert werden kann. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Nutzenden <i>Messgrößen:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	88	90	90	90	90	90
5 Zugänglichkeit Die Drogenanlaufstelle steht den suchtmittelabhängigen und ausgegrenzten Menschen offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	41	41	55	48	48	48

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Umsetzung Suchtpolitik 2007-2011

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine.

Alterszentren

Auftrag

Die Alters- und Pflegeheime des Bereichs Alter und Pflege bieten in Alters- und / oder Tageszentren ein Zuhause mit nach Bedarf abgestuften Dienstleistungen in Betreuung, Begleitung und Pflege für Erwachsene, in der Regel betagte Menschen. Daneben werden diverse Dienstleistungen aus Hotellerie und / oder ärztlich / therapeutischen Bereichen für Dritte erbracht.

Produkte

1 Langzeitbetreuung und -pflege

Wohngruppen für Menschen mit Demenz

Betreutes Wohnen

Alterswohnungen

2 Temporäre Angebote

Überbrückungspflege

Ferienabteilungen

Temporäre Betreuung und Pflege (länger als 24 Stunden)

Tagespflege

3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Hotellerie

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering

- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen

- Liegenschaften insbesondere Raumvermietung

Ärztliche Dienstleistungen mit separater Verrechnung

Therapeutische Dienstleistungen insbesondere Physiotherapie an Externe

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
- Altersplanung Stand 2005 - Schlussbericht der Projektgruppe
- Ausführungsplan "Altersplanung Stand 2005"

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Der Betrieb der stationären Organisationen des Bereichs Alter und Pflege ist kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Kostendeckungsgrad der Produktgruppe 'Alterszentren' in % Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %	91 89.0	90 96.1	85 80.0
2 Kundenorientierung Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen mit gut bis sehr gut bewerten in %. ■ Anteil der befragten Bewohner: ■ Anteil der befragten Angehörigen:	91 86	90 *	92 86
3 Kapazität Die Organisationen bieten eine angemessene Anzahl Plätze in den verschiedenen Produkten an. <i>Messgrössen:</i> Verfügbare Plätze - in der Langzeitpflege - in der Langzeitbetreuung und -pflege - im Langzeitwohnen - in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz - in den temporären Angeboten Wartezeit in Monaten bei der zentralen Wohnberatung - Pflegewohnen - Alterswohnen	377 --- 339 --- 56 --- ---	--- 667 --- 49 55 1 12	--- 669 --- 49 61 1 18
4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hoch stehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Studierende - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	79 512 1'725 1.8	81 780 936 2.5	81 785 1'728 2.5

* Im 2008 hat keine Befragung statt gefunden.

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	6'673'707	7'508'754	11'888'993

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Grundsätzliches:

Der Bereich Alter und Pflege befindet sich nach den grundlegenden Veränderungen der letzten Jahre in einer Konsolidierungsphase, mit einer Vielzahl von Detailanpassungen. Wesentliche Budgetanpassungen aufgrund der Reorganisation und der strategischen Anpassungen der Alterszentren wurden im letzten Jahr vorgenommen. Im Rahmen der Umsetzung der neuen Taxordnung wurden die Heimtarife, aufgrund der gestiegenen Personal- und Sachkosten und der Tatsache, dass seit mehreren Jahren keine Taxerhöhung mehr durchgeführt wurde, teuerungsmässig angepasst.

Mit dem Novemberbrief wurden die kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen erstmals direkt den Produktgruppen belastet. Dies führt bei den Alterszentren zu einer Erhöhung der Kosten um 3.3 Mio. Franken. Die Personalmassnahmen beliefen sich auf 1.6 Mio. Franken, so dass der Globalkredit nun 11.9 Mio. Franken beträgt. Die Verschlechterung des Kostendeckungsgrades ist ebenfalls auf die Einführung der Anlagebuchhaltung und die Personalmassnahmen zurückzuführen.

Erlöse:

Die vorgesehene Erhöhung der Grund- und Betreuungstaxen um 3% bzw. 5% führt zu Mehrerträgen in Höhe von rund 1.2 Mio. Franken. Dabei wird mit der Erhöhung der Grundtaxen auf die allgemeine Preisentwicklung und mit der Erhöhung der Pflgetaxen auf die Personalkostensteigerungen reagiert. Da die Auslastung der Alterszentren permanent sehr hoch ist, können Ertragssteigerungen praktisch nur durch Taxanpassungen erfolgen.

Das Restaurant Neumarkt wird ab Juni 2008 durch die Brühlgutstiftung geführt. Dies führt zu Veränderungen bei Erträgen, Kosten und dem Stellenplan. Im Bereich des Produkts 3 (Dienstleistungen an Dritte) entfallen daher die Erträge dieses Restaurants.

Personalkosten:

Die Personalkosten sind nur marginal gestiegen, der Stellenplan hat sich gesamthaft leicht reduziert,

In dieser Erhöhung sind enthalten:

- Die bei den Personalmassnahmen 2008 nicht berücksichtigten Kosten für die Teuerung in Höhe von 0.9%.
- Durch die Auslagerung des Restaurants Neumarkt reduziert sich die Stellenplan um 2.5 Stellen.
- Die Fluktuationsgewinne, wegen vorübergehend nicht besetzten Stellen wurden um rund 120'000 Franken höher budgetiert.
- Die neue Methodik bei den Kinderzulagen führt bei den Alterszentren zu einem Mehraufwand von ca. 130'000 Franken. Dabei wirkt sich hier verstärkt aus, dass im Bereich Alter und Pflege sehr viele Frauen arbeiten, bei denen Kindergelder durch ihre Partner beim deren Arbeitgeber beansprucht werden und deshalb bisher niedrige Ist-Zahlungen zu leisten waren.
- Die Anzahl der Temporärbeschäftigten wird 2009 deutlich reduziert.

Sachkosten:

Die Sachkosten sind rund 600'000 höher als im Vorjahr. Dies resultiert vor allem durch höhere Aufwendungen im Bereich Liegenschaftsunterhalt / Renovationen, EDV (u. a. Einführung verschiedener Software), Auslagerung der Reinigung Berufskleider und vermehrte Spesen für freiwillige Mitarbeitende.

Die kalkulatorischen Kosten bestehen aus Kapitalzinsen und Abschreibungen, die aber nur für das Alterszentrum Oberi belastet werden. Durch vermehrte Investitionstätigkeit in diesem Alterszentrum nehmen diese zu.

Kalkulatorische Kosten

Die Erhöhung ist auf die Einführung der Anlagebuchhaltung zurückzuführen. Bisher fand diese Belastung nur im Alterszentrum Oberi (WOV Pilot) und ansonsten zentral über das Finanzamt statt.

Kennzahlen

Kostendeckungsgrad:

Der Rückgang im Kostendeckungsgrad ist auf die Abschreibungen, Kalkulatorischen Zinsen und die Personalmassnahmen zurückzuführen. Ohne diese Faktoren würde er auf Höhe des Vorjahres Budget liegen.

Verfügbare Plätze:

Im Bereich der Tagesklinik werden zusätzliche Betten aufgebaut um die Nachfrage befriedigen zu können, die Anzahl der verfügbaren Plätze erhöht sich von 55 auf 61.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Wartezeit bei der zentralen Wohnberatung:

Da zukünftig vermehrt Pflegebedürftige aufgenommen werden müssen und die Wartezeit für diese Menschen so kurz wie möglich gehalten werden soll, ist damit zu rechnen dass bei einer gleich bleibenden Anzahl von Plätzen die Wartezeit bei noch nicht Pflegebedürftigen im Langzeitwohnen zunehmen wird.

Anzahl Raumvermietungstage:

Die Anzahl Raumvermietungstage nimmt wegen dem Wegfall des Restaurants Neumarkt deutlich ab. Die dort vorhandenen Tagungsräume werden zukünftig vermehrt für Aktivitäten der Bewohnenden zur Verfügung stehen und nur noch in Ausnahmefällen extern vermietet.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Erträge:

vgl. Kommentar Abweichung Voranschlag 2009 zu Voranschlag 2008.

Bedingt durch die Einführung einer neuen Kostenrechnung ab dem Jahr 2008 gibt es innerhalb der Kostenarten, insbesondere zwischen Personal- und Sachkosten und den internen Verrechnungen Verschiebungen. Diese haben jedoch keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis, sondern führen dank mehr direkten Kosten zu mehr Transparenz

Personalkosten:

In den Personalkosten werden die Kosten der Bereichsleitung, der Zentralen Dienste und der Abteilung Medizin und Therapie neu als direkte Kosten ausgewiesen.

Die Personalkosten haben lediglich um die im Rahmen des Budgets 2008 (zusätzlichen Stellen und die Lohnmassnahmen) zugenommen.

Sachkosten:

Vgl. Kommentar Abweichung Voranschlag 2009 zu Voranschlag 2008

Kalkulatorische Kosten

Vgl. Kommentar Abweichung Voranschlag 2009 zu Voranschlag 2008

Teilweise sind für das IST 2007 in den nachfolgenden Tabellen keine Werte enthalten, da ab dem Jahr 2008 eine neue WoV- und Kostenrechnungsstruktur (Wegfall der Unterscheidung der Produkte in Langzeitpflege und –wohnen, neu: ein Produkt Langzeitbetreuung und -pflege) und neue Kennzahlen eingeführt worden sind, die im Jahr 2007 noch nicht erhoben wurden.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	50'473'668	59'700'557	61'448'425
Sachkosten	10'441'448	10'250'449	10'901'682
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	786'795	844'700	4'273'876
Übrige interne Kosten	10'782'244	3'503'579	3'502'832
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>72'484'155</i>	<i>74'299'286</i>	<i>80'126'815</i>
Verrechnungen innerhalb PG	1'233'021	523'700	562'400
Total effektive Kosten	71'251'135	73'775'586	79'564'415
Externe Erlöse	61'536'095	63'774'250	65'007'500
Interne Erlöse	1'638'804	752'782	805'521
Beiträge von Dritten	2'635'550	2'263'500	2'424'800
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>65'810'449</i>	<i>66'790'532</i>	<i>68'237'821</i>
Verrechnungen innerhalb PG	1'233'021	523'700	562'400
Total effektive Erlöse	64'577'428	66'266'832	67'675'421
Total Nettokosten/Globalkredit	6'673'707	7'508'754	11'888'993
Interne Kosten	10'336'018	3'824'579	7'214'308
Interne Erlöse	405'783	229'082	243'121
Total primäre Nettokosten*	-3'256'528	3'913'256	4'917'807
Kostendeckungsgrad in % **	91	90	85
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			90

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	1'676'776	1'628'800	1'777'894
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	526.5	555.3	553.2
▪ Lehrverhältnisse	79.0	81.0	81.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	741 (588)	802 (547)	788 (633)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Die Planungen für den Umbau des Alterszentrums Adlergarten werden in Angriff genommen, die weiteren Projektierungsschritte werden umgesetzt. Dazu gehören auch die Planung für die vorübergehende Unterbringung der Bewohnenden während des Umbaus, insbesondere mögliche Anpassungen in den ehemaligen Personalhäusern des Adlergarten.

Einführung einer neuen, einheitlichen Verordnung und Taxordnung für die Verrechnung der Leistungen an die Bewohnenden in den Alterszentren.

Projekte:

Abschluss verschiedener Projekte im Prozessbereich der Pflege und der Hotellerie.

Durchführung verschiedener Umbau- und Renovationsprojekte in den anderen Alterszentren.

Einführung einer elektronischen Pflegedokumentation und Leistungserfassung.

Produkt 1 Langzeitbetreuung- und pflege

Leistungen

- Alterszentren:
Den individuellen Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes professionelles Angebot an Betreuung, Pflege und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Je nach Angebot inklusive medizinischer und therapeutischer Versorgung vom Eintritt bis zum Austritt/Tod. Besonderer Wert wird auf ein möglichst autonomes und eigenverantwortliches Leben gelegt. Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Bewohnenden, z.B. durch ein Bezugspersonensystem und flexible Tagesstrukturen.
- Angebot von Aktivitäten aller Art in den Tagesstrukturen, Einbezug von Freiwilligendiensten.
- Beratung und Information von Angehörigen in allen Fragen vor und während des Aufenthaltes sowie Einbezug in den Alltag, soweit sinnvoll und gewünscht.
- Spezielle Angebote für die Bedürfnisse von Menschen mit Demenzerkrankung im Sinne von entsprechender pflegerischer und ärztlicher Betreuung sowie therapeutischer und hauswirtschaftlicher Dienstleistungen.
- Betreutes Wohnen / Alterswohnungen:
Wohnformen, in denen die Bewohner / Mieter – je nach ihren individuellen Möglichkeiten – möglichst selbständig leben können. Den Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes Angebot an Betreuung und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Die Mieter können verschiedene weitere Dienstleistungen beziehen und an allen Anlässen der Institution teilnehmen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten		64'791'611	69'604'933
Erlös		58'144'588	60'037'212
Nettokosten		6'647'023	9'567'720
Kostendeckungsgrad in %		90	86

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Auslastung der Betten in % (Bettenbelegung)	98	98	98
- Aufwandüberschuss pro Bohnertag in CHF		26.0	21.0
- Qualitätskennziffern			
▪ Anzahl Stürze	1'054	2'200	1'850
▪ Dekubiti	78	220	130
▪ Menge der Anwendung freiheitsbeschränkender Massnahmen	---	500	330
- Durchschnittliche Anzahl BESA-Punkte im Verhältnis zur durchschnittlichen Anzahl Stellen der Abteilung Betreuung und Pflege	---	60.0	70.0
- Prozentualer Anteil des Personals der Abteilung Betreuung und Pflege am Stichtag 31.12. nach Fachbereichen			
▪ Fachmitarbeiterinnen in %	---	65	59
▪ Mitarbeiterinnen in %	---	20	11
▪ Assistentinnen in %	---	15	30

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Bohnertage	255'910	256'500	257'221
Durchschnittliche Anzahl Bohnende je BESA (Stufe 0-4) im Jahr			
▪ Stufe 0	---	130	70
▪ Stufe 1	---	100	79
▪ Stufe 2	---	115	145
▪ Stufe 3	---	135	156
▪ Stufe 4	---	220	217
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen pro Bohner	---	1'200	1'050

Produkt 2 Temporäre Angebote

Leistungen

- Zeitlich begrenzter Aufenthalt in Pflege-, Alters- und/oder Tageszentren für Ferien, Entlastung der Helfenden, Erholung von einer Krankheit oder Operation, Abklärung der weiteren Wohnform.
- Je nach Angebot differenzierte Betreuung, Begleitung und Pflege für betagte Temporäraufenthalter.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten		4'108'969	4'723'334
Erlös		3'528'524	3'574'445
Nettokosten		580'445	1'148'889
Kostendeckungsgrad in %		86	76

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Auslastung der Betten Plätze in %	74.50	81.50	75.40
Kostendeckungsgrad Produkt Temporäre Angebote in %	75	86	82
Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	72.50	38.00	50.00
Anteil der Übertritte aus temporären in Langzeitangebote in %	8.1	12.0	11.1

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Bewohnertage	13'604	15'140	15'972
Durchschnittliche Anzahl KlientInnen in der Tagesklinik pro Tag	---	14	20
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Überbrückungspflege pro Jahr	---	24	26

Produkt 3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Leistungen

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering: Die Restaurants und die damit ermöglichten weiteren Nutzungen wie Sitzungen, Schulungen, Seminare haben den Auftrag, die Institution Heim für die Bewohnenden und die Bevölkerung transparenter und durchlässiger zu machen. Das Angebot von Speisen und Getränken für Interne, Besucher und Externe wie z.B. Kursteilnehmer ist gästeorientiert, schmackhaft, abwechslungsreich und zeitgemäss (z.B. vegetarisch). Die Mitarbeitenden der Restauration bieten einen individuellen Service an. Die Durchführung von Sonderanlässen aller Art wird gewinnbringend geleistet.
- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen: Verkauf von Artikeln verschiedenster Art an Bewohner und Besucher.
- Liegenschaften: Vermietung von Räumen, Wohnungen, Garagen- und Parkplätzen.
- Diverse Dienstleistungen aus den Bereichen Therapie, insbesondere Physiotherapie und ärztlichem Dienst an Dritte.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten		5'398'706	5'798'548
Erlös		5'117'420	4'626'163
Nettokosten		281'286	1'172'384
Kostendeckungsgrad in %		95	80

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kostendeckungsgrad Produkt 'Weitere Dienstleistungen' in %	91	95	80
Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	1.80	1.00	2.70

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Bruttoumsatz Restaurant in CHF	2'184'873	2'480'000	2'019'000
Bruttoumsatz Verkäufe / Dienstleistungen / Vermietungen	1'673'056	1'505'850	1'625'600
Anzahl Raumvermietungstage	117	130	50
Therapieleistungen für Dritte in Taxipunkten	128'138	120'000	125'000
Arztbehandlungen für Dritte / Patienten			
Bruttoumsatz Therapie- und Arztleistungen in CHF	271'712	289'300	308'000

IAFP Alterszentren

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	71'251	73'775	79'564	80'254	79'004	79'254
Erlös	64'577	66'266	67'675	66'825	63'475	63'875
Nettokosten/Globalkredit	6'674	7'509	11'889	13'429	15'529	15'379
Kostendeckungsgrad in %	91	90	85	83	80	81

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	24'207	0	4'023	2'925	9'370	7'630	4'700	-4'441
Bewilligt	6'385	1'534	670	725	0	0	0	3'456
Gesamt	30'592	1'534	4'693	3'650	9'370	7'630	4'700	-985

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kostendeckungsgrad der Produktgruppe 'Alterszentren' in %	91	90	85	89	86	86
Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %	89.0	96.1	80.0	86.0	86.0	86.0
2 Kundenorientierung						
Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i>						
▪ Anteil der befragten Bewohner:	91	90	92	--	92	--
▪ Anteil der befragten Angehörigen:	86	*	86	--	86	--
3 Kapazität						
Verfügbare Plätze						
- in der Langzeitbetreuung und -pflege	---	667	669	669	639	639
- in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz	---	49	49	49	49	49
- in den temporären Angeboten	56	55	61	61	61	61
Wartezeit in Monaten bei der zentralen Wohnberatung						
- Pflegewohnen	---	1	1	1	1	1
- Alterswohnen	---	12	18	18	18	18

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i>						
- Vollausbildungsplätze	79	81	81	81	81	81
- Ausbildungswochen Studierende	512	780	785	785	785	785
- Praktikumswochen	1'725	936	1'728	1'728	1'728	1'728
- bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	1.8	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5

* Im 2008 hat keine Befragung statt gefunden.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Der Umbau des Alterszentrums Adlergarten hat in den nächsten Jahren erheblichen Einfluss auf den Voranschlag, da während dem Umbau, voraussichtlich 2011 – 2013 mit ersten Auswirkungen 2010, eine erwartete Belegungsreduktion um ca. 30 Betten mit Ertragsseinbussen erfolgen wird. Die Umbauarbeiten und das Arbeiten in Provisorien werden zu grossen Umläufen führen. Die Ertragsseinbussen können nur teilweise durch tiefere Personal- und Sachkosten aufgefangen werden, deshalb wird auch der Kostendeckungsgrad vorübergehend stärker sinken.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Aufgrund der beschlossenen strategischen Ausrichtung nicht mehr Kapazität im stationären Bereich aufzubauen, sondern die vorhandenen Plätze an den steigenden Bedarf an "Pflegebetten" anzupassen, sind zusätzliche Investitionen (Anpassungen in den ehemaligen "Altersheimen") und zusätzliches Personal (Zunahme der Pflegebedürftigkeit / Ansteigen der BESA-Stufen = höherer Aufwand) notwendig. Auf Seite des Personalaufwands für Pflege und Betreuung wird dies weitgehend kostenneutral sein (Kompensation durch höhere Erträge aus steigenden BESA-Stufen), im Bereich der Hotellerie und der Sachkosten werden hingegen auch ein steigender Aufwand zu verzeichnen sein.

Die Einführung der neuen Pflegefinanzierung kann Einfluss auf die Erträge des Bereichs Alter und Pflege haben, wenn z. B. die Erhebung von Betreuungstaxen nicht zulässig ist oder der Anteil der öffentlichen Hand an der Finanzierung gesetzlich steigt. Die Details der Verordnung und der Termin für deren Umsetzung sind zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar und daher auch nicht in den IAFP eingerechnet.

Sollten die Personalkosten und die Preissteigerungen weiterhin zunehmen, müssen entsprechende Taxerhöhungen vorgenommen werden, die auch nicht voll berücksichtigt sind.

Spitex

Auftrag

Die Spitexdienste gewährleisten die Pflege, Betreuung und Unterstützung zu Hause für kranke, verunfallte oder sonst in ihrer Gesundheit eingeschränkte Einwohner von Winterthur.

Produkte

1 Pflege

- Abklärung des Pflegebedarfs und Planung der notwendigen Massnahmen
- Beratung der Klienten sowie deren Angehörigen
- Massnahmen der Untersuchung und der Behandlung (Messung der Vitalzeichen, Wundversorgung, Verabreichung von Medikamenten, etc.)
- Massnahmen der Grundpflege (Körperpflege, Mobilisierung und psychiatrische und psychogeriatrische Grundpflege)

2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

- Hilfe und Unterstützung bei der Hausarbeit
- Zubereiten von Mahlzeiten (inkl. Schon- und Heilkost)
- Betreuung und Aktivierung von kranken, betagten und behinderten Menschen
- Vermietung von Hilfsmitteln zur Bewältigung von täglichen Aktivitäten (Rollator, Gehstöcke, etc.)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Spitexdienste vom 21.1.2008 (GGR 2007/097)

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	63	64	63
2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenbefragung erhoben. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten in %.	86	---	87
3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. <i>Messgrösse:</i> Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.	930 158	1'050 120	1'070 120
4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der verrechneten Zeit zu den geleisteten Stunden <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der verrechneten Zeit	70	70	70
5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	11 501 0 1.8	9 650 0 2.1	12 496 0 2.5

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	5'074'250	5'423'111	5'869'462

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Erlöse:

Aufgrund der ständig steigenden Personalkosten und der allgemeinen Teuerung ist eine Erhöhung der Taxen in der Haushilfe von 5% geplant. Dadurch steigen die effektiven Erlöse um rund 270'000 Franken, der Globalkredit erhöht sich gegenüber dem Voranschlag 2008 auf 5.9 Mio. Franken. Der Kostendeckungsgrad kann praktisch auf dem gleichen Niveau gehalten werden.

Personalkosten:

Für 2009 ist keine Änderung im Stellenplan vorgesehen, es kommt lediglich zu einer Stellenverschiebung zwischen Haushilfe und Pflege. Die leichte Erhöhung ist auf folgende Punkte zurückzuführen:

- Die bei den Personalmassnahmen 2008 nicht berücksichtigten Kosten für die Teuerung in Höhe von 0.9%;
- die Veränderung der Verbuchungslogik bei den Kinderzulagen
- Personalmassnahmen 2009

Sachkosten:

Die Sachkosten liegen dank guter Kostenkontrolle leicht unter dem Voranschlag 2008.

Kalkulatorische Kosten

Die Erhöhung ist auf die Einführung der Anlagebuchhaltung zurückzuführen.

Übrige Interne Kosten und Erträge:

Bei den übrigen internen Kosten und Erträgen haben sich wegen einer Änderung der internen Verrechnungslogik Verschiebungen ergeben, die sich aber praktisch aufheben.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Vgl. auch Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Voranschlag 2009.

Erlöse:

Durch die Zunahme der Stellenzahl seit 2007 konnten dank zusätzlichen verrechneten Stunden mehr externe Erlöse erzielt werden.

Personalkosten:

Die Personalkosten sind bedingt durch die 4.7 zusätzlichen Stellen im Budget 2008, sowie den bereits erwähnten Lohmassnahmen und der Kostensteigerungen wegen der Kinderzulagen gestiegen.

Sachkosten:

Die Sachkosten bleiben unverändert.

Die internen Kosten haben zugenommen, da mit der Integration der Haushilfe unter anderem der Umlagenschlüssel der zentralen Dienste angepasst wurde.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	12'075'764	13'138'808	13'678'391
Sachkosten	791'803	829'590	784'405
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	130'455	129'000	262'355
Übrige interne Kosten	756'857	1'962'558	1'063'723
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'754'879</i>	<i>16'059'956</i>	<i>15'788'875</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	975'000	0
Total effektive Kosten	13'754'879	15'084'956	15'788'875
Externe Erlöse	6'524'399	6'836'300	7'108'200
Interne Erlöse	17'471	988'046	11'213
Beiträge von Dritten	2'138'758	2'812'500	2'800'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'680'628</i>	<i>10'636'846</i>	<i>9'919'413</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	975'000	0
Total effektive Erlöse	8'680'628	9'661'846	9'919'413
Total Nettokosten/Globalkredit	5'074'250	5'423'111	5'869'462
Interne Kosten	887'312	1'116'558	1'326'078
Interne Erlöse	17'471	13'046	11'213
Total primäre Nettokosten*	4'204'410	4'319'598	4'554'597
Kostendeckungsgrad in % **	63	64	63
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			63

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	341'125	326'600	315'300
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	122.9	129.0	129.0
▪ Lehrverhältnisse	11.0	9.0	12.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	243 (236)	256 (235)	252 (247)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Folgende Projekte sind vorgesehen: Die Einführung einer elektronischen Mitarbeiterinsatzplanung sowie der Ausbau des zentralen Kundendienstes mit einer gemeinsamen Telefonzentrale.

Produkt 1 Pflege

Leistungen

- Abklärung und Beratung
- Behandlungspflege
- Grundpflege
- Beschaffung und Verkauf von Pflegematerial und Medikamenten

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	8'521'221	10'292'918	10'195'468
Erlös	4'875'573	6'968'113	6'146'889
Nettokosten	3'645'648	3'324'805	4'048'579
Kostendeckungsgrad in %	57	68	60

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	63	62	62
Kostendeckungsgrad Produkt Pflege in %	57.0	68.0	63.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	127	145	133

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl betreute Personen	1'585	1'300	1'620
Anzahl Einsatzstunden	67'028	71'000	73'800

Produkt 2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

Leistungen

- Unterstützung bei der Haushaltsführung
- Vermietung von Hilfsmitteln
- Beschaffung und Verkauf von Material

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	5'153'055	5'767'038	5'593'407
Erlös	3'789'088	3'668'732	3'772'524
Nettokosten	1'363'967	2'098'306	1'820'883
Kostendeckungsgrad in %	74	64	67

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	77.3	78.0	78.0
Kostendeckungsgrad Produkt Hilfe bei Alltagsbewältigung in %	74.0	64.0	69.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	66	71	68

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl betreute Personen	1'506	1'300	1'500
Anzahl Einsatzstunden	78'322	81'000	80'000

IAFP Spitex

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	13'754	15'084	15'788	16'309	16'609	16'909
Erlös	8'680	9'661	9'919	10'099	10'279	10'459
Nettokosten/Globalkredit	5'074	5'423	5'869	6'209	6'329	6'449
Kostendeckungsgrad in %	63	64	63	62	62	62

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	110	80	0	0	0	0	0	30
Gesamt	110	80	0	0	0	0	0	30

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	63	64	63	64	64	64
2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenbefragung erhoben. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten in %.	86	---	87	---	87	---
3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. <i>Messgrösse:</i> Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.	930 158	1'050 120	1'070 120	1'100 120	1'130 120	1'160 120
4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der verrechneten Zeit zu den geleisteten Stunden <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der verrechneten Zeit	70	70	70	70	70	70

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten						
Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung.						
<i>Messung / Bewertung:</i>						
- Vollausbildungsplätze	11	9	12	12	12	12
- Ausbildungswochen Pflegefachpersonen	501	650	496	500	500	500
- Praktikumswochen	0	0	0	0	0	0
- bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	1.8	2.1	2.5	2.5	2.5	2.5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Es muss abgeklärt werden welche Auswirkungen die strategischen Leitlinien zur Bedarfsplanung von stationären Plätzen für Wohnen und Pflege im Alter auf die Organisation haben wird. Feststeht, dass aufgrund der dort aufgezeigten demografischen Entwicklung ein Weiterausbau unumgänglich sein wird.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

s. oben

Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich

Auftrag

Finanzierung der Abteilungen der Stadt Winterthur im Bereich der Gesundheit bzw. des Alters gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Beiträge

Finanzielle Unterstützung von Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich. Die Beiträge erfolgen subsidiär.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kantonale Verordnung vom 26.02.1968 (Kantonsspital Winterthur)

Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich vom 04.11.1962 (Sockelbeiträge der Gemeinden)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 26.06.1966 (Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Ligen- und Heimstätten - ZALK)

Volksabstimmung vom 02.06.1991 (Pro Senectute)

Volksabstimmung vom 30.11.2003 (Verein Pflegewohngruppe)

GGR-Beschluss vom 21.06.2004 (Kinderspitex)

Stadtratsbeschluss vom 28.01.1971 (Gaiwo)

Stadtratsbeschluss vom 6.12.85 (Altersheim St. Urban)

Stadtratsbeschluss vom 28.06.2000 (Verein Freiwilligenagentur)

Stadtratsbeschluss vom 10.11.2004 (Taxreduktion Heimbewohner)

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostenbeteiligung der Stadt Winterthur an Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich pro Einwohner (Einwohnerdurchschnitt 2007: 98'520) in CHF	175	168	159
2 Einhaltung der Verträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Verträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Vorgaben der Verträge einhalten.	100	100	100

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	17'236'369	16'562'600	15'081'921

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Mit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) bezahlen die Ergänzungsleistungen seit Januar 2008 höhere Beträge aus, deshalb konnten die für die Taxreduktionen vorgesehenen Beträge um 1.1 Mio. Franken reduziert werden. Bewohnende die kein Anrecht auf die Auszahlung von Ergänzungsleistungen haben, können diese Reduktionen aber weiterhin beantragen, deshalb wurde der Betrag nicht gänzlich gestrichen.

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem NFA per Anfang 2008 stellt der Bund Zahlungen an die nicht-öffentlichen Spitex-Organisationen ein. Ein Teil der bisherigen Finanzierung des Bundes wird vom Kanton durch Staatsbeiträge an diese Organisationen aufgefangen; ein weiterer Teil dieser Kostenverteilung geht jedoch zu Lasten der Gemeinden. Deshalb müssen für die konfessionellen Spitex-Organisationen in Winterthur Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden, die höhere Beträge vorsehen werden. Ein entsprechender Antrag an den Grossen Gemeinderat ist in Vorbereitung.

Die Auswärtigenzuschläge werden ausbezahlt, um bei Auswärtsplatzierungen die für den Bewohnenden entstehenden Mehrkosten zu decken. Da die Wartezeiten gesenkt wurden und die Anzahl an Auswärtsplatzierungen 2008 stark abgenommen hat, konnte der budgetierte Betrag deutlich gesenkt werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Die Beiträge an das KSW fielen rund 870'000 Franken tiefer aus. Der Betrag kann durch die Stadt Winterthur allerdings nicht beeinflusst werden.

Für die Sockelbeiträge wurde ein tieferer Betrag als in der Rechnung 2007 budgetiert, eine zuverlässige Budgetierung ist hier nicht möglich.

Der Verein Pflegewohngruppe benötigte letztes Jahr deutlich weniger Geld als geplant. Für 2009 wird aber wieder mit dem vorgesehenen Betrag gerechnet.

Dank einer neuen Leistungsvereinbarung mit der Pro Senectute wird mit tieferen Beträgen gerechnet.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	0	0	0
Sachkosten	34'608	35'000	35'000
Beiträge an Dritte	17'202'223	16'500'000	14'863'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	0	27'600	183'921
Übrige interne Kosten	0	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>17'236'831</i>	<i>16'562'600</i>	<i>15'081'921</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	17'236'831	16'562'600	15'081'921
Externe Erlöse	462	0	0
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>462</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	462	0	0
Total Nettokosten/Globalkredit	17'236'369	16'562'600	15'081'921
Interne Kosten	0	27'600	183'921
Interne Erlöse	0	0	0
Total primäre Nettokosten*	17'236'369	16'535'000	14'898'000
Kostendeckungsgrad in % **	0	0	0
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			0

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Keine

Produkt 1 Beiträge

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	17'236'831	16'562'600	15'081'921
Erlös	462	0	0
Nettokosten	17'236'369	16'562'600	15'081'921
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kantonsspital Winterthur	11'368'738	10'500'000	10'500'000
Pro Senectute	271'539	200'000	200'000
Pro Senectute-Sozialberatung	643'750	477'600	477'700
Verein Pflegewohngruppe	430'000	810'000	819'000
Kinderspitex	80'000	80'000	80'000
Gaiwo (Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen)	20'000	20'000	20'000
Altersheim St. Urban	34'608	35'000	35'000
Wohnheim für Menschen mit Demenz Sonnenberg	20'000	20'000	20'000
Verein Freiwilligenagentur	20'000	20'000	20'000
Sockelbeiträge der Gemeinden	3'091'850	2'900'000	2'900'000
Taxreduktion Heimbewohner	1'103'424	1'300'000	200'000
Institut für Gesundheitsökonomie	3'000	3'000	3'000
Auswärtigenzuschlag	54'199	50'000	10'000
Honorare Hebammen	36'965	25'000	36'000
ZALK ARGE Ligen und Heilstätten	24'000	25'000	22'000
GeWint (Gesundheitsregion WT)	-12'500	0	0
Stiftung Onko-Spitex	10'796	10'000	12'000
Verein Kath. Gemeindekrankenpflege Winterthur	20'000	50'000	83'000
Verein Kath. Schwestern-Krankenpflege Oberwinterthur	0	16'000	88'000
Evangelischer Krankenpflegeverein Winterthur	16'000	16'000	95'000
Unabhängige Beschwerdestelle für das Alter	---	---	5'000.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den Institutionen wird durch Verträge geregelt.			

IAFP Beiträge

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	17'236	16'562	15'081	15'092	15'112	15'112
Erlös	0	0	0	0	0	0
Nettokosten/Globalkredit	17'236	16'563	15'082	15'092	15'112	15'112
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0	0	0	0

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	-125	0	155	0	120	0	0	-400
Bewilligt	2'132	506	135	250	0	0	0	1'241
Gesamt	2'007	506	290	250	120	0	0	841

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostenbeteiligung der Stadt Winterthur an Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich pro Einwohner (Einwohnerdurchschnitt 2007: 98'520) in CHF	175	168	159	160	160	160
2 Einhaltung der Verträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Verträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Vorgaben der Verträge einhalten.	100	100	100	100	100	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Wie sich eine neue "Härtefallregelung" (Taxreduktionen für Bewohner) im Rahmen der geplanten neuen Taxordnung entwickeln wird, ist zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar.

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

Auftrag

Die KAP Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte führt

- im Auftrag des Kantons arbeitsmarktliche Massnahmen für Stellensuchende durch zur Qualifizierung und zur raschen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
- und im Auftrag der Stadt Winterthur Massnahmen zur beruflichen Integration für Sozialhilfe beziehende Personen.

Produkte

1 AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) für Stellensuchende

Förderung der Wiedereingliederung von erschwert vermittelbaren Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt mit arbeitsmarktlichen Massnahmen gemäss den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG)

Das Produkt 1 wird vom Bund (AVIG) finanziert.

2 Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden

Förderung der (Wieder)eingliederung von vermittlungsfähigen Sozialhilfe Beziehenden und vorläufig aufgenommenen Asyl Suchenden in den Arbeitsmarkt sowie langfristige Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden mit Arbeitsmarkthemmnissen gemäss den Bestimmungen des Einführungsgesetzes zur Arbeitslosenversicherung (EG AVIG), des kantonalen Sozialhilfegesetzes und den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

Das Produkt 2 wird von den zuweisenden Sozialstellen und vom Kanton (EG AVIG) finanziert.

3 Berufliche Integration von Jugendlichen

Eingliederung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt (Motivationssemester). Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen in der Persönlichkeitsentwicklung. Bereitstellen von Attestausbildungsplätzen für schulisch schwache Jugendliche.

Das Produkt 3 wird vom Bund (AVIG, Motivationssemester), von der Stadt (Attestausbildung und Trampolin) und von der Hilfsgesellschaft Winterthur (Trampolin) finanziert.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz (AVIG) und Verordnung (AVIV) über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung
 Kreisschreiben des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco) über die arbeitsmarktlichen Massnahmen

Richtlinien des Bundesamtes für Bildung und Technologie (BBT)

Kantonales Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG)

Vorgaben des kantonalen Mittelschul- und Berufsbildungsamtes

Rahmenverträge für Qualifizierungsangebote für Stellen Suchende mit dem kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

Zuspracheverfügungen der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich

Stufe Stadt (GGR / SR)

Auftrag der Stimmbürger/innen der Stadt Winterthur zur Durchführung arbeitsmarktlicher Massnahmen für Erwerbslose gemäss Volksabstimmung im Jahre 1989.

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild DSO und Leitbild Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte

Verantwortliche Leitung

Christoph Pohl

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Mit dem Globalkredit werden Massnahmen zur beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden (Produkt 2) und Jugendlichen (Produkt 3, ohne Motivationssemester) finanziert. <i>Messung</i> Kostendeckungsgrad pro Produkt <i>Messgrössen</i> - Produkt 1: AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) - Produkt 2: Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden - Produkt 3: Berufliche Integration von Jugendlichen	102 37 87	98 52 91	98 53 87
2 Zielgruppenorientierung Teilnehmende kommen aus Winterthur <i>Messung</i> In Winterthur wohnhafte Teilnehmende <i>Messgrösse</i> Anteil Teilnehmertage von Personen mit Wohnort Winterthur in % aller Teilnehmertage pro Produkt - Produkt 1: AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) - Produkt 2: Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden - Produkt 3: Berufliche Integration von Jugendlichen	49 98 56	40 95 60	40 95 60
3 Wirksamkeit der Massnahmen Produkt 1 Die Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben sich verbessert <i>Messung</i> Einschätzung der Teilnehmenden und der zuweisenden Stellen (RAV) <i>Messgrösse</i> - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei Teilnehmenden (in %) - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei den zuweisenden Stellen (in %) Produkt 2 Sozialhilfe Beziehende nehmen an Arbeitsintegrationsmassnahmen bei der KAP teil <i>Messung / Messgrösse</i> - Anzahl Personen pro Jahr Produkt 3 a) Motivationssemester und Trampolin: Teilnehmende werden in eine Anschlusslösung mit beruflicher Perspektive vermittelt b) Attestausbildung: Teilnehmende schliessen die Ausbildung erfolgreich ab <i>Messung</i> a) Übertritte in Anschlusslösungen b) Abgeschlossene Ausbildungen <i>Messgrössen</i> a) Anzahl Übertritte in eine Anschlusslösung im Verhältnis zu allen Austritten (in %) b) Bestandene Lehrabschlussprüfungen im Verhältnis zu den Absolvierten (in %)	83 80 490 75 70	85 85 600 75 80	85 85 725 75 80

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	3'231'663	3'262'591	3'928'360

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Gesamtaufwand, Gesamtertrag und Leistungsumfang haben sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert: Aufwand +1.9%, Ertrag -1.3%, Programmplätze -2%.
- Wie im letzten Jahr werden mit dem beantragten Globalkredit ausschliesslich Leistungen im Auftrag der Sozialen Dienste resp. des Departement Soziales finanziert. Leistungen im Auftrag des Kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit AWA werden kostendeckend erbracht.
- Der Personalaufwand enthält auch Löhne für Programmteilnehmende (Teillohn und Passage) in der Höhe von 2 Mio. Die Lohnkosten für das Personal sind gegenüber dem Vorjahr um rund 500'000 Franken höher. Diese Mehrkosten sind auf die kostenneutrale Integration der Kursleitenden der Jugendprogramme in den ordentlichen Stellenplan (+ 3 Stellen) und die Lohnkosten für 15 Attestausbildungsplätze im Restaurant Römerpark zurückzuführen.
- Die vom GGR beschlossenen Lohnmassnahmen erhöhen den ursprünglich beantragten Globalkredit (gelbes Buch) um 251'700 Franken.
- Die Veränderungen bei den externen Erlösen (+ 1.3 Mio) und den Beiträgen von Dritten (- 1.4 Mio) reflektieren die Verschiebung zwischen den budgetierten Jahresplätzen im Auftrag der Stadt (Produkt 2 und 3, +29) und im Auftrag des Kantons (Produkt 1, - 39)
- Die Angebote der KAP sind abhängig vom Bedarf der zuweisenden Stellen. Grundlage für die Budgetierung der Programmplätze im Auftrag des Kantons sind die Leistungsvereinbarungen für das Jahr 2008. Das Volumen für die Leistungsvereinbarungen 2009 wird erst im Herbst festgelegt. Das Volumen für die im Auftrag der Stadt Winterthur bereit zu stellenden Plätze orientiert sich am aktuellen Stand und an der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung. So wird von der Annahme ausgegangen, dass der Bedarf an Teillohnarbeitsplätzen noch leicht steigen wird (+ 22 Plätze).

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Der Mehraufwand gegenüber der Rechnung 2007 (+2.7 Mio) setzt sich zusammen aus höheren Personalkosten (Wechsel Unterhaltszentrum von Asylkoordination zur KAP, Lohnentwicklung, Integration Kursleitungen Jugend in den Stellenplan, Personal Restaurant Römerpark) sowie höherem Sachaufwand und Rohmaterialeinkauf (u.a. Restaurant Römerpark)
- Die für die Budgetplanung vorgegebene Richtgrösse des Globalkredits ist um 0.44 Mio höher als in der Rechnung 2007. Die Differenz setzt sich zusammen aus der Lohnentwicklung 2008 (+252'000) und dem im IAFP eingestellten Betrag von 150'000 Franken für die Umsetzung der Legislaturziele (Vorhabens von hoher Bedeutung, Perspektiven für die Jugend)

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	9'274'236	11'005'147	11'536'203
Sachkosten	1'332'666	1'985'991	1'941'647
Beiträge an Dritte	20'000	20'000	20'000
Residualkosten	189'600	189'500	191'774
Kalkulatorische Kosten	494'437	504'600	486'300
Übrige interne Kosten	410'604	465'786	515'484
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>11'721'543</i>	<i>14'171'025</i>	<i>14'691'408</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	11'721'543	14'171'025	14'691'408
Externe Erlöse	1'808'922	3'249'600	4'515'900
Interne Erlöse	48	260'034	270'048
Beiträge von Dritten	6'680'910	7'398'800	5'977'100
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'489'879</i>	<i>10'908'434</i>	<i>10'763'048</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	8'489'879	10'908'434	10'763'048
Total Nettokosten/Globalkredit	3'231'663	3'262'591	3'928'360
Interne Kosten	1'094'641	1'159'886	1'193'558
Interne Erlöse	48	260'034	270'048
Total primäre Nettokosten*	2'137'070	2'362'738	3'004'850
Kostendeckungsgrad in % **	72	77	73
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			73

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	920'800	1'083'700	966'970
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	56.0	72.2	75.2
▪ Lehrverhältnisse	1.0	1.0	15.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	64 (41)	81 (44)	106 (52)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Gemäss den Zielsetzungen 2008 der KAP sind die Angebote der KAP bis Ende 2008 dokumentiert, die zuweisenden Stellen werden regelmässig informiert, die KAP kann ihre Erfolge mittels Mengen und Kennzahlen aufzeigen und das Führungscockpit ist eingerichtet.
- Wesentliche Massnahmen und Projekte für das Jahr 2009 sind noch keine bekannt.

Produkt 1 AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB)

Leistungen

- Die Teilnehmenden führen an einzelnen Einsatzplätzen oder in begleiteten Gruppen berufsnahen Tätigkeiten aus, welche ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprechen und erhalten resp. verbessern damit ihre Arbeitsmarktfähigkeit.
- Im Bildungsteil befassen sich die Teilnehmenden mit der Situation und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, ihrer persönlichen Situation sowie der zielgerichteten Stellensuche.
- Im individuellen Betreuungsteil werden mit den Teilnehmenden Ziele vereinbart, die regelmässig reflektiert werden. Der Stand der Zielerreichung dient als Grundlage zur Rückmeldung an die Personalberatenden der regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV.
- Die Teilnehmenden erhalten am Ende des Einsatzes eine Arbeitsbestätigung, die über die geleisteten Tätigkeiten im Sinne eines Arbeitszeugnisses Auskunft gibt.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'366'151	3'972'546	3'401'730
Erlös	3'438'978	3'905'114	3'326'548
Nettokosten	-72'827	67'433	75'182
Kostendeckungsgrad in %	102	98	98

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Programmkosten pro Teilnehmertag (brutto) - Vermittlungsquote (1. Arbeitsmarkt in %)	106.05 59	86.70 45	86.80 45

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) (Anzahl Plätze)			
- Einzeleinsatzplätze - Gruppeneinsatzplätze Deutschförderung - Gruppeneinsatzplätze FOKUS - Gruppeneinsatzplätze für junge Erwachsene	39 0 0 0	42 0 0 0	42 20 12 14
Praktika in der Wirtschaft (Anzahl Plätze)			
- Wirtschaftsförderungspraktikum Start Job - Berufspraktikum learn + earn für Leiharbeiterinnen - Ausbildungspraktikum A-Plus	4 26 5	8 45 8	8 40 8
Total	74	103	144

Produkt 2 Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden

Leistungen

- Überbrückungs- und Abklärungsangebote: Das Überbrückungsangebot "Passage" hilft arbeitsfähigen Personen, vor dem Bezug von Sozialhilfeleistungen nochmals sämtliche Ressourcen zu aktivieren, um doch noch eine Stelle im 1. Arbeitsmarkt zu finden. Vom Abklärungsangebot "Kompass" erhalten die Verantwortlichen der Sozialhilfe eine qualifizierte Einschätzung des beruflichen Integrationspotentials.
- EG AVIG Gruppen- und Einzeleinsatzplätze unterstützen ausgesteuerte und vermittlungsfähige Personen bei der raschen Wiedereingliederung in den 1. Arbeitsmarkt. Der Kanton beteiligt sich während maximal 6 Monaten mit 45% der Kosten
- Teillohnstellen (Einzeleinsatzplätze in der Wirtschaft und in der Stadtverwaltung, Gruppenarbeitsplätze in externen Sozialfirmen und in KAP-Betrieben) zielen auf die langfristige unbefristete Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden mit Arbeitsmarkthemmnissen.
- Im Auftrag des kantonalen Sozialamtes fördert das Integrationsprogramm für vorläufig aufgenommene Asyl Suchende (Unterhaltszentrum) mit arbeitsmarktnaher Beschäftigung, individueller Beratung und Deutschunterricht die berufliche und soziale Integration.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	4'510'904	5'920'397	7'029'050
Erlös	1'659'714	3'095'031	3'723'508
Nettokosten	2'851'189	2'825'366	3'305'543
Kostendeckungsgrad in %	37	52	53

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (brutto, ohne Lohnkosten)	97.85	79.45	56.85
▪ Lohnkosten (Teillöhne und Passage)	1'465'657	1'952'500	1'980'800
▪ Vermittlungsquote (1. Arbeitsmarkt in %)	48	40	40

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
EG-AVIG-Programme (Anzahl Plätze)			
▪ Einzeleinsatzplätze	8	24	24
▪ Gruppeneinsatzplätze (Unterhaltszentrum)	9	12	24
Überbrückung und Abklärung (Anzahl Plätze)			
▪ "Passage"	16	20	20
▪ Kompass	9	13	18
Teillohnstellen (Anzahl Plätze)			
▪ Teillohn Wirtschaft	9	20	20
▪ Teillohn Stadtverwaltung	4	20	20
▪ Teillohn KAP-Betriebe	17	30	52
▪ Teillohn externe Sozialfirmen und NPO	5	10	10
Integrationsprogramm für vorläufig aufgenommene Asyl Suchende (Anzahl Plätze)			
▪ Unterhaltszentrum	0	30	30
Total	77	179	218

Produkt 3 Berufliche Integration von Jugendlichen

Leistungen

Motivationssemester:

- Die Jugendlichen führen an einzelnen Einsatzplätzen oder in begleiteten Gruppen berufsnahe Tätigkeiten aus, welche ihren Fähigkeiten sowie der Arbeitsmarktrealität in Bezug auf Ausbildungsplätze entsprechen und steigern bzw. verbessern damit ihre Chancen auf eine Berufsausbildung.
- Im Bildungsteil befassen sich die Jugendlichen mit der Situation und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, ihrer persönlichen Situation sowie der zielgerichteten Lehrstellensuche.
- Im individuellen Betreuungsteil werden mit den Jugendlichen Ziele vereinbart, die regelmässig reflektiert werden. Der Stand der Zielerreichung dient als Grundlage zur Rückmeldung an die Personalberatenden der regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV.
- Die Jugendlichen erhalten am Ende des Einsatzes eine Arbeitsbestätigung, die über die geleisteten Tätigkeiten im Sinne eines Arbeitszeugnisses Auskunft gibt.

Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen

- Trampolin fördert in praktischen Arbeitsfeldern Schlüsselqualifikationen, welche von der Arbeits- und Ausbildungswelt eingefordert werden.
- Trampolin bietet auf individuelle Bedürfnisse abgestimmte Tagesstrukturen für Jugendliche beiderlei Geschlechts.

Attestausbildungsplätze für schulisch schwache Jugendliche

- Bis zu 15 Ausbildungsplätze (1. Ausbildungsjahr) der zweijährigen Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest "Küchenangestellte/r" und "Restaurationsangestellte/r" für stellenlose, schulisch schwache Schulabgängerinnen und Schulabgänger.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'885'922	4'278'081	4'260'628
Erlös	3'380'723	3'908'289	3'712'992
Nettokosten	505'200	369'792	547'636
Kostendeckungsgrad in %	87	91	87

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Motivationssemester) brutto	140.80	119.50	100.05
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Trampolin) brutto	319.00	137.40	125.30
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Attestausbildung) brutto	111.05	108.75	170.95

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Motivationssemester (Anzahl Plätze)			
▪ Gruppeneinsatzplätze Transit Werkstatt	54	57	50
▪ Einzeleinsatzplätze Transit Praktika	18	20	30
Attestausbildung (Anzahl Plätze)			
▪ Restaurant Römerpark	10	15	14
Unterstützung gefährdeter Jugendlicher			
▪ Trampolin	5	25	25
Total	87	117	119

IAFP Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	11'721	14'171	14'691	14'691	14'691	14'691
Erlös	8'489	10'908	10'763	10'763	10'763	10'763
Nettokosten/Globalkredit	3'232	3'263	3'928	3'928	3'928	3'928
Kostendeckungsgrad in %	72	77	73	73	73	73

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	300	0	300	300	0	0	0	-300
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Mit dem Globalkredit werden Massnahmen zur beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden (Produkt 2) und Jugendlichen (Produkt 3, ohne Motivationssemester) finanziert. <i>Messung</i> Kostendeckungsgrad pro Produkt <i>Messgrössen</i>						
▪ Produkt 1: AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB)	102	98	98	100	100	100
▪ Produkt 2: Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden	37	52	53	59	59	59
▪ Produkt 3: Berufliche Integration von Jugendlichen	87	91	87	87	87	87

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
2 Zielgruppenorientierung Teilnehmende kommen aus Winterthur <i>Messung</i> In Winterthur wohnhafte Teilnehmende <i>Messgrösse</i> Anteil Teilnehmertage von Personen mit Wohnort Winterthur in % aller Teilnehmertage pro Produkt						
- Produkt 1: AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) - Produkt 2: Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden - Produkt 3: Berufliche Integration von Jugendlichen	49	40	40	40	40	40
	98	95	95	95	95	95
	56	60	60	60	60	60
3 Wirksamkeit der Massnahmen Produkt 1 Die Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben sich verbessert <i>Messung</i> Einschätzung der Teilnehmenden und der zuweisenden Stellen (RAV) <i>Messgrösse</i> - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei Teilnehmenden (in %) - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei den zuweisenden Stellen (in %)	83	85	85	85	85	85
	80	85	85	85	85	85
Produkt 2 Sozialhilfe Beziehende nehmen an Arbeitsintegrationsmassnahmen bei der KAP teil <i>Messung / Messgrösse</i> Anzahl Personen pro Jahr	80	85	725	725	725	725
Produkt 3 a) Motivationssemester und Trampolin: Teilnehmende werden in eine Anschlusslösung mit beruflicher Perspektive vermittelt b) Attestausbildung: Teilnehmende schliessen die Ausbildung erfolgreich ab <i>Messung</i> a) Übertritte in Anschlusslösungen b) Abgeschlossene Ausbildungen <i>Messgrössen</i> a) Anzahl Übertritte in eine Anschlusslösung im Verhältnis zu allen Austritten (in %) b) Bestandene Lehrabschlussprüfungen im Verhältnis zu den Absolvierten (in %)	75	75	75	75	75	75
	70	80	80	80	80	80

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Stadtwerk Winterthur

Auftrag

Stadtwerk Winterthur

- versorgen Haushalte und Wirtschaft der Stadt Winterthur mit Wasser, Elektrizität, Erdgas und Fernwärme.
- reinigen das Abwasser der Stadt Winterthur und weiterer topografisch geeigneter Gemeinden.
- verwerten thermisch den Abfall der Stadt Winterthur und eines weiteren Einzugsgebietes an einem Standort, der die Nutzung der anfallenden Abwärme ermöglicht.
- betreiben weitere mit den vorstehenden Aufgaben zusammenhängende unterstützende Geschäfte wie Energie-Contracting, Telecom, Hausinstallationsgeschäft.
- bieten ihre Leistungen weiteren Gemeinden und Körperschaften an, zwecks Optimierung der Gesamtwirtschaftlichkeit, der Marktstellung oder zur langfristigen Zukunftssicherung.
- erbringen zugewiesene öffentliche Leistungen wie an die Konzession gebundene Lieferung von Zuschusswasser an Drittgemeinden, Klärschlammverbrennung für Dritte, Tankkontrolle oder Aufgaben der Gewässerschutzfachstelle, sofern die Leistung in einem engen Zusammenhang mit der Grundgeschäftstätigkeit steht.

Im Bereich der Wasser- und Stromversorgung sowie der Abwasserreinigung, der Schlammverbrennung und Kehrichtverbrennung kommt die Stadt Winterthur mit Stadtwerk Winterthur ihrem gesetzlichen Auftrag nach.

Produkte

1 Stromhandel

An- und Verkauf von Strom. Das Profit-Center „Verteilung Elektrizität“ verrechnet dem Stromhandel den Netzbenutzungspreis.

2 Gashandel

An- und Verkauf von Gas. Das Profit-Center „Verteilung Gas“ verrechnet dem Gashandel einen internen Netzbenutzungspreis.

3 Haustechnik

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich von Elektro- und Sanitärinstallationen.

4 Verteilung Elektrizität

Bereitstellung der Infrastruktur für eine sichere, zukunftsgerichtete und effiziente Versorgung der Stadt Winterthur mit Strom. Die Verrechnung der Netzbenutzung erfolgt entsprechend dem neuen Produkte- und Preissystem.

5 Telekom

Verkauf und Vermietung von Datentransportkapazitäten.

6 Öffentliche Beleuchtung

Bau, Unterhalt und Betrieb der Strassenbeleuchtung im Auftrag der Stadt.

7 Verteilung Gas

Bereitstellung der Infrastruktur für eine sichere, zukunftsgerichtete und effiziente Versorgung der Stadt Winterthur und von Vertragsgemeinden mit Gas. Die Verrechnung erfolgt mittels eines internen Netzbenutzungspreises an das Profit-Center „Gashandel“.

8 Wasserversorgung

Versorgung der Stadt Winterthur und von Vertragsgemeinden mit Wasser.

9 KVA

Thermische Verwertung von Abfällen aus dem Sammeldienst der Stadt Winterthur, von zugewiesenen Gemeinden und von Privaten. Stromverkauf an Profit-Center „Stromhandel“, Dampfverkauf an Profit-Center „Fernwärme“.

10 Kläranlage

Reinigung des Abwassers der Stadt Winterthur und von Vertragsgemeinden. Verbrennung des eigenen Klärschlammes und Klärschlamm von zugewiesenen Fremdgemeinden.

11 Fernwärme

Versorgung von festgelegten Stadtteilen mit Fernwärme.

12 Energie-Contracting

Bau und Betrieb von Heiz- und Kälteanlagen sowie weiterer energietechnischer Anlagen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG)
- Gewässerschutzverordnung (GSchV)
- Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten (VWF)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG)
- Luftreinhalteverordnung (LRV)
- Verordnung über umweltgefährdende Stoffe (StoV)
- Bundesgesetz betreffend die elektrischen Stark- und Schwachstromanlagen (ELG)
- Bundesgesetz über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe (RLG)
- Rohrleitungsverordnung (RLV)
- Verordnung über Sicherheitsvorschriften für Rohrleitungsanlagen
- Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG)
- Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)
- Energiegesetz (EnG)
- Stromverteilungsgesetz (Strom VG)
- Stromversorgungsgesetz (Strom VV)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (LMG)
- Lebensmittelverordnung (LMV)
- Energienutzungsbeschluss (ENB)
- Klärschlammverordnung
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Verordnung über Abwassereinleitungen
- Verordnung über den Verkehr von Sonderabfällen
- Verordnung über elektrische Schwachstromanlagen
- Verordnung über elektrische Starkstromanlagen
- Verordnung über elektrische Leitungen (LeV)
- Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV)
- Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)
- Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserverordnung in Notlagen (VTN)
- Abfallgesetz Kanton Zürich
- Bewilligung zur Annahme von Sonderabfällen
- Betriebsbewilligungen KVA und SVA
- EKAS Richtlinien
- Finanzhaushaltsgesetz
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Submissionsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Reglement über die Abgabe elektrischer Energie inkl. Nachträge
- Regulativ über die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserversorgung
- Verordnung über die Abgabe von Gas
- Verordnung über die Fernwärmeversorgung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Verordnung über die Siedlungsentwässerung

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild und Strategie
- Zielvorgaben
- Kompetenzregelungen

Verantwortliche Leitung

Christian von Burg

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
1.1 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung: Vergleich der Strompreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse: Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städte	92	90	92
1.2 Marktgerechte Entsorgungspreise			
Messung / Bewertung: Vergleich der Kehrrichtverbrennungspreise mit denjenigen anderer zürcherischer KVA			
Messgrösse: Verbrennungspreise Stadtwerk Winterthur in % des Durchschnitts der zürcherischen KVA's	77	85	97
1.3 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung: Vergleich der Gaspreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse: Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städte	95	100	100
1.4 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung: Vergleich der Wasserpreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse: Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts mit Wasserversorgungen grösser 50'000 Einwohner (gem. SVGW Klasse 1).	88	95	95
1.5 Betriebsreserve Stromhandel			
Messung / Bewertung: Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Stromhandel			
Messgrösse: in TCHF	2'466	944	1'820
1.6 Betriebsreserve Gashandel			
Messung / Bewertung: Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Gashandel			
Messgrösse: in TCHF	258	1'785	191
1.7 Betriebsreserve Haustechnik			
Messung / Bewertung: Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Haustechnik			
Messgrösse: in TCHF	-16	6	-49
1.8 Betriebsreserve Energie-Laden			
Messung / Bewertung: Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Energie-Laden			
Messgrösse: in TCHF	entfällt	entfällt	entfällt
1.9 Betriebsreserve Verteilung Elektrizität			
Messung / Bewertung: Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Elektrizität			
Messgrösse: in TCHF	-752	2'193	-211
1.10 Betriebsreserve Telekom			
Messung / Bewertung: Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Telekom			
Messgrösse:			

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
in TCHF	-580	-300	161
1.11 Betriebsreserve Verteilung Gas			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Gas			
Messgrösse:			
in TCHF	-522	1'786	191
1.12 Betriebsreserve Wasserversorgung			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Wasserversorgung			
Messgrösse:			
in TCHF	2'034	2'570	123
1.13 Betriebsreserve KVA			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve KVA			
Messgrösse:			
in TCHF	3'506	13'823	2'207
1.14 Betriebsreserve Kläranlage			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Kläranlage			
Messgrösse:			
in TCHF	675	-498	-801
1.15 Betriebsreserve Fernwärme			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Fernwärme			
Messgrösse:			
in TCHF	133	873	708
1.16 Betriebsreserve Energie-Contracting			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Energie-Contracting			
Messgrösse:			
in TCHF	526	697	615
2 Versorgungssicherheit			
2.1 Qualität des Stromversorgungsnetzes			
Messung / Bewertung:			
Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 50 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 2,0%			
Messgrösse:			
Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	22 Jahre / 2,3%	23 Jahre / 1,7%	23 Jahre / 1,5%
2.2 Qualität des Wasserversorgungsnetzes			
Messung / Bewertung:			
Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 60 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 1,7%.			
Messgrösse:			
Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	31 Jahre / 1,6%	30 Jahre / 1,7%	30 Jahre / 1,7%
2.3 Qualität des Gasversorgungsnetzes			
Messung / Bewertung:			
Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 60 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 1,7%.			
Messgrösse:			
Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	27 Jahre / 0,7%	27 Jahre / 1,0%	27 Jahre 1,0%

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Messung / Bewertung: Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 33 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 3,0%. Messgrösse: Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge	18 Jahre / 3,6%	19 Jahre / 1,2%	19 Jahre / 3,0%
3 Qualität 3.1 Wasserqualität Messgrösse / Bewertung: Einhaltung der massgeblichen Vorschriften, obwohl keine Wasseraufbereitung erfolgt. Messung: Anzahl gesetzeskonforme Proben in % 3.2 Reinigungsleistung ARA Messgrösse / Bewertung: Einhaltung der massgeblichen Vorschriften Messung: Die Quartalskontrollen des AWEL werden bestanden 3.3 Gesicherte Geschäftsprozesse als Quelle der Qualität Messung / Bewertung: Die Geschäftsprozesse Stadtwerk Winterthur laufen qualitätsgesichert ab Messgrösse: Die vorgeschriebenen ISO 9001-Audits (Qualitätsnorm) werden erfolgreich bestanden	100 erfüllt erfüllt	100 erfüllt erfüllt	100 erfüllt erfüllt
4 Aus- und Weiterbildung 4.1 Lehrlingsausbildung Messgrösse / Bewertung: Anzahl Lehrlinge im Betrieb Messung: Jährlicher Ausweis der beschäftigten Lehrlinge	12	13	13
5 Kundenorientierung 5.1 Reklamationen Messgrösse / Bewertung: Anzahl der (berechtigten) Reklamationen Messung: Jährlicher Ausweis der Anzahl Reklamationen. 5.2 Öffentlichkeitsarbeit Messung / Bewertung: Medienkontakte und Medienberichte Messgrösse: Jährlicher Ausweis der Anzahl Medienkontakte (K) und positive Medienberichte (B)	212 502 K / 372 B	60 350 K / 250 B	90 350 K / 250 B
6 Nachhaltigkeit 6.1 Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich Messgrösse / Bewertung: Im Berichtsjahr durchgeführte Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich Messung: Jährliche Vorlage eines Nachhaltigkeitsberichts 6.2 Nachhaltige Geschäftsprozesse Messung / Bewertung: Die Geschäftsprozesse Stadtwerk Winterthur tragen den Nachhaltigkeitsgesichtspunkten Rechnung Messgrösse: Die jährlichen ISO 14001-Audits (Umweltnorm) werden erfolgreich bestanden 6.3 Ökostrom-Verkauf Messung / Bewertung: Ökostromverkauf pro Jahr in GWh Messgrösse:	erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
In GWh 6.4 Ökostrom-Anteil <i>Messung / Bewertung:</i>	3.90	3.00	4.50
Vergleich Anteil des verkauften Ökostroms zum Stromabsatz mit vergleichbaren Schweizer Städte <i>Messgrösse:</i> Ökostromanteil in % des Durchschnitts des Ökostromanteils von anderen Schweizer Städten 6.5 Fernwärmeabsatz auf Stadtgebiet <i>Messung / Bewertung:</i> Steigerung des Fernwärmeabsatzes <i>Messgrösse:</i> Neu angeschlossene Leistung in kW/Jahr	100 3'283	100 3'000	100 3'000

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Es werden nur wesentliche Abweichungen zur Rechnung 2007 begründet.

Die Einlagen/Entnahmen Betriebsreserven sind direkt abhängig vom Erfolg (Gewinn/Verlust) der einzelnen Profit-Center.

Dieser ist in den entsprechenden Erfolgsrechnungen ersichtlich und kommentiert.

1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung

1.2 Marktgerechte Entsorgungspreise KVA:

Erstmalige Anpassung an Teuerung seit 2003. Mit den Vertragsgemeinden wurden im Rahmen des Flexibilisierungsmodells des AWEL neue Verträge geschlossen, welche 2009 in Kraft treten.

1.3 Marktgerechte Versorgungspreise Gas:

Die trotz höherem Einkaufspreis nicht durchgeführte Preiserhöhung per 01. Oktober 2007 führte zu den 95%. Zielgrösse war bereits im Jahr 2007 100%.

1.4 Marktgerechte Versorgungspreise Wasser:

Aufgrund der teilweisen Tarifierhöhungen von anderen Versorgungen ist der Wasserpreis im 2007 zu den übrigen grossen Wasserversorgungen relativ gesunken, obwohl keine Veränderung vorgenommen wurde.

2 Versorgungssicherheit

2.1 Qualität des Stromversorgungsnetzes:

Im 2007 überdurchschnittliche Erneuerungsrate wegen dem Anschluss Unterwerk Wülflingen.

5 Kundenorientierung

5.1 Reklamationen:

Zunahme der Reklamationen im 2007 aufgrund der Einführung des neuen Preis- und Produktsystems im Strom sowie dem entsprechenden Paradigmawechsel in der Verrechnung. Der Eingang der Kundenreklamationen hatte sich bis zum Jahresende 2007 wieder auf einem Niveau analog Vorjahr eingependelt.

5.2 Öffentlichkeitsarbeit:

Die Berichterstattung 2007 fiel im Zusammenhang mit der Abstimmung zum Ersatz der Verbrennungslinie 1 in der KVA intensiver aus als erwartet. Ausgelöst durch die Einführung der neuen Stromprodukte fand ausserdem im 2007 in den Medien eine rege Diskussion über Atomstrom statt. Entsprechend hoch waren auch die Medienkontakte.

6 Nachhaltigkeit

6.3 Ökostrom-Verkauf:

Mehrmengen infolge neuem Produktsystem.

Stadtbus Winterthur

Auftrag

Stadtbus erbringt die vom ZVV bestellten Angebots- und Marktleistungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Marktgebiet Winterthur.

Produkte

1. Betrieb Stadtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Linien 1 – 15 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

2. Betrieb Regional- und Nachtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Regionallinien 610, 611, 658, 660, 662, 665, 670, 680, 681, 765 sowie der Nachtlinien N61, N65, N66, N67 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

3. Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Produktemarketing für das gesamte Marktgebiet Winterthur: Einführung und Vermarktung der ZVV-Leistungen, Angebotsplanung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

4. Nebenleistungen

Vermietungen von Gebäuden und Parkplätzen, Werbung für Dritte, Extrafahrten

5. Unterhalt Infrastruktur

Betrieb und Unterhalt von Fahrleitungen und Haltestelleninfrastruktur (ZVV-Standard)

6. ZVV-Aufgaben

Im Auftrag des ZVV zu erbringende verbundweite Aufgaben: Verkauf von Fahrscheinen an Verkaufspunkten (Verkaufsstelle HB, Kioske, Fahrzeuge, Billettautomaten) und Leadhouse-Aufgaben

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesamt für Verkehr (BAV)

- Diverse Konzessionen für regelmässige gewerbsmässige Personenbeförderung
- Eisenbahngesetz vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Personenbeförderung und die Zulassung als Strassentransportunternehmen vom 18.6.1993
- Bundesgesetz über die Trolleybusunternehmen vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Arbeit in Unternehmen des öffentlichen Verkehrs (Arbeitszeitgesetz) vom 19.3.1993
- Verordnung über das Rechnungswesen der konzessionierten Transportunternehmen vom 15.3.1999

Kanton / Zürcher Verkehrsverbund

- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Zusammenarbeitsvertrag mit ZVV vom 3.10.89 und 24.3.99
- Transportvertrag 2005/06 vom 28.02.2005
- Zielvereinbarung 2012 (SRB-Nr. 2005-1235)
- Finanzierung gemäss § 25 PVG (SRB-Nr. 2005-2693)
- Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr vom 14.12.1988
- Verordnung über das Fahrplanverfahren im Verkehrsverbund vom 15.10.1997
- ZVV-Strategie 2009 - 2012
- Grundsätze über die Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild
- Strategie
- Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit Kostenvorgabe ZVV: Max. Abweichung Fahrleistungserbringung in % <i>Messgrösse:</i> ▪ CC-Rechnung „Fahrleistung“ (gemäss Zielvereinbarung vom 7. Juli 2005) Fahrleistungskosten für Stadt- und Regionallinien <i>Messgrösse:</i> ▪ Kosten der Fahrleistung pro Fahrplankilometer Wartezeiten an Lichtsignalanlagen senken <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl Stunden pro Jahr Produktivität Fahrdienst <i>Messgrösse:</i> ▪ Krankheitsstunden pro MA ▪ Produktive Dienstplanstunden pro MA Kostendeckungsgrad sämtlicher Linien von Stadt und Region <i>Messgrösse:</i> ▪ Linienerefolgsrechnung ZVV / KDG in %	erfüllt	3.9	3.0
2 Marktleistung Anzahl Personenkilometer und Fahrgäste <i>Messgrösse:</i> ▪ Statistik Fahrgastzählung / Personenkilometer ▪ Statistik Fahrgastzählung / Fahrgäste Pünktlichkeitsgrad <i>Messgrösse:</i> ▪ Verspätung maximal 3 Minuten in %	52'700'000 22'340'000 keine Messung	60'600'000 23'200'000 --	54'000'000 23'400'000 95
3 Kundenorientierung Kundenzufriedenheit bei MVU (Marktverantwortliche Unternehmen) - Aufgaben <i>Messgrösse:</i> ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Kundenzufriedenheit bei Fahrleistungsaufgaben <i>Messgrösse:</i> ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Reklamationen <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl Reklamationen Stadtbus und Contact-Center ZVV ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	75 75 431	76 77 -- 50	76 77 50
4 Öffentlichkeitsarbeit Kommunikation <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl Medienmitteilungen ▪ Anzahl Medienanlässe Image <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl positive / negative Medienberichte	5 2 5 : 1	12 2 5 : 1	10 3 5:1

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
5 Mitarbeitende			
Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals und Mitarbeiterzufriedenheit			
Messgrösse:			
▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	79	78	78
▪ Befragung zur MA-Zufriedenheit / % der zufriedenen bzw. sehr zufriedenen MA	fehlt	70	
Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung			
Messgrösse:			
▪ Kundenbefragung und Rechnungsergebnis / Betrag pro Mitarbeitenden	500	--	
▪ Realisierte Erfolgsbeteiligung in % des möglichen Maximums		50.00	50.00
Interne Kommunikation			
Messgrösse:			
▪ Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung	kein Anlass	135	140
Lehrlingsausbildung			
Messgrösse			
▪ Anzahl Lehrlinge, Praktikumsplätze und Anlehre (31.12)	2.00	3.00	4.00

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Keine Abweichungen zum Voranschlag 2008

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Keine Abweichungen zu Rechnung 2007

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	26'173'424	26'237'474	28'292'195
Sachkosten	11'611'244	12'501'660	11'664'052
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	250'000	250'000	269'400
Kalkulatorische Kosten	1'198'669	1'214'100	1'447'693
Übrige interne Kosten	172'347	1'539'960	1'529'421
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>39'405'685</i>	<i>41'743'194</i>	<i>43'202'761</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	39'405'685	41'743'194	43'202'761
Externe Erlöse	38'994'672	40'929'394	42'062'711
Interne Erlöse	411'012	813'800	1'140'050
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>39'405'685</i>	<i>41'743'194</i>	<i>43'202'761</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	39'405'685	41'743'194	43'202'761
Total Nettokosten/Globalkredit	0	0	0
Interne Kosten	1'621'017	3'004'060	3'246'514
Interne Erlöse	411'012	813'800	1'140'050
Total primäre Nettokosten*	-1'210'004	-2'190'260	-2'106'464
Kostendeckungsgrad in % **	100	100	100
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			100

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	1'164'138	1'208'000	1'190'000
Personal:			
▪ Stelleneinheiten während dem Jahr (Anzahl Pensen)	229.26	234.93	240.47
▪ Lehrverhältnisse und Praktikanten	2.0	3.0	4.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	238 (19)	252 (19)	246 (20)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Neubau Depot Grüzefeld
Projektierung abgeschlossen
- Projekt Busbeschleunigung
Umsetzung weiterer Massnahmen gemäss Konzept (Lichtsignale und Busspuren)
- Verlängerung Linie 3
Sicherstellen der Konzession und Projektierung Infrastrukturerweiterung (Fahrleitung)
- Beschaffung Gelenktrolleybusse
Inbetriebnahme von fünf Gelenktrolleybussen

Produkt 1 Betrieb Stadtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Stadtgebiet gemäss Transportvertrag mit ZVV vom Februar 2005 (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan 2005/2006)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	28'017'442	30'055'100	30'208'017
Erlös	28'017'442	30'055'100	30'208'017
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Stadt" gem. Zielvereinbarung 2012 mit ZVV ▪ Sicherstellen zusätzlicher Einsatzfahrzeuge bei ausserordentlichen Ereignissen (Anzahl Fahrzeuge) ▪ Qualität: Projekt "Einzelschulung Fahrpersonal" umgesetzt ▪ Sicherheit: Ausbildung Fahrpersonal zum Thema "Gewalt- und Eskalationsprävention"	erfüllt	3.9	3.0
▪ Zeitguthaben Fahrpersonal Ende Jahr (in Stunden) ▪ Projekt Busbevorzugung (Massnahmen definiert) ▪ Trolleybusbeschaffung 2010 (Systementscheid liegt vor)	9'045 erfüllt Januar 2008	9'000	8'500
▪ Technische Verfügbarkeit Leitstelle für Kunden in % ▪ Sauberkeit Busse innen (Resultat MSQ) ▪ Sauberkeit Busse aussen (Resultat MSQ)		98 78 80	98 78 80
▪ Linie 15: Anzahl Fahrgäste für Übernahme ins ZVV-Angebot			Fehlt noch!

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Fahrplankilometer (Stadtnetz, Basis DIVA) - Fahrplanstunden (Stadtnetz, Basis DIVA)	3'471'371 241'702	3'469'000 223'515	3'914'000 243'000

Produkt 2 Betrieb Regional- und Nachtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Regional- und Nachtetz gem. Transportvertrag mit ZVV vom Februar 2005 (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan 2005/2006)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	5'556'202	5'635'331	5'990'619
Erlös	5'556'202	5'635'331	5'990'619
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Regional" gemäss Zielvereinbarung 2012 mit ZVV ▪ siehe operative Ziele "Stadtlinien"	erfüllt	3.9	3.0

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Fahrplankilometer (Regional- und Nachtnetz, Basis DIVA) ▪ Fahrplanstunden (Regional- und Nachtnetz, Basis DIVA)	1'031'772 43'826	1'025'000 44'700	951'000 38'000

Produkt 3 Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Leistungen

- Planen von Angebotserweiterungen und -veränderungen (Angebotsplanung)
- Bewerben des Linienangebotes im Marktgebiet (Produktemarketing)
- Durchführen von Marktbearbeitung und Promotion (Produktemarketing)
- Sicherstellen von aktuellen und vollständigen Fahrgastinformationen (Produktemarketing)
- Veranlassen einer aktiven Unternehmenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (PR-Massnahmen)

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'930'879	1'502'755	2'081'847
Erlös	1'930'879	1'502'755	2'081'846
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Neue Linie 16 eingeführt ▪ Angebotsveränderungen frühzeitig kommunizieren ▪ Verbesserte Information bei Verspätungen/Leitstelle in Betrieb ▪ Angebotskonzept nächste Fahrplanperiode 2010/11 liegt vor ▪ Marktanalyse Preise Fahrzeugwerbung (Analyse durchgeführt) ▪ Betriebsabwicklung EURO 08 sichergestellt ▪ Erschliessung Dätteln West ▪ Erschliessung Niderfeld ▪ Neue Linienführung Nr. 7 + Nr. 5 umgesetzt ▪ Aufhebung Linie 8 umgesetzt	erfüllt erfüllt erfüllt nein	Mai/Juni -- -- -- Juni Dezember Dezember Dezember Dezember	Dezember Mai/Juni Dezember Dezember Juni

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Auflage Taschenfahrpläne pro Jahr ▪ Auflage "Stadtbus AKTUELL" pro Jahr ▪ Auflage Geschäftsbericht pro Jahr	120'000 120'000 900	125'000 110'000 800	125'000 120'000 800

Produkt 4 Nebenleistungen

Leistungen

- Erzielen von Zusatzeinnahmen aus Geschäften die sich als "Nebenprodukt" der Hauptaufgabe von Stadtbus (Fahrleistungserbringung) ergeben. Hauptsächlich:
 - Werbeeinnahmen Fahrzeuge
 - Vermietung von Gebäuden
 - Reparatureinnahmen aus Werkstattarbeiten
 - Extrafahrten und Bahnersatz

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'024'548	1'210'553	1'104'653
Erlös	1'024'548	1'210'553	1'104'653
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Mindestumsatz mit neuem Werbeträger "Trafficboard"	111'882	--	
▪ Durchschnittsgewinn pro Extrafahrt (in %)	20	20	20
▪ Mietertrag erhöhen Caravan-Parkplätze (bisher Fr. 45.00 pro Mt.)	75	--	
▪ Vermietungen Depot Deutweg und Grüzefeld (keine Leerstände)	Auslastung 90%	90%	90%
▪ Einnahmen aus Fahrzeugwerbung		650'000	700'000
▪ Umsatzziel "Altstadt-Card"			1'000'000
▪ Anzahl Verkaufstransaktionen "Altstadt-Card"			12'000

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Anzahl verkaufte Trafficboard pro Jahr	22	6	22
▪ Anzahl verkaufte Heckwerbung pro Jahr	75	65	75
▪ Anzahl verkaufte Dachreklamen pro Jahr	65	45	50
▪ Anzahl Extrafahrten pro Jahr	157	135	150
▪ Anzahl vermietete Caravan-Parkplätze	49	--	
▪ Anzahl verkaufte Teilbemalungen pro Jahr			3

Produkt 5 Unterhalt Infrastruktur

Leistungen

- Betrieb und Instandhaltung der Infrastrukturanlagen an der Fahrstrecke, insbesondere Fahrleitungen und Haltestellen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'024'548	1'669'728	1'104'653
Erlös	1'024'548	1'669'728	1'104'653
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Sauberkeit Haltestellen: Kontroll- und Meldeorganisation verbessern Einsatz Clean-Team (Zusatzkosten) in CHF - Haltestelleninfrastruktur: Neuausrüstung mit Sitzgelegenheit - Anzahl neue Wartehallen - Vandalenschäden: Zeitvorgabe für Wiederinstandstellung (nach Eingang Meldung) in Stunden - Ersatzbedarf Fahrleitungen bekannt - Energieverbrauch Immobilien / Infrastruktur senken (Im Vergleich zum durchschnittlichen Verbrauch der letzten 5 Jahre) in % - Neuausrüstung mit Haltestellenanzeigen	erfüllt -- -- 0 erfüllt	-- 48 Februar 5 10	 48 5 15

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Unterhalt des Fahrleitungsnetzes (Länge in km) - Unterhalt Fahrleitungsnetzes (Kurslinien) (in km) - Unterhalt Fahrleitungsnetzes (Dienstlinien) (in km) - Unterhalt von Haltestellen im Stadtnetz (Anzahl) - Unterhalt Buswartehallen im Stadtnetz (Anzahl) - Unterhalt Haltestellenanzeigen (Anzahl)	26'126 252 114	26'162 252 --	 23.2 2.9 272 25

Produkt 6 ZVV-Aufgaben

Leistungen

- Aufgaben, die Stadtbus gemäss separatem Auftrag für den Zürcher Verkehrsverbund ausführt. Hauptsächlich:
 - Verkauf von Fahrausweisen (Verkaufsstellen, Fahrzeuge, Billettautomaten und Dritte)
 - Instandhaltung, Unterhalt und Leerung der Billettautomaten
 - Geldabrechnung und Statistikwesen der Fahrausweisverkäufe (Inkasso, Ablieferung und Statistikdaten)
 - Umsetzung der Leistungsaufträge als Leadhouse im ZVV Gebiet

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'852'067	1'669'728	1'996'873
Erlös	1'852'067	1'669'728	1'996'873
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Projektierung Mobilitätszentrale am Bahnhof - Beheben von Vandalenschäden an Billettautomaten (in Stunden) - Anzahl qualifizierte Kontakte zu Neuzuzügern - Projekt S-POS / Testbetrieb Verkaufsgeräte in Fahrzeugen - Aufbau Testmarkt Winterthur (Konzept vom ZVV genehmigt)	-- 48 5'707 annulliert	 48 -- --	Dezember 48 Dezember

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
▪ Unterhalt Verkaufsgeräte (Anzahl)			
- Billettautomaten	195	195	196
- Entwerter (stationär)	42	45	45
- Fahrscheinausgabegeräte Fahrzeuge	28	28	28
- Fahrscheinausgabegeräte Verkaufsstellen	3	3	3
▪ Anzahl Drittverkaufsstellen (Kioske)	11	11	11
▪ Anzahl Fahrzeuge mit AFAZ ausgerüstet		13	15

IAFP Stadtbus Winterthur

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	39'405	41'743	43'202	46'167	44'367	44'000
Erlös	39'405	41'743	43'202	46'167	44'367	44'000
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	59'250	0	14'000	17'000	15'200	16'400	10'350	-13'700
Bewilligt	30'034	23'406	1'200	544	0	1'737	0	3'147
Gesamt	89'284	23'406	15'200	17'544	15'200	18'137	10'350	-10'553

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit						
Kostenvorgabe ZVV: Max. Abweichung						
Fahrleistungserbringung in %						
Messgrösse:						
▪ CC-Rechnung „Fahrleistung“ (gemäss Zielvereinbarung vom 7. Juli 2005)	erfüllt	3.9	3.0	2.6	2.4	0.0
Fahrleistungskosten für Stadt- und Regionallinien						
Messgrösse:						
▪ Kosten der Fahrleistung pro Fahrplankilometer			7.44	7.35	7.30	7.20
Wartezeiten an Lichtsignalanlagen senken						
Messgrösse:						
▪ Anzahl Stunden pro Jahr			2'000	2'000	1'980	1'950
Produktivität Fahrdienst						
Messgrösse:						
▪ Krankheitsstunden pro MA	98	97	93	92	87	84
▪ Produktive Dienstplanstunden pro MA	1'707	1'715	1'720	1'721	1'736	1'746
Kostendeckungsgrad sämtlicher Linien von Stadt und Region						
Messgrösse:						
▪ Linienerefolgsrechnung ZVV / KDG in %	55.6	52.0	56.5	57.0	57.5	58.5

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
2 Marktleistung						
Anzahl Personenkilometer und Fahrgäste						
Messgrösse:						
▪ Statistik Fahrgastzählung / Personenkilometer	52'700'000	60'600'000	54'000'000	55'000'000	56'200'000	57'300'000
▪ Statistik Fahrgastzählung / Fahrgäste	22'340'000	23'200'000	23'400'000	23'900'000	24'500'000	25'000'000
Pünktlichkeitsgrad						
Messgrösse:						
▪ Verspätung maximal 3 Minuten in %	keine Messung	--	95	95	95	95
3 Kundenorientierung						
Kundenzufriedenheit bei MVU (Marktverantwortliche Unternehmen) - Aufgaben						
Messgrösse:						
▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	75	76	76	77	77	79
Kundenzufriedenheit bei Fahrleistungsaufgaben						
Messgrösse:						
▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	75	77	77	77	77	78
Reklamationen						
Messgrösse:						
▪ Anzahl Reklamationen Stadtbus und Contact-Center ZVV	431	--	0			
▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	0	50	50	52	52	53
4 Öffentlichkeitsarbeit						
Kommunikation						
Kommunikation						
▪ Anzahl Medienmitteilungen	5	12	10	10	10	10
▪ Anzahl Medienanlässe	2	2	3	3	3	3
Image						
Messgrösse:						
▪ Anzahl positive / negative Medienberichte	5 : 1	5 : 1	5:1	6:1	6:1	6:1
5 Mitarbeitende						
Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals und Mitarbeiterzufriedenheit						
Messgrösse:						
▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	79	78	78	78	78	79
▪ Befragung zur MA-Zufriedenheit / % der zufriedenen bzw. sehr zufriedenen MA	fehlt	70	0	75		80
Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung						
Messgrösse:						
▪ Kundenbefragung und Rechnungsergebnis / Betrag pro Mitarbeitenden	500	--	0			
▪ Realisierte Erfolgsbeteiligung in % des möglichen Maximums	0.0	50.0	50.0	53	53	55
Interne Kommunikation						
Messgrösse:						
▪ Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung	kein Anlass	135	140	140	140	150
Lehrlingsausbildung						
Messgrösse						
▪ Anzahl Lehrlinge, Praktikumsplätze und Anlehre (31.12)	2.0	3.0	4.0	4.0	4.0	5.0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Beschaffung Gelenktrolleybusse 2010
Ablieferung und Inbetriebnahme sämtlicher bestellter Gelenktrolleybusse
- Neubau Depot Grüzefeld
Bau neues Busdepot, Inbetriebnahme im Jahr 2012
- Bahnhofplatz
Planung Bauablauf und sicherstellen des operativen Fahrbetriebes während des Umbaus
Umsetzen und Inbetriebnahme der Mobilitätszentrale HB
- S-POS
Inbetriebnahme der neuen S-POS-Komponenten (Fahrausweisgeräte) ab 2010
- Zielvereinbarung ZVV
Erfüllung der Kosten- und Qualitätsvorgaben aus der Zielvereinbarung mit dem ZVV bis im Jahr 2012

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Folgende Entwicklungen stehen für Stadtbus im Vordergrund:
 - Stärkung der Marktposition und Steigerung der Fahrgastfrequenzen
 - Leistungsfähiges und attraktives Kernnetz zur Verbesserung der Wettbewerbssituation
 - Zusätzlicher Handlungsspielraum und mehr administrative Selbständigkeit
 - Nutzung wirtschaftlich vertretbarer Chancen zur Reduktion des Energieverbrauchs
 - Schlanke Organisation, ausgerichtet auf die Bedürfnisse einer hohen Dienstleistungsqualität
 - Zufriedene und motivierte Mitarbeitende

FinöV Stadt

Auftrag

Finanzierung der Abteilungen der Stadt Winterthur im Bereich des öffentlichen Verkehrs gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Finanzierung des jährlichen Gemeindebeitrages an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes gemäss ZVV-Abrechnung und Verkehrsratsbeschluss

2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV

Finanzierung von Fahrplanleistungen, Angebotserweiterungen und Haltestelleninfrastruktur über das Verbundangebot hinaus

3 Leistungen an Stadtbus

Finanzierung von Aufwand bei Stadtbus welcher nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes gedeckt ist

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Verkehrsverbund vom 14.12.1988

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeinderatsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 14 (HB – Hegi) vom 28.6.2004
- Stadtratsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 12 (HB – Eschenberg) vom 27.10.2004, SR-Beschluss Nr. 2004-2142
- Stadtratsbeschlüsse 2000-315 und 2001-243 zu den Leistungen an Stadtbus

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit Angebotserweiterung Linie 12 (Mittwochnachmittag) <i>Messgrösse:</i> ▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste) Angebotserweiterung Linie 14 (HB – Hegi) <i>Messgrösse:</i> ▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste) Reinigungskosten Haltestellen (gemäss Leistungsvereinbarung TB) <i>Messgrösse:</i> ▪ Kosten insgesamt ▪ Kosten pro Haltestelle	-- 946'827 -- --	-- 950'000 -- --	1'600 Fehlt noch! Fehlt noch!
2 Kundennutzen und Nachhaltigkeit <i>Messgrösse:</i> ▪ Fahrgastfrequenzsteigerung der Linie 12 in % (Plan VJ) ▪ Fahrgastfrequenzsteigerung der Linie 14 in % (Plan VJ) Haltestelleninfrastruktur <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl neue Buswartehallen ▪ Kundenzufriedenheit: Sauberkeit an Haltestellen ▪ Kundenzufriedenheit: Haltestelleninfrastruktur (Witterungsschutz, Beleuchtung und Sitzbank)	-- 23 -- -- --	-- 23 2 72 76	5 72 76

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	11'935'780	12'575'760	11'730'583

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Rententeuerungsanteil von Stadtbus
Weniger interne Verrechnung von Stadtbus, infolge rückwirkender Übernahme der Teuerung und insgesamt weniger Rententeuerung im VA 2009, Fr. -121'300
- Erstmals Kapitalkosten für Haltestellen und Buswartehallenerneuerung, Fr. 13'250
- Beiträge an ZVV
Wegfall der §20-Kosten für die Linie 14, ab 2009 im ordentlichen Verbundangebot, Fr. -740'000
Höherer Beitrag an die Kostenunterdeckung des ZVV, Fr. 1'037'000
Mehrkosten Linie 12 (Mittwochnachmittag), Fr. 10'000
- Interne Verrechnungen
Reduzierte Kosten für Unterhalt Wartehallen, Fr. -50'000
Zusätzlicher Lohnkostenanteil an SBW aus dem Jahr 2006, Fr. 200'000
Zusätzliche Kosten für Betriebsausflüge Fahrdienst, Fr. 75'000
Weniger Residualkosten und Beitrag an DTB-Sekretariat, Fr. -12'827
Kostenanteil für Nachführung APG-Infotafeln (aktualisieren Busnetz), Fr. 23'000
- Externe Erlöse
Rückerstattung zuviel bezahlter Gemeindebeiträge 2007 an Kostenunterdeckung ZVV, Fr. 1'278'000

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Rententeuerungsanteil von Stadtbus
Weniger interne Verrechnung von Stadtbus, infolge rückwirkender Übernahme der Teuerung und insgesamt weniger Rententeuerung im VA 2009, Fr. -40'673
- Höherer Beitrag an die Kostenunterdeckung des ZVV, Fr. 1'313'284
- Wegfall der §20-Kosten für die Linie 14, ab 2009 im ordentlichen Verbundangebot, Fr. -740'000
- Neues §20-Angebot Linie 12 (Mittwochnachmittag), Fr. 25'000
- Kosten für Unterhalt Buswartehallen (neu ab 2008), Fr. 200'000
- Kapitalkosten für Buswartehallen, Fr. 13'250
- Lohnkostenanteil an SBW aus dem Jahr 2006, Fr. 400'000
- Mehrkosten für Betriebsausflüge Fahrdienst, Fr. 20'344
- Werbeeinnahmen an Buswartehallen (neu ab 2008), Fr. 340'000
- Mehreinnahmen aus Parkplatzabgaben von MIGROS und COOP (Nachzahlungen im Jahr 2007, Fr. -224'393)
- Mehreinnahmen aus Rückerstattung zuviel bezahlter Gemeindebeiträge 2007 an den ZVV, Fr. 1'278'000
- Weniger Residualkosten und Beitrag an DTB-Sekretariat, Fr. -4'524

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	301'233	381'860	260'560
Sachkosten	21'271	1'300	0
Beiträge an Dritte	11'413'716	11'705'000	12'012'000
Residualkosten	392'897	392'900	382'173
Kalkulatorische Kosten	0	0	13'250
Übrige interne Kosten	193'056	596'700	842'600
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'322'173</i>	<i>13'077'760</i>	<i>13'510'583</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	12'322'173	13'077'760	13'510'583
Externe Erlöse	0	0	1'278'000
Interne Erlöse	386'393	502'000	502'000
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>386'393</i>	<i>502'000</i>	<i>1'780'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	386'393	502'000	1'780'000
Total Nettokosten/Globalkredit	11'935'780	12'575'760	11'730'583
Interne Kosten	585'953	989'600	1'238'023
Interne Erlöse	386'393	502'000	502'000
Total primäre Nettokosten*	11'736'220	12'088'160	10'994'560
Kostendeckungsgrad in % **	3	4	13
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			13

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Projekt Buswartehallen
Umsetzung 1. Etappe "Neue Buswartehallen" gemäss Investitionsplanung
- Neue Linie 16 HB - Tössfeld
Betriebsaufnahme ab Mitte Dezember 2009
- EKZ Rosenberg (Linienverlängerung)
Finanzierung der Fahrleitungskosten mit Zürcher Verkehrsverbund (Verkehrsfonds) sicherstellen
Rückvergütung des Kostenanteils MIGROS ab §20 Leistung vertraglich sicherstellen
- Leistungsvereinbarung mit Tiefbau
Umsetzung der Leistungsvereinbarung "Reinigung und Unterhalt von Haltestellen" ab 1.1.2009

Produkt 1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Leistungen

- Finanzielle Leistung gemäss Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) und der Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Zürcher Verkehrsverbund

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	10'673'716	10'950'000	11'987'000
Erlös	0	0	1'278'000
Nettokosten	10'673'716	10'950'000	10'709'000
Kostendeckungsgrad in %	0	0	11

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Periodengerechte Abgrenzung der ZVV-Abrechnung aus Vorjahren	--	Dezember	Dezember

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Anrechenbare, gewichtete Haltestellenabfahrten - Kostenanteil an Kostenunterdeckung in % (Anteil Gemeindebeiträge) - Leistungen gemäss Gesetz PVG		16'400'000 6.8	16'900'000 6.9

Produkt 2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV

Leistungen

- Gemeindeeigene Finanzierung diverser zusätzlicher Leistungen (Angebotserweiterungen, Studien, Buswartehallen etc.) welche nicht durch den ZVV finanziert werden.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	759'207	1'005'000	261'250
Erlös	386'393	502'000	502'000
Nettokosten	372'814	503'000	-240'750
Kostendeckungsgrad in %	51	50	192

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Linie 12: Einhaltung Kostenvorgabe Heidi Taxi (Mittwochnachmittag) - Linie 14: Erhöhung Fahrgastfrequenz (zu Vorjahr) - Linie 14: Übertreffen der Vorgabe ZVV (§20) für Übernahme in Verbundangebot ab 2009 (420'000) - Werbeeinnahmen (APG) aus Haltestellenwerbung in Fr. - Gesamtreinigung wichtiger Haltestellen (> 600 Einsteiger/Tag) jährlich - Reinigung Haltestellen bei ausserordentlicher Verunreinigung - Wichtige Haltestellen (> 600 Einsteiger/Tag) Reaktionszeit in Std. - Leeren der Papierkörbe an Haltestellen mit hohen Fahrgastfrequenzen und grossem Verschmutzungspotential	-- 167'494	-- 530'000 340'000	25'000 340'000 2 4 täglich

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Linie 12: Fahrplankilometer Mittwochnachmittag pro Jahr - Linie 14: Durchschnittliche Anzahl Fahrgäste pro Tag - Linie 14: Fahrplankilometer (inkl. Depotfahrten) pro Jahr	-- 2'594	-- 322'000	1'900

Produkt 3 Leistungen an Stadtbus

Leistungen

- Interne Vergütungen der Stadt für Leistungen oder Aufwendungen von Stadtbus, die nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes finanziert sind

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	889'250	1'122'760	1'262'333
Erlös	0	0	0
Nettokosten	889'250	1'122'760	1'262'333
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Keine neuen oder zusätzlichen Kosten für Stadtbus, die nicht durch Leistungsentgelt ZVV finanziert sind, Veränderung zu Vorjahr - Bereitstellen genügender Transportleistungen für EURO 08	121'062	0 Juni	0

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
- Betriebsausflüge Fahrdienst (Anzahl Stunden) - Kompensationstage Weihnachten/Neujahr (Anzahl Stunden) - Verkehrsdienst und Überwachung (Anzahl Anlässe)	896 0 3	0 3	1'100 3

IAFP FinöV Stadt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	12'322	13'077	13'510	15'322	15'986	16'573
Erlös	386	502	1'780	1'785	1'820	1'905
Nettokosten/Globalkredit	11'935	12'575	11'730	13'537	14'166	14'668
Kostendeckungsgrad in %	3	4	13	12	11	11

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	5'350	0	100	250	1'350	1'400	1'000	1'250
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	5'350	0	100	250	1'350	1'400	1'000	1'250

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit						
Angebotsverweiterung Linie 12 (Mittwochnachmittag)						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	--	--	1'600	1'800	2'000	2'000
Angebotsverweiterung Linie 14 (HB – Hegi)						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	946'827	950'000	0			
Reinigungskosten Haltestellen (gemäss Leistungsvereinbarung TB)						
Messgrösse:						
▪ Kosten insgesamt	--	--	Fehlt noch!	Fehlt noch!	Fehlt noch!	Fehlt noch!
▪ Kosten pro Haltestelle	--	--	Fehlt noch!	Fehlt noch!	Fehlt noch!	Fehlt noch!
2 Kundennutzen und Nachhaltigkeit						
Messgrösse:						
▪ Fahrgastfrequenzsteigerung (Linie 12) in %	--	--	0	12	11	0
▪ Fahrgastfrequenzsteigerung (Linie 14) in %	23	23	0			
Haltestelleninfrastruktur						
Messgrösse:						
▪ Anzahl neue Buswartehallen	--	2	5	20	20	15
▪ Kundenzufriedenheit: Sauberkeit an Haltestellen	--	72	72	73	73	75
▪ Kundenzufriedenheit: Haltestelleninfrastruktur (Witterungsschutz, Beleuchtung und Sitzbank)	--	76	76	77	77	78

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Linie 16
Zielsetzung: Übernahme der Fahrleistungen ins ordentliche ZVV-Angebot ab 2014
- Haltestellen
Umsetzung des Haltestellenkonzeptes gemäss Projektplanung und SR-Entscheid
Umsetzung Behindertengesetz an wichtigen Haltestellen (bis Ende 2010)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Linie 15: Prüfung Samstagbetrieb

Forstbetrieb

Auftrag

Der Forstbetrieb Winterthur ist verantwortlich für Unterhalt, Pflege und Nutzung des Natur- und Erholungsraums Wald. Er betreibt den Wildpark Bruderhaus als Ausflugsziel und Umweltbildungsort. Die Bevölkerung findet beim Forstbetrieb kompetente Ansprechpartner für alle Belange von Wald, Wild und Natur. Der Forstbetrieb Winterthur nimmt die hoheitlichen Aufgaben des kommunalen Forstdienstes gemäss Waldgesetzgebung wahr.

Produkte

1. Verrechenbare Leistungen:

Verkauf von Holz und Holzprodukten, Erbringen von Dienstleistungen innerhalb der Stadtverwaltung und für Dritte gegen Verrechnung.

2. Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen:

Jungwaldpflege, Wildschadenverhütung und Biotophege, Betrieb Wildpark Bruderhaus, Bau, Betrieb und Unterhalt von Erholungs- und Sportanlagen, Strassen und Wegen, Führungen, Vorträge und Exkursionen, Planung und Ausführung von Naturschutzmassnahmen, Sicherheitsholzerei, Hochwasserschutz, Forstpolizei, Querschnittsaufgaben, Beförderung Privatwald.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Wald vom 4. Oktober 1991
Verordnung über den Wald vom 30. November 1992
Kantonales Waldgesetz vom 7. Juni 1998
Kantonale Waldverordnung vom 28. Oktober 1998

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild Forstbetrieb, Oktober 2000

Verantwortliche Leitung

Beat Kunz, Stadtförstmeister

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung in % Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen in %	130 111	>100 >110	>100 >110
2 Kundenorientierung Leistungen werden pünktlich und bedürfnisgerecht erbracht. <i>Messgrösse:</i> Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)	0	<5	<5
3 Nachhaltigkeit Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. <i>Messgrösse:</i> FSC-Audit	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden
4 Naturschutz <i>Messgrössen:</i> Flächenanteil Naturvorrangflächen in % Laufmeter Waldrandpflege Anzahl grössere öffentliche Aktionen Anzahl Stunden für Umweltbildung	11 972 3 630.00	11 1'000 3 >500	11 1'000 3 >500
5 Objektschutz und Sicherheit Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässerverbau und -Unterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Fälle Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Haftungsfälle Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandarts hoch 66 Kilometer reduziert 91 Kilometer stark reduziert 17 Kilometer <i>Messgrösse:</i> Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle
6 Lehrbetrieb Ausbildung von Forstwartlernenden <i>Messgrösse:</i> Anzahl Lehrstellen	4	4	4

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	1'721'328	1'961'485	2'299'071

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009**Kosten**

Rückgang Suva-Unfallversicherungsprämien und Kinderzulagen, weniger Treueprämien.
Mutationsgewinne.

Sachkosten: Höhere Treibstoffpreise, Mehrproduktion von Holzschnitzeln, Ankauf von Schnitzelholz aus dem Privatwald.

Kalkulatorische Kosten: Abschreibungen und Kapitalzinsen auf Investitionen neu im Voranschlag 2009.

Erlöse

Höhere Holzpreise, Mehrverkauf Holzschnitzel.

Holzschnitzel neu über interne Konti verrechnet.

Mehr Beiträge für Naturschutzmassnahmen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007**Kosten**

Stufenanstieg und Beförderungen kompensiert wie oben beschrieben.

Weniger baulicher Unterhalt.

Weniger Holz aus dem Privatwald - Auszahlung an Waldbesitzer.

Verschiebung von Stadtinternen Leistungen zu internen Kosten.

Kalkulatorische Kosten: Abschreibungen und Kapitalzinsen auf Investitionen neu im Voranschlag 2009.

Erlöse

Weniger Holzverkauf durch Senkung Hiebsatz (Jährlich nachwachsende Holzmenge).

Weniger Holzverkauf aus dem Privatwald.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	3'143'444	3'254'232	3'227'456
Sachkosten	2'049'325	1'733'901	1'888'300
Beiträge an Dritte	7'704	8'000	8'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	33'878	31'100	407'093
Übrige interne Kosten	103'651	124'299	147'223
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'338'002</i>	<i>5'151'532</i>	<i>5'678'071</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'338'002	5'151'532	5'678'071
Externe Erlöse	3'506'281	3'076'000	2'282'000
Interne Erlöse	0	0	968'000
Beiträge von Dritten	110'393	114'047	129'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'616'674</i>	<i>3'190'047</i>	<i>3'379'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'616'674	3'190'047	3'379'000
Total Nettokosten/Globalkredit	1'721'328	1'961'485	2'299'071
Interne Kosten	137'529	155'399	554'316
Interne Erlöse	0	0	968'000
Total primäre Nettokosten*	1'583'799	1'806'085	2'712'755
Kostendeckungsgrad in % **	68	62	60
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			64

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	7'613	65'100	62'100
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	24.0	25.0	25.5
▪ Lehrverhältnisse	4.0	4.0	4.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	26 (3)	26 (4)	27 (4)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Holznutzung im Stadtwald gemäss dem zu erwartenden reduzierten Hiebsatz vom 17'000 Tfm. (Jährlich nachwachsende Holzmenge)
- Sinnvolle Nutzung des Holzpotenzials im Privatwald.
- Optimierung und Ausbau des Energieholzbetriebes.
- Revision der Betriebspläne für die Reviere Eschenberg-Seen-Töss und Kümberg.
- Wolfsgehege im Wildpark Bruderhaus in Betrieb.
- Baubeginn Projekt Wildpferd-Mufflonanlage im Wildpark Bruderhaus.
- Projektierung Winforst: Neubau Forstwerkhof mit Zusammenlegung der gesamten Infrastruktur des Forstbetriebs und teilweise des Wildparks sowie Betriebsleitung und Administration.
- Verkehrskonzept Eschenberg.
- Fledermausprojekt Eschenberg mit Lehrpfad und 60 Fledermauskästen.
- Ausführung Projekt "Aufwertung Reitplatz" innerhalb des Programms "Entwicklungsimpuls Töss".
- Sanierung Walcheweier - Hochwasserschutz.
- Sanierung Klosterruine Mariazell im Beerenberg Wülflingen.

Produkt 1 Verrechenbare Leistungen

Leistungen

- Produktion und Verkauf von Stammholz, Industrieholz, Brennholz, Holzschnitzeln, Kleinmaterial (Weihnachtsbäume, Dekorationsmaterial, Tische, Bänke, Pfähle, Scheitstöcke)
- Spezialholzerei in Gärten und Parkanlagen, Tiefbau, Ingenieurbiologie und Grünverbau, Planungen und Konzepte

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	2'220'686	2'246'645	2'480'857
Erlös	2'809'340	2'614'782	2'737'531
Nettokosten	-588'654	-368'137	-256'674
Kostendeckungsgrad in %	127	116	110

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kostendeckungsgrad Holz ab Wald in %	129.8	120.0	114.4
Keine Unfälle bei der Holzerei mit gravierenden Personenschäden	0	0	0
Umsatz Dienstleistungen für Private in CHF	184'721	180'000	180'000
Umsatz Dienstleistungen Stadtverwaltung in CHF	314'790	200'000	245'000
Kostendeckungsgrad Dienstleistungen in %	111.6	110.0	104.7
Brennstofflogistik Schnitzelheizungen jederzeit sichergestellt	k.B*	k.B.	keine Bu
Messgrösse: Betriebsunterbrüche			

* keine Betriebsunterbrüche

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Hiebsatz Stadtwald in m3	21'700	19'000	17'000
Produktion Nadelholz in m3	7'800	9'000	8'500
Produktion Laubholz in m3	1'800	2'000	1'700
Produktion Brennholz und Holzschnitzel in m3	9'240	8'000	6'800*

* plus aus Zukauf von Schnitzelholz: 2'300 m3

Produkt 2 Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Leistungen

- Jungwaldpflege
- Wildschadenverhütung, Biotophege, Wild und Jagd
- Wildpark Bruderhaus
- Planung, Bau und Unterhalt Sport- und Erholungsanlagen im Wald
- Unterhalt von Waldstrassen und Wegen
- Umweltbildung, Exkursionen, Führungen, Vorträge
- Bau, Unterhalt und Pflege von Naturschutzflächen im Wald
- Sicherheitsholzerei entlang von Strassen, Siedlungen, Infrastrukturanlagen
- Bachunterhalt und -Verbau, Rutschungs- und Hangverbau
- Forstpolizei, Bewilligungswesen
- Forstliche Planung
- Querschnittsaufgaben in der Stadtverwaltung (Umwelt, Naturschutz, Energie)
- Beförsterung des Privatwaldes auf Stadtgebiet

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	3'045'768	2'904'887	3'197'214
Erlös	807'334	575'265	641'469
Nettokosten	2'238'434	2'329'622	2'555'744
Kostendeckungsgrad in %	27	20	20

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Jungwaldpflege: 45 Hektaren gepflegt	erledigt	erledigt	erledigt
Wildpark Bruderhaus: Wildpferd-Mufflonanlage realisiert		erledigt	erledigt
Waldweg-Unterhaltskonzept aktualisiert		erledigt	erledigt
Naturschutz: Eichenförderungskonzept erarbeitet		erledigt	
Naturschutz: Holzschläge für lichten Wald:	erledigt	2 Holzschläge	3 Holzschläge
Naturschutz: Neophyten in Wald-Naturschutzgebieten eingedämmt		erledigt	erledigt
Beförsterung Privatwald in ha	462 ha	462	462
Betriebspläne Eschenberg-Seen-Töss und Kümberg abgeschlossen		erledigt	erledigt

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Jungwaldpflege in Hektaren	45	45	45
Wildschadenverhütung (Einzelschutz)	670	800	sistiert GGR
Laufender Unterhalt Wegnetz in km	170	170	170
Periodischer Unterhalt Wegnetz (Bekiesung) in km	4	5	5
Sicherheitsholzerei (Anzahl Holzschläge)	4	4	4
Kontrolle und Unterhalt von Bächen und Entwässerungsgräben im Wald in km	60	60	60

IAFP Forstbetrieb

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	5'338	5'151	5'678	5'798	5'798	5'798
Erlös	3'616	3'190	3'379	3'354	3'354	3'354
Nettokosten/Globalkredit	1'721	1'961	2'299	2'444	2'444	2'444
Kostendeckungsgrad in %	68	62	60	58	58	58

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitions- reserve *
Vorgesehen	8'290	0	2'060	885	5'220	2'450	400	-2'725
Bewilligt	2'110	44	350	900	120	0	0	696
Gesamt	10'400	44	2'410	1'785	5'340	2'450	400	-2'029

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung in %	130	>100	>100	>100	>100	>100
Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen in %	111	>110	>110	>110	>110	>110
2 Kundenorientierung						
Leistungen werden pünktlich und bedürfnisgerecht erbracht. Messgrösse: Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)	0	<5	<5	<5	<5	<5
3 Nachhaltigkeit						
Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. Messgrösse: FSC-Audit	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden
4 Naturschutz						
Messgrössen:						
Flächenanteil Naturvorrangflächen in %	11	11	11	11	11	11
Laufmeter Waldrandpflege	972	1'000	1'000	500	500	500
Anzahl grössere öffentliche Aktionen	3	3	3	3	3	3
Anzahl Stunden für Umweltbildung	11.0	11.0	11.0	>500	>500	>500

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
5 Objektschutz und Sicherheit Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässerverbau und -Unterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Fälle Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Haftungsfälle Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandarts hoch 66 Kilometer reduziert 91 Kilometer stark reduziert 17 Kilometer <i>Messgrösse:</i> Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle
	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle
	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle
6 Lehrbetrieb Ausbildung von Forstwartlernenden <i>Messgrösse:</i> Anzahl Lehrstellen	4	4	4	4	4	4

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Wildpark Bruderhaus, Entwicklungskonzept 2020 zur Hälfte umgesetzt.
- Sanierung Walcheweiher:
Hochwasserschutz- und Gestaltungsplanung realisiert.
Sanierung ausgeführt.
- Aufwertung Reitplatz gemäss Ergebnissen der Studie 2006 umgesetzt.
- Infrastruktur Energieholz:
Energieholz nimmt im Rahmen der Energiebilanz an Bedeutung zu.
Zur Optimierung der Produktion und Lagerung muss die Infrastruktur ausgebaut werden.
- Denkmalschutzobjekt Klosterruine Mariazell im Beerenberg Wülflingen saniert.
- Ausführung Projekt Winforst:
Neubau Forstwerkhof mit Zusammenlegung der gesamten Infrastruktur des Forstbetriebs und teilweise des Wildparks Bruderhaus sowie Betriebsleitung und Administration.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Stadtgärtnerei

Auftrag

Die Stadtgärtnerei Winterthur stellt eine nachhaltige Entwicklung und Nutzung der städtischen Grünräume sicher. Dies beinhaltet Projektierungs- und Pflegemassnahmen, Nutzungsaufsicht und Grünberatung. Sie gewährleistet pietätvolle Bestattungen und qualitativ hochstehende Grab- und Friedhofpflege.

Produkte

1 Leistungen mit vollem Ertrag

Objektplanung für Investitionsrechnung; Baumanagement Aussenanlagen; Grünpflege Schulanlagen; Grünpflege Sportanlagen; Grünpflege Liegenschaften Stadtverwaltung; Pflanzenproduktion für Verkauf; Produktion Floristik; Innenbegrünung städtische Liegenschaften; Bestattung auswärts Wohnende; Grabpflege; Bestattungszusatzleistungen.

2 Leistungen mit Teilertrag

Naturschutzplanung und -controlling; Pflege überkommunes Verkehrsgrün; Diverse Dienstleistungen.

3 Leistungen ohne Ertrag

Grünraum- und Entwicklungskonzepte; Objektplanung für laufende Rechnung; Baubewilligungsverfahren; Bewirtschaften GIS-Daten; Pflege öffentliche Grünanlagen; Pflege Naturschutzobjekte; Pflege kommunales Verkehrsgrün; Pflanzenproduktion für Grünanlagen; Pflege Friedhofanlagen; Bestattung Einwohner/innen Winterthurs.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung (§ 58 OR)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz
- Eidg. Stoffverordnung
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich
- Kantonale Bestattungsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das Bestattungs- und Friedhofswesen
- Grabmalverordnung
- Gebührentarif für die Friedhöfe
- Geschäftsreglement der Naturschutzkommission
- Naturschutzkonzept
- Alleenkonzept

Stufe Verwaltungseinheit

- Entwicklungskonzepte für Grünanlagen und Friedhöfe
- Jahreszielsetzungen

Verantwortliche Leitung

Christian Wieland

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung 1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen <i>Messgrösse:</i> - Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt 1.2 Pflegekosten Grünanlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 und Jahr in CHF <i>Messgrössen:</i> - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1, Sportanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2, Schulanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3, Kindergärten - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4, Öffentliche Grünanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 5, Verkehrsgrün - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte	89.00	<100	<100
2 Kundenorientierung 2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit <i>Messung / Bewertung:</i> Periodisch durchgeführte Umfrage. <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei 'gut' oder 'sehr gut' 2.2 Steigerung Kundennutzen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufende Rechnung)	74	70	75
3 Sicherheit 3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielplätzen) wird gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten <i>Messgrösse:</i> a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle) 3.2 Die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stand <i>Messung / Bewertung:</i> Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit Schweiz) <i>Messgrösse:</i> - Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen	98.4 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0
	0.0	0.0	0.0

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
4 Nachhaltigkeit/Oekologie 4.1 Wiederverwendung von Grünabraum <i>Messung/Bewertung:</i> Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.		30.0	30.0
4.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u. dgl. <i>Messgrösse:</i> Aktionen pro Jahr	5	6	6
4.3 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen in % <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen	20.6	20.0	21.0
4.4 Projekte im Naturschutzbereich <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte <i>Messgrösse:</i> Projekte im Jahr	3	3	3
4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe <i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG <i>Messgrösse:</i> Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind	1.3	8.0	6.0

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	8'124'132	8'180'351	11'164'232

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

- Das Total der effektiven Kosten ist um Fr. 2'931'000 höher budgetiert. Es werden zusätzliche Stellen budgetiert, 60 %-Stelle für den Naturschutz (kann teilweise durch Fluktuationsgewinne finanziert werden) und 100 %-Stelle Gärtner zur Bewältigung des massiv gestiegenen Pflegeaufwandes in den Grünanlagen. Höhere Sachkosten müssen wegen zusätzlichen Aufgaben aufgrund bewilligter Investitionskredite (Eulachpark, Gemeinschaftsgrab FH Rosenberg, Projekt Töss, Schenkelwiese, Fr. 190'000) budgetiert werden. Zudem muss mit einer beachtlichen Teuerung (insbesondere für Energie Fr. 160'000) gerechnet werden. Der bauliche Unterhalt an Gebäude und Tiefbauten muss sukzessive auf 0.6 % des Anlagewerts gehoben werden.
- Mit der Einführung der Anlagebuchhaltung sind in den "Kalkulatorischen Kosten" neu die Kapitalzinsen und Abschreibungen (Fr. 2'020'000) enthalten.
- Das Total der effektiven Erlöse ist um Fr. 53'000 tiefer budgetiert. Die im Vorjahr einmalig vorgenommene zeitliche Abgrenzung für überkommunale Strassen (Fr. 100'000) fällt weg. Der Grabunterhalt ist weiterhin rückläufig. Teilweise decken die internen Verrechnungen die Vollkosten nicht.
- Die Nettokosten respektive der Globalkredit steigen um Fr. 2'984'000 und der Kostendeckungsgrad sinkt um 8 %.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

- Das Total der effektiven Kosten ist um Fr. 3'083'000 höher. Mehraufwand bei den Personalkosten infolge Lohnmassnahmen 2008. Es werden zusätzliche Stellen budgetiert, 60 %-Stelle für den Naturschutz und 100 %-Stelle Gärtner zur Bewältigung des massiv gestiegenen Pflegeaufwandes in den Grünanlagen. Höhere Sachkosten müssen wegen zusätzlichen Aufgaben (Eulachpark, Gemeinschaftsgrab FH Rosenberg, Projekt Töss, Schenkelwiese) und wegen Mehrverbrauch von Energie, Wasser und Gas budgetiert werden. Der bauliche Unterhalt an Gebäude und Tiefbauten muss sukzessive auf 0.6 % des Anlagewerts gehoben werden.
- Mit der Einführung der Anlagebuchhaltung sind in den "Kalkulatorischen Kosten" neu die Kapitalzinsen und Abschreibungen (Fr. 2'020'000) enthalten.
- Das Total der effektiven Erlöse ist um Fr. 43'000 höher. Die Verrechnung von Leistungen für das Baumanagement wirken sich positiv aus, hingegen fallen die Mehreinnahmen für einmalige kurzfristige Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten bei Schulanlagen weg.
- Die Nettokosten respektive der Globalkredit steigen um Fr. 3'040'000.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	9'264'786	9'533'675	9'908'173
Sachkosten	5'341'558	4'653'806	5'155'702
Beiträge an Dritte	24'654	31'300	31'300
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	101'677	96'400	2'112'037
Übrige interne Kosten	224'231	793'270	832'521
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'956'905</i>	<i>15'108'451</i>	<i>18'039'732</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	14'956'905	15'108'451	18'039'732
Externe Erlöse	4'262'289	3'943'300	3'938'600
Interne Erlöse	2'390'002	2'709'800	2'756'900
Beiträge von Dritten	180'483	275'000	180'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'832'774</i>	<i>6'928'100</i>	<i>6'875'500</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'832'774	6'928'100	6'875'500
Total Nettokosten/Globalkredit	8'124'132	8'180'351	11'164'232
Interne Kosten	325'908	889'670	2'944'558
Interne Erlöse	2'390'002	2'709'800	2'756'900
Total primäre Nettokosten*	10'188'225	10'000'481	10'976'574
Kostendeckungsgrad in % **	46	46	38
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			43

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	101'677	96'400	91'600
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	88.2	87.7	89.3
▪ Lehrverhältnisse	13.0	11.0	12.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	100 (31)	99 (28)	102 (32)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Brühlgutpark: Abschluss Neugestaltung
- Eulachpark: Bau 2. Etappe
- Friedhof Oberwinterthur: Sanierung Leitungsnetz abgeschlossen
- Friedhof Rosenberg: Friedhof für Muslime im Bau
- Friedhof Rosenberg: Neues Gemeinschaftsgrab erstellt
- Töss: Anlage Nägelsee saniert
- Neophytenbekämpfung: Umsetzung Konzept

Produkt 1 Leistungen mit vollem Ertrag

Leistungen

- Objektplanung für Aussenanlagen welche über die Investitionsrechnung finanziert werden
- Baumanagement für Aussenanlagen, wie Kostenvoranschläge, Submission, Bauleitung
- Grünpflege für die Umgebung von Schulhäusern, Kindergärten und Horten
- Grünpflege für Sportanlagen, wie Rasen-, Gehölz- und Baumpflege
- Grünpflege für Liegenschaften der Stadtverwaltung
- Pflanzenproduktion für Verkauf im Friedhof und an Dritte
- Produktion Floristik, wie Dekorationen, Büroschmuck, Grabschmuck, Trauerbinderei

Leistungen

- Innenbegrünung für städtische Liegenschaften
- Bestattung auswärts Wohnende, Kremation i.A. von Gemeinden, Beisetzungen auf städtischen Friedhöfen
- Grabpflege für Private als Jahres- oder Dauerauftrag
- Bestattungszusatzleistungen, wie Grabplatzvermietung, Nischenbeschriftungen u.dgl.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	6'174'939	5'900'554	6'840'866
Erlös	6'113'895	6'111'100	6'236'200
Nettokosten	61'044	-210'546	604'666
Kostendeckungsgrad in %	99	104	91

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kostendeckungsgrad für alle Leistungen des Produkts 1 in %	99.0	103.0	100.0
Kostendeckungsgrad für Bestattung auswärts Wohnende in %	106.0	105.0	105.0
Verrechnungsansätze für Planungsleistungen in % der KBOB-Ansätze	78	<100	<100
Auslastung der Kulturflächen in den Gewächshäusern in %		60.00	60.00

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Planungsleistungen in Std.	3'279	2'000	2'000
Pflegeflächen Sportanlagen in m2	183'075	183'000	186'000
Pflegeflächen Schulanlagen in m2		475'000	477'000
Pflegeflächen Kindergärten in m2		104'500	104'500
Anzahl für Verkauf produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	180'000	197'000	214'000
Anzahl Kremationen auswärts Wohnende	1'544	1'450	1'590
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg-, Urnen-, Privatgräber) FH Rosenberg	5'577	5'550	5'340
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg- und Urnengräber) Vorortsfriedhöfe	2'472	2'500	2'410
Anzahl neu erstellte Privat- und Baumgräber	30	45	40

Produkt 2 Leistungen mit Teilertrag**Leistungen**

- Naturschutzplanung und -controlling, wie Naturschutzprojekte und Umsetzung, Beitragswesen, Kontrollen
- Pflege überkommunales Verkehrsgrün, wie Alleen, Hecken und Rabatten an "überkommunalen" Strassen
- Diverse Dienstleistungen, wie Rückerstattungen, Vermietungen, Verwaltungsleistungen

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	1'779'296	1'868'224	1'983'252
Erlös	710'535	817'000	639'300
Nettokosten	1'068'761	1'051'224	1'343'952
Kostendeckungsgrad in %	40	44	32

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anteil erstellter Pflegepläne aller Naturschutzflächen auf Stadtgebiet in %	50.4	52.0	53.0
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Allee-bäume an überkommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	53	40	40
Anzahl Arbeitsplätze für Integration	10	8	10

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Planungsleistungen für Naturschutz in Std.	678	700	1'000
Beaufsichtigte Naturschutzgebiete überkommunal, m2	237'000	237'000	237'000
Beaufsichtigte Naturschutzgebiete kommunal, m2	166'700	167'700	192'900
Anzahl Strassenbäume, überkommunal	2'446	2'450	2'480

Produkt 3 Leistungen ohne Ertrag

Leistungen

- Grünraum- und Entwicklungskonzepte für Park- und Friedhofanlagen, Kinderspielanlagen und Verkehrsgrün
- Objektplanung für die laufende Rechnung, wie Umgestaltungen, Neuebelegungen und Pflegepläne
- Baubewilligungsverfahren für Umgebungsgestaltung im Auftrag des Baupolizeiamtes (bis Rechnung 2007 im Produkt 1)
- Bewirtschaften von GIS-Daten, Baum- und Grünflächenkataster
- Pflege öffentlicher Grünanlagen, wie Parkanlagen, Kinderspielplätze und Kleinanlagen
- Pflege der stadt-eigenen Naturschutzobjekte (exkl. Wald)
- Pflege kommunales Verkehrsgrün, wie Strassenbäume, Hecken, Rabatten an Strassen
- Pflanzenproduktion für Grünanlagen für Rabatten und Blumenschalen
- Pflege Friedhofanlagen; Rasen, Beläge, Rabatten, Gehölze, Bäume, Einrichtungen
- Bestattung Einwohner/innen Winterthurs; Sarg, Einsargen, Transport, Aufbahrung, Kremation, Beisetzung

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	7'002'671	7'339'672	9'215'615
Erlös	0	0	0
Nettokosten	7'002'671	7'339'672	9'215'615
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl der erstellten Entwicklungskonzepte	2	2	2
Anteil der extensiv/naturnah gepflegten Flächen in öffentlichen Grünanlagen in %	22	23	24
Pflegepläne für öffentliche Grünanlagen, anteilmässig erstellt in %	51	30*	50
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Allee-bäume an kommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	20	20	20
Durchschnittliche Kosten einer Bestattung in CHF	1'972	1'900	2'000

*ab VA2008 nur noch Produkt 3 öffentliche Grünanlagen.

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Planungsleistungen in Std.	1'977	3'000	3'000
Pflegeflächen öffentliche Grünanlagen, m2	423'032	426'000	426'000
Naturschutzflächen durch StG gepflegt, m2	279'225	280'000	280'000
Anzahl Strassenbäume, kommunal	1'601	1'621	1'640
Anzahl für Grünanlagen produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	30'700	36'000	36'000
Pflegeflächen Friedhofanlagen, m2	199'100	208'000	208'000
Anzahl Bestattungen Einwohner/innen Winterthurs	890	900	910

IAFP Stadtgärtnerei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	14'956	15'108	18'039	18'361	18'587	18'790
Erlös	6'832	6'928	6'875	6'965	7'035	7'095
Nettokosten/Globalkredit	8'124	8'180	11'164	11'396	11'552	11'695
Kostendeckungsgrad in %	46	46	38	38	38	38

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	6'820	0	2'865	2'845	5'300	560	300	-5'050
Bewilligt	16'060	1'434	3'020	5'070	600	1'200	400	4'336
Gesamt	22'880	1'434	5'885	7'915	5'900	1'760	700	-714

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung						
Messung / Bewertung:						
Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen						
Messgrösse:						
▪ Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt	89.00	<100	<100	<100	<100	<100
1.2 Pflegekosten Grünanlagen						
Messung / Bewertung:						
Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 und Jahr in CHF						
Messgrössen:						
▪ CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1, Sportanlagen	0.00	2.30	2.50	2.60	2.60	2.70
▪ CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2, Schulanlagen	0.00	2.60	2.60	2.70	2.70	2.80
▪ CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3, Kindergärten	0.00	5.40	5.40	5.50	5.60	5.70
▪ CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4, Öffentliche Grünanlagen	0.00	6.00	6.50	6.70	6.80	7.00
▪ CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 5, Verkehrsgrün	0.00	5.10	5.10	5.20	5.30	5.30
▪ CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte	0.00	1.00	1.40	1.40	1.50	1.50

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
2 Kundenorientierung 2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit <i>Messung / Bewertung:</i> Periodisch durchgeführte Umfrage. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei 'gut' oder 'sehr gut'	74.0	70.0	75.0	75	75	75
2.2 Steigerung Kundennutzen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufenden Rechnung)	3.1	3.0	3.0	3.0	3.0	3.0
3 Sicherheit 3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielplätzen) wird gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten <i>Messgrösse:</i> a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle)	98.4 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0
3.2 Die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stand <i>Messung / Bewertung:</i> Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit Schweiz) <i>Messgrösse:</i> Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Nachhaltigkeit/Oekologie 4.1 Wiederverwendung von Grünabraum <i>Messung/Bewertung:</i> Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.	0.0	30.0	30.0	35.0	35.0	35.0
4.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u. dgl. <i>Messgrösse:</i> Aktionen pro Jahr	5	6	6	6	6	6

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
4.3 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen <i>Messgrösse:</i> ■ Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen	20.6	20.0	21.0	21.0	22.0	23.0
4.4 Projekte im Naturschutzbereich <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte <i>Messgrösse:</i> ■ Projekte pro Jahr	3	3	3	3	3	3
4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe <i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG <i>Messgrösse:</i> ■ Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind	1.3	8.0	6.0	6.0	6.0	6.0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

- Bau der weiteren Etappen des Eulachparks.
- Aufwertung der öffentlichen Grünanlagen im Gebiet Brühlberg - Tössfeld.
- Aufwertung der öffentlichen Grünanlagen und Spielplätze in Töss (Projekt Töss).
- Umsetzung Massnahmen Projekt Nutzungsmanagement öffentlicher Raum.
- Integration Eulachpark in Normalunterhalt.
- Sanierung und Aufwertung Frobergpark.
- Natur- und Landschaftsschutzmassnahmen: Aktualisierung der Inventare, Überprüfung der Strategie, Umsetzung.
- Renovation und Umnutzung alte Kapelle Friedhof Rosenberg.
- Bau eines Werkhofs im Friedhof Rosenberg.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Im Zentrumsgebiet Oberwinterthur wird der Eulachpark als wesentliches städtebauliches Element in 4 Etappen (2006 bis 2017) erstellt.
- Das Freiraumkonzept Brühlberg - Tössfeld sieht vor, dass die öffentlichen Grünanlagen rund um das Umnutzungsgebiet "Sulzer" aufgewertet werden, um den Bedürfnissen der neu hier wohnhaften Bevölkerung gerecht zu werden.
- Ein Teilprojekt des "Projekts Töss" betrifft die Optimierung der Kinderspielplätze und die Aufwertung des Freiraums. Das Anliegen soll gestaffelt in den folgenden Jahren umgesetzt werden.
- Am Projekt Nutzungsmanagement der Hochschule Luzern beteiligen sich die Städte Basel, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen, Zürich und Winterthur. Es soll Erkenntnisse für die künftige Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raums geben.
- Der Eulachpark stellt allein infolge seiner Grösse eine beachtliche Herausforderung bzgl. Pflege und Ordnung für die Stadtgärtnerei dar. Mit geeigneten Massnahmen sollen die Aufgaben bewältigt werden können.
- Der Frobergpark erhält infolge der Bautätigkeit im Sulzerareal Stadtmitte einen höheren Stellenwert als grüner Frei- und Erholungsraum. Er ist als alter Villengarten nicht für den steigenden Nutzungsdruck konzipiert und muss deshalb saniert werden.
- Die Naturschutzinventare müssen periodisch aktualisiert und die Strategie entsprechend angepasst werden. Wichtige Themen werden die Bekämpfung von Neophyten und die Auswirkungen der Klimaveränderung auf Fauna und Flora sein.
- Die betriebliche Nutzung der alten Kapelle schadet dem Rittmeyer-Gebäude. Es soll künftig für Aufbahrungen und als Aufenthalt für Friedhofbesuchende genutzt werden. Zudem soll der Zugang zur Aufbahrungshalle in die Kapelle verlegt werden.
- Die über den ganzen Friedhof verstreuten Betriebsgebäude (Baracken) sollen durch ein neues, einfaches Gebäude im Bereich des bestehenden Werkhofs ersetzt werden.

Stadtkanzlei

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtkanzlei stellt die administrativen Kernfunktionen der legislativen und exekutiven Tätigkeiten innerhalb der Stadt Winterthur sicher. Neben dem Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat sind auch Wahlen/Abstimmungen und Einbürgerungen sowie das Stadtarchiv in dieser Produktgruppe enthalten.

Produkte

1 Behörden

Zu den Behörden werden der Grosse Gemeinderat (Legislative) und der Stadtrat (Exekutive) gezählt.

2 Kanzleifunktionen

Die Stadtkanzlei ist das zentrale Sekretariat von Stadtrat und Grosse Gemeinderat. Sie unterstützt und berät beide Behörden auch in juristischen Fragen. Zudem betreut sie das Einbürgerungswesen und organisiert die Wahlen und Abstimmungen. Der Stadtkanzlei ist der Informationsdienst als zentrale Stelle für die städtische Öffentlichkeitsarbeit angegliedert.

3 Stadtarchiv

Das Stadtarchiv dient gemäss gesetzlichem Auftrag der Bewahrung, Erschliessung und Vermittlung einer dauerhaften Überlieferung zu administrativen, rechtlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zwecken.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über die Politischen Rechte
- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über Erwerb und Verlust des Bürgerrechtes
- Gemeindegesetz
- Kantonales Archivgesetz und Vollzugsverordnung
- Gesetz über die Information und den Datenschutz IDG

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnungen Stadtrat und Grosser Gemeinderat
- Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur
- Verordnung betr. die Organisation des Wahlbüros
- Städtisches Archivreglement
- Beschluss betreffend Informationspolitik des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

- Ablieferungsvereinbarungen mit städtischen Amtsstellen
- Depositaverträge mit Kirchgemeinden, Firmen, Privaten
- Beschluss des Stadtrates vom 19. Dezember 2001 ("Richtlinien für den Versand von Parteienwerbung vor Proporzahlen")

Verantwortliche Leitung

Arthur Frauenfelder

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet. Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr.			
1 Zugänglichkeit Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	37.5 36.5 37.5 30	37.5 36.5 37.5 30	37.5 36.5 37.5 30
2 Kundenorientierung Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz. <i>Messgrössen:</i> Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden	0.7	0.7	0.7

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	7'650'913	9'188'711	9'246'068

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Personalkosten

Um rund Fr. 45'000.-- geringerer Aufwand für Entschädigungen GGR und –Kommissionen aufgrund des Erfahrungswertes; geringerer Aufwand für Wahlbüros infolge Verzichts auf Budgetierung eines "Reservetages" (Fr. 30'000.--); Mehrkosten für neue Stelle im Sekretariat der Stadtkanzlei (Fr. 90'000.--), sowie Fr. 26'000.-- für vorgesehene Praktikumsstelle im Stadtarchiv; erhöhter Aufwand für Rententeuerung und AHV-Ersatzrenten von rund Fr. 43'000.--.

Sachkosten

Verzicht auf die Budgetierung eines Reserve-Wahltages (- Fr. 78'000.--); Beschaffung von Lesegeräten i.Z. mit e-Voting voraussichtlich erst 2010 (- Fr. 28'000.--); Stadtkanzlei: geringerer Aufwand für Büromaterial (- Fr. 10'000.--); Stadtarchiv: Wegfall Beschaffung Scope (- Fr. 19'000.--); geringerer Aufwand für Büromobiliar, Betriebseinrichtungen und Büromaterial (- 16'000.--); reduzierter Aufwand für Mikroverfilmung (- Fr. 10'000.--).

externe Erlöse

Aufgrund des Gesuchseinganges im laufenden Jahr kann mit um Fr. 115'000.-- höheren Einnahmen aus Einbürgerungsgebühren gerechnet werden.

interne Verrechnungen

reduzierte Raumkosten und Miete (Fr. 9'000.--); erhöhter Aufwand für Dienstleistungen IDW infolge Miete der Infrastruktur durch Stadtarchiv und Wechsel des CMS-Systems für den Intranet-Auftritt des GGR (- Fr. 19'000.--); erhöhte Einnahmen aus Residualkosten (Fr. 126'000.--).

Beiträge an Dritte

Mehraufwand durch Ausrichtung einmaliger Beiträge an Veranstaltungen über die Kostenstelle SR (Fr. 145'000.--).

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Personalkosten

Um rund 260'000.-- erhöhte Lohnkosten aufgrund der Teuerung, der gegenüber 2007 beiden neuen Stellen in Stadtkanzlei und Stadtarchiv sowie einer erstmals vorgesehenen Praktikumsstelle im Stadtarchiv. Demgegenüber um rund Fr. 100'000.-- weniger Rententeuerung und AHV-Ersatzrenten. Wegfall der Entschädigung der Kreiswahlbüros von rund 300'000.-- für die im Jahr 2007 durchgeführten NR- und KR-Wahlen. Um rund Fr. 60'000.-- höher veranschlagte Entschädigungen für GGR-Mitglieder und –Kommissionen.

Sachkosten

Kredite des SR für einmalige (Fr. 1'500'000.--) und wiederkehrende (Fr. 40'000.--) Aufgaben sind im Globalkredit enthalten. Diese Kosten werden nach der Zusprennung an die einzelnen Abteilungen vom Voranschlag der Stadtkanzlei in denjenigen der begünstigten Abteilung übertragen. Der freie Kredit des Stadtrates wurde 2007 mit Fr. 20'000.-- nicht ausgeschöpft.

interne Verrechnungen

Mehrertrag aufgrund erhöhter Residualkosten (Fr. 126'000.--).

Beiträge an Dritte

Wegfall von Fr. 128'000.-- als Beitrag an den Versand von Parteienwerbung i.Z. mit KR- und NR-Wahlen 07; dagegen Mehraufwand für im Jahr 2009 eingestellten einmalige Beiträge bzw. Defizitgarantien von je Fr. 60'000.-- an grosse Veranstaltungen (Delegiertenversammlung der Schweiz. Trachtenvereinigung / 21. Ostschweizer Tambouren-, Pfeifer- und Clarionwettspiele) sowie den Beitrag an den Schweiz. Städteverband (Fr. 25'000.--).

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	5'638'561	5'484'911	5'692'870
Sachkosten	1'230'198	2'949'400	2'780'000
Beiträge an Dritte	623'000	495'000	640'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	788'786	782'200	875'284
Übrige interne Kosten	716'648	712'500	738'323
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'997'193</i>	<i>10'424'011</i>	<i>10'726'477</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Kosten	8'987'193	10'414'011	10'716'477
Externe Erlöse	411'438	297'200	414'200
Interne Erlöse	934'843	938'100	1'066'209
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'346'280</i>	<i>1'235'300</i>	<i>1'480'409</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Erlöse	1'336'280	1'225'300	1'470'409
Total Nettokosten/Globalkredit	7'650'913	9'188'711	9'246'068
Interne Kosten	1'495'434	1'484'700	1'603'607
Interne Erlöse	924'843	928'100	1'056'209
Total primäre Nettokosten*	7'080'321	8'632'111	8'698'670
Kostendeckungsgrad in % **	15	12	14
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			14

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

Der ausgewiesene Rechnungsbetrag 2007 versteht sich ohne Kompetenzkredite des Stadtrates.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	788'786	782'200	772'700
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	17.5	18.4	19.4
▪ Lehrverhältnisse	1.0	1.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	28 (17)	28 (13)	29 (16)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

Elektronische Langzeitarchivierung: weiterer Aufbau Archivierungsstrategie und Pilot Einwohnerkontrolle

Produkt 1 Behörden

Leistungen

Grosser Gemeinderat

- Erfüllung der Legislativaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch 60 nebenamtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates.

Stadtrat

- Erfüllung der Exekutivaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch sieben vollamtliche Stadträte und Stadträtinnen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	4'116'818	5'686'477	5'810'562
Erlös	228	0	0
Nettokosten	4'116'590	5'686'477	5'810'562
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Auf die Angabe von operativen Zielen wird verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Sitzungen des Grossen Gemeinderates	25	27	27
Anzahl Kommissionssitzungen des Grossen Gemeinderates	115	118	116
Anzahl Sitzungen des Stadtrates	41	41	41
Anzahl Stadtratsgeschäfte	2'265	2'500	2'350

Produkt 2 Kanzleifunktionen

Leistungen

- Die Stadtkanzlei ist Stabsstelle für den Grossen Gemeinderat (GGR) und den Stadtrat (SR). Überdies sind hier der Rechtskonsulent des Stadtrates, der Informationsdienst und der Weibeldienst beheimatet. Ferner organisiert die Stadtkanzlei eine Vielzahl von Veranstaltungen des GGR und des SR. Sie ist auch zuständig für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen sowie die Bearbeitung von Einbürgerungsgesuchen.

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	4'157'847	3'940'132	4'013'120
Erlös	1'316'794	1'209'300	1'450'909
Nettokosten	2'841'053	2'730'832	2'562'211
Kostendeckungsgrad in %	32	31	36

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Wahlen und Abstimmungen			
Anzahl Urnengänge pro Jahr	5	5	4
Anzahl Sachvorlagen pro Jahr	14	20	15
Durchführung einer Proporzwahl (ja/nein)	ja	nein	nein

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Einbürgerungen			
Anzahl eingereichter Einbürgerungsgesuche von ausländischen Personen	533	350	480
Anzahl durch GGR eingebürgerte ausländische Personen	572	280	380
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte ausländische Personen	235	150	200
Anzahl durch den GGR abgelehnte Einbürgerungsgesuche	10	10	5
Anzahl Rückstellungen	28	25	30
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte schweizerische Personen	33	30	30
Stadtkanzlei			
Anzahl Versände an den Grossen Gemeinderat	71	90	80
Anzahl Stadtratsbeschlüsse	601	550	550
Anzahl Stadtratsbriefe	471	550	500
Anzahl organisierte Veranstaltungen	98	100	100
Informationsdienst			
Anzahl Medienmitteilungen	357	400	380
Anzahl Pressekonferenzen, Besichtigungen und Anlässe	61	50	60

Produkt 3 Stadtarchiv

Leistungen

Das dauernd bedeutsame Schriftgut (alle Arten von Daten und Dokumenten) der Stadt(verwaltung) erfassen, sichten, sichern und für den administrativen Gebrauch und die historische Forschung erschliessen und vermitteln.

a) Vorarchiv Bereich: Registraturplanung, Beratung, Akzession, Bewertung

b) Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung, Digitalisierung

c) Ordnung, Erschliessung

d) Benutzung und Vermittlung

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	600'162	797'402	902'794
Erlös	29'259	26'000	29'500
Nettokosten	570'903	771'402	873'294
Kostendeckungsgrad in %	5	3	3

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Eingesetzte Stunden für Registraturplanung, Beratung, Akzession und Bewertung	1'000	1'500	2'600
Eingesetzte Stunden für Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung und Digitalisierung	1'900	1'500	1'000
Eingesetzte Stunden für Ordnung und Erschliessung	1'000	3'000	3'800
Eingesetzte Stunden für Benutzung und Vermittlung	1'900	1'500	1'600

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Akzessionen Anzahl / Umfang in Laufmeter	28 / 32	*	35 / 30
Anzahl Aufnahmen (Mikrofilm / Digitalisierung)	20'400 / 27'176	60'000 / 2'000	25'000/25'000
Anzahl Benutzer aus der Verwaltung / zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	239 / 525	500 / 1'000	250 / 520
Anzahl benutzter Archivalien	3'025	5'400	3'000
Anzahl Auskünfte: mündliche / schriftliche	59 / 269	450 / 250	120 / 300
Führungen / Ausstellungen	7 / 4	3 / 3	4 / 1

* nicht prognostizierbar. Zusätzlicher Schub an Lieferungen, Erschliessungsarbeit und Kundennachfrage bei Inkraftsetzung des Informations- und Datenschutzgesetzes, das die Aufbewahrungsfrist bei den Amtsstellen auf 10 Jahre herabsetzt.

IAFP Stadtkanzlei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	8'987	10'414	10'716	11'126	11'355	10'721
Erlös	1'336	1'225	1'470	1'397	1'370	1'487
Nettokosten/Globalkredit	7'651	9'189	9'246	9'730	9'985	9'235
Kostendeckungsgrad in %	15	12	14	13	12	14

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	940	0	2'300	1'900	1'950	1'900	1'790	-8'900
Bewilligt	60	60	0	0	0	0	0	0
Gesamt	1'000	60	2'300	1'900	1'950	1'900	1'790	-8'900

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet. Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr. Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung.						
1 Zugänglichkeit Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung. <i>Messgrößen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5
Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5
Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich. <i>Messgrößen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5
Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	30	30	30	30	30	30
2 Kundenorientierung Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz. <i>Messgrößen:</i> Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

Weiterführung des Projektes "Elektronische Langzeitarchivierung". Ganzheitliche Archivierung von Unterlagen aus elektronischen Systemen; Umsetzung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Auftrag

Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle als verwaltungsunabhängige Stelle prüft

- aufgrund einer Beschwerde, auf Anregung oder von sich aus, ob städtische Behörden und Verwaltungsstellen sowie alle Institutionen und Organisationen des privaten Rechts, denen öffentliche Aufgaben übertragen worden und die überwiegend von der Stadt finanziert werden, nach Recht und Billigkeit verfahren (Grundsätze der Gesetzmässigkeit, der Verhältnismässigkeit, der Fairness und des Handelns nach Treu und Glauben usw.).
- ob die Bestimmungen des kantonalen Datenschutzgesetzes durch die städtischen Behörden und Verwaltungsstellen eingehalten werden.

Seit Spätherbst 2008 werden die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle personell voneinander getrennt geführt. Zurzeit ist noch nicht entschieden, ob die Datenaufsichtsstelle bei einer anderen Produktgruppe als neues Produkt integriert wird oder zukünftig für sich alleine steht. Interimsmässig nimmt die Stadtkanzlei die administrative Führung der Datenaufsichtsstelle wahr.

Für den Voranschlag 2009 war es aus technischen Gründen nicht möglich, die beiden Produkte voneinander zu trennen. Sie werden deshalb nach wie vor unter der vorliegenden Produktgruppe fungieren.

Produkte

1 Ombudsstelle

Behandlung der Beschwerden (Beratung, Abklärungen, nach Möglichkeit Vermittlung und notfalls Empfehlung) und der Anfragen (Geschäfte mit vergleichsweise kleinerem Bearbeitungsaufwand).

2 Datenaufsichtsstelle

Überwachung der Anwendung der Vorschriften über den Datenschutz, Auskunfterteilung und Information, ggf. Vermittlung, unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenaufsichtsstelle.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Stand 2. Oktober 2008:

Datenaufsichtsstelle

ab 1. Oktober 2008

- Informations- und Datenschutzgesetz IDG vom 12. Februar 2007
- Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) vom 28.05.2008
- RRB-Nr. 3304 vom 27. November 1996

Stufe Stadt (GGR / SR)

Ombudsstelle

- § 70 der Gemeindeordnung
- Verordnung über die Ombudsstelle vom 23. Juni 2008
- Beschluss des GGR über die Besoldung der Ombudsperson vom 27.10.08

Datenaufsichtsstelle

- Beschluss des GGR betreffend Datenschutzaufsichtsstelle vom 10. November 1997
- Stadtratsbeschluss "Richtlinie Sofortmassnahmen zur Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips" vom 1. Oktober 2008

Verantwortliche Leitung

Ombudsstelle:

Werner Moser bis Ende Juni 2009

Viviane Sobotich ab 1. Juni 2009

Datenaufsichtsstelle: Vakant

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
1 Zugänglichkeit Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ist leicht und formlos erreichbar. <i>Messgrößen:</i> ▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche ▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	33.0 24.0	24.0 24.0	24.0 24.0
2 Kundenorientierung Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ist spezifische Kontaktstelle für Anfragen von Dritten bzw. von städtischen Stellen. <i>Messgrößen:</i> Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenaufsichtsstelle: ▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF ▪ Anteil der Datenaufsichtsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF Ombudsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme Datenaufsichtsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	201'813 112'274 171 40 < 1 Tag 24 31 1.5 Tage	239'396 104'802 129 30 < 2 Tage 24 18 3 Tage	305'480 58'187 150 30 < 2 Tage 24 30 < 2 Tage
3 Leistungserbringung Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle erbringt ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert. <i>Messgrößen:</i> ▪ Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes) ▪ Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten). Medienorientierung findet statt:	bis 16.06.08 MO 10.06.08	Mai/Juni 2009 MO vor Beginn Rechnungsdebatte AK 09	Juni 2010 MO Juni 2010

Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Nettokosten / Globalkredit	244'882	266'598	363'667

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2008/2009

Die Personalkosten haben sich gegenüber dem VO08 erhöht. Unter anderem schlagen im Jahr 2009 übergangsbedingte Doppelbesetzungen bei der Ombudsstelle sowie anfallende Übergangsrenten zu Buche.

Die internen Residualkosten fallen voraussichtlich um Fr. 10'000 höher aus.

Die Aufgaben der Datenaufsichtsstelle werden zurzeit von der Stadtkanzlei wahrgenommen. Wer die Datenaufsichtsstelle zukünftig betreut ist noch offen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2009 zu Rechnung 2007

Die Personalkosten haben sich gegenüber dem VO08 erhöht. Unter anderem schlagen im Jahr 2009 übergangsbedingte Doppelbesetzungen bei der Ombudsstelle sowie anfallende Übergangsrenten zu Buche.

Die internen Residualkosten fallen voraussichtlich um Fr. 10'000 höher aus.

Die Aufgaben der Datenaufsichtsstelle werden zurzeit von der Stadtkanzlei wahrgenommen. Wer die Datenaufsichtsstelle zukünftig betreut ist noch offen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Personalkosten	273'055	293'898	388'361
Sachkosten	47'160	47'800	59'800
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	150	0	0
Übrige interne Kosten	2'892	2'500	2'632
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>323'257</i>	<i>344'198</i>	<i>450'793</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	323'257	344'198	450'793
Externe Erlöse	570	0	0
Interne Erlöse	77'805	77'600	87'126
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>78'375</i>	<i>77'600</i>	<i>87'126</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	78'375	77'600	87'126
Total Nettokosten/Globalkredit	244'882	266'598	363'667
Interne Kosten	3'042	2'500	2'632
Interne Erlöse	77'805	77'600	87'126
Total primäre Nettokosten*	319'645	341'698	448'161
Kostendeckungsgrad in % **	24	23	19
Kostendeckungsgrad ohne kalk. Zinsen und Abschreibungen in %			19

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Gebäudekosten in CHF	27'792	27'410	27'900
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	1.0	1.2	0.9
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	4 (4)	4 (4)	3 (3)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009

- Personelle und organisatorische Trennung der Ombuds- von der Datenaufsichtsstelle
- Plafonierung der Ausgaben der Ombudsstelle (CHF 300'000 exkl. Teuerung 2009)
- Pensenhöhe und Aufgabenteilung bei der Ombudsstelle noch offen
- Neuregelung der Datenaufsichtsstelle => Änderungen des Aufgabenbereiches, Beschäftigungsumfanges usw. bei der Datenaufsichtsstelle noch offen

Produkt 1 Ombudsstelle**Leistungen**

Gemäss der Verordnung über die Ombudsstelle vom 23. Juni 2008

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	201'813	239'396	361'463
Erlös	66'009	65'500	55'983
Nettokosten	135'804	173'896	305'480
Kostendeckungsgrad in %	33	27	15

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Aufgabenerfüllung nach Art. 1 VO Ombudsstelle	erfüllt	zu erfüllen	zu erfüllen

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Anzahl Fälle	170	100	100

Produkt 2 Datenaufsichtsstelle**Leistungen**

Gemäss § 33 ff IDG

Nettokosten	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Kosten	112'274	104'802	89'330
Erlös	12'366	12'100	31'143
Nettokosten	99'908	92'702	58'187
Kostendeckungsgrad in %	11	12	35

Operative Ziele	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Aufgabenerfüllung nach § 33 ff IDG	erfüllt	zu erfüllen	zu erfüllen

Leistungsmengen	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
Beschäftigungsgrad (in %)	37.0	45.0	30.0

IAFP Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kosten	323	344	450	451	451	451
Erlös	78	77	87	88	88	88
Nettokosten/Globalkredit	245	267	364	363	363	362
Kostendeckungsgrad in %	24	23	19	19	20	20

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1 Zugänglichkeit						
▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche	33.0	24.0	24.0	24	24	24
▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	24.0	24.0	24.0	24	24	24
2 Kundenorientierung						
Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenaufsichtsstelle:						
▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF	201'813	239'396	305'480	305'480	305'480	305'480
▪ Anteil der Datenaufsichtsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF	112'274	104'802	58'187	58'157	58'157	58'157
Ombudsstelle						
▪ Erledigte Geschäfte	171.0	129.0	150.0	160	160	160
▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr	40.0	30.0	30.0	30	30	30
▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	< 1 Tag	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage
Datenaufsichtsstelle						
▪ Erledigte Geschäfte	24.0	24.0	24.0	24	24	24
▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr	40.0	18.0	30.0	30	30	30
▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	1.5 Tage	3 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
3 Leistungserbringung Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle erbringt ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert. <i>Messgrössen:</i> - Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes) - Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten). Medienorientierung findet statt:	bis 16.06.08 MO 10.06.08	Mai/Juni 2009 MO vor Beginn Rechnung sdebatte AK 09	Juni 2010 MO Juni 2010	Juni 2011 MO Juni 2011	Juni 2012 MO Juni 2012	Juni 2013 MO Juni 2013

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010 - 2012 / geplante Realisierung

n/a

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen
